

Hermann Weber

Zum Verhältnis von Komintern, Sowjetstaat und KPD

Eine historische Einführung

Zur Entstehungsgeschichte der kommunistischen Bewegung¹

Die Beziehungen zwischen der Kommunistischen Internationale, der Komintern, und der Kommunistischen Partei Deutschlands, der KPD, blieben während der gesamten Existenz der Komintern von 1919 bis 1943² ein Faktor von politischer Bedeutung. Da die Komintern zunehmend von den sowjetischen Kommunisten dominiert wurde, berührten deren Verbindungen zur KPD auch das Verhältnis zwischen Deutschland und Sowjetrußland.

1 Diese Einleitung wurde Anfang 2010 abgeschlossen, später erschienene Forschungsliteratur konnte nicht berücksichtigt werden.

2 Zur Entwicklung der Komintern vgl. Pierre Broué: *Histoire de l'Internationale Communiste 1919–1943*. Paris 1997. Mit umfangreicher Bibliographie, Chronik und Kurzbiographien (Rezension v. R. Tosstorff: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 1998. S. 389ff.). Vgl. beispielsweise für den deutschen und englischen Sprachraum auch u. a. Franz Borkenau: *The Communist International*. London 1938; Günther Nollau: *Die Internationale*. Köln 1959; Ders.: *Die Komintern*. Bonn 1964; James W. Hulse: *The Forming of the Communist International*. Stanford 1964; Hermann Weber: *Die Kommunistische Internationale*. Hannover 1966; Dietrich Geyer: *Kommunistische Internationale*. In: *Die Kommunistischen Parteien der Welt. Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft*. Hrsg. v. C. D. Kernig. Freiburg 1969. S. 14ff.; Branco Lazitch, Milorad M. Drachkovitch: *Lenin and the Comintern*. Stanford 1972; Witold S. Sworakowski: *The Communist International*. In: Ders.: *World Communism. A Handbook 1918–1965*. Stanford 1973. S. 78ff.; Nikos Poulantzas: *Faschismus und Diktatur. Die Kommunistische Internationale und der Faschismus*. München 1973; Barbara Timmermann: *Die Faschismus-Diskussion in der Kommunistischen Internationale*. Dissertation. Köln 1977; Pierre Frank: *Geschichte der Kommunistischen Internationale 1919–1943*. 2 Bde. Frankfurt/M. 1981; Edward Hallet Carr: *Twilight of the Comintern 1930–1935*. New York 1982; Reinhart Kössler: *Dritte Internationale und Bauernrevolution*. Frankfurt/M. 1982; Theodor Bergmann und Mario Keßler (Hrsg.): *Aufstieg und Zerfall der Komintern*. Mainz 1992; Alexander Watlin: *Die Komintern 1919–1929*. Mainz 1993; Kevin McDermott u. Jeremy Agnew: *The Comintern*. London 1996; Mikail Narinsky, Jürgen Rojahn (Hrsg.): *Center and Periphery. The History of the Comintern in the light of New Documents*. Amsterdam 1996; Bernhard H. Bayerlein (Hrsg.): *Georgi Dimitroff. Tagebücher 1933–1943*. 2 Bde. Berlin 2000; Ders.: *Das neue Babylon. Strukturen und Netzwerke der Kommunistischen Internationale und ihre Klassifizierung*. In: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 2004. S. 181ff.; Reiner Tosstorff: *Profintern. Die rote Gewerkschaftsinternationale 1920–1937*. Paderborn 2004; Wladislaw Hedeler u. Alexander Watlin: *Die Weltpartei aus Moskau. Der Gründungskongress der Kommunistischen Internationale 1919*. Berlin 2008; Alexander Watlin: *Die Komintern: Gründung, Programmatik, Akteure*. Berlin 2009.

In der Weimarer Republik war die KPD zwar eine politische Kraft, 1932 z. B. – nach NSDAP und SPD – die drittstärkste Wählerpartei, sie stand jedoch am Rande des deutschen Parteienspektrums. Mit ihrem radikalen Antiparlamentarismus, den Vorstellungen eines revolutionären Umsturzes, eines Bürgerkrieges, und der Illusion einer „Diktatur des Proletariats“, eines Sowjet-, also Rätessystems, war sie nicht konsensfähig. Ihre Bindung an die Komintern, die Fixierung auf die Sowjetunion brachte sie in Deutschland in eine politische Sonderrolle. Andererseits stand die KPD in der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung, sie repräsentierte radikale Kreise der Arbeiterschaft. Formal und immer stärker auch in der Praxis war die KPD keine selbstständige Partei, sondern nur eine „Sektion“ der Komintern, dadurch verflochten mit der internationalen kommunistischen Bewegung und deren Führung in Moskau und so wiederum mit dem sowjetischen Staat unter dem Diktat der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU). Diese Dokumentation soll anhand der neuen Quellen in russischen und deutschen Archiven prüfen, wie sich das Verhältnis zwischen KPD, Komintern und KPdSU entwickelte, welche Mechanismen bestimmend waren und wie sich dies auf die deutsch-russischen Beziehungen auswirkte. Diese Einleitung soll anhand des Forschungsstands sowie zeitgenössischer Dokumente und Hinweisen auf die neuen Dokumente die Entwicklung der KPD zeigen.

Voraussetzungen des Kommunismus

Vorbedingung für die Entstehung des Kommunismus in Europa war zweierlei: der Erste Weltkrieg sowie die Spaltung und damit zugleich die Tradition der Arbeiterbewegung. Direkte Voraussetzung des internationalen, auch des deutschen und russischen Kommunismus, war der Erste Weltkrieg. Ohne diesen Krieg wäre die weltweite Rolle der Bolschewiki unter Lenin, ihre Revolution, ihr Sieg in Russland, nicht denkbar, sie wären eine politische Sekte geblieben. Der Weltkrieg führte zur Spaltung der Sozialdemokratie und wurde Anstoß für den Kommunismus in vielen Ländern. Dabei stützten sich gerade die russischen Bolschewiki und die späteren deutschen Kommunisten in ihrem jeweils unterschiedlichen Umfeld auf verschiedene Traditionen.

Die kommunistische Organisation in Deutschland entstand im Ersten Weltkrieg. Jahrzehntlang hatten sich die verschiedenen Flügel der Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) innerhalb der Partei heftig auseinandergesetzt, aber keine Richtung wollte die organisatorische Spaltung. Im Weltkrieg ergab sich dann eine neue Situation. Eine Mehrheit vertrat die Politik der „Vaterlandsverteidigung“ und des „Burgfriedens“ im Innern, eine wachsende Minderheit wandte sich dagegen und hielt an den traditionellen internationalistischen Positionen fest. Die Abspaltung der Unabhängigen Sozialdemokratie (USPD) 1917 zeigte, dass es weniger um die herkömmlichen Rechts-Links-Differenzen in der Partei ging als um die Haltung zum Krieg.

Am 4. August 1914 votierte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion noch einstimmig für die Kriegskredite. Auch Karl Liebknecht hatte sich der Fraktionsdisziplin gebeugt.³ Noch am gleichen Tag trafen sich in Berlin in der Wohnung von Rosa Luxemburg bekannte Linke, darunter der spätere KPD-Vorsitzende Ernst Meyer⁴, um nach der Zustimmung der Reichstagsfraktion erste Maßnahmen über das Verhalten der linken Kriegsgegner zu beraten. Schrittweise formierte sich diese Opposition, die „Gruppe Internationale“ wuchs zur Spartakusgruppe und 1918 zum Spartakusbund, seit 1917 innerhalb der USPD.

Schon hier fällt der Unterschied des deutschen Spartakismus zum russischen Bolschewismus auf. Der Bolschewismus entstand nicht nur als politische Strömung bereits im Jahre 1903, die Bolschewiki schlossen sich praktisch auch sofort zu einer eigenen Organisation zusammen. Direkter Anlass der russischen Spaltung waren überdies Organisationsauffassungen. Hingegen bildete der linke Flügel des deutschen Sozialismus erst nach dem Krieg eine eigene Partei. Der deutsche Kommunismus war weder ein „Produkt“ des russischen noch deren einfache Kopie. Die KPD entstand (im Gegensatz zu anderen kommunistischen Parteien) „nicht durch den unmittelbaren Anstoß der russischen Revolution“, wie August Thalheimer später schrieb.⁵ Eine organisatorische Selbstständigkeit des deutschen Kommunismus setzte die Spaltung der SPD, die Abtrennung der kriegsgegnerischen USPD, voraus, die in den Jahren des Weltkrieges erfolgte.

Das Ziel des Bolschewismus war 1917 eine radikale Verwirklichung der sozialistischen Forderungen, die gebunden war an die Weltrevolution des Proletariats. Die straff organisierte und zentralisierte Kaderpartei der Berufsrevolutionäre als „Avantgarde des Proletariats“ sollte nach der leninschen Theorie in konspirativer Arbeit, wie ein Generalstab, die Revolution führen. Zweifellos waren die deutschen Linken und ihre wichtigste Theoretikerin, Rosa Luxemburg, Anhänger der Weltrevolution, aber ihre Revolutions- und Parteivorstellungen unterschieden sich stark von den bolschewistischen (Dok. 8).

Bereits nach der Spaltung der russischen Sozialdemokratie 1903 standen die deutschen Linken und insbesondere Rosa Luxemburg den Leninschen Organisationsplänen ablehnend gegenüber. Den „Ultrazentralismus“ Lenins bekämpfte Rosa Luxemburg scharf, da er „nicht vom positiven schöpferischen, sondern vom sterilen Nachtwächtergeist getragen“ sei; doch könne „die sozialdemokratische Organisation

³ Zur Diskussion am 3. und 4. August vgl. Susanne Miller: Zum 3. August 1914. „Archiv für Sozialgeschichte“. Bd. 4. (1964). S. 513ff. – Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1914 bis 1918. Bearb. v. Erich Matthias u. Eberhard Pikart. Teil 1 u. 2. (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Erste Reihe). Düsseldorf 1966.

⁴ Zu den in diesem Band genannten deutschen Kommunisten vgl. Hermann Weber, Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945. Berlin 2004, 2. erweit. Neuaufl. 2008. Bei der Nennung einzelner Personen wird nicht noch mal auf dieses Nachschlagewerk verwiesen.

⁵ August Thalheimer: Um was geht es? Berlin 1929. S. 23ff.

nicht auf blindem Gehorsam, nicht auf der mechanischen Unterordnung der Parteikämpfer unter ihre Zentralgewalt basieren“, wie sie bereits 1903/1904 schrieb.⁶

Weltkrieg als Geburtshelfer des Kommunismus

Der Weltkrieg brachte nicht nur für die Arbeiterbewegung die tiefgreifende Katastrophe des 20. Jahrhunderts, sondern für die gesamte Gesellschaft. Die Gräueltaten des Weltkrieges führten zur Radikalisierung breiter Kreise. Nach den schlimmen Erfahrungen an der Front, aber auch in der Heimat wuchs die Sehnsucht nach Frieden. Der nationalistische Taumel von 1914 verschwand, viele Kriegsfreiwillige änderten extrem ihre Einstellung und manche gelangten bis in die Führung der Kommunisten.⁷ Als Ursache des Krieges betrachteten nicht wenige Deutsche, insbesondere Sozialisten, neben dem kaiserlichen Regime, das 1918 von Kriegsgegnern gestürzt worden war, auch die kapitalistische Gesellschaft, die nun bekämpft wurde. Der Wunsch nach Frieden und einer besseren Welt wurde durch die Kriegserfahrungen gefestigt und der Einsatz dafür verstärkte sich vor allem in der sozialistischen Arbeiterbewegung. Das betraf auch die radikalen Kommunisten. Deren Haltung war allerdings ambivalent, schließlich hatten die Kriegserlebnisse neben Friedenssehnsucht gleichzeitig auch gegenteilige Tendenzen in der Gesellschaft hervorgebracht. Nun bekam die Gewalt allgemein einen neuen Stellenwert. Auf die Politik übertragen wurde sie schrittweise zu einem alltäglichen Mittel, zum Kennzeichen des ganzen Jahrhunderts.

In den Gefechten des Ersten Weltkrieges, des Massenkrieges, war die Anwendung blutiger Gewalt gerechtfertigt und belohnt worden. Es war – wie es ein deutscher Schriftsteller festhielt – die „patriotische Zwangsumwandlung von Menschen in Raubtiere“. Nach Kriegsende blieben Gewalt und Brutalität weit verbreitet. Die moralischen Wertvorstellungen waren erschüttert, der Weg in eine Zivilgesellschaft war verschüttet. Die Schrecken des Krieges hatten auch zur Akzeptanz brutaler Gewaltanwendung nicht nur durch Rechtsradikale geführt. Und bei Kommunisten zeigte sich bald: Gewalt sowie die Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten im Krieg sollten nunmehr „gegen die Feinde im eigenen Lande gerichtet werden.“⁹ Rückblickend war

⁶ Rosa Luxemburg. In: Die Neue Zeit (1904). S. 488; Vgl. Dies.: Politische Schriften. Hrsg. u. eingeleitet v. Ossip K. Flechtheim. Bd. III. Frankfurt/M. 1968. S. 93f.; Dies.: Gesammelte Werke. Bd. 1, 2. Halbbd. Berlin (Ost) 1970. S. 433f.; Vgl. auch Manfred Scharer: Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung. 2. Aufl. Stuttgart 1985; Ottokar Luban: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Leipzig 2008.

⁷ Vgl. Biographien in Weber u. Herbst, Deutsche Kommunisten.

⁸ So fasste Alfred Polgar die Idee des Protestbuchs von Leonhard Frank gegen den Krieg, „Der Mensch ist gut“, zusammen. Vgl. sein Nachwort in Leonhard Frank: Absturz. Leipzig 1929. S. 62.

⁹ Jerzy Holzer: Der Kommunismus in Europa. Politische Bewegung und Herrschaftssystem. Frankfurt/M. 1998. S. 19. Vgl. auch den Beitrag von Holzer im Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1999, S. 7ff.

es schon der Erste Weltkrieg, der die verheerenden einschneidenden Auswirkungen im 20. Jahrhundert brachte, nicht erst die russische Oktoberrevolution.

Für die äußerste Linke wurde dann die Oktoberrevolution der Bolschewiki 1917 zum Fanal. Während Rosa Luxemburg manche Aktion und die Diktatur der russischen Kommunisten noch ablehnte, andere Sozialisten eher reserviert blieben, setzte sich in Deutschland das bolschewistische Sowjetrussland als Idol der radikalen Linken rasch durch. Die deutschen Kommunisten wurden noch stärker als die Bolschewiki von den Ideen und Motiven der klassischen Arbeiterbewegung geprägt, aber beide radikalisierten deren Forderungen. Führung wie Anhänger beider Richtungen waren in ihren Methoden weit mehr vom Geschehen des Weltkrieges geformt und bestimmt, als sie wohl selbst bemerkten. Dies gilt vor allem für die Gewaltbereitschaft der Kommunisten auf dem Weg zu einer „besseren“ Gesellschaft.

Tradition der Arbeiterbewegung

Wie die Folgen des Weltkrieges auf die Kommunisten einwirkten, so hat sie das Erbe ihrer Herkunft, die Tradition der Arbeiterbewegung, als Motivation stets angetrieben. Die Arbeiterbewegung war angetreten, die Gegensätze der Klassengesellschaft, das Gefälle von oben nach unten, zu überwinden. Und ebenso wollten sie das Bildungsprivileg der Besitzenden aufheben, um Kultur und Wissenschaft jedem zugänglich zu machen. Für die Arbeiterbewegung galt es, die Forderung nach Solidarität und das Ziel sozialer Gerechtigkeit zu verbinden mit den Idealen der Aufklärung, mit Freiheit, Gleichheit und Demokratie.

Anfangs war der Weltkommunismus noch keine straff organisierte monolithische Bewegung. Die meisten Mitglieder und Funktionäre seiner nationalen Sektionen standen in der Tradition der internationalen Sozialdemokratie, in Südeuropa und Lateinamerika auch der anarchistischen und syndikalistischen Bewegung. Die krassen sozialen Unterschiede weltweit mobilisierten die Anhänger des Kommunismus. Unzufriedene Arbeiter und Intellektuelle kämpften gegen die herrschenden „oberen Zehntausend“, gegen eine Gesellschaft, in der der Reichtum von wenigen auf dem Elend von vielen beruhte. Kritische, opponierende und kämpferische Arbeiter und Erwerbslose, die nicht resignieren wollten, fanden in den kommunistischen Parteien ein Wirkungsfeld.

In Europa erhielt die kommunistische Bewegung nach dem Ersten Weltkrieg Zulauf, weil sie eine fortschrittliche Alternative zu den reaktionären, nichtdemokratischen Regimen zu sein schien. Aber auch erhebliche Defizite auf sozialem Gebiet in den Demokratien, beispielsweise in Deutschland oder Frankreich, stärkten sie. Gerade die Folgen des Krieges in Europa – in Deutschland besonders die Halbheiten der Novemberrevolution und der Republik – enttäuschten viele Arbeiter und sie bildeten die Basis der Kommunistischen Parteien. Krisen, Arbeitslosigkeit und Hunger führten dem Kommunismus immer wieder hoffnungslose Massen zu. Ihre Ausgren-

zung aus der Gesellschaft förderte den Radikalismus und die Intoleranz bei den Kommunisten.

Die traditionellen Ideale der Emanzipationsbewegung wirkten bei den radikalisierten Kommunisten weiter, freilich traten die freiheitlichen, der Demokratie verpflichteten Grundziele bald in den Hintergrund und wurden schließlich ganz verdrängt. Schnelle Realisierung der neuen Gesellschaft durch revolutionären Aufstand, durch Bürgerkrieg gegen die Herrschenden und Gewalt gegen alle Gegner überlagerten nunmehr die alten humanistischen Utopien. Diese Absichten hatten die russischen Bolschewiki ohnehin bereits in der zaristischen Diktatur vor dem Krieg verfolgt.

Mit ihrer radikalisierten und dogmatisierten Auslegung der Ziele der Arbeiterbewegung sowie dem Bekenntnis zur Gewalt als „Erfahrung“ aus dem Weltkrieg trennten sich die Kommunisten faktisch von der Arbeiterbewegung. Im Gegensatz zur Sozialdemokratie war der Kommunismus nicht demokratisch strukturiert, sondern strikt zentralistisch. Eine einzige Partei, die bolschewistische, war seit 1917 in Russland im Besitz staatlicher Allmacht. Daraus ergab sich in der Komintern keine Gleichheit aller Parteien wie in der II. Internationale, sondern rasch eine Abhängigkeit sämtlicher Sektionen von der russischen Staatspartei. Straff organisierte Parteien sollten zudem auf gewaltsamem Wege (auch in Demokratien) nach bolschewistischem Vorbild die alleinige Führung erringen. Die Kommunisten behaupteten, nur sie als „Avantgarde“ der Arbeiter könnten deren Interessen vertreten und daher auch als Minderheit eine Legitimation zur Herrschaft besitzen.

Dieser Widerspruch zur Sozialistischen Internationale und zu den Traditionen der Arbeiterbewegung verschärfte sich im Konkurrenzkampf zwischen Kommunisten und Sozialisten und steigerte sich schließlich zu einem prinzipiellen Gegensatz beider Richtungen.¹⁰

Formale Organisation der Kommunisten

Es entstanden im Weltkrieg radikal-soziale Gruppen, die sich international zusammenschließen wollten. Um die Jahreswende 1918/1919 wurde die KPD gegründet und bereits im März 1919 trafen sich in Moskau 52 Delegierte von 29 Organisationen (nach anderen Angaben: 35) sowie sehr kleinen Gruppen von Kommunisten. Ohnehin lebten die meisten nichtrussischen Delegierten als Ausländer damals in Moskau. Nur 19 Parteien erhielten allerdings Stimmrecht. Sie konstituierten die III. Internationale, die Komintern. Nur der KPD-Abgesandte Hugo Eberlein war dagegen (vgl. Dok 14). Beim Gründungsbeschluss enthielt er sich der Stimme, doch trat dann die KPD rasch

¹⁰ Vgl. dazu Julius Braunthal: Geschichte der Internationale. Bd. 2 u. 3. Hannover 1963/1971; Peter Lübke: Kommunismus und Sozialdemokratie. Berlin 1978.

der Kommunistischen Internationale bei.¹¹ Viele der in Moskau anwesenden Kommunisten verstanden sich 1919 noch als die Vertreter autonomer revolutionärer Parteien. Doch Lenin und die führenden Bolschewiki hatten bereits bei der Vorbereitung des Kongresses ihren Vormachtanspruch signalisiert (vgl. auch Dok. 2, 5, 7, 11).¹²

Gerade die junge KPD (Spartakusbund) hatte sich bei ihrer Entstehung nicht nur für Unabhängigkeit, sondern auch für einen föderalistischen Aufbau der Partei ausgesprochen. Hugo Eberlein, der die deutsche Partei im März in Moskau vertrat, hatte zuvor als Referent auf dem KPD-Gründungsparteitag festgehalten: „Es wäre notwendig, dass bei dieser Organisationsform die Autonomie der einzelnen Orte (...) die weitmöglichste Freiheit gelassen wird.“ Es dürfte nicht von oben herunter schematisch „uniformiert“ werden. Die Autonomie sollte ebenso für die Publikationen gelten, die Parteipresse dürfe „nicht zentral geregelt“ werden.¹³

Doch schon der II. Weltkongress der Komintern (Juli bis August 1920), auf dem die Delegierten Kommunisten aus 37 Ländern repräsentierten, legte völlig andere Strukturen fest. Das vom Kongress angenommene Statut verordnete, dass alle zugehörigen Kommunistischen Parteien den Zusatz tragen mussten: „Sektion der Kommunistischen Internationale“. Sie waren also keine selbstständigen Parteien, sondern von nun an Teilorgane der Kommunistischen Internationale. Deren Leitung, das Exekutivkomitee (EKKI), konnte allen Sektionen „bindende Richtlinien“ geben.¹⁴ In der Präambel zu den Statuten wurde eindeutig verlangt, die Komintern solle „eine straff zentralisierte Organisation“ sein. „Die Kommunistische Internationale muß wirklich und in der Tat eine einheitliche kommunistische Partei der ganzen Welt darstellen. Die Parteien, die in jedem Lande arbeiten, erscheinen nur als einzelne Sektionen“.¹⁵ Bei der Begründung dieser Statuten unterbreitete der bulgarische Kommunist Christo Kabakčiev die Anordnung, Komintern und Sektionen seien nach dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ aufzubauen. Er verwies auf die notwendige „starke Zentralisation“ und das bolschewistische Vorbild: „Die Kommunistische Partei Rußlands kann als Muster und als Vorbild zur Nachahmung (...) auch durch ihre eiserne Disziplin und strenge Organisation dienen.“¹⁶ Die vom gleichen Kongress beschlos-

¹¹ Vgl. Der I. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Protokoll der Verhandlungen in Moskau vom 2. bis zum 19. März 1919. Hamburg 1921. S. 132ff., 143.

¹² Vgl. die Dokumentation Wladislaw Hedeler, Alexander Vatlin: Wer gründete die Komintern? In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2008). S. 1ff. sowie Dies., Die Weltpartei.

¹³ Vgl. zu den Programmfragen Hermann Weber (Hrsg.): Die Gründung der KPD. Protokoll und Materialien des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands 1918/1919. Berlin 1993. S. 239ff. sowie 304ff.; Bericht über den Gründungsparteitag der KPD (Spartakusbund) vom 30. Dezember bis 1. Januar 1919. (Berlin 1919). S. 43ff.; Hermann Weber (Hrsg.): Der deutsche Kommunismus. Dokumente. Köln 1963. S. 247ff.

¹⁴ Der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale. Protokoll der Verhandlungen vom 19. Juli in Petrograd bis 7. August 1920 in Moskau. Hamburg 1921. S. 603f.

¹⁵ Der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale, S. 602.

¹⁶ Der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale, S. 572.

senen „21 Bedingungen“ zur Aufnahme in die Komintern schrieben deshalb „strenge Disziplin“ der Parteien vor.¹⁷

Diese frühen programmatischen Festlegungen des Aufbaus der Komintern, der zentralistischen Anleitung ihrer „Sektionen“ durch das Moskauer EKKI und des russischen Vorbilds auf allen Gebieten waren in der Forschung lange Zeit kontrovers beurteilt worden: Gab es diesen straffen Zentralismus tatsächlich in der Realität der einzelnen Sektionen, und wenn ja, seit wann und wie wurde er dort praktiziert? Die vorliegende Quellenedition kann für die Beziehungen zwischen der Komintern-Führung und der stärksten Sektion außerhalb Sowjetrusslands, für die bereits zuvor gegründete KPD und die Führungsorganen der KP der Sowjetunion und damit auch für das deutsch-sowjetische Verhältnis insgesamt neue und vor allem detaillierte Einsichten vermitteln. Hier handelt es sich fast durchweg um bisher in deutscher Sprache nicht bekannte oder aber sehr entlegen veröffentlichte Dokumente.¹⁸ Umfangreiche Quellen zu dieser Thematik sind bereits in drei Bänden (2003 bzw. 2008) abgedruckt: erstens zum versuchten kommunistischen Aufstand im Oktober 1923¹⁹, zweitens für die Phase 1928/1929 über die „Wittorf-Affäre“, die damalige Rolle Stalins sowie

17 Der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale, S. 392. Vgl. auch die Abdrucke von Statut und 21 Bedingungen in Hermann Weber: *Die Kommunistische Internationale. Eine Dokumentation*. Hannover 1966. S. 48ff.

18 Frühere deutsch- (oder englischsprachige) Dokumentationen zur Komintern-Entwicklung mussten sich weitgehend auf offizielle Veröffentlichungen beschränken. Vgl. z. B. Jane Degras (Hrsg.): *The Communist International 1919–1943. Documents*. Vol. 1–3. London 1955–1965; Theo Pirker: *Utopie und Mythos der Weltrevolution. Zur Geschichte der Komintern 1920–1960*. München 1964; Ders.: *Komintern und Faschismus*. Stuttgart 1965; Weber, *Die kommunistische Internationale*; Helmut Gruber (Hrsg.): *International Communism in the Era of Lenin. A Documentary History*. New York 1972; John Riddle: *The Communist International in Lenins Time. Founding the Communist International*. New York 1987. Auch offizielle „parteilich“ verzerrte Darstellungen in kommunistisch regierten Ländern konnten sich nur auf bereits veröffentlichtes Material stützen, nicht auf archivalische Quellen. Vgl. z. B. IML des ZK der KPdSU (Hrsg.): *Die Kommunistische Internationale. Kurzer Historischer Abriss*. Berlin (Ost) 1970; Horst Schuhmacher: *Die Kommunistische Internationale (1919–1943)*. 2. Aufl. Berlin (Ost) 1989; *Studien zur Geschichte der Kommunistischen Internationale (Sammelband)*. Berlin (Ost) 1974. Ebenso konnten parteioffizielle Dokumentationen keine Quellen bringen vgl. dazu *Die Kommunistische Internationale (Auswahl von Dokumenten und Reden, 1928–1943)*. Berlin (Ost) 1956; *Komintern und revolutionäre Partei. 1919–1943*. Berlin (Ost) 1986; Eine Ausnahme bildete die umfangreiche Ostberliner Ausgabe: *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Berlin/Ost)*, in der auch Material aus dem IML abgedruckt war, freilich kaum vertrauliche Protokolle o. ä., sondern Flugblätter, Rundschreiben usw. Vgl. etwa Bd. VII, 1. u. 2. Halbbd.: 1919–1923. Berlin (Ost) 1966. Bd. VIII: 1924–1929. Berlin (Ost) 1975. Zu Quellenveröffentlichungen seit 1990 vgl. die Texte von Jakow Drabkin und Bernhard H. Bayerlein.

Bibliographien liegen vor von Günter Hering: *Bibliographie zur Geschichte der kommunistischen Internationale (1919–1934)*. Berlin (Ost) 1960; Witold S. Sworakowski: *The Communist International and its Front Organisations*. Stanford Cal. 1965; Vilém Kahan: *Bibliography of the Communist International (1919–1979)*. Leiden 1990.

19 Bernhard H. Bayerlein u. a. (Hrsg.): *Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern*. (Archiv des Kommunismus. Pfade des XX. Jahrhunderts. 3). Berlin 2003.

Thälmanns in der KPD²⁰ und drittens für die Auswirkungen des Stalin-Hitler-Paktes 1939–1941 auf die Komintern²¹. Die drei Publikationen erlauben es, diese zentralen Ereignisse hier kürzer abzuhandeln. Nachgezeichnet wird nun der Verlauf der Beziehungen zwischen KPD und Kommunistischer Internationale in den verschiedenen Perioden von ihrer Gründung 1919 bis zur Auflösung durch Stalin 1943 anhand neu erschlossener Archivalien.

Die Dokumentation und auch die Einleitung sind keine deskriptive Darstellung der KPD-Geschichte oder der Komintern, vielmehr sollen Analysen wie abgedruckte Quellen problemorientiert wesentliche Fragen des Verhältnisses beider Organisationen zu den Führungsorganen der KPdSU vor dem Hintergrund des deutsch-sowjetischen Verhältnisses erläutern, und zwar sowohl anhand des Forschungsstandes als auch insbesondere der bisher geheimen Akten verschiedener Archive. Erstmals können damit personelle wie strukturelle und informelle Verbindungen offengelegt werden. Dabei zeigen die Dokumente die unterschiedlichen Kanäle und Netzwerke zwischen der Sowjetspitze und der Komintern-Führung sowie der KPD, die auch für die deutsch-russischen Beziehungen bedeutungsvoll waren. Die wachsende Dominanz Moskaus wird sowohl in der Einleitung wie in der Dokumentation entsprechend der Gliederung in verschiedene Phasen der KPD bzw. Komintern beschrieben.

Phasen der Beziehungen Komintern – KPD

Die Darlegung erfolgt in fünf Abschnitten, wobei die übliche Periodisierung der KPD-Geschichte mit den zeitlichen Etappen der Komintern bzw. der Sowjetunion verknüpft wird. Diese fünf Kapitel sind hier zunächst zusammenfassend und verkürzt folgendermaßen zu charakterisieren.

Die **1. Phase** von 1919 bis 1923, nach der Novemberrevolution 1918,²² ist gekennzeichnet durch die revolutionäre Nachkriegskrise in Deutschland sowie den Bürgerkrieg und seine Folgen für Russland. Die Kommunisten in Sowjetrussland und Deutschland erschienen als Protagonisten einer europäischen Revolution. Doch die schwache KPD scheiterte 1919/1920 mit Revolutionsversuchen, ihre Aufstände wurden niedergeschlagen. Sie musste meist illegal wirken. 1919 trennte sich ein ultralinker Flügel von ihr. Die Radikalisierung der deutschen Arbeiter, die über die Ergebnisse der Revolution ebenso enttäuscht waren wie über ihre elende materielle Lage, kam indes zunächst der USPD zugute. 1920 spaltete sich diese wegen der Frage

²⁰ Hermann Weber u. Bernhard H. Bayerlein (Hrsg.): Der Thälmann-Skandal. Geheime Korrespondenzen mit Stalin. (Archive des Kommunismus. Pfade des XX. Jahrhunderts. 2). Berlin 2003.

²¹ Bernhard H. Bayerlein: „Der Verräter, Stalin, bist Du.“ Vom Ende der linken Solidarität. Komintern und kommunistische Parteien im Zweiten Weltkrieg. Berlin 2008.

²² Vgl. zu dieser Periode Pierre Broué: The German Revolution 1917–1923. Introduced by Eric D. Weitz. Leiden 2005.

eines Anschlusses an die Komintern und ihr linker Flügel kam Ende 1920 zur KPD, die nun erst eine Massenpartei wurde. Revolutionsexperimente in Deutschland (Märzaktion 1921 oder Oktoberaufstand 1923) misslangen, die KPD geriet in eine Krise und in zunehmende Abhängigkeit von der Komintern.

Auch deren Pläne zur Weltrevolution blieben bis 1923 erfolglos, als Organisation wuchs sie dagegen stark an, sowohl was die Zahl der Mitglieder als auch der Sektionen anging. Die revolutionäre Nachkriegskrise endete in Europa 1923 mit der Niederschlagung und dem Scheitern der kommunistischen Aufstände in Bulgarien und Deutschland. Damit war der Anlauf zur Weltrevolution gescheitert, nur Russland war als Bastion der Komintern geblieben und verstärkte seinen Einfluss. Die Komintern wurde bis 1923 zentralisiert, ihre Unterwerfung unter Sowjetrußland erreicht. Nach dem siegreichen Bürgerkrieg wurden die Bolschewiki für die Komintern-Sektionen nicht nur Vorbild und ideologische Richtschnur, sondern auch durch ihre materielle und finanzielle „Hilfe“ politisch bestimmend.

Den Beginn der **2. Phase** von 1924 bis 1929 markierte sowohl die relative Stabilisierung des Deutschen Reiches, als auch die der Sowjetunion. Die Komintern beherrschte ihre Sektionen immer drastischer. Vor allem war die Arbeit der Sektionen den Weisungen des an die KPdSU gebundenen EKKI unterworfen, sie musste den Interessen oder vermeintlichen Interessen der Sowjetunion entsprechen. Die Komintern wurde nun stärker im Rahmen der Staatsinteressen der Sowjetunion instrumentalisiert. Da Russland und Deutschland die Kriegs-„Verlierer“ in Europa waren, kam es zu Annäherungen beider Staaten (z. B. nach dem Rapallo-Vertrag vom April 1922), was die KPD wie die Komintern freilich in Schwierigkeiten brachte (vgl. Dok. 59–61).

Die KPD behielt politisches Gewicht, blieb jedoch vorrangig mit innerparteilichen Auseinandersetzungen befasst. Offiziell befahl der V. Weltkongress der Komintern 1924 die „Bolschewisierung“ sämtlicher Sektionen. Die sozialdemokratische Tradition sollte überwunden werden, die Ideologie des „Marxismus-Leninismus“ verbindlich sein und die Struktur der KPdSU als Vorbild aller kommunistischen Parteien gelten. Und die „Bolschewisierung“ brachte ab 1924 faktisch deren Stalinisierung. Zwar war die KPD von Anfang an keine Partei mit parlamentarisch-demokratischen Zielen, sie bekämpfte radikal die „bürgerliche Demokratie“ und die sozialdemokratische Arbeiterbewegung. Ihre rätedemokratischen Vorstellungen blieben verschwommen, sie erstrebte ihre alleinige Herrschaft, „Diktatur des Proletariats“ genannt, allerdings praktizierte sie breite innerparteiliche Demokratie. Die Stalinisierung bedeutete für die KPD den Wandel von einer Partei mit innerer Demokratie in eine straff disziplinierte Organisation mit strikt zentralisierter Befehlsgewalt. Stalinisierung hieß Veränderung des inneren Aufbaus, Entstehung einer monolithischen, hierarchischen Partei. Dadurch war die KPD wie die Komintern am Ende der 1920er Jahre ganz an die Politik und Ideologie der Sowjetunion angeglichen.²³

²³ Vgl. dazu Hermann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik. Bd. 1 u. 2. Frankfurt/M. 1969. Jetzt auch: Norman LaPorte, Kevin Morgan, Matthew Worley (Hrsg.): Bolshevism, Stalinism and the Comintern. Basingstoke/New York 2008.

In der **3. Phase** 1929 bis 1933 war Deutschland durch die Weltwirtschaftskrise geprägt. Nach Erfolgen der politischen Rechten wurde die Demokratie der Weimarer Republik zunächst in eine Präsidialdiktatur umgewandelt, 1933 konnte die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) triumphieren. Die Sowjetunion hingegen etablierte sich mit den Stalinschen Fünfjahresplänen als ein Industriestaat, deren Wirtschaft schien im Gegensatz zur Weltwirtschaftskrise zu florieren. Mit der Propagierung des sowjetischen „Aufschwungs“ und angeblichen „Sieges des Sozialismus“ sowie einer Kapitalismuskritik, die durch die katastrophalen Lage der Arbeiter infolge der Weltwirtschaftskrise abgestützt war, gewann die Komintern weltweites Ansehen. Die KPD widerspiegelte die Strategie der Komintern.

Diese Partei trug dann von 1929 bis 1933 durch ihre ultralinke Politik und die Spaltung der Arbeiterbewegung ungewollt zum Sieg Hitlers bei. Gestützt auf verwirrende Faschismus-Theorien (die alle Nichtkommunisten – selbst „Abweichler“ unter den Kommunisten – als Faschisten denunzierten) betrieb die Parteispitze eine gezielt destruktive Strategie. Ungeachtet der herausziehenden Gefahr des Nationalsozialismus bekämpfte die KPD – den Komintern-Direktiven folgend – die SPD als ihren „Hauptfeind“ („Sozialfaschismus“-These). Die KPD-Führung leugnete nicht nur den prinzipiellen Unterschied zwischen Weimarer Republik und Hitler-Faschismus, sondern sie unterschätzte die NSDAP. Ihre ultralinke Politik war deshalb zeitweise erfolgreich, weil sich das Heer verzweifelter Arbeitsloser ständig vergrößerte und viele enttäuschte Menschen ihre Hoffnung in diese radikale Partei setzten.

Die KPD-Leitung befolgte unkritisch die Weisungen Moskaus. Symptomatisch war, dass sie – entgegen vorheriger Bedenken – auf Anordnung der Komintern und somit Stalins im Juli 1931 einen Volksentscheid sogar gemeinsam mit Deutschnationalen und Nationalsozialisten gegen die sozialdemokratisch geführte Regierung Preußens mittrug (vgl. die Dok. 263–267). Auf ihrer verhängnisvollen Generallinie beharrte die KPD-Spitze trotz einiger taktischer Varianten bis 1933.

Die **4. Phase** von 1933 bis 1939 war bestimmt von der barbarischen NS-Diktatur in Deutschland und ihren imperialistischen Zielen und Kriegsvorbereitungen, von Rassismus und Völkermord sowie der Ausrottung jeder demokratischen Alternative. Die UdSSR-Politik blieb zwiespältig, sie unterschätzte Hitler und unterhielt mit Deutschland zunächst freundschaftliche Beziehungen nach dem Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten – mit verheerenden Folgen für die KPD, sie wurde zerschlagen. Die Komintern verkannte den Hitler-Faschismus. Relativ spät spielte die Sowjetunion mit der Karte des Völkerbundes und entsprechend entschied sie sich nach dem VII. Weltkongress 1935 noch für eine Volksfront. Doch fast zeitgleich prägten die blutigen Stalinschen „Säuberungen“ von 1936 bis 1938 die Existenz des gesamten Kommunismus. Es war geradezu absurd: der „kommunistische“ Staat führte die größte Kommunisten-Verfolgung in jener Zeit durch, wovon Komintern und KPD besonders betroffen waren.

Der Machtantritt Hitlers 1933 bedeutete für die deutschen Kommunisten, insbesondere ihre Kader, eine Katastrophe. Im Widerstand gegen den Nationalsozialismus

hatten sie die größten Blutopfer zu bringen. Von allen politischen Gruppierungen begann die Hitler-Diktatur die Kommunisten am frühesten zu verfolgen. Tausende ihrer Funktionäre und Mitglieder verloren von 1933 bis 1945 ihr Leben; sie wurden hingerichtet, in Konzentrationslagern umgebracht, angeblich „auf der Flucht erschossen“ oder in den Selbstmord getrieben. Aber auch diejenigen Kommunisten, die aus Hitler-Deutschland in die Sowjetunion flüchten konnten, gerieten dort in die Verfolgungen des Stalin-Regimes. Von den führenden politischen Emigranten sind damals in der UdSSR über zwei Drittel eingesperrt und zumeist umgebracht worden. Es bleibt die besondere Tragik dieser Kommunisten im Exil, dass sie ausgerechnet von den „eigenen Genossen“, von sowjetischen Staatsorganen, verhaftet, gefoltert und vielfach auch ermordet wurden. In „ihrer“ Sowjetunion unschuldig – fast alle wurden ja später (meist posthum) rehabilitiert – verfolgt zu werden, war für Kommunisten unfassbar.

Die **letzte Phase** der Komintern 1939 bis 1943 war geprägt vom Stalin-Hitler-Pakt 1939. Er versetzte der Komintern faktisch den Todesstoß. Für die Komintern und ihre Sektionen war jetzt allein die sowjetische Außenpolitik maßgeblich. Der Zweite Weltkrieg wurde zunächst in Moskau als imperialistischer Krieg bewertet und abgelehnt, wobei England weit schärfer verurteilt wurde als Nazi-Deutschland, schließlich waren Hitler und Stalin sogar einen Freundschaftsvertrag eingegangen. Der vorher propagierte Antifaschismus der Komintern und ihrer Sektionen wurde nun praktisch verworfen.

Erst als sich die Aggression Hitler-Deutschlands im Juni 1941 auch gegen die Sowjetunion richtete, erklärte Stalin den „Großen Vaterländischen Krieg“ seines Landes für verbindlich und die Komintern hatte mit allen Kräften die UdSSR zu verteidigen. Auch in Deutschland, wo die Hitler-Diktatur im Krieg ihre blutige Barbarei im Inneren wie nach außen noch steigerte, regte sich von 1942 bis 1944 wieder kommunistisch organisierter Widerstand gegen das „Dritte Reich“. Indessen hatte die Komintern ihre Rolle eingebüßt. Der Auflösungsbeschluss vom 15. Mai 1943 beendete das Schattendasein, das sie nur noch gespielt hatte, und der Weltkommunismus wurde direkt von der KPdSU angeleitet.

Diese kursorischen Hinweise über die Probleme der KPdSU, der Komintern und ihrer wichtigsten Sektion, der KPD, während der verschiedenen Etappen sollen im Folgenden skizzenhaft dargelegt werden. Dabei mussten schon aus Platzgründen die bereits bekannten, in der Forschungsliteratur behandelten Grundfakten und Kernfragen der Geschichte beider Organisationen teilweise vernachlässigt werden zugunsten der Probleme der Beziehungen zwischen Komintern und KPD und der daraus entstehenden Fragen hinsichtlich des russisch-deutschen Verhältnisses sowie unterschiedlicher Einschnitte im Rahmen dieser Entwicklung.

In dieser Einleitung werden neben Hinweisen auf die abgedruckten Dokumente die zeitgenössische wie die Forschungsliteratur herangezogen und die Quellen in den historischen Zusammenhang gestellt. Eine andere Sicht der Beziehungen gibt Jakov

Drabkin in seiner Einleitung. Bernhard H. Bayerlein bringt Dokumente in den allgemeinen Kontext des Themas.

Generell ist darauf zu verweisen, dass in allen Phasen ähnliche Probleme existierten. Die KPD war insbesondere mit drei Fragen konfrontiert: Erstens musste die Partei ihr Verhältnis zur Sowjetunion klären, entscheidend war der Grad der Abhängigkeit vom Sowjetstaat; zweitens ging es um die innere Parteistruktur, um das Maß innerparteilicher Demokratie und drittens um die politische Linie, darum, ob die Partei eine ultralinke intransigente oder eine realistische linksoppositionelle Politik gegenüber der Weimarer Republik und der SPD zu führen hatte. Letztlich drehten sich die Auseinandersetzungen in der KPD und im Rahmen der Komintern immer wieder um diese Grundfragen. Die Stalinisierung der KPD löste dann diese Probleme rigoros und einseitig: Die KPD wurde bald völlig von Moskau abhängig, ihre innerparteiliche Demokratie aufgehoben und ab 1929 ein ultralinker Kurs eingeschlagen.

1919–1923: Die Anfänge von KPD und Komintern

Als an der Jahreswende 1918/1919 in Berlin die Delegierten von Spartakusbund und Linksradike(n) (Internationale Kommunisten Deutschlands) zusammenkamen und die KPD (Spartakusbund) gründeten²⁴, wurde der Vertreter der Kommunisten Russlands, der auch bei deutschen Linken schon vor 1914 bekannte Karl Radek, „mit lebhaftester Freude“ begrüßt.²⁵ Nachdem Radek seine Rede mit dem Ausruf beendet hatte: „Es lebe die internationale Revolution, es lebe die internationale Räterepublik!“, da verzeichnete das Protokoll „Stürmischer Beifall“.

Die 127 Delegierten des KPD-Gründungsparteitags waren offensichtlich ebenso wie die Linksradike(n) überall auf die Ziele der Weltrevolution und einer Räterepublik eingeschworen. Ihre Zustimmung galt der Politik Sowjetrusslands, dem Land, auf dem ihre Hoffnung ebenso ruhte wie auf einer Revolution und dem Sieg im eigenen Land. Der KPD-Gründungsparteitag, eigentlich nur als Konferenz zur Vorbereitung der Schaffung einer Partei geplant, zeigte die Schwäche der neuen Organisation.²⁶ Gegensätze zwischen der Spartakusführung und der Mehrheit der Delegierten waren

²⁴ Vgl. zur Geschichte der KPD Ossip K. Flechtheim: Die KPD in der Weimarer Republik (1948). Frankfurt/M. 1969. Die DDR-Version in Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 3 u. 4. Berlin (Ost) 1969. Zum Forschungsstand in den achtziger Jahren Hermann Weber: Kommunismus in Deutschland 1918 bis 1945. Darmstadt 1983. Zur neueren Literatur Klaus Michael Mallmann: Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung. Darmstadt 1996; Klaus Kinner: Der deutsche Kommunismus. Die Weimarer Zeit. Berlin 1999; Gruppe Magma: „... denn Angriff ist die beste Verteidigung“. Die KPD zwischen Revolution und Faschismus. Bonn 2001; Bert Hoppe: In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928–1933 (mit Bibliographie). München 2007.

²⁵ Weber, Die Gründung der KPD, S. 67.

²⁶ Zu den Einzelheiten vgl. die Einleitungen und das Protokoll in Hermann Weber (Hrsg.): Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien. Frankfurt/M. 1969. Sowie ders.: Die Gründung der

schon daran abzulesen, dass die von der Leitung empfohlene Wahlbeteiligung der Kommunisten zur Nationalversammlung mit 62 gegen 23 Stimmen abgelehnt wurde. Die Delegierten, die teilweise zufällig anwesend waren, repräsentierten die rebellische Stimmung einer Minderheit von linken Arbeitern und Intellektuellen. Durch den Krieg radikalisiert, widerspiegelten sie auch die Friedenssehnsucht breiter Kreise, vor allem aber wollten sie die Ideale einer besseren, sozial gerechten Gesellschaft rasch durchsetzen. Die meisten orientierten sich am russischen Beispiel, erstrebten eine Revolution und das Rätssystem, hielten einen Bürgerkrieg für unvermeidlich. Der Zulauf zur neuen KPD führte zu putschistischen Tendenzen in der Partei, die durch ihren Radikalismus ohnehin zur Selbstüberschätzung neigte.

Auch der vom Parteitag umjubelte Karl Radek äußerte sich in seinem Tagebuch sehr kritisch über die Konferenz: „Der Parteitag demonstrierte grell die Jugend und die Unerfahrenheit der Partei. Die Verbindung mit den Massen war äußerst schwach. Zu den Verhandlungen mit den linken Unabhängigen verhielt sich der Parteitag ironisch. Ich fühlte nicht, daß hier schon eine Partei vor mir war.“²⁷ (vgl. auch Dok. 9, 11).

Einer Mehrheit der Delegierten des Gründungsparteitags fehlte diese Einsicht in die eigene Schwäche. Und die Zukunftshoffnungen der deutschen Kommunisten erlitten schon kurz nach dem Gründungsparteitag schwere Schläge. Am 15. Januar 1919 wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die überragenden Führer der neuen Partei, von Soldateska ermordet. Als Ende Januar 1919 Franz Mehring starb und im März 1919 auch Leo Jogiches dem Terror der erstarkenden Rechten zum Opfer fiel, war die KPD ihrer klarsten Köpfe beraubt. Auf dem Gründungsparteitag der KPD hatte sich gezeigt, dass im frühen deutschen Kommunismus noch recht gegensätzliche Strömungen vorhanden waren und die KPD durchaus unterschiedliche Perspektiven besaß.²⁸ Der Verlust der wichtigsten Persönlichkeiten engte die verschiedenen Tendenzen erheblich ein. Vor allem der Tod Rosa Luxemburgs war eine Tragödie „nicht nur für die deutsche, sondern für die internationale Arbeiterbewegung, in der die von ihr gefürchtete Entwicklung nun ungehindert ihren Lauf nahm“.²⁹

Indessen konnten die russischen Bolschewiki erste Erfolge ihrer Machteroberung registrieren. Zwar war ihre Herrschaft noch auf einen Bruchteil Russlands beschränkt, aber die neugeschaffene Rote Armee errang im Bürgerkrieg Siege. Daher schauten die russischen Führer schon 1919 mit einem gewissen Hochmut auf ausländische Kom-

KPD. Die parteilich verzerrte SED-Sicht in Heinz Wohlgemuth: Die Entstehung der KPD. Berlin (Ost) 1968. 2. Aufl. 1978.

²⁷ Vgl. Radeks Tagebuch, das 1926 in Russisch veröffentlicht wurde. Die erste deutsche Ausgabe in Otto-Ernst Schüddekopf: Karl Radek in Berlin. „Archiv für Sozialgeschichte“. II. Bd. Hannover 1962. S.136; Vgl. auch Jean-François Fayet: Karl Radek. 1885–1939. Biographie politique. Bern 2004; Vgl. zu den frühen Beziehungen der Bolschewiki zum Linkssozialismus in Deutschland auch Ottokar Luban: Russische Bolschewiki und deutsche Linkssozialisten am Vorabend der deutschen Novemberrevolution. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2009). S. 283ff.

²⁸ Vgl. Weber, Wandlung.

²⁹ Flechtheim, Die KPD, S. 49.

munisten, die – fast überall kleine Sekten – eine Niederlage nach der anderen erlitten. Hatte Adolf Ioffe bereits 1918/1919 die deutschen Linkssozialisten und Kommunisten herabgewürdigt (vgl. Dok. 1, 5), so wuchs bei den russischen Kommunisten die Vorstellung, dass nur sie mit ihrem Apparat, den Ressourcen ihres Staates und ihrer „ideologischen Klarheit“ in der Lage seien, die Komintern zu führen und aus ihr ein schlagkräftiges Instrument für die Weltrevolution zu machen. Etliche herausragende Persönlichkeiten im internationalen Kommunismus, die mit Lenin, Trotzki und Sinowjew theoretisch wie praktisch gleichziehen konnten, schieden bereits früh aus der Bewegung aus. Sie wurden ermordet wie Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches oder wurden bald ausgeschaltet wie z. B. Paul Levi, Ludovic Frossard, Amadeo Bordiga, Karl Höglund und Boris Souvarine. Ihnen folgten Dutzende führender ausländischer Kommunisten, die im Laufe der Komintern-Entwicklung verfeimt wurden. So blieb die russische Spitze bestimmend.

Anleitung und Finanzierung der KPD durch das EKKI

Nach ihrer Gründung standen auch vor der Komintern zunächst reichlich Probleme. Das Exekutivkomitee der Komintern unter Vorsitz von Grigori Sinowjew hatte ein „Büro von fünf Personen“ für deren Leitung gewählt.³⁰ Doch die Führung in Moskau war isoliert, durch Bürgerkrieg und ausländische Intervention, vor allem durch die westliche Blockade Russlands waren die Komintern-Leiter abgeschnitten und kaum handlungsfähig. Es gab papierene Resolutionen, Entschlüsse, auch Anweisungen, die 1919 noch wenig Bedeutung hatten. Allerdings waren die finanziellen Mittel Russlands und der Komintern – die Dokumente beweisen den Umfang – für die ausländischen Parteien, insbesondere für die deutschen Kommunisten, von Anfang an hilfreich (vgl. Dok. 16–20). Diese Unterstützung wurde von vielen als „brüderliche Hilfe“ für die „Weltrevolution“ angesehen und akzeptiert.

Das offizielle Organ, „Die Kommunistische Internationale“, versuchte seit Mai 1919 (in russischer, französischer, deutscher und englischer Sprache) Informationen und allgemeine Anweisungen zu vermitteln. Die Zeitschrift hatte zwar Informationswert,³¹ da die Auflage niedrig blieb jedoch als Form der Anleitung keine nennenswerte Wirkung. „Die Kommunistische Internationale“ als Publikation des EKKI wurde redigiert von Grigori Sinowjew und anderen Mitgliedern des Präsidiums. Bestimmend für den Inhalt war jedoch immer das russische Politbüro: Beispielsweise verlangte Lenin am 31. Juli 1920 einen „Beschluss des Politbüros“ der KPR gegen die Veröffentlichung der Artikel Maxim Gorkijs, insbesondere des Leitartikels in Nr. 12 der „Kommunistischen Internationale“. Denn in Gorkijs Aufsatz stehe „nicht nur nichts

³⁰ Der I. Kongreß, S. 201; Die Kommunistische Internationale. Nr. 1. S. 39.

³¹ Die Zeitschrift druckte 1918/1919 Berichte „Von der Tätigkeit des EKKI“ ab, manchmal sogar von Sitzungen der Führungsorgane.

Kommunistisches, sondern viel Antikommunistisches.“ Derartige Texte dürften „auf keinen Fall“ abgedruckt werden.³² Das sowjetische Politbüro sollte also das EKKI-Organ zensieren. Pikanterweise befasste sich der Dichter Gorkij, der den „Roten Terror“ und Lenin 1917/1918 noch radikal bekämpft hatte,³³ im Leitartikel mit „Wladimir Iljitsch Lenin“ und nannte diesen gar einen „Heiligen“.³⁴ Doch die Intervention durch die russischen Führer bedeutete erste Ansätze für verbindliche Instruktionen der Komintern oder ihrer Sektionen.

Auch das in Amsterdam residierende Westeuropäische Büro (WEB) hatte wenig Einfluss.³⁵ In ihm bestimmten bald Rätekommunisten und Linkskommunisten wie Hermann Gorter und Anton Pannekoek. Das im Herbst 1919 geschaffene Westeuropäische Sekretariat (WES)³⁶ diente der Verbindung der Komintern insbesondere zur KPD.³⁷ Neben Karl Radek, von Februar bis Oktober 1919 in Deutschland inhaftiert, dann in der Komintern für die KPD zuständig, besaß vor allem Iakov Reich³⁸, bekannt als „Thomas“, eine beachtliche Rolle. Er hatte den Gründungskongress der Komintern 1919 mitvorbereitet, reiste anschließend unter seinem Parteinamen James Gordon bzw. Thomas im Auftrag von Sinowjew nach Berlin, um hier das Westeuropäische Sekretariat (WES) aufzubauen.³⁹ Über Iakov Reich-Thomas wurden 1919/1920 nicht nur immense russische Gelder an die Kommunistischen Parteien in Europa transferiert, sondern die Moskauer Spitze durch zwei eigens gecharterte Flugzeuge auch mit ausländischer Literatur, Zeitschriften und Zeitungen versorgt. Er organisierte als Thomas den Aufbau des Komintern-Verlages Carl Hoym sowie ein legales Büro in Hamburg und ein illegales in Berlin. Da Reich-Thomas eine Art Geheimberichterstattung über die Lage in der KPD praktizierte, kam es zu ständigen Konflikten

32 W. I. Lenin. Werke. Ergänzungsband. Berlin (Ost) 1971. S. 198.

33 Vgl. Maxim Gorki: Ein Jahr Russische Revolution. Oktoberheft 1918 der Süddeutschen Monatshefte. S. 6ff. (Aus „Nowaja Shisn“, Neues Leben). Vgl. insbesondere „Lenins Experimente“. S. 26f.

34 Die Kommunistische Internationale (1920). Nr. 12. S. 7.

35 Gerrit Voerman: Proletarian Competition. The Amsterdam Bureau and its German Counterpart. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2007). S. 201ff.

36 Vgl. etwa den Aufruf des „Westeuropäischen Sekretariats der Kommunistischen Internationale“ im Oktober 1919 zur Solidarität mit der „russischen proletarischen Revolution“. Die Kommunistische Internationale (1919). Nr. 3. S. 3ff.; Diese Zeitschrift wurde von Nr. 2 bis 4/5 auch offiziell von diesem Westeuropäischen Sekretariat herausgegeben.

37 Zum WES vgl. Broué, Histoire, S. 93ff.; Alexander Vatlin: Die Komintern 1919–1929. Mainz 1993. S. 21ff.

38 Vgl. Weber u. Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 595f. (Aufl. 2008: S. 705f.); Alexander Vatlin, Markus Wehner: Genosse Thomas und die Geheimtätigkeit der Komintern in Deutschland. In: IWK 1 (1994). S. 1ff.

39 Im Artikel von Vatlin u. Wehner wird auf einen Beitrag des bekannten Menschewisten Boris Nikolajewski über Thomas hingewiesen, der mit Erinnerungen von Thomas in französisch 1965 erschien. Solche Erinnerungen wurden aber bereits im Sammelband 1 des in New York in russischer Sprache erschienenen sozialistischen Organs „Socialističeskij Vestnik“ [Sozialistischer Bote] abgedruckt (1964, S. 123ff.). In diesen Erinnerungen übertrieb Reich-Thomas, der 1956 in New York gestorben war, seine Rolle, doch berichtete er unbekannte Details und Hintergründe.

zwischen ihm und der KPD-Zentrale. Formal wurde das WES 1920 aufgelöst (Dok. 31), existierte aber weiter, worüber sich die KPD-Führung bei allen Instanzen in Moskau beschwerte. Die Dokumente belegen, wie diese Anleitung durch Emissäre in den folgenden Jahren ausgebaut wurde, dass etwa mit Béla Kun bei der „Märzaktion“ 1921 deren Einfluss wuchs oder dass 1922/1923 mit August Kleine-Gural'skij sogar ein russischer Kominternfunktionär in die oberste Spitze der KPD aufrückte.

Die im vorliegenden Band abgedruckten Dokumente zeigen schon früh und deutlich die finanzielle Abhängigkeit der KPD von der Komintern (d. h. vor allem von der russischen Unterstützung). Im Bericht an die Komintern stellte die KPD-Zentrale am 1. Juli 1920 unumwunden fest: „Die Haupteinnahmen der KPD bestanden in den Zuschüssen, die uns von Seiten der III. Internationalen gewährt wurden.“ (Dok. 25, vgl. auch Dok. 28–30, 33, 34, 47a, 52a). Die großen Finanzausschüsse der Komintern wurden verschleiert, ebenso deren Herkunft vom russischen Staat. Aberwitzige Behauptungen über die „Spender“ sollten das vertuschen, etwa seien Gelder von Betrieben eingegangen, z. B. bis Dezember 1919 eine Million Rubel.⁴⁰ Dieses finanzielle Angewiesen sein auf die Komintern bedeutete 1920 indes noch keine völlige politische Unterwerfung. Neben den erwähnten Schwierigkeiten der „Anleitung“ beharrten Parteiführer wie Paul Levi oder Ernst Meyer als selbstständige Köpfe mit eigenen Meinungen auf einer Autonomie der KPD. Zumindest wollten sie die russischen Vorgaben, deren allgemeine Vorstellungen wohl mit den ihren identisch waren, den deutschen Verhältnissen anpassen.

KPD-Aufstände 1919

Die KPD blieb 1919/1920 eine schwache Organisation. Doch ihre Bekenntnisse zur Politik Moskaus, ihre Aufstandsversuche und viele Aktionen 1919/1920 im unruhigen Deutschland verleiteten zur Überschätzung wie zur Selbstüberschätzung der KPD mit damals 100.000 Mitgliedern. Es waren vor allem die „Aktionen“, um in einzelnen Orten die Revolution „weiterzutreiben“ und Räterepubliken zu errichten, die das Bild der Partei prägten. Das galt 1919 nicht zuletzt für den Januaraufstand vom 4. bis 13. Januar 1919 und die Münchner Räterepublik (7.4.–3.5.1919).

Kurze Zeit nach dem Gründungsparteitag kam es in Berlin zum sog. Spartakusaufstand.⁴¹ Nachdem die USPD aus der Regierung ausgeschieden war, sollte der Berliner Polizeipräsident Eichhorn (USPD) abgelöst werden. Aus Protest riefen die Berliner USPD, die revolutionären Obleute und die KPD ihre Anhänger auf die Straße. Ein „Revolutionskomitee“ unter Liebknecht und Ledebour (USPD) erklärte im Verlauf der Auseinandersetzungen die Ebert-Regierung für abgesetzt. Damit setzte sich

⁴⁰ Vgl. Die Kommunistische Internationale (November/Dezember 1919), Nr. 7–8, S. 201.

⁴¹ Vgl. dazu Eric Waldman: Spartakus. Der Aufstand von 1919 und die Krise der deutschen sozialistischen Bewegung. Boppard 1967.

Liebknecht in Widerspruch zur KPD-Zentrale. Rosa Luxemburg und Jogiches übten scharfe Kritik an der Erklärung zur „Absetzung“ der sozialdemokratischen Regierung. Der Aufstand war Signal der Erbitterung und Enttäuschung radikaler Arbeiter, die erkannten, dass die Novemberrevolution keinen sozialistischen Staat bringen werde und dass die Macht der Räte vorbei war. Diese Arbeiter wehrten sich, ohne klare Vorstellungen vom Ziel ihrer Kämpfe zu haben. Die KPD-Politik spiegelte solche Stimmungen wider. Der Komintern-Einfluss blieb noch auf allgemeine Hinweise und Solidaritätsbekundungen sowie finanzielle Unterstützung begrenzt.

Auch bei der Münchner Räterepublik beschränkte sich die Komintern zwangsläufig auf bloße Ratschläge. Es waren die Unruhen nach der Ermordung Kurt Eisners, die dort am 7. April 1919 zur Gründung einer Räterepublik führten, in der USPD und Anarchisten bestimmten. Die kleine KPD unter Eugen Leviné nannte dieses Unterfangen eine „Scheineräterepublik“ und lehnte eine Beteiligung ab. Erst nach dem Versuch, die Räterepublik am 13. April von rechts zu stürzen, änderten die Kommunisten ihre Haltung und setzten sich an die Spitze der zweiten Räterepublik. Sie blieben isoliert. Aus Moskau empfahl Lenin am 27. April in Form von Fragen konkrete Schritte, etwa: „Haben Sie (...) den Wohnraum der Bourgeoisie in München beschränkt, um sofort Arbeiter in die Wohnungen der Reichen einzuweisen, alle Banken in ihre Hände genommen, Geiseln aus der Bourgeoisie festgesetzt und die Arbeiter ausnahmslos sowohl für die Verteidigung als auch für die ideologische Propaganda in den umliegenden Dörfern mobilisiert?“⁴² Das war weder Hilfe noch „Anleitung“, die kleine Schar der Kommunisten und ihre Anhänger beschäftigten andere Probleme. Nach kurzem Widerstand wurde München zwischen 1. und 3. Mai 1919 von Regierungstruppen erobert, und Leviné von einem Standgericht zum Tode verurteilt und am 5. Juni 1919 erschossen. Sowohl die Münchner Räterepublik als auch die Opfer des anschließenden „Weißen Terrors“, insbesondere die Erschießung Eugen Levinés, wurden von der KPD wie der Komintern offiziell gewürdigt.⁴³ Hinter den Kulissen sah es anders aus, wurde gegensätzlich argumentiert. Die kurze Einschätzung Ioffes in einem Brief an Lenin (Dok. 13) zeigt die abschätzige Haltung, die geradezu beleidigende Einstellung gegenüber führenden Personen der Bayerischen Räterepublik, selbst zu Leviné.

Schon in der Frühzeit ist also zwischen offiziellen Verlautbarungen und wirklichen Meinungen in der Komintern zu unterscheiden. Bald schon wurden Doppelzüngigkeit und Heuchelei üblich. Generell bleibt festzuhalten, dass die fast überall illegal tätige KPD nirgends siegreich war. Diese Partei war am Anfang gekennzeichnet durch eine Mischung von theoretisch-fundierter Einsicht in die Lage und radikal-utopischer Überschätzung eigener Möglichkeiten. Blinde Aktionsgläubigkeit führte an den Rand des Putschismus, ultralinke Aktivitäten aber entfernten von der eigentlichen Zielsetzung, provozierten ein Zusammenrücken aller ihrer politischen Gegner.

⁴² Vgl. Lenin: Werke. Bd. 29. Berlin (Ost) 1961. S. 314f.

⁴³ Vgl. Nachrufe auf Leviné in Die Kommunistische Internationale (Oktober 1919). Nr. 6. S. 156f. sowie Die Internationale, das theoretische Organ der KPD (21. Juni 1919). „Eugen Leviné +“. 1. Jg. Heft 4. S. 1f.

Die auch dadurch hervorgerufene Frontstellung Bolschewismus – Antibolschewismus, in die die deutsche Revolution manövriert wurde, erwies sich als verhängnisvoll. Der Gegensatz Nationalversammlung – Räte-system wurde übersteigert und ideologisiert, die Hauptfrage – radikale Reformen in Gesellschaft und Wirtschaft – in den Hintergrund gedrängt. Der putschistische Flügel in der KPD leistete der Kommunistenfurcht Vorschub. Diese diente dann schon bald als Grund, um die Restauration zu forcieren. Unter der Parole des Anti-Kommunismus gewannen die Reaktionäre an Einfluss.

Es ist nicht zu übersehen, dass die „linksradikalen Kräfte – mochten sie auch so bedeutende Persönlichkeiten wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in ihren Reihen haben und mochte auch der Spartakisten-aufstand im Januar 1919 das Revolutionserlebnis der Zeitgenossen noch so nachhaltig prägen – nicht im Zentrum, sondern an der Peripherie des historischen Geschehens der Revolutionsmonate standen.“⁴⁴

Illusion: „Nach einem Jahr wird ganz Europa kommunistisch sein.“

Doch 1919 waren auch die Erwartungen der Komintern, ja der meisten Kommunisten illusorisch. Da vom 21. März bis 1. August in Ungarn eine Räterepublik bestand, schien der Weg der Weltrevolution erfolgreich. Der Kominternvorsitzende Sinowjew sah den kommunistischen Sieg zum Greifen nahe, meinte im Frühjahr 1919 zu den „Perspektiven der proletarischen Revolution“: „Jetzt, wo wir diese Zeilen niederschreiben, hat die Dritte Internationale als ihre Hauptbasis bereits drei Sowjetrepubliken: in Rußland, in Ungarn und in Bayern. Aber niemand wird sich wundern, wenn zurzeit, wo diese Zeilen in Druck erscheinen, wir bereits nicht drei, sondern sechs oder eine größere Anzahl von Sowjet-Republiken haben werden.“ Der endgültige Sieg sei sicher: „Und das in den nächsten Monaten, vielleicht sogar Wochen. Die Bewegung geht so schwindelerregend vorwärts, daß man mit Gewißheit sagen kann: nach Jahresfrist werden wir bereits zu vergessen beginnen, daß es in Europa einen Kampf um den Kommunismus gegeben hat, denn nach einem Jahr wird ganz Europa kommunistisch sein. Und der Kampf um den Kommunismus wird sich bereits auf Amerika, vielleicht auch auf Asien und die anderen Erdteile hinüberwerfen.“⁴⁵

Sogar der real denkende Lenin ließ sich von den Illusionen anstecken und sagte am 19. März 1919 mit dem gleichen Tenor: „Es wird nicht lange dauern und wir werden den Sieg des Kommunismus in der ganzen Welt sehen, wir werden die Gründung der Föderativen Weltrepublik der Sowjets erleben.“⁴⁶ In einer Rede im April 1919 ver-

⁴⁴ Erich Matthias: Zwischen Räten und Geheimräten. Die deutsche Revolutionsregierung 1918/19. Düsseldorf 1970. S. 10. Vgl. jetzt die andere Sicht bei Ottokar Luban: Die Novemberrevolution 1918 in Berlin. In: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung I (2009). S. 53ff.

⁴⁵ Die Kommunistische Internationale (Mai 1919). Nr. 1. (Dt. Ausg. Verlag „Rote Fahne“, August 1919). S. IX, XII.

⁴⁶ Lenin, Werke, Bd. 29, S. 228f.

sprach er, „schon bald werden wir die Geburt der internationalen Sowjetrepublik erleben!“ Und am 12. Juli prophezeite er in der „Pravda“ den Sieg der Weltrevolution binnen Jahresfrist: „Deshalb sagen wir (...) daß wir die Schwierigkeiten überwinden werden, daß dieser Juli der letzte schwere Juli ist, daß wir den nächsten Juli mit dem Sieg der internationalen Sowjetrepublik begrüßen werden – und dieser Sieg wird vollständig und unantastbar sein.“⁴⁷

Diese Euphorie war 1919 in der Komintern und ihren Sektionen weitverbreitet. Dass sich auch Lenin, Sinowjew und die anderen Moskauer Führer im Frühjahr 1919 mitreißen ließen, widersprach eigentlich der miserablen Lage Russlands. Denn im März 1919 griffen die „Weißen Truppen“ unter Denikin im Süden die Bolschewiki an, im Osten war Kolčak aktiv und die Interventionstruppen Frankreichs, der USA und Großbritanniens blieben eine Gefahr. Im Frühjahr 1919 schien die Sowjetrepublik existentiell gefährdet. Erst im Herbst und Winter 1919 gewannen die Bolschewiki, besiegten im Dezember 1919 Denikins Armee.

Die Hochstimmung Lenins und Sinowjews im Frühjahr 1919 entsprang – soweit sie nicht bewusste Propaganda war oder der Selbsttäuschung diente – der internationalen Situation: der Weltkommunismus breitete sich 1919 aus. Die ungarische Räterepublik, in Deutschland kurzlebige Räterepubliken in München, Bremen (10.1.–4.2.1919), Mannheim (22.–25.2.1919), Wilhelmshaven und Cuxhaven (10.–29.1.1919) oder die „sozialistische Republik“ Braunschweig sowie die Gründung Kommunistischer Parteien in Bulgarien, Argentinien, Dänemark, den Niederlanden, den USA oder Mexiko schienen Signale des Vorankommens des Weltkommunismus. Viele Hoffnungen des EKKI ruhten weiter auf Deutschland, wo ein immer größerer Teil der USPD zur Komintern strebte. Auch wenn Wunschträume seinerzeit wohl die meisten Kommunisten ergriffen hatten, erwies sich 1919 in der Realität jedoch als ein Jahr des Niedergangs für sie, insbesondere im Nachkriegsdeutschland. Hier wirkten sich die politischen Niederlagen der KPD und ihre Isolierung auf die innere Entwicklung aus, es kam 1919 zur ersten Spaltung der Partei.

Spaltung der KPD 1919

Die auf dem Gründungsparteitag unter den Delegierten dominierenden utopisch-radikalen oder ultralinken Kommunisten hatten zunächst in der Partei noch erheblichen Anhang. Paul Levi⁴⁸, der als Nachfolger von Luxemburg und Liebknecht die Partei führte, steuerte auf eine Trennung von den linksradikalen Kräften. Er wollte vor

⁴⁷ Lenin, Werke, Bd. 29, S. 228f., 72, 484. In W. I. Lenin: Über die Kommunistische Internationale. Berlin (Ost) 1969, fehlen diese beiden Aussagen.

⁴⁸ Vgl. Charlotte Beradt: Paul Levi. Ein demokratischer Sozialist in der Weimarer Republik. Frankfurt/M. 1969; Zu Levi im Jahre 1920/1921 vgl. Jörn Schütrumpf: Paul Levi unter den „Doppelzünglern“. In: Utopie kreativ 209 (März 2008), S. 222ff.

allem Klarheit in der Einstellung zum Parlamentarismus und in der Gewerkschaftsfrage. Auf zwei Parteikonferenzen im März und Juni 1919 gab es Kompromisse. Auf der Frankfurter Konferenz am 29. März (die Zentrale hatte ihren Sitz wegen der dauernden Verfolgung der Kommunisten durch die Staatsmacht aus Berlin verlegt) wurde gewarnt, die Partei sei „von einem Heer von Spitzeln überschwemmt.“⁴⁹ Tatsächlich arbeitete die politische Polizei während der bürgerkriegsähnlichen Zustände von 1919 an mit zahlreichen Spitzeln, auch Provokateuren gegen die KPD, und es kam immer wieder zur Ermordung solcher Personen. So wurde im August 1919 in Berlin der Polizeispitzel Karl Blau ermordet.⁵⁰ Ein Gerichtsprozess 1920 zu diesem Mord enthüllte den Sumpf von Spitzeleien, Verschwörungen, Provokationen sowie die oft zwielichtigen Handlungen der Polizei am Rande der politischen Massenauseinandersetzungen von 1919 bis 1923. Die Debatten um den „Tscheka-Prozess“ 1925 zeigten dann, dass eine „T-Gruppe“ in der KPD sowie individueller Terror bis 1923 eine Rolle spielten.⁵¹

Die illegale Reichskonferenz im Juni 1919 in Berlin nahm eine Resolution gegen den Syndikalismus an. Erstmals wurde die Satzung, die schon auf dem Gründungsparteitag vorlag und die Autonomie in der Partei festhielt, bestätigt.⁵² Auf dem II. Parteitag im Oktober 1919, der illegal in Weinheim, Heidelberg und Mannheim tagte, kam es dann zum Bruch.⁵³ Nach dem Willen der Parteizentrale unter Levi sollten eine Revision der Haltung zu den Wahlen, zum Parlament und zu den Gewerkschaften erfolgen und die Ultralinken aus der Partei gedrängt werden. Die Zentrale legte „Leitsätze über kommunistische Grundsätze und Taktik“ vor, nach denen die KPD „auf kein politisches Mittel grundsätzlich verzichten“ dürfe – also auch nicht auf die Wahlbeteiligung –, das der Vorbereitung von Massenkämpfen diene. Schließlich wurde für den Parteaufbau jeder Föderalismus verworfen.⁵⁴ Mit einer scharfen Rede vertiefte Paul Levi die Gegensätze zwischen der Zentrale und der sog. Hamburger Richtung. Der Antrag von Laufenberg, den Absatz „Die KPD verwirft jeden Föderalismus“ zu streichen, wurde nur knapp mit 26 gegen 23 Stimmen abgelehnt. Bei der Gesamtabstimmung wurden die „Leitsätze“ mit 31 gegen 18 Stimmen angenommen.

⁴⁹ Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. VII, 1. Halbbd. Berlin (Ost) 1966. S. 56.

⁵⁰ Vgl. Eugen Ortner: Der Mord am Polizeiagenten Blau. Berlin 1924. Vgl. auch Markus Mohr, Klaus Viehmann (Hrsg.): Spitzel. Eine kleine Sozialgeschichte. Berlin 2004.

⁵¹ Vgl. die Biographie von Felix Neumann u. Peter Skoblewski in Weber, Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 529f., 743f. sowie unten die Dokumente und Darlegungen zu den Verwicklungen bei diesem Prozess. Zur Gewalt jetzt auch Benjamin Franz: Zur Diskussion in der KPD 1918/19 um die Anwendung von Waffengewalt in der Revolution. In: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung I (2009). S. 79ff. Vgl. Werner Müller: Die KPD in ihrem ersten Jahr. In: Die vergessene Revolution 1918/19. Hrsg. v. Alexander Gallus. Göttingen 2010. S. 160ff.

⁵² Kommunistische Partei-Korrespondenz (1919). S. 14f.

⁵³ Bericht über den 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 20. bis 24. Oktober 1919. O. O. (Berlin), o. J.; Vgl. auch Müller, KPD im ersten Jahr, S. 71ff.

⁵⁴ Bericht über den 2. Parteitag, S. 60ff.

Die Opposition war sehr heterogen und ein beträchtlicher Teil der KPD-Mitglieder und Anhänger trennte sich nach dem II. Parteitag unter Abgabe öffentlicher Erklärungen von der KPD. Levis praktizierte Methode der Spaltung nannte Flechtheim „zentralistisch-bürokratisch-diktatorisch“⁵⁵ und auch andere Autoren sahen darin ein böses Beispiel für die folgenden Auseinandersetzungen. Eine neue, quellengesättigte Untersuchung kommt freilich zum Schluss: „Der Parteitag war bei aller Kritik, die man am konkreten Vorgehen der Zentrale haben kann und muß, aber *kein* Beispiel für den künftigen Umgang mit innerparteilichen Diskussionen und oppositionellen Strömungen. Somit taugt ‚Heidelberg‘ auch nicht als Kronzeuge gegen die Wandlungsthese.“⁵⁶ Der III. Parteitag der KPD im Februar 1920 erklärte die Bezirke Berlin, Nord, Nordwest, Niedersachsen und Dresden für ausgestoßen.

Im April 1920 gründeten die Oppositionellen die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD).⁵⁷ Bald gelang es der KAPD, in Hochburgen der KPD (Berlin, Wasserkante, Ruhrgebiet) die Mehrheit der KPD-Mitglieder für sich zu gewinnen.⁵⁸ Die Spaltung war eine innerparteiliche Angelegenheit der deutschen Kommunisten, die Komintern war zunächst weniger involviert. In ihrer politischen Haltung näherte sich die KAPD stark dem Syndikalismus. Sie bekämpfte die Gewerkschaften; den Parlamentarismus – auch jede Wahlbeteiligung – lehnte sie schroff ab, sie distanzierte sich von der Leninschen Parteitheorie. Diese Partei übte 1920/1921 erhebliche Anziehungskraft auf die linksradikale deutsche Arbeiterschaft aus.

Komintern und KAPD

Ab April 1920 bestanden in Deutschland nun zwei Kommunistische Parteien. Das brachte die Kominternführung in eine heikle Situation. Gerade wurde der II. Weltkongress für Juli/August vorbereitet und in den dort verhandelten Statuten und Bedingungen für die Aufnahme in die Komintern wurde festgehalten, dass es in jedem Land nur *eine* KP geben dürfe. Und im April/Mai 1920 hatte Lenin seine grundsätzliche Arbeit

⁵⁵ Flechtheim, Die KPD, S. 146.

⁵⁶ Marcel Bois, Florian Wilde: Modell für den künftigen Umgang mit innerparteilicher Opposition? In: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung II (Mai 2007). S. 46.

⁵⁷ Vgl. Hans Manfred Bock: Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923. Zur Geschichte und Soziologie der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten), der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Meisenheim a. Gl. 1969; Ders.: Geschichte des „linken Radikalismus“ in Deutschland. Ein Versuch. Frankfurt/M. 1976; Olaf Ihlau: Die Roten Kämpfer. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Meisenheim a. Gl. 1969; Protokoll des 1. ordentlichen Parteitages der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands vom 1. bis 4. August 1920 in Berlin. Hrsg. v. Clemens Klockner. Darmstadt 1981.

⁵⁸ Bei ihrer Gründung zählte die KAPD 38.000 Mitglieder (Kommunistische Arbeiterzeitung v. 4./5. April 1920. Nr. 90. Berlin).

„Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“⁵⁹ verfasst, die im Juni, noch vor dem II. Weltkongress der Komintern, auch in deutscher Sprache ausgeliefert wurde. In dieser Schrift griff Lenin die „Ultralinken“ scharf an, er trat für die Arbeit in den Parlamenten und in den Gewerkschaften ein. Der holländische Linkskommunist Hermann Gorter antwortete im Auftrag der KAPD in der Broschüre „Offener Brief an den Genossen Lenin“, mit einer nüchternen Auseinandersetzung. Doch während Lenin die Linkssozialisten ebenso wie andere Gegner geradezu rabiat beschimpfte, er die Motive eines politischen Kontrahenten nicht sachlich bekämpfen wollte und konnte, war er gegenüber den Ultralinken weit konzilianter. Es wurde deutlich, dass er sie für „seinen“ Kommunismus zurückgewinnen wollte. Allerdings galt das nur für die Mitglieder, gegen die Führer polemisierte er, diese würden „hirnverbranntes Zeug und Unsinn verzapfen.“⁶⁰ Sein Ziel war offensichtlich die Spaltung der KAPD.

Vor und auf dem II. Weltkongress gelang dies nicht. In Verhandlungen mit der Kominternführung, die Franz Jung, Jan Appel und Hermann Knüfken (sie hatten mit einem gekaperten deutschen Schiff Russland erreicht) im Vorfeld mit Radek, Sinowjew und auch Lenin hatten, zeigten sich die Gegensätze. Und die ebenfalls nach Moskau gekommenen KAP-Führer Otto Rühle und August Merges lehnten es überhaupt ab, (mit „beratender Stimme“) als Gäste am Kongress teilzunehmen⁶¹, wie das die USPD-Führer Däumig, Dittmann, Crispian und Stoecker taten.⁶² Der Gründungsparteitag der KAPD im April 1920 hatte indes einstimmig beschlossen, „vorbehaltslos auf dem Boden der III. Internationalen“ zu stehen.⁶³ Gleichzeitig wurde jedoch – für die Kominternführung eine Provokation – der Ausschluss der KPD (Spartakusbund) aus der Komintern gefordert. Im KAPD- Programm behauptete die Partei, dieses sei „getreu dem Geist der 3. Internationale“ gehalten.⁶⁴

Sehr rasch wurde die Partei von ideologischen Meinungsverschiedenheiten geprägt. Die Hamburger Führer Laufenberg und Wolffheim verstiegen sich zum „Nationalbolschewismus“, was der KPD die Möglichkeit gab, die KAPD mit dieser Richtung zu identifizieren.⁶⁵ Doch bereits der ordentliche Parteitag der KAPD im August 1920 stand „ganz im Zeichen der Auseinandersetzung mit der nationalbolschewistischen Opposition innerhalb der KAPD“ und entschied, deren Führer, Wolffheim und Lau-

⁵⁹ Vgl. W. I. Lenin: Sämtliche Werke. Bd. XXV: Das Jahr 1920. Wien-Berlin 1930. S. 201–307; Lenin: Ausgewählte Schriften. Hrsg. v. Hermann Weber. München 1963. S. 980–1089.

⁶⁰ Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXV, S. 227.

⁶¹ Vgl. Hermann Knüfken: Von Kiel bis Leningrad. Erinnerungen eines revolutionären Matrosen 1917 bis 1930. Berlin 2008. S. 135ff.

⁶² Die USPD-Vertreter und auch der Syndikalist „Suchi“ (richtig: Augustin Souchy) sind im Protokoll der Verhandlungen vom 19. Juli in Petrograd bis 7. August 1920 in Moskau, S. 781, aufgeführt.

⁶³ Bock, Syndikalismus, S. 6.

⁶⁴ Programm der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Hrsg. im Mai 1920. O. O. u. o. J. S. 15.

⁶⁵ Vgl. Gegen den Nationalbolschewismus! Zwei Aufsätze von Karl Radek und August Thalheimer. Hrsg. v. KPD (Spartakusbund). O. O. 1920. S. 43; Vgl. hingegen „Nationalbolschewismus“. In: Die Aktion (29.5.1920). Heft 21/22; Zum Nationalbolschewismus vgl. Louis Dupeux: „Nationalbolschewismus“ in Deutschland 1919–1933. München 1985 (frz. 1976).

fenberg, auszuschließen.⁶⁶ Damit waren die Schwierigkeiten mit der Komintern nicht beendet, obwohl der KAPD-Parteitag im Februar 1921 sich zudem vom „föderalistischen“ Anti-Komintern-Flügel (Franz Pfemfert, James Broh) trennte.⁶⁷

Die KAPD wurde – gegen den wütenden Widerstand der KPD (Spartakusbund) und insbesondere Paul Levi – von der Komintern hofiert. Noch vor dem II. Weltkongress im Juli plante das EKKI die Aufnahme der KAPD als Mitglied der Komintern. In einem Brief drohte Levi daraufhin im Namen der KPD-Delegierten des II. Weltkongresses: „Wir erklären, wir werden in diesem Falle aus dem Kongress ausscheiden und nach Deutschland zurückkehren.“⁶⁸ Zu dieser Demonstration kam es nicht, weil die KAPD dann den II. Weltkongress boykottierte. Das EKKI bemühte sich weiter um die KAPD und nahm sie gegen den Willen der KPD am 28. November 1920 als sympathisierende Partei in die Komintern auf.

Doch die Gegensätze waren zu groß. Bereits auf dem III. Weltkongress der Komintern im Juni/Juli 1921 (mit fünf KAPD- und 25 KPD-Teilnehmern) kam es zu hitzigen Debatten.⁶⁹ In einem Ultimatum verlangte dieser Komintern-Kongress von der KAPD, innerhalb einer Frist von zwei bis drei Monaten mit der VKPD (inzwischen hatte der Zusammenschluss von KPD (Spartakusbund) und linker USPD stattgefunden) zu verschmelzen, sonst werde sie aus der Komintern ausgeschlossen. Diese Drohung der Komintern war für die Funktionäre unannehmbar und der folgende Parteitag der KAPD setzte sich im September 1921 in Berlin damit auseinander. Er sprach den Delegierten in Moskau, u. a. Bernhard Reichenbach (Seemann), Jan Appel (Hempel), Alexander Schwab (Sachs) einstimmig sein volles Vertrauen aus und stellte sich somit gegen die Komintern.⁷⁰ Die KAPD-Führung rief außerdem in einem Appell „das revolutionäre Proletariat der ganzen Welt zu einem erbitterten Kampf gegen die reformistische 3. Internationale“ auf⁷¹ und beabsichtigte, eine neue linkskommunistische Internationale zu schaffen, doch das misslang.

Nach nur wenigen Monaten mit dem Status „sympathisierende Partei der Komintern“ war der Versuch der Internationale, die KAPD in die KPD wieder einzuschmelzen, fehlgeschlagen. Gegenüber den Linkskommunisten war der Führungsanspruch Moskaus gescheitert. Allerdings war es zu Spannungen mit der KPD gekommen, denn die „straffe Leitung“ durch das EKKI war 1920 noch brüchig. Da es seit dem März 1921

⁶⁶ Vgl. Protokoll des 1. ordentlichen Parteitages der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands vom 1. bis 4. August 1920 in Berlin. Hrsg. v. Clemens Klockner. Darmstadt 1981. S. XVIIff.

⁶⁷ Vgl. Protokoll des außerordentlichen Parteitages der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands vom 15.–18.2.1921 im Volkshaus zu Gotha. Hrsg. v. Clemens Klockner. Darmstadt 1984.

⁶⁸ Schütrumpf, Paul Levi, S. 224.

⁶⁹ Protokoll des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale (20.6.–12.7.1921, Moskau). Hamburg 1921. S. 335ff.

⁷⁰ Protokoll des außerordentlichen Parteitages der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands vom 11.–14.9.1921 in Berlin. Hrsg. v. Clement Klockner. Darmstadt 1986

⁷¹ Protokoll des außerordentlichen Parteitages (11.–14.9.1921, Berlin), Klockner in seiner Einleitung, S. 17.

neue Probleme („Rechtsabweichungen“) in der KPD gab und die KAPD ihren Einfluss auf die Arbeiterschaft zunehmend verlor, spielte diese für Moskau kaum mehr eine Rolle.

Tatsächlich hatte die Kominternführung mit dem Übergang der linken Mehrheit der USPD zur KPD in Deutschland bereits Ende 1920 einen wichtigen Sieg errungen, der den Verlust der KAPD verschmerzen ließ. Insbesondere da diese, seit ihrer Spaltung in eine „Essener“ und „Berliner“ Richtung nach dem September 1921 ihr Gewicht unter den radikalen Arbeitern einbüßte. Durch die Loslösung dieser Gruppe hatte die KPD ihr politisches Profil klarer herausgearbeitet und sich deutlich nach Links abgegrenzt, deren Tendenzen aber noch jahrelang fortwirkten. Der KPD brachte die Abspaltung 1920 einen Aderlass, dadurch verlor sie die Hälfte ihrer etwa 100.000 Mitglieder. Bei den Reichstagswahlen im Juni 1920 bekam die Partei nur eine halbe Million Stimmen (2,1 % und 2 Sitze) und blieb bis Ende 1920 eine Sekte.

Kapp-Putsch

Zum Kapp-Putsch im März 1920 hatte die KPD eine zwiespältige Haltung gezeigt. Sie erklärte zunächst den Kampf zwischen den Putschisten und der Regierung zu einem innerkapitalistischen Zwist, dem wenig Bedeutung beizumessen sei. Anfangs wandte sich die Zentrale sogar gegen den Generalstreik der Gewerkschaften, durch den der Putsch dann zusammenbrach.⁷² Die Hintergründe dieser Politik der KPD wurden erst später dargelegt: Unter dem Druck der Berliner Parteiorganisation, die jede Verteidigung des „Noske-Regimes“ strikt ablehnte, hatten sich die in Berlin anwesenden Mitglieder der Zentrale zu ihrem Aufruf gegen den Generalstreik inspirieren lassen. Darüber berichtete Jakob Walcher⁷³, es seien nur Pieck und Thalheimer von der Zentrale, Reuter-Friesland als Berliner Vertreter und er als Ersatzmann der Zentrale bei der Abfassung dieses Aufrufs anwesend gewesen, nur er selbst habe gegen diese Haltung gestimmt. Der Parteiführer Paul Levi, damals im Gefängnis, hatte sich in einem Brief an die Zentrale sofort gegen die Ablehnung gewandt. Unterschiedliche Ansichten wurden veröffentlicht.⁷⁴ Die im folgenden abgedruckten Dokumente (vgl. Dok. 22, 24) ermöglichen neue Einsichten.

Auseinandersetzungen gab es auch wegen der widersprüchlichen Haltung der KPD-Führung zur Bildung einer Arbeiterregierung, die nach dem Kapp-Putsch im Gespräch war. Die Mehrheit der KPD-Zentrale hatte sich für eine „loyale Opposition“ gegenüber einer rein sozialistischen Regierung ausgesprochen. Im Prinzip billigte

⁷² Vgl. die Aufrufe in Weber, Dokumente, S. 77, 138ff.; Vgl. die Dokumentation Erwin Könnemann, Gerhard Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch. München 2002.

⁷³ Die Kommunistische Internationale (1926). Nr. 4. S. 392f.

⁷⁴ Vgl. Die Kommunistische Internationale (1920). Nr. 12. S. 147ff.

Lenin diese Position,⁷⁵ doch der Zentral-Ausschuss sowie der IV. Parteitag der KPD im April 1920 lehnten diese Politik als opportunistisch ab.⁷⁶

Da die nach dem Putsch geschaffene Rote Ruhrarmee in Bürgerkriegskämpfe mit der Reichswehr geriet⁷⁷, schien dies dem EKKI im Frühjahr 1920 ein Signal für ein Weitertreiben der deutschen Revolution. Doch der immer noch schwachen KPD kam in der Ruhrarmee keine entscheidende Bedeutung zu. Die Kämpfe zeigten indes das Ziel vieler Arbeiter, das antidemokratische Militär zurückzudrängen. Allerdings übten ultralinke Kreise auch Sabotage und andere Gewalttaten, „die das übrige Proletariat als gegen sich gewendet“ ansah und politische Isolierung brachten, wie der KPD-Parteitag im April 1920 festhielt.⁷⁸

Die Unklarheiten und Widersprüche der kommunistischen Politik wurden durch die organisatorische Schwäche, die mangelnde Verankerung der Partei in den Massen hervorgerufen, waren vor allem bedingt von der deutschen Situation. Der Putsch der rechtsradikalen Militärs war Beispiel dafür, dass die Weimarer Republik von rechts bedroht wurde, obwohl viele Demokraten auf die „linksradikale Gefahr“ fixiert waren. Die teils irrealen Haltung der KPD widerspiegelte aber auch eine zunächst langsam wachsende Abhängigkeit von der Komintern und Sowjetrußland. Die Auseinandersetzungen im März 1920 über die Haltung zum Kapp-Putsch wurden jedoch von Differenzen in der KPD-Führung bestimmt, die Komintern konnte sich erst danach einmischen. Dabei waren ab Mitte 1920 die Verbindungen von und nach Moskau besser, Anleitungen des EKKI einfacher. Der Sieg der Roten Armee auf der Krim beendete im November 1920 den Bürgerkrieg, das stärkte mit der russischen Sowjetmacht auch die Führung der Komintern.

Der II. Weltkongress im Juni/Juli 1920 brachte eine Zäsur. Wie erwähnt, wurde mit den Statuten und den 21 Bedingungen zur Aufnahme in die Komintern auch die Dominanz Moskaus ausgebaut. Auf diesem Kongress wurden die Probleme von EKKI, KPD und KAPD noch nicht erledigt, die vorhersehbare Spaltung der USPD machte den Weg der KPD zur Massenpartei frei.

Der polnisch-russische Krieg ab April 1920 mit der sowjetischen Gegenoffensive, die erst vor Warschau endete, brachte Überlegungen der Sowjet-Regierung wie der Kominternführung, die Weltrevolution auch mit militärischen Mitteln voranzutreiben (Dok. 21). Lenin bestätigte dann im September 1920 diese Geheim-Debatten, seine Ausführung wurde freilich nicht veröffentlicht: „Wir beschlossen, unsere militärischen Kräfte zu nutzen, um die Sowjetisierung Polens zu unterstützen. Daraus ergab sich auch die weitere allgemeine Politik. Wir haben dies nicht in der offiziellen

⁷⁵ Vgl. Lenin, *Sämtliche Werke*, Bd. XXV, S. 297ff.

⁷⁶ Bericht über den IV. Parteitag der KPD (Spartakusbund) am 14. u. 15. April 1920. O. O. u. o. J. S. 28ff.

⁷⁷ Vgl. u. a. George Eliasberg: *Der Ruhrkrieg von 1920*. Einleitung v. Richard Löwenthal. Bonn 1974; Erhard Lucas: *Märzrevolution im Ruhrgebiet. Märzrevolution 1920*. Bde. 1–3. Frankfurt/M. 1970, 1973, 1980.

⁷⁸ Bericht über den IV. Parteitag der KPD (14.–15.4.1920), S. 24ff.

Resolution formuliert, die im Protokoll des ZK steht und Gesetz für die Partei bis zum nächsten Parteitag ist. Aber unter uns sagten wir, daß wir mit dem Bajonett erkunden müssen, ob die soziale Revolution des Proletariats in Polen herangereift ist (...) Als der Kominternkongreß im Juli in Moskau tagte, war das zu der Zeit, als wir diese Frage im ZK entschieden. Auf dem Kominternkongreß konnten wir diese Frage nicht aufwerfen, weil dieser Kongreß offen vor sich gehen mußte.“⁷⁹ Der Rückzug der Roten Armee beendete diese Planspiele. Hingegen intensivierte die Komintern ihre Bemühungen zur Gewinnung der Mehrheit der USPD.

Komintern-Taktik und USPD-Spaltung

Die deutsche Revolution war in Halbheiten steckengeblieben. Die privatkapitalistische Wirtschaft war unangetastet, die politische Struktur der parlamentarischen Republik wurde nicht unerheblich davon geprägt, dass der Staatsapparat der Kaiserzeit im Wesentlichen fortexistierte. Das führte zur Radikalisierung der Arbeiterschaft. 1920 gingen breite Wählerschichten von der SPD zur USPD über, deren linker Flügel immer stärker zum Beitritt in die Komintern drängte. Das EKKI war bei den Verhandlungen mit den USPD-Führern in Moskau nicht bereit, auch den rechten Flügel der USPD in die III. Internationale aufzunehmen. Im Juli 1920 galt Lenins These: „In der Kommunistischen Internationale ist nach Ansicht der KPR für solche Parteien kein Platz.“⁸⁰ Am 5. Februar 1920 schickte das EKKI einen Brief (von Sinowjew unterschrieben) an „Alle Arbeiter Deutschlands“, an die „Reichszentrale“ der KPD und den „Partei Vorstand“ der USPD, den das WES als Broschüre verbreitete. Darin drückte das EKKI „die feste Überzeugung aus“, dass durch die „proletarischen Massen“ innerhalb der Partei die „Reihen der Führer der USP gesäubert werden“ und damit die Vereinigung mit der KPD möglich werde.⁸¹ Diese Spaltungstaktik wurde beibehalten.

Kurz vor dem II. Weltkongress hatte das EKKI nochmals versucht, einen Zwiespalt der USPD „von unten“ zu erreichen. Am 21. Juni forderte die Kominternführung in einem Brief „An alle Mitglieder“ der USPD die „einzelnen Orts- und Landesorganisationen, die unverzüglich der III. Internationalen beizutreten wünschen“, auf, „sofort ihre Delegierten zu wählen und zu unserem Kongreß zu schicken, der für den 15. Juli anberaumt ist.“⁸² (Er begann am 18. Juli.) Der plumpe Spaltungsversuch wirkte nicht.

⁷⁹ Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (September 1997). Heft 3. S. 47. Die Rede von 1920 wurde erst 1992 in Moskau veröffentlicht. Die Bedeutung hat Schütrumpf erstmals herausgearbeitet, vgl. Schütrumpf, Paul Levi.

⁸⁰ Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXV, S. 385; Vgl. zur USPD Hartfrid Krause: USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Frankfurt/M. 1975; Robert F. Wheeler: USPD und Internationale. Frankfurt/M. 1975.

⁸¹ Der Leipziger Kongreß der USPD und die Kommunistische Internationale. Hrsg. v. Westeuropäisches Sekretariat der Kommunistischen Internationale. 1920. S. 19.

⁸² Die Kommunistische Internationale (1920). Nr. 12. S. 324f.

Doch unter dem Druck der Kominternanhänger fuhren vier Vertreter der USPD 1920 nach Moskau, und äußerten auf dem II. Kongress die unterschiedlichen Ansichten zu den erwähnten Aufnahmebedingungen. Da die zwei Vertreter der linken USPD, Ernst Däumig und Walter Stoecker, dort bereits bedingungslos die Komintern-Forderungen akzeptierten, aber die von Lenin attackierten Arthur Crispien und Wilhelm Dittmann die verschärften „21 Bedingungen“ weiterhin strikt ablehnten, war die vom EKKI erwünschte Spaltung vorprogrammiert. Die um jeden Preis zur Komintern strebenden USPD-Teile und diejenigen, die die „21 Bedingungen“ verwarfen, beharrten auf unvereinbaren Positionen. Nach Diskussionen in der Partei im August und September 1920 trat dann vom 12. bis 17. Oktober in Halle der außerordentliche Parteitag der USPD zusammen.⁸³

Der Parteitag war bereits in „Linke“ unbedingte Anhänger der Komintern und „Rechte“ Gegner der Aufnahmebedingungen gespalten. Sie kamen mit gebundenen Aufträgen nach Halle und waren kaum noch umzustimmen. Das bewiesen auch zwei Höhepunkte des Parteitages: eine lange Rede Sinowjews (in deutscher Sprache) und eine Antwort von Martov, dem alten „menschewistischen“ Gegenspieler Lenins. Der Kominternvorsitzende Sinowjew, der von der linken Seite „mit stürmischem Beifall empfangen“ wurde, machte seinen Kontrahenten formal Zugeständnisse. Er sagte sogar über die „21 Bedingungen“, notfalls wäre es „Pflicht der Exekutive, noch einmal zu verhandeln.“⁸⁴ Das führte zu Unruhe bei seinen Gegnern, Zwischenrufe wie „Warum habt ihr uns das nicht drei Wochen zuvor gesagt?“ zeigten, dass solche Aussagen durchaus als instrumentell betrachtet wurden.

Einen Eklat verursachten Sinowjews Beschimpfungen der Freien Gewerkschaften, die der zweite bolschewistische Redner, der Führer der Roten Gewerkschaftsinternationale Lozovskij, noch verschärfte. Es kam zu Unterbrechungen. Sinowjew wurde am Ende seiner Rede (von den Linken) mit „stürmischen, minutenlang anhaltenden“ Beifallsäußerungen gefeiert, wie das Protokoll vermerkt. Martov nannte Beispiele des bolschewistischen Terrors auch gegen Sozialisten und sagte, die III. Internationale habe von der bolschewistischen Partei alles übernommen und „den Terrorismus zur Grundlage des Systems einer revolutionären Regierung gemacht.“⁸⁵ Doch die Delegierten waren nicht mehr zu beeinflussen, die Liste (bei namentlicher Abstimmung) der 236 Ja-Stimmen und der 156 Nein-Stimmen über den Anschluss macht das deutlich. Die „rechte“ Minderheit verließ den Saal und setzte – ebenso wie die Mehrheit – den Parteitag separat fort.⁸⁶

⁸³ Vgl. Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Protokoll der Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages in Halle. Vom 12. bis 17. Oktober in Halle. Berlin o. J.

⁸⁴ Vgl. Unabhängige Sozialdemokratische Partei (12.–17.10. in Halle), S. 176.

⁸⁵ Vgl. Unabhängige Sozialdemokratische Partei (12.–17.10. in Halle), S. 215.

⁸⁶ Vgl. Protokolle der USP-Parteitage. Bd. 3. Glashütten 1976.

Letzter KPD-Parteitag vor der Vereinigung

Nur zwei Wochen nach dem USPD-Spaltungsparteitag trat die KPD zu ihrem V. Parteitag zusammen. Es ging darum, vor der geplanten Vereinigung mit der linken USP die Beschlüsse des II. Weltkongresses auch noch in der KPD-Mitgliedschaft durchzusetzen. Die Umbenennung von „KPD (Spartakusbund)“ in „KPD (Sektion der Kommunistischen Internationale)“ war bisher nur von der Zentrale beschlossen worden. Nun sollten die Delegierten die Namensänderung „gutheißen“.⁸⁷ Eine Landeskongferenz in Bayern hatte dagegen Protest erhoben, doch bei einer Gegenstimme wurde die Umbenennung vom V. Parteitag gebilligt. Immerhin hatte das Zentralorgan der Partei, „Die Rote Fahne“, die neue Bezeichnung bereits im September vorgenommen. Noch bis 18. September hieß der Herausgeber: KPD (Spartakusbund), ab dem 19. September: KPD (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Im Leitartikel vom 18. September betonte der ungarische Kominternfunktionär Béla Szanto, die III. Internationale sei eine „einheitliche Kommunistische Partei der Welt“, wer „die Autonomie der einzelnen Parteien“ verteidige, übe „Verrat am Proletariat“. Nötig sei ein „streng durchgeführter Zentralismus“ sowie „stramme und strenge Parteidisziplin“. Am 19. September 1920 wollte August Thalheimer im Leitartikel: „Die deutsche Sektion der Kommunistischen Internationale“, die Rolle des aus dem Namen gestrichenen Spartakusbundes hervorheben. Die Namensänderung sei „gemäß den Beschlüssen des Zweiten Weltkongresses“ erfolgt, aber es blieben die spartakistische Grundsätze und auch die Taktik; diese seien „nicht zu ändern“. Sinowjew hingegen, der in einem Begrüßungsschreiben im November 1920 an den V. Parteitag „Reminiszenzen aus der alten Zeit“ nur „störend“ nannte, andererseits „mehr Toleranz“ gegenüber der KAPD verlangte,⁸⁸ war anderer Ansicht.

Verschiedene Nuancen waren also schon bei der Auslegung der formalen Beschlüsse der Komintern festzustellen. Neben dieser rein statutarischen Übernahme der Beschlüsse des II. Weltkongresses wurden gegen relativ geringen Widerstand auch die übrigen Komintern-Vorgaben gebilligt. Schon im Geschäftsbericht hatte die Zentrale in Berlin festgehalten: „Nach langen Auseinandersetzungen über Zentralismus und Föderalismus in der Organisation hat sich die Partei zum Zentralismus bekannt.“ Jetzt seien „straffe Zentralisation und eiserne Disziplin“ notwendig.⁸⁹ Nur der Delegierte Hans Tittel legte für den Bezirk Württemberg Widerspruch gegen einen „bürokratischen Zentralismus“ ein, blieb aber mit der Kritik allein. Auch gegen den bevorstehenden Zusammenschluss mit der linken USPD gab es erwartungsgemäß keinen Einwand, nur vereinzelt wurde die Verschmelzung als „zu früh“ beurteilt.

⁸⁷ Bericht über den 5. Parteitag der KPD (Sektion der Kommunistischen Internationale) vom 1. bis 3. November 1920 in Berlin. Berlin 1921. S. 22.

⁸⁸ Die Kommunistische Internationale (1920). Nr. 14. S. 273f.

⁸⁹ Bericht über den 5. Parteitag der KPD (1.–3.11.1920), S. 11.

In der „nichtöffentlichen Sitzung“ zu Beginn des Parteitags war der „Vertrauensmann“ der Komintern (Pseudonym Schmidt, es war Kleine-Gural'skij) zu einer negativen Bewertung der KPD gekommen: „Der Kapp-Putsch war für die Partei eine unendliche Kette von Fehlern und Irrungen“ und er wandte sich gegen den „Opportunismus von rechts“⁹⁰ sowie gegen Paul Levi. Ernst Meyer und Levi hatten in ihren Redebeiträgen das Verhältnis der KPD-Führung zur Komintern angesprochen. Dadurch wurden Spannungen deutlich, die Ende 1920 existierten: Der EKKI-Vertreter Radek hatte es verstanden, Mitglieder der Zentrale, wie Brandler u. a., gegen Levi auszuspielen. Dieser kritisierte auf dem V. Parteitag die russischen Verantwortlichen des EKKI. Wegen gegensätzlicher Positionen über die KAPD-Aufnahme in die Komintern hatte sich nicht nur der Ton verschärft, Levi sprach vom „Verhalten der russischen Genossen, von dem ich sage, unter Kommunisten würde ich es anders gewünscht haben.“ Meyer berichtete, den „russischen Genossen“ gehe die „antiputschistische Stimmung“ in der deutschen Partei zu weit, Aktionen seien notwendig.⁹¹

Nach der Konsolidierung der Macht durch den Sieg der Bolschewiki im Bürgerkrieg erwartete nun offensichtlich das EKKI eine festere Anleitung der KPD erreichen zu können. In der zweiten Jahreshälfte 1920 wurden bei der „Umsetzung“ der Beschlüsse des II. Weltkongresses die Sektionen diszipliniert und dem EKKI und damit den russischen Führern – in erster Linie Sinowjew, der vorgab, im Sinne Lenins zu handeln – schrittweise untergeordnet. Zwar hatte Lenin in einem „Brief an die deutschen und französischen Arbeiter“ im September 1920 noch behauptet: „Das Geschrei über die Diktatur Moskaus usw. ist ein einfaches Ablenkungsmanöver. In Wirklichkeit sind unter den zwanzig Mitgliedern des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale nur fünf Mitglieder der KPR.“⁹² Dies war Augenwischerei, die Realität eine andere. Auch wenn die KP Russland in der Exekutive über keine nominelle Mehrheit verfügte, regierte sie doch das Land, auf dessen technische und finanzielle Hilfe die Komintern angewiesen war. Vor allem war die Sowjetunion Vorbild, ihre Autorität in der Internationale bestimmend, „so dass die faktische Vorherrschaft der Bolschewiki in der Komintern trotz der formellen Majorität der Nichtrussen gesichert war.“⁹³

Die VKPD

Die linke USPD (349 Delegierte vertraten etwa 300.000 Mitglieder) vereinigte sich auf einem gemeinsamen Parteitag vom 4. bis 7. Dezember 1920 in Berlin mit der KPD

⁹⁰ Bericht über den 5. Parteitag der KPD (1.–3.11.1920), S. 41, 58.

⁹¹ Bericht über den 5. Parteitag der KPD (1.–3.11.1920), S. 28, 36.

⁹² Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXV, S. 472.

⁹³ Richard Löwenthal: Russland und die Bolschewisierung des deutschen Kommunismus. In: Deutsch-russische Beziehungen von Bismarck bis zur Gegenwart. Hrsg. v. W. Markert. Stuttgart 1964. S. 105.

(146 Delegierte vertraten 70.000 Mitglieder) zur VKPD.⁹⁴ Diese Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands bekannte sich zur Kommunistischen Internationale, erstrebte die Diktatur des Proletariats und das Rätssystem und wollte ihre Organisation nach den Prinzipien eines demokratischen Zentralismus aufbauen. Unter dem paritätischen Vorsitz von Paul Levi und Ernst Däumig war damit in Deutschland eine kommunistische Massenpartei entstanden. Dadurch erlangten Fragen der Taktik ein größeres Gewicht: Wie sollte sich diese Massenpartei verhalten? Einen radikalen Kurs verfolgen, vielleicht gar Aufstandsversuche unternehmen oder eine gemäßigte Politik betreiben? Anfang 1921 registrierte die VKPD 356.000 Mitglieder – die höchste Zahl, die sie in der Weimarer Republik jemals erreichte. Allerdings hatte die Partei damit nur knapp 5 % der in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter in ihren Reihen vereinigt, und bei den preußischen Landtagswahlen vom Februar 1921 wählten nur 5,5 % der Wahlberechtigten (und damit knapp 20 % der Arbeiter) die Kommunistische Partei. Diese VKPD hatte sich allerdings auch erheblich von den Vorstellungen des Spartakusbundes entfernt.

1921 begann die KPD zunächst mit einer Politik der Einheitsfront, deren erster Akt war bereits am 1. Januar ein „Offener Brief“ der Zentrale der VKPD an alle Organisationen der Arbeiterschaft (SPD, USPD, KAPD, Gewerkschaften usw.). Darin rief die KPD-Zentrale dazu auf, gemeinsam die wirtschaftliche Not der Massen zu lindern und unterbreitete ein Minimalprogramm.⁹⁵ Die „Einheitsfronttaktik“ wurde von der Komintern, insbesondere von Sinowjew und Bucharin, anfangs kritisiert. Radek verteidigte mit Unterstützung Lenins diese Linie.⁹⁶ Sinowjew erklärte dann im Dezember 1921, die „Taktik der Einheitsfront“ sei eine „dialektische Sache“. Denn hätten „wir die Spaltung nicht gemacht“, wäre auch das „Manöver“ der Einheitsfront nicht durchführbar. „Es ist möglich, daß wir noch manche Spaltungen werden durchführen müssen. Und dennoch werden wir zu den Sozialisten kommen und sagen: Ja, wir wollen Einheit.“ Der Komintern-Vorsitzende machte keinen Hehl daraus, dass die Einheitsfronttaktik die Massen schneller auf die „Seite des Kommunismus herüberziehen“ solle.⁹⁷ Dass solche offen verkündeten kommunistischen Absichten keine Voraussetzung für eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten schufen, braucht kaum betont zu werden.

Im Frühjahr 1921 konnte das EKKI auf Erfolge der Komintern blicken. Die KPD war Massenpartei geworden und durch die Spaltung der französischen Sozialisten im

⁹⁴ Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der USPD (Linke) mit der KPD (Spartakusbund) vom 4. bis 7. Dezember 1920 in Berlin. Berlin 1921.

⁹⁵ Die Rote Fahne (8.1.1921), teilweise abgedruckt in Weber, Der deutsche Kommunismus, S. 168ff.

⁹⁶ Vgl. die Belege bei Stefan Weber: Ein kommunistischer Putsch? Märzaktion 1921 in Mitteldeutschland. Berlin 1991. S. 71ff.

⁹⁷ Internationale Presse-Korrespondenz (1921). 1. Jg. S. 353; Vgl. Erich Matthias, Hermann Weber: Die Stellung der Kommunistischen Internationale und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zur Einheitsfront. In: Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung. (XI. Linzer Konferenz 1975). Wien 1978. S. 41ff.

Dezember 1920 war dort eine starke KP entstanden. Doch die Furcht vor einer „Überschwemmung“ der Komintern durch Sozialisten, wie auch die „21 Bedingungen“, die das vermeiden sollten, und Spaltungen der Sozialisten, wie in Italien, verhinderten weitere Fortschritte.

Zudem war in Sowjetrußland trotz des Sieges im Bürgerkrieg eine neue Krise entstanden. In der KPR zeigten sich Differenzen, Fraktionen bekämpften sich, es gab heftige Streit zwischen Lenin, Bucharin und Trotzki. Erstmals kam es 1921 zu einem Aufstand von links gegen die Bolschewiki, geführt von den Kronstädter Matrosen, einst Stütze der Kommunisten. Der X. Parteitag der KPR im März 1921 verbot alle Fraktionen in der Partei, der „Kriegskommunismus“ wurde von der Neuen Ökonomischen Politik, der NEP, abgelöst, Konzessionen an die kapitalistische Wirtschaft gemacht. Die Spannungen innerhalb der KPR schlugen sich in der Komintern nieder und betrafen auch die VKPD, die ihre Linie im März 1921 radikal änderte. Die Komintern-Emissäre unter Leitung von Béla Kun, dem ehemaligen Führer der ungarischen Räterepublik, stachelten einen neuen radikalen Kurs an (vgl. Dok. 34).

Die Märzaktion 1921

Bereits 1921 verursachte die sog. März-Aktion (ein kommunistischer Aufstand in Mitteldeutschland) eine tiefe Krise in der KPD. Sie ließ die Problematik der Hegemonie der Komintern und Sowjetrußlands gegenüber den deutschen Kommunisten erkennen.⁹⁸ Für die Beziehungen zwischen Komintern und KPD war die Märzaktion ebenso einschneidend wie für die Entwicklung des deutschen Kommunismus. Die Fakten zur Aufstands-Aktion waren weitgehend bekannt,⁹⁹ strittig blieben die Motive. Bereits früh wurde auf den massiven Druck der Moskauer Emissäre, d. h. die von Levi angegriffenen Komintern-Sendboten, insbesondere von Béla Kun, verwiesen. Offensichtlich wollten diese nicht nur mittels eines Aufstandes die VKPD radikalisieren, sondern durch Aktionismus auch Sowjetrußland unterstützen. Die Dokumente in diesem Band (vgl. Dok. 34–43, 47, 48) liefern jetzt den Beweis für diese Einschätzung. Die Aktion begann nach einer Krise in der Parteiführung der KPD. Im Februar 1921 war der Parteiführer Paul Levi zusammen mit Clara Zetkin, Ernst Däumig, Adolph Hoffmann u. a. infolge von Differenzen mit der Komintern wegen der Spaltung der italienischen Sozialisten aus der Zentrale ausgeschieden. Unter Vorsitz Heinrich Brandlers¹⁰⁰ wollte die neue Zentrale beweisen, dass die Massenpartei die Furcht vor

⁹⁸ Vgl. dazu Sigrid Koch-Baumgarten: Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921. Frankfurt/M./New York 1986; Dies.: Die Märzaktion der KPD 1921. Köln 1987; Werner T. Angress: Die Kampfzeit der KPD 1921–1923. Düsseldorf 1973 (engl. Ausg. 1963).

⁹⁹ Vgl. Koch-Baumgarten, Aufstand; Angress, Die Kampfzeit; Aber bereits bei Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, wird die Märzaktion informativ dargestellt.

¹⁰⁰ Eine Biographie liegt vor v. Jens Becker: Heinrich Brandler. Eine politische Biographie. Hamburg 2001.

dem Putschismus, die in der KPD nach der Niederlage von 1919 festsaß, überwunden hatte. Gemeinsam mit den EKKI-Vertretern steuerten sie nun auf einen Aufstand.

Karl Radek, der mit Bucharin die „Rechten“ unter Levi aus der KPD verdrängen wollte, ging mit den EKKI-Emissären Béla Kun und Kleine-Gural'skij zusammen, die eine „revolutionäre Aktion“ der VKPD planten. Außerdem verbündete sich Radek mit den linken Kräften in der KPD-Führung, die sich für eine „Offensive“ der Partei gegen Levis Einheitsfrontpolitik stark machten.¹⁰¹ Die schwere Krise in Russland im März 1921 (Kronstadter Aufstand, Zusammenbruch des „Kriegskommunismus“ und Übergang zur NEP) hatte zumindest etliche Mitglieder des EKKI und gewiss die Emissäre veranlasst, zur „Rettung der russischen Revolution“ einen Aufstand in Deutschland zu provozieren.¹⁰²

Der hier abgedruckte Brief Béla Kuns an Lenin vom Mai 1921 (vgl. Dok. 43) beweist nunmehr diese These, schrieb er doch: Er habe „dem Levi folgendes gesagt: ‚Sowjet-Russland ist in sehr großer Gefahr‘“, es werde „in zwei Jahren ohne die Hilfe der Weltrevolution fallen“, deshalb dürfe man nicht „in einer defensiven Stellung warten“. Die Führung konnte sich dabei auf zahlreiche ihrer Anhänger stützen. Hier wirkten die erwähnten Auswirkungen des Weltkriegs nach. Die Kommunisten, die sich an der gewaltsamen russischen Revolution und dem russischen Bürgerkrieg orientierten, heroisierten Gewalt als „notwendige“ politische Maßnahme.¹⁰³ Ohnehin war Gewalt in der frühen Weimarer Republik Folge der Radikalisierung, das wurde früh thematisiert.¹⁰⁴ Am Rande der politischen Parteien, in der KPD und insbesondere der KAPD, spielten 1920/1921 Sozialrebelln eine Rolle, die die Gesellschaft sogar mit Terror verändern wollten. Die bekanntesten vor und in der Märzaktion waren Max Hoelz¹⁰⁵ und Karl Plättner¹⁰⁶, die teilweise als „Bandenführer“ gefürchtet, von den untersten Schichten oft als „Helden“ verehrt wurden. Solche Extremfälle (es gab Attentate, Sprengstoffanschläge usw.) erschwerten es der Komintern-Führung, ihren Einfluss auf die kommunistische Bewegung zu festigen. Vor allem bei Hoelz, der einerseits wegen seiner „Fehler“ kritisiert wurde (1920 aus der KPD ausgeschlossen), anderer-

101 Vgl. insbesondere Koch-Baumgarten, Aufstand, deren Band zwar vor Öffnung der Ost-Archive erschien, die aber anhand des Levi-Nachlasses genügend internes Material heranzog.

102 Vgl. z. B. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, S. 159.

103 Vgl. Hermann Weber: Aufstieg und Niedergang des deutschen Kommunismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage „Das Parlament“. B 40/91 vom 27. September 1991. S. 33.

104 Curt Geyer: Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Ein soziologischer Versuch. Jena 1923. Neuerdings wird dies beschrieben von Tillmann Siebeneichner in: IWK (Dezember 2006). Heft 4.

105 Zu Hoelz gibt es zahlreiche Veröffentlichungen, zuletzt Peter Giersich, Bernd Kramer: Max Hoelz. Man nannte ihn Brandstifter und Revolutionär, Robin Hood, Che Guevara, einen Anarchisten, den Roten General. Sein Leben und sein Kampf. Berlin 2000; Vgl. auch Ulla Plener (Hrsg.): Max Hoelz: „Ich grüße und küsse Dich – Rotfront!“. Tagebücher und Briefe. Moskau 1929–1933. Berlin 2005. Bereits früher erschien Hermann Weber: Aktionismus und Kommunismus. Unbekannte Briefe von Max Hoelz. Archiv für Sozialgeschichte. Bd. XV. Bonn 1975. S. 331ff.

106 Volker Ullrich: Der ruhelose Rebell. Karl Plättner 1893–1945. Eine Biographie. München 2000.

seits als Kämpfer hochstilisiert wurde, zeigte sich die Ambivalenz. Selbst der III. Weltkongress der Komintern 1921 befasste sich mit ihm.¹⁰⁷

Der Motivation der Komintern-Emissäre schloss sich ein Teil der KPD-Führung an. So formulierte Paul Frölich, „ohne die Aktion in Deutschland könnten in Sowjetrußland die Kräfte schwinden.“¹⁰⁸ Ziel war es, die „Rechten“ um Levi aus der Partei zu entfernen. Es ist belegt,¹⁰⁹ dass vor allem Radek mit Intrigen eine „Säuberung“ der KPD nicht nur vom „gemeingefährlichen“ Levi (so Béla Kun im Brief an Lenin), sondern von allen „Rechten“ und „opportunistischen“ Kräften betrieb.¹¹⁰ Die „Linken“ (damals noch Brandler, Thalheimer, Frölich und andere Freunde Radeks) sollten auf dem Weg einer Offensive die Parteispitze übernehmen.

Die KPD war in Mitteldeutschland, im Bezirk Halle-Merseburg, unverhältnismäßig stark.¹¹¹ Ein isolierter Aufstand musste dennoch erfolglos bleiben. Doch die KPD-Zentrale rief nach der (als Provokation empfundenen) Besetzung Mitteldeutschlands durch Polizeieinheiten im März 1921 die Arbeiter auf, zu den Waffen zu greifen.¹¹² Diese „März-Aktion“ wurde nach einigen Tagen blutiger Kämpfe niedergeschlagen und führte zu einer schweren Krise in der KPD. Paul Levi wandte sich mit seiner Kritik an dieser Aktion an die Öffentlichkeit. Er bezichtigte die Kominternspitze, durch ihre Emissäre – die „Turkestaner“, wie er sie nannte – den „größten Bakunisten-Putsch der bisherigen Geschichte“¹¹³ provoziert zu haben. Wegen seiner Kritik wurde Levi aus der KPD ausgeschlossen. Andere Führer, die aus der USPD gekommen waren, wie

107 Dem gerade zu lebenslangem Zuchthaus verurteilten Hoelz wurden „brüderliche Grüße“ gesandt, aber von Radek dessen „Taktik“ verurteilt. Das führte zum Protest des KAPD-Vertreters Hempel, der Hoelz als Mitglied seiner Partei verteidigte (Protokoll III. Weltkongress, 20.6.–12.7.1921, S. 216ff.). Hier abgedruckte Dok. 72 und 73 zeigen wieder Doppelzüngigkeit, der gefeierte Hoelz wurde geradezu diffamiert.

108 Vgl. S. Weber, Ein kommunistischer Putsch?, S. 77.

109 Vgl. Koch-Baumgarten: Aufstand der Avantgarde., S. 114ff., 122ff. Vgl. auch Radeks Briefe vom März/April 1921. Abgedruckt in „Unser Weg (Sowjet)“ (August 1921). Heft 8/9. S. 247ff.; Teilweise wiederabgedruckt in Weber, Dokumente, S. 210f.

110 Vgl. auch Karl Radek: Soll die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands eine Massenpartei der revolutionären Aktion oder eine zentristische Partei des Wartens sein? Hamburg o. J. (Vorwort April 1921). 2. Aufl. „mit einem Nachwort des Verfassers, Moskau, 1. Mai 1921“. Im Juni 1921 griff Lenin Radeks „eifertige Nachgiebigkeit“ gegenüber Béla Kun und Thalheimers „linksradikale Spielerei“ an. Lenin, Werke, Ergänzungsband, S. 327. Zu Radeks Rolle vgl. auch Marie-Luise Goldbach: Karl Radek in Deutschland. Diss. Köln 1972. Dietrich Möller: Karl Radek in Deutschland. Köln 1976.

111 Bei den Wahlen zum preußischen Landtag am 20. Februar 1921 erhielten in diesem Wahlkreis die SPD 70.340, die rechte USPD 74.754 und die weitaus stärkste bürgerliche Partei, die Deutschnationale Volkspartei, 151.137, die KPD aber 197.113 Stimmen. Handbuch des preußischen Landtags 1921, Anhang.

112 Am 18. März schrieb die „Die Rote Fahne“: „Ein jeder Arbeiter pfeift auf das Gesetz und erwirbt eine Waffe, wo er sie findet.“ Am 23. März forderte die „Die Rote Fahne“: „Klar zum Gefecht. Übergang zum Gegenangriff auf der ganzen Linie.“

113 Paul Levi: Unser Weg. Wider den Putschismus. Berlin 1921. S. 21ff; Vgl. auch ders., 2. Aufl. mit neuem Vorwort und Anhang: Karl Radek, Die Lehren eines Putschversuchs. Berlin 1921.

Ernst Däumig, Otto Brass, Kurt Geyer und Adolph Hoffmann, erklärten sich mit ihm solidarisch und verließen ebenfalls die Partei. Die Gegensätze verschärfen sich, als in den folgenden Wochen und Monaten von der Zentrale eine „Offensiv-Theorie“ entwickelt wurde, die nicht nur die „März-Aktion“ rechtfertigte, sondern die Offensive für eine Massenpartei zur Pflicht machte.¹¹⁴ Sie sollte nach den Worten Thalheimers die Einleitung „zum Generalvormarsch der Arbeiterklasse“ sein.

Auf dem III. Weltkongress der Komintern im Juni/Juli 1921 wurden Clara Zetkin und die Gegner der „Offensivtheorie“ von Lenin und Trotzki, die diese „Theorie“ ablehnten, verteidigt. Lenin erklärte später sogar, „daß Levi mit seiner Kritik an der März-Aktion 1921 in vielem im Wesen der Sache nach recht hat“.¹¹⁵ Der Kongress zeigte beispielhaft, dass die realistische Politik von Lenin und Trotzki sich durchsetzte, aber in der Kominternspitze Sinowjew, Bucharin und Radek linke Positionen verteidigen wollten. Nachträglich haben Lenin und Trotzki auf dem III. Weltkongress die „Offensivtheorie“ zu Fall gebracht, auch die neue Linie (Rückkehr zur Einheitsfront) wurde nach einigem Streit von der Brandler-Zentrale befolgt. Die KPD-Vertreter mussten sich schließlich anpassen.

Die rechte Gruppe um Paul Levi gründete am 20. November 1921 die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft (KAG). Dadurch ergab sich (nach der Abspaltung der KAPD 1920) der zweite große Aderlass an Funktionären, denn außer den Parteiführern mit Levi trennten sich viele „Kader“ von der KPD. Clara Zetkin, eng mit Levi verbunden, blieb jedoch in der Partei (vgl. Dok. 53).¹¹⁶ Die KAG erklärte auf ihrer Reichskonferenz im November 1921, keine eigene Partei zu erstreben, verlangte aber von der KPD „eine realistische Politik und die völlige materielle Unabhängigkeit von der Kommunistischen Internationale.“¹¹⁷ Da die KAG isoliert blieb, schloss sie sich im August 1922 mit der USPD zusammen.

Innerhalb der KPD gingen die Auseinandersetzungen das ganze Jahr 1921 weiter.¹¹⁸ Um die putschistische Haltung von Mitgliedern der KPD-Zentrale bei der März-Aktion nachzuweisen, publizierte der sozialdemokratische „Vorwärts“ am 25.

114 Die auf dem linken Flügel stehende Ruth Fischer ging noch weiter und schrieb: „Eine kommunistische Partei von 500.000 Mann, die nicht kämpft, muß ein Sumpf werden und war schon ein Sumpf geworden.“ In: Die Internationale (1921). Heft 51. S. 170.

115 Protokoll III. Weltkongress, 20.6.–12.7.1921; W. I. Lenin: Ausgewählte Werke. Bd. 10. Moskau 1937. S. 287.

116 Vgl. Tania Puschnerat: Clara Zetkin. Bürgerlichkeit und Marxismus. Essen 2003. bes. S. 235ff.

117 Unser Weg (Sowjet) (Dezember 1921). Jg. 3. S. 415. Die von Paul Levi herausgegebene Zeitschrift erschien bis 1. April 1922 als „Zeitschrift für Kommunistische Politik“, vom 20. April bis zum Übertritt zur USPD im August 1922 als „Halbmonatsschrift für Sozialistische Politik“.

118 Im Juli forderte die starke Ortsgruppe Hanau mit überwältigender Mehrheit die Wiederaufnahme Levis in die Partei (Die Rote Fahne v. 24.7.1921). In Köln hatte sich Franz Dahlem, ZA-Mitglied und Redakteur der „Sozialistischen Republik“, hinter Levi gestellt und davor gewarnt, die Fehler der Märzaktion zu wiederholen. Er wurde als Redakteur versetzt, eine Kölner Delegiertenkonferenz protestierte dagegen, und die „Rechten“ versuchten, die Redaktion der „Sozialistischen Republik“ im Sturm zu nehmen (Sozialistische Republik v. 22. u. 25.4.1921; Arbeiterpolitik v. 2.7.1921, Leipzig).

November 1921 interne KP-Materialien, die Hugo Eberlein besonders schwer belasteten. Der Generalsekretär der KPD, Ernst Reuter-Friesland, forderte die Absetzung Eberleins, was die Mehrheit der Zentrale ablehnte. Im Dezember 1921 wandten sich daraufhin 28 führende Funktionäre gegen die Linie der Partei, Friesland verlangte die Wiedervereinigung mit der KAG. Die Oppositionellen wurden im Februar 1922 vom Zentral-Ausschuss ausgeschlossen.¹¹⁹ In den folgenden Monaten verließen die meisten Kritiker die KPD oder sie wurden ebenfalls ausgeschlossen.

Folgen der Märzaktion

Von 1921 an wurde durch massive Einflussnahme aus Moskau auf die jeweilige KPD-Führung mit unterschiedlichen Mitteln die Disziplinierung erreicht. Nun ordneten sich die Zentralen – freiwillig oder gezwungen – der Komintern unter. Selbstverständlich spielten dabei die Taktik und auch die Rückwirkungen auf das EKKI vonseiten deutscher Kommunisten sowie die Stimmung in Deutschland jeweils eine wichtige Rolle. Immerhin herrschte bei den fraktionellen Differenzen 1921 (nach der März-Aktion) noch breite innerparteiliche Demokratie: Erklärungen Oppositioneller wurden in der Parteipresse abgedruckt, sie hielten Korreferate usw.¹²⁰ Um die Frage „Einheitsfront oder Aufstand in jedem Fall“ (Offensivtheorie genannt) wurde in der KPD heftig gerungen.

Trotz eines großen Aderlasses an Funktionären und Mitgliedern gewann die KPD 1922, als sie unter Führung Ernst Meyers wieder zur gemäßigten Einheitsfrontpolitik zurückfand, an Einfluss. Die März-Aktion zeigte die schrittweise wachsende Abhängigkeit der KPD vom EKKI und damit von der Moskauer Dominanz, war also einer der „Wendepunkte“ (Koch-Baumgarten) der Parteigeschichte. Nach der Vereinigung mit der USPD folgte unter dem Einfluss des EKKI die „Säuberung“ der Reihen der VKPD von „rechten Abweichlern“. Zahlreiche Parteifunktionäre und Abgeordnete verließen die Partei, ebenso 130.000 Mitglieder. Aber diese KPD war nun vom EKKI leichter zu dirigieren, wobei deutsche Parteiführer die jeweilige Linie aus Überzeugung oder unter dem Druck ihrer Mitglieder und Funktionäre mitmachten.

119 Friesland (Ernst Reuter, 1889–1953: bis 1921 Generalsekretär der KPD, später SPD, bis zu seinem Tode Regierender Bürgermeister von West-Berlin) hatte mit weiteren Funktionären erklärt: „Wir sehen in der KAG keine gegen den Kommunismus gerichtete Gruppe“. In: Die Rote Fahne (25.12.1921); Vgl. auch vom 29. Dezember 1921 und Frieslands Artikel: Parteitaktische Bemerkungen. In: Die Rote Fahne (27.12.1921) u. Die Internationale (1921). Heft 18/19. S. 642ff.; Zur „Friesland-Krise“ vgl. vor allem Ansgar, Die Kampfzeit, S. 159ff; Willy Brandt, Richard Löwenthal: Ernst Reuter. München 1957. S. 155ff.

120 Nach der März-Aktion 1921 druckte die Parteipresse alle Erklärungen der Opposition, auch solche, in denen die Zentrale wegen der Aktion scharf angegriffen wurde. In der „Roten Fahne“ vom 24. Dezember 1921 kamen z. B. nochmals 128 oppositionelle Funktionäre aus Berlin, Barmen, Hamborn, Remscheid, Königsberg usw. zu Wort. Sie veröffentlichten praktisch eine Fraktionsplattform.

Für das EKKI bestand bereits die Möglichkeit der Auswechslung von Spitzenführern ohne großes Aufsehen, wie sich 1922 bei der Absetzung des Vorsitzenden Ernst Meyer zeigte. Trotz seiner Erfolge bei der Einheitsfrontpolitik und einer Stabilisierung der KPD-Organisation wurde er in diesem Jahr im Ränkespiel Radeks mit Sinowjews durch Brandler ersetzt, also sein „Schicksal in Moskau entschieden.“¹²¹ In einem Brief an Sinowjew hatte Radek schon im Januar 1922 Ernst Meyer „unsägliche Schwankungen“ vorgeworfen (vgl. Dok. 58).

Anfang 1922 griffen KPD-Führer nochmals heftig Paul Levi an. Dieser veröffentlichte Rosa Luxemburgs kritische Gefängnisaufzeichnungen zur Revolution der Bolschewiki aus ihrem Nachlass mit ihrem berühmten Ausspruch „Freiheit ist immer Freiheit des anders Denkenden“.¹²² Die KPD-Führung bot sogar Parteiveteranen auf (etwa Clara Zetkin), um Levi zu desavouieren, dessen Publikationen dem EKKI besonders missfielen.

Die Hauptprobleme der Komintern 1922 in Deutschland waren indes andere. Damals verlangte die Zusammenarbeit zwischen Sowjetrußland und Deutschland intensivere Beziehungen zwischen Moskau und Berlin, und die Komintern bekam eine Aufgabe im diplomatischen Spiel.

Karl Radek hatte als EKKI-Vertreter nicht nur die KPD anzuleiten, sondern war zugleich mit Kontakten zur deutschen Regierung betraut, er wurde u. a. vom Reichskanzler empfangen (Dok. 58–61). Dieser Doppelauftrag zeigte das Janusgesicht der Komintern. Gleiches gilt für die Zusammenkunft der III. Internationale mit den beiden anderen Sozialistischen Internationalen,¹²³ die Dokumente (vgl. 63–68) liefern neue Einblicke in die bekanntlich gescheiterte Konferenz.

Schließlich sollte ein eigenes Programm der Komintern erarbeitet werden. Dafür legte die KPD im Oktober 1922 einen hauptsächlich von August Thalheimer verfassten Entwurf vor,¹²⁴ den „Die Rote Fahne“ vom 7. und 8. Oktober 1922 abdruckte. Auf dem IV. Weltkongress im Dezember 1922 gab es darüber zwar eine Diskussion¹²⁵, doch dann verschwand der Text in der Versenkung (vgl. auch Dok. 69). Die Ereignisse 1922 erweckten den Anschein eines geschlossenen Auftretens von Komintern und KPD, doch existierte in der deutschen Sektion immer noch Widerstand gegen eine zu zentralistische Anleitung vonseiten der Komintern.

¹²¹ Vgl. Ernst Meyers Entmachtung 1922. In: Rosa Meyer Leviné: Im inneren Kreis. Erinnerungen einer Kommunistin in Deutschland 1920–1933. Hrsg. u. eingeleitet v. Hermann Weber. Köln 1979. S. 71ff.

¹²² Rosa Luxemburg: Die russische Revolution. Eine kritische Würdigung. Aus dem Nachlass herausgegeben und eingeleitet von Paul Levi, Berlin, Verlag Gesellschaft und Erziehung, 1922, S. 109.

¹²³ Vgl. Protokoll der Internationalen Konferenz der drei Exekutivkomitees in Berlin vom 2. bis 5. April 1922. Wien 1922; vgl. auch Nachrichten der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien. Wien 1921–1923. Nachdruck Glashütten 1973. S. 85ff.

¹²⁴ Weber, Dokumente, S. 43ff.; Vgl. auch Michael Kersten: Die Beiträge deutscher Marxisten in der Programmdiskussion der Komintern. Mainz 1994.

¹²⁵ Vgl. Protokoll des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Petrograd-Moskau vom 5. November bis 5. Dezember 1922. Hamburg 1923. S. 404ff.

Der „deutsche Oktober“ 1923

Der Revolutionsplan der KPD, der „deutsche Oktober 1923“, wurde mehrfach erforscht.¹²⁶ Die wesentlichen Probleme sind im Dokumentenband von 2003 bereits dargelegt,¹²⁷ hier kann darauf verwiesen und 1923 nur kurz behandelt werden. Die jetzt in diesem vorliegenden Band abgedruckten Dokumente zeigen die Ereignisse des Jahres 1923 zudem noch detaillierter (vgl. z. B. Dok. 87–97).

Im Jahr 1923 wurde Deutschlands Wirtschaft und Politik erschüttert. Als am 11. Januar französische und belgische Truppen ins Ruhrgebiet einmarschierten, rief die Reichsregierung zum passiven Widerstand auf. Und im August 1923 wuchs in Deutschland die Zahl der Streiks. Umsturzversuche der „Schwarzen Reichswehr“, Separatisten-Putsch, Revolten der Rechtsradikalen und kommunistische Aufstandsversuche folgten einander. Die schlimme Lage der Bevölkerung führte zur Radikalisierung, bis sich nach der Stabilisierung der Mark und dem Verbot extremer Parteien die Verhältnisse zum Jahresende allmählich beruhigten.

Unter solchen Umständen brachte das Jahr 1923 einen stetig wachsenden Einfluss der KPD, der es vermutlich gelang, zeitweise die Mehrheit der sozialistisch orientierten Arbeiter auf ihre Seite zu ziehen. Allerdings löste die Frage, welche Taktik die Kommunisten unter diesen, für sie günstigen Bedingungen einzuschlagen habe, erhebliche Differenzen aus. Im Jahr 1923 zeigte sich, dass innerhalb der 1921 „gereinigten“ Kommunistischen Partei noch immer recht gegensätzliche Strömungen existierten. Das bewies der VIII. Parteitag vom 28. Januar bis 1. Februar 1923 in Leipzig. Im Mittelpunkt der Debatten standen die Probleme der Einheitsfront, der Arbeiterregierung und das Verhältnis zur SPD. Die meisten Bezirke und auch die Mehrzahl der 219 Delegierten, die 218.000 Mitglieder vertraten, standen hinter der Führung unter Heinrich Brandler, die linke Opposition wurde von den wichtigen Parteibezirken Berlin und Wasserkante getragen. Ernst Meyer wurde nicht mehr in die Zentrale gewählt, aber der Komintern-Vertreter August Kleine-Gural'skij.¹²⁸ Es war ein Novum, dass das EKKI einen seiner Emmissäre direkt in die Führung einer Sektion entsandte. Er kam sogar ins Polbüro, also die oberste Parteispitze.

In diese Zeit fällt der sog. Schlageter-Kurs der KPD, d. h. der kurzfristige Schwenk zu einer partiellen Zusammenarbeit mit den Nationalisten gegen die französische Besetzung des Ruhrgebiets. Daraus ergaben sich Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Komintern, denn die KP Frankreichs bekämpfte diesen Kurs (vgl. auch Dok.

126 Harald Jentsch: Die KPD und der „Deutsche Oktober“ 1923. Rostock 2005; Otto Wenzel: 1923. Die gescheiterte Oktoberrevolution. Mit einer Einleitung von Manfred Wilke. Münster 2003.

127 Vgl. Bernhard H. Bayerlein [u. a.] (Hrsg.): Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern. (Archive des Kommunismus. Pfade des XX. Jahrhunderts. 3). Berlin 2003; Wenzel: o. O. 1923; Jentsch: Die KPD.

128 Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages der KPD (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Leipzig vom 28. Januar bis 1. Februar 1923. Berlin o. J. (1923). S. 64, 185ff., 382, 445ff.

86).¹²⁹ Radeks Schlageter-Rede auf der EKKI-Tagung im Juni 1923 entsprach auch den Interessen der russischen Außenpolitik.¹³⁰ Nachdem „Die Rote Fahne“ die Rede am 26. Juni 1923 abgedruckt hatte, wurden Diskussionszirkel geschaffen, in denen Kommunisten mit Nationalisten und Völkischen zusammentrafen und den „Kampf“ gegen Frankreich diskutierten. Im Juli gab Radek die Broschüre „Schlageter – eine Auseinandersetzung“ heraus, in der er und Arthur Moeller van den Bruck den Nationalbolschewismus erörterten, der Völkische Graf Ernst von Reventlow schrieb Diskussionsartikel für „Die Rote Fahne“ usw. Nach kurzer Zeit wurden die Versuche aufgegeben. Im Bericht an den V. Weltkongress der Komintern 1924 ist dann die Taktik nur umschrieben und als Erfolg gewertet worden.¹³¹ Der Schlageter-Kurs war keine strategische Wende, aber eine veränderte Taktik, was allerdings neuere Untersuchungen auch bezweifeln.¹³²

Rasch überschatteten die Vorbereitungen für den Aufstand vom Oktober 1923 diesen Kurs. Nach der „März-Aktion“ 1921 war dies der zweite und letzte große Anlauf der KPD, durch einen gewaltsamen Umsturz an die Macht zu kommen.¹³³ Ein Aufstand in Deutschland war während der erweiterten Sitzung des EKKI im Juni noch kein Thema gewesen, erst nach der Tagung änderte die Komintern ihre Haltung. Nachdem das Politbüro der russischen KP am 23. August 1923 konstatierte, die Zeit sei reif für den Aufstand, sollte dieser konkret vorbereitet werden. Auf einer Zusammenkunft von Komintern- und KPD-Führern in Moskau von Ende August bis Ende September 1923 wurde ein Aktionsplan für die politische und technische Ankurbelung der Revolution in Deutschland entworfen und beschlossen.¹³⁴ Die Vorbereitungen im Herbst 1923 auf einen revolutionären Umsturz orientierten sich am Schema der russischen Oktoberrevolution. Dem vom EKKI in Moskau festgelegten Aktionsplan entsprechend, organisierte der Militärapparat der KPD mit Hilfe russischer Offiziere den bewaffneten Aufstand (vgl. Dok. 90–96).

Noch im Oktober 1923 waren deutsche Kommunisten in die Landesregierungen von Sachsen und Thüringen eingetreten. Aber nach der Absetzung des sächsischen Kabinetts durch die Reichsregierung schien der KPD unter Leitung Heinrich Brandlers ein Aufstand nicht mehr durchführbar.¹³⁵ Allein in Hamburg kam es zu bewaff-

129 Vgl. jetzt die genauere und differenzierte Darstellung bei Joachim Schröder: *Internationalismus nach dem Krieg. Die Beziehungen zwischen deutschen und französischen Kommunisten 1918–1923*. Essen 2008. S. 319. Dort auch bemerkenswerte Hinweise auf den „deutschen Oktober“.

130 Die Rede ist abgedruckt in Weber, *Dokumente*, S. 142ff.

131 Bericht über die Tätigkeit des EKKI vom IV. bis V. Weltkongress. Hamburg 1924. S. 18f.

132 Z. B. Jentsch, *Die KPD*, S. 114ff., der die Bedeutung des Kurses m. E. herunterspielt.

133 In der Literatur sind beide Aufstände schon früher mehrfach behandelt worden. Vgl. Angress: *Die Kampfzeit*; Hans-Ulrich Ludwig: *Arbeiterbewegung und Aufstand*. Husum 1978; Koch-Baumgarten, *Aufstand*; Vgl. zum Forschungsstand Weber, *Kommunismus in Deutschland*. Auch August Thälheimer: *1923 – eine verpaßte Revolution?* Berlin 1931.

134 Vgl. insbesondere die mehrfach erwähnte Dokumentation von Bayerlein u.a., *Deutscher Oktober*.

135 Bayerlein, *Deutscher Oktober*.

neten Auseinandersetzungen; doch diese isolierte Rebellion wurde rasch niedergeschlagen, der „deutsche Oktober“ war missglückt (vgl. Dok. 96a).¹³⁶

Trotz der schweren Niederlage glaubte die KPD-Führung anfangs noch, dass der Aufstand nur kurzfristig verschoben werden müsse. Am 3. November 1923 nahm der Zentral-Ausschuss mit 40 gegen 13 Stimmen der Linken die Leitsätze „Der Sieg des Faschismus über die Novemberrevolution“ an. Sie beruhten auf Vorschlägen Karl Radeks; darin wurde betont, eine Änderung der politischen Linie sei nicht etwa deshalb vorgenommen worden, „weil die bisherige politische Linie falsch war“, sondern weil der „Sieg des Faschismus“ neue Fakten geschaffen habe. Die Aussichten für den erfolgreichen Kampf seien durch das Ausweichen nicht verschlechtert worden.¹³⁷ Das war eine absolute Fehleinschätzung.

Folgen des Aufstandsversuches

Unmittelbares Ergebnis des Oktober 1923 war für die KPD zunächst ihr Verbot vom 23. November 1923 bis zum 1. März 1924. Das wurde allerdings relativ moderat praktiziert, selbst in der Illegalität konnten die Kommunisten ihre Debatten fortsetzen. Zunächst bekannte sich die Parteiführung zu Sinowjews Behauptung von Ende Oktober 1923: „Die KPD geht der Machtergreifung entgegen.“¹³⁸ Doch nachdem die Inflation überwunden worden war und sich die deutsche Wirtschaft festigte, begann die Periode der Stabilisierung der Weimarer Republik.

Als Zusammenfassung des „deutschen Oktober 1923“ sollen hier nur Thesen aus dem Vorwort der Dokumentation „Deutscher Oktober 1923“ von 2003 genannt werden. Generell lassen sich die Folgen des Aufstandsversuchs und seiner Niederlage im Wesentlichen in drei Punkten festhalten.

Erstens war dadurch die Vorherrschaft der Komintern über die KPD besiegelt. Die Vormacht der KPDsU in der Komintern war bereits 1923 umfassend. In der Praxis bedeutete dies, dass die jeweilige Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (und das hieß schon nach wenigen Jahren: Stalin) die Politik der KPD bestimmte; die Generallinie wurde in Moskau festgelegt.

¹³⁶ Vgl. Angress: Die Kampfzeit; Hans-Ulrich Ludwig: Arbeiterbewegung und Aufstand. Husum 1978; Koch-Baumgarten, Aufstand; vgl. zum Forschungsstand Weber, Kommunismus in Deutschland. Auch August Thalheimer: 1923 – eine verpaßte Revolution? Berlin 1931.

¹³⁷ Bergische Arbeiterstimme (4.12.1923), Solingen. Nach dem Verbot der KPD (23.11.1923) war die Parteipresse im Reich ebenfalls verboten worden. Nur im besetzten Gebiet erschien sie weiterhin, allerdings wurden auch hier Ende 1923 die meisten Zeitungen (Freiheit, Düsseldorf; Bergische Volksstimme, Remscheid; Sozialistische Republik, Köln) mehrfach unterdrückt.

¹³⁸ Inprekorr (27.10.1923).

Zweitens war damit verbunden, Mitglieder und Anhänger der KPD absolut auf das Vorbild der Sowjetunion einzuschwören. Es galt die These durchzusetzen, Kommunisten hätten nur „ein Vaterland und eine Heimat, das ist Sowjetrußland.“¹³⁹

Drittens war der „deutsche Oktober“ ein Putschversuch, der sowohl den Interessen der Sowjetunion dienen als auch die Weltrevolution voranbringen sollte. Offensichtlich bestand damals keine reale Chance eines Sieges der Kommunisten in Deutschland.

Die Skizzierung der Periode 1919–1923 (die weiteren Phasen werden kursorischer beschrieben), die die entscheidenden Veränderungen des Verhältnisses zwischen dem führenden EKKI unter russischer Vorherrschaft und der KPD-Führung brachte, ist deswegen umfangreicher, weil diese Phase die schrittweise Realisierung der schon vom II. Weltkongress theoretisch im Statut festgelegten Form der Beziehungen KPD/Komintern zeigt. Nun wurde die KPD auch faktisch eine vom EKKI geleitete „Sektion“. Die russischen Staatsinteressen vermischten sich mit denen der von Bolschewiki dominierten Komintern.

Eine solche Generalisierung kann die gegensätzlichen Tendenzen ebenso nur pauschal berücksichtigen wie die Einflüsse der deutschen Kommunisten auf die Politik. Spezielle Untersuchungen einzelner Phasen weisen genügend darauf hin. Übersehen werden darf aber nicht, dass die KPD nunmehr zu einer zentralistischen Partei wurde, opponierende Funktionäre und Mitglieder ausgeschlossen wurden oder austraten. Die ständige Fluktuation der KPD ist bekannt: Zählte die Partei z. B. im September 1923 rund 295.000 Mitglieder, waren es im zweiten Quartal 1924 nur noch 95.000.

Natürlich bedeutet diese Einschätzung nicht, dass die KPD als Partei lediglich am „Gängelband“ der Komintern bzw. der KPR hing, ihr die Politik nur von außen oktroyiert wurde.¹⁴⁰ Die KPD-Führung hat entweder freiwillig aus Überzeugung oder gezwungen durch die akzeptierte Struktur der Komintern die jeweilige Generallinie Moskaus übernommen. Und im Rahmen des Zentralismus versuchte sie, Funktionäre und selbst Mitglieder darauf einzuschwören und die Politik der Komintern sowie des Vorbildes Sowjetrußland durchzusetzen. Dabei konnte und wollte – ja musste – sie die Eigeninteressen der Kommunisten in Deutschland und die Verhältnisse im politischen System ins alltägliche Handeln einbeziehen.

Bereits in der Phase 1919 bis 1923 war der Einfluss des EKKI auf die KPD-Führung schrittweise gewachsen. Das konnte erstens durch die finanziellen und materiellen Ressourcen für die deutsche Sektion erreicht werden, die für die KPD unentbehrlich waren. Die folgenden Dokumente belegen das, doch erinnerte sich bereits Heinrich Brandler, warum er und seine „rechte“ Fraktion 1923 keinen Bruch wagten: „Die Komintern finanzierte die KPD so, dass sie 27 Zeitungen und 200 Funktionäre bezahlen

¹³⁹ So die KPD-Zeitungen „Freiheit“ vom 19. Mai 1924 und die „Sozialistische Republik“ vom 10. Dezember 1924.

¹⁴⁰ So beurteilt Schröder, Internationalismus, S. 321, diese Thesen, die damit verzerrt werden.

konnte. Auch wenn wir, wie unsere Anhänger erklärten, die größere Hälfte der Mitglieder bekämen, wir konnten aus eigener Kraft keine 4 Zeitungen und kein Dutzend Funktionäre bezahlen.“¹⁴¹ Zweitens blieb die russische Revolution und damit die Komintern für die radikalisierten Arbeiter Vorbild. Und drittens schien die Revolution in Deutschland nur mit russischer Hilfe möglich. Die Einschwörung auf die Kominternführung galt für die (oft ausgewechselten) KPD-Führer ebenso wie für überzeugte Funktionäre und gläubige Mitglieder. Doch erst in der Periode der Stalinisierung wurden die Methoden gefunden, die Abhängigkeit zu perfektionieren.

1924–1929: Die Stalinisierung von KPD und Komintern

Das Jahr 1924 war geprägt von der relativen Stabilisierung in Deutschland. Während der Konsolidierung der Weimarer Republik von 1924 bis 1929 spielte die KPD in der deutschen Politik eine geringere Rolle als in den Phasen der Krise bis 1923 oder in der Zeit von 1929 bis 1933. Eine revolutionäre Politik war ihr aufgrund der objektiven Lage nicht möglich, und eine Tätigkeit nach parlamentarischen Spielregeln war nicht das eigentliche Anliegen der Kommunistischen Partei, die ja die parlamentarische Demokratie stürzen wollte. Die Zahl der KPD-Mitglieder war 1924 rasant gesunken, von fast 300.000 im September 1923 auf 95.000 im zweiten Quartal 1924. Doch bei den Reichstagswahlen im Mai 1924 erzielte die Partei mit 3,7 Millionen Stimmen (12,6 %) noch einen Erfolg. Im Dezember 1924 ging dann ihre Wählerzahl schon auf 2,7 Millionen (9,0 %) zurück.

Der „Kampf gegen den Trotzismus“ wurde 1924 zur ideologischen und politischen „Hauptaufgabe“, sowohl in der KPR wie in der Komintern. Bei den Meinungsverschiedenheiten in der sowjetischen Führung 1923/1924 (Sinowjew, Kamenev und Stalin gegen Trotzki) fand die trotzkistische Opposition – entgegen ihren Erwartungen – in Deutschland keinen Widerhall: „Die Mittelgruppe der Partei und die bisherige linke Opposition bezogen nach einer grundsätzlichen Prüfung der Dinge sofort die klare Linie der vollen Unterstützung des russischen ZK. (...) Aber selbst nicht einmal bei der rechten Gruppe der KPD fand die Auffassung der russischen Opposition offene Unterstützung.“¹⁴²

Doch ehe sich die KPD auf die Seite der KPR-Majorität schlug, hatten die russischen Fraktionskämpfe in der deutschen Partei bereits weitreichende Auswirkungen gehabt. Die Mehrheit der deutschen Leitung folgte auch nach der Niederlage

¹⁴¹ Brandler an Isaak Deutscher am 4. Februar 1959. In: Unabhängige Kommunisten. Der Briefwechsel zwischen Heinrich Brandler und Isaak Deutscher 1949 bis 1967. Hrsg. v. Hermann Weber. Berlin 1981. S. 184.

¹⁴² Inprekorr (28.3.1924). Nr. 39. S. 449.

vom Oktober 1923 den Anweisungen des Komintern-Vertreters Karl Radek. Als dann die Kominternführung unter Sinowjew den Trotzki-Anhänger Radek desavouierte, schwenkte der Großteil der Zentrale von Radek ab und es entstanden jene drei Fraktionen (Rechte, Mittelgruppe und Linke), die Anfang 1924 die Geschicke der KPD lenkten. Offiziell wurde bestätigt: „Sowie sich dann aber herausstellte, daß die von dem EK-Vertreter durchgesetzte These über den Sieg des Faschismus nicht im Auftrag des EK der KI vorgelegt worden war, daß sie vielmehr auch im EK auf lebhaften Widerspruch gestoßen war, setzte sofort die selbständige taktische Orientierung der Zentrale ein, die zur Herausbildung der jetzigen drei Gruppen in der Partei führte.“¹⁴³ Die Spaltung der vorherigen Zentrale war also nicht zuletzt Folge der russischen Fraktionsdifferenzen.

Schien Ende 1923 die klare Anleitung der KPD-Führung durch das EKKI gesichert, so gab es nun Probleme. Die Mittelgruppe, zu deren eifrigsten Wortführern der Komintern-Vertraute Kleine-Gural'skij gehörte, wurde maßgebend, doch die linke Opposition wuchs weiter. Das EKKI erstrebte eine KPD-Führung, in der die Mittelgruppe bestimmte, doch die Linke an der Macht beteiligte. Dies schien möglich, weil in der Illegalität bereits Hermann Remmele als Vertreter der Mittelgruppe Vorsitzender der KPD und Ernst Thälmann von den Linken sein Stellvertreter gewesen war. Sinowjew erwartete, dass der bevorstehende XI. Parteitag der KPD diese Pläne billigen würde und dadurch seine Stellung in den Fraktionskämpfen der KPR gefestigt werde.

Pläne des EKKI vereitelt

Schon bei den Wahlen der Delegierten zum KPD-Parteitag und in den Bezirken war jedoch zu erkennen, dass die Mittelgruppe abgeschlagen war und die Linken, die Sinowjew als unsichere Kandidaten bei der Unterstützung Moskaus ansah, überwältigend siegten. Auf den Bezirksparteitagen hatten die Linken viermal mehr Stimmen als die Mittelgruppe erreicht. Bereits bei den Vorbereitungen des IX. Parteitages zeigte sich eine klare Mehrheit der bisherigen linken Opposition unter Ruth Fischer, Maslow, Scholem, Thälmann, Schlecht, Rosenberg usw.¹⁴⁴

Die innerparteiliche Demokratie in der KPD durchkreuzte damit die Pläne des EKKI. Dadurch gab es 1924 eine Krise zwischen Komintern und ihrer deutschen

¹⁴³ Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitags der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Frankfurt/M. vom 7. bis 10. April 1924. Berlin 1924. S. 23.

¹⁴⁴ Zu den Einzelheiten wie zur Gesamtproblematik vgl. Weber, Wandlung. Für den Zeitraum der Stalinisierung der KPD 1924–1929 wie auf die Beziehungen KPD/Komintern kann auf die dort gegebenen vielen Belege und Hinweise verwiesen werden. Dazu auch Hermann Weber: Stalinisierung der KPD – Alte und neue Einschätzungen. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2007. Berlin 2007. S. 221ff. Ders.: The Stalinization of the KPD: Old and New Views. In: LaPorte: Bolshevism, Stalinism and the Komintern. S. 22ff.

Sektion. Die Linken wurden gegen die Pläne der Kominternführung von den KPD-Delegierten auf dem IX. Parteitag im April 1924 in die Leitung gewählt. Sinowjew sagte später, „die deutsche Linke hat die KPD gegen den Willen des EKKI erobert. Es ist dies der einzige mir bekannte Fall in der Geschichte unserer Internationale (...) Unser Versuch, eine ‚mittlere‘ Gruppe zu unterstützen, hatte leider keinen Erfolg gehabt.“¹⁴⁵ Manuil'skij behauptete 1926 sogar: „Noch auf dem Frankfurter Parteitag kämpften wir gegen die Übergabe der Leitung an Maslow und Ruth Fischer.“¹⁴⁶

Diese Differenzen führten auch dazu, das russische Vorbild in der KPD zeitweise zurückzudrängen. Anfang 1924 schrieb eine deutsche Parteizeitung: „Mit den Methoden der russischen Revolution allein wird das revolutionäre Proletariat vergeblich an der kapitalistischen Sklavenfeste anrennen (...) Wenn die fünf Jahre revolutionären Kampfes überhaupt etwas gelehrt haben, so dieses, daß die deutsche Revolution kein Vorbild hat. Wo sie sich aber noch an Vorbilder hält, muß sie sich davon emanzipieren, sie kritisch überwinden (...).“¹⁴⁷ Solche verklausulierten Selbstständigkeitsbestrebungen auf Seiten der deutschen Linken weckten das Misstrauen des EKKI, und sie riefen mindestens ebenso Kritik an der KPD hervor wie deren ultralinke Gewerkschaftspolitik oder die Ablehnung der Einheitsfront. Wegen der Spannungen hielten sich 1924/1925 auch Stimmungen innerhalb der KPD-Linken gegen die Komintern.¹⁴⁸

Generell waren es zwei Gründe, die zu den Problemen in den Beziehungen zwischen der Komintern und der KPD führten. Erstens änderte sich die personelle Situation an der Kominternspitze. In Russland war nach dem Ausscheiden Lenins durch Krankheit schon seit Ende 1922 (zweiter Schlaganfall) und mit seinem Tod im Januar 1924 die wichtigste Autorität in der russischen wie der Kominternführung ausgefallen. Gleichzeitig begannen Fraktionskämpfe in der KPR-Spitze, zunächst wurde Trotzki (also die „Nummer 2“) von Sinowjew, Stalin und Kamenev ausgeschaltet. Danach gelang es Stalin, auch seine bisherigen Mitkämpfer mit Unterstützung der rechten Kommunisten (Bucharin, Rykov, Tomskij) zu besiegen. Sinowjew wurde 1925 in Opposition gedrängt und verbündete sich mit Trotzki zur „Neuen Opposition“. Im Juni 1926 aus dem Politbüro ausgeschlossen, blieb er bis Oktober 1926 offiziell Vorsitzender der Komintern. Das brachte dem EKKI Schwierigkeiten und Unruhe in den Sektionen. Die russischen Fraktionskämpfe griffen auf die Komintern über, in der ja der Vorsitzende Sinowjew und auch Trotzki zunächst erhebliches Prestige besaßen. Schließlich wirkte

¹⁴⁵ Die Rote Fahne (16.3.1926); Inprekorr (27.4.1926). Nr. 63. S. 921.

¹⁴⁶ Hamburger Volkszeitung (12.1.1926).

¹⁴⁷ Sozialistische Republik (5.1.1924).

¹⁴⁸ 1924 hieß es in einem Polizeibericht: „In führenden Parteikreisen des Westens geht das Gerücht, Moskau sabotiere die Tätigkeit der gegenwärtigen Zentrale und habe sie lediglich anerkannt, um der linken Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen und der Rechten bei sich bietender Gelegenheit wieder in den Sattel zu helfen.“ (StA Münster, Reg. Minden, IP 540). Im März 1925 wandten sich die KPD-Vertreter (Giwan und Westphal) auf der Orgkonferenz in Moskau gegen die Komintern. Sie beschuldigten Pjatnickij, sein Material stamme nicht von der KPD-Führung. Mit anderen Worten: die Komintern verfüge über illegale Spitzel in der Partei (Inprekorr (1.4.1925). Nr. 45. S. 646).

sich die Spaltung der russischen Führung nicht nur auf die Kominternspitze, sondern auch auf deren Sektionen aus. In Deutschland gab es zwischen 1924 und 1929 sogar die heftigsten innerparteilichen fraktionellen Auseinandersetzungen überhaupt.

Zweiter Grund für die Krise des Verhältnisses zur Komintern war der Sieg der Linken in der KPD. Die an der Komintern orientierte Mittelgruppe unterlag auf dem IX. Parteitag im April 1924 diesen nun überragend starken Linken.¹⁴⁹ Noch vor dem Parteitag hatte Sinowjew Ende März 1924 versucht, auf die Linken Einfluss zu nehmen. Er befürchtete, ultralinke Fehler würden eine Schwächung der KPD bringen, was sich auf den innerrussischen Fraktionskampf auswirken könnte,¹⁵⁰ daher wollte er in drei wichtigen Punkten die KPD-Linke zum Einlenken zu bewegen: Keine Spaltung der Gewerkschaft, keine generelle Ablehnung der Einheitsfront und Aufnahme eines größeren Teils der Mittelgruppe in die Parteiführung.

Um dieses Ziel zu erreichen, ging Sinowjew verschiedene Wege. Er schrieb zwei Briefe an den bevorstehenden Parteitag der KPD, in denen er für Gewerkschaftseinheit und Einheitsfront von unten plädierte, und zugleich vor den Fehlern der linken Intellektuellen warnte. Am 26. März traf er sich in Moskau zudem mit deren dortigem Vertrauensmann, Max Levien. In einem offenen Gespräch gab Sinowjew unumwunden zu, dass sich alle Überspitzungen der deutschen Linken im innerrussischen Fraktionskampf für die Sinowjew-Stalin-Führung als gefährlich erweisen müssten und Munition für Trotzki lieferten. Es gelang Sinowjew, Levien für seine Ansichten zu gewinnen, worauf dieser Maslow und Ruth Fischer in einem Brief versicherte, Sinowjew stehe auf ihrer Seite.¹⁵¹

149 Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitags.

150 Einzelheiten der Haltung Sinowjews und der Komintern zur innerparteilichen Situation der KPD im März/April 1924 sind in drei Briefen enthalten. Zwei Dokumente waren erstmals veröffentlicht in der Dokumentation, Hermann Weber: Zu den Beziehungen zwischen der KPD und der Kommunistischen Internationale. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte (1968). 16. Jg. 2. Heft. S. 188ff.; Der dritte Brief in Weber, Wandlung, S. 397ff.; Vgl. auch Dok. 107.

151 Vgl. dazu in der Dokumentation Weber, Zu den Beziehungen, S. 192ff. Die Frage, ob Sinowjew (und damit die Kominternspitze v. 1924) die Übernahme der Führung durch die Linken in der KPD verhindern wollte oder förderte, ist bisher in der Literatur widersprüchlich beantwortet worden. Flechtheim, Die KPD, S. 195, schreibt, es sei Sinowjew und Stalin gelungen, die Linke für sich zu gewinnen, die vorher mit Trotzki sympathisiert habe (was nicht stimmt). Isaak Deutscher (Trotzki. Bd. 2. Stuttgart 1962. S. 147) schreibt sogar, dass Sinowjew „Fischer und Maslow als Führer der deutschen Partei einsetzte“, was falsch ist. Sinowjew selbst behauptete später das Gegenteil: „Man kann uns nun die Frage stellen: Warum hat denn aber die Komintern die Bildung eines solchen ZK überhaupt zugelassen. Die Frage so stellen, heißt sie allzusehr vereinfachen. Zu jener Zeit in der damaligen Situation, gab es eben keinen anderen Ausweg. Wir standen vor der Gefahr einer Spaltung, einer Entstehung von zwei oder gar drei Parteien, d. h. vor einem möglichen Zusammenbruch unserer Partei in Deutschland auf ein Jahr hinaus. Die Entgleisungen der Brandler-Zentrale hatten die Partei fast in einen Zustand völliger Verzweiflung versetzt. Die kommunistischen Arbeiter Hamburgs, Berlins und des Ruhrgebiets hatten auch nicht das geringste Vertrauen mehr zur alten Brandler-Zentrale. Ein neues ZK aber vermochten sie sich ohne dessen Führung durch die Gruppe Fischer-Maslow gar nicht zu denken. Andere Leute gab es eben nicht. So gelangte eben diese Gruppe ans Ruder, obwohl

Zusätzlich versuchte Sinowjew die linken Führer durch mehrere Briefe umzustimmen. In einem Schreiben vom 31. März 1924 (Dok. 107) wollte er Ruth Fischer und Maslow davon überzeugen, dass er keineswegs den Beschwerden der Mittelgruppe nachgebe. Er ließ durchblicken, es wäre auch mit Rosenberg und Scholem eine Zusammenarbeit möglich, wenn diese nicht auf ihren „ultralinken Fehlern“ beharrten. Hier war unschwer zu erkennen, dass Sinowjew prüfen wollte, ob nicht doch Gegensätze zwischen Maslow-Fischer und Rosenberg-Scholem bestanden.¹⁵² Gleichzeitig mit diesem Brief sandte Sinowjew (diesmal gemeinsam mit Bucharin) ein weiteres Schreiben an die „proletarischen“ Führer der Linken, die ehemaligen Arbeiter Ernst Thälmann und Paul Schlecht. Diesen Brief sollten diese auch den führenden linken Arbeitern (Arthur König, Max Hesse) zeigen. Da er sich nur wenig vom Text an Maslow und Fischer unterschied, ist die Frage, warum er gesondert abgeschickt wurde. Sinowjew und Bucharin selbst wollten den Eindruck vermeiden, dass sie ein doppeltes Spiel trieben; sie erklärten, keineswegs an die „schwierige Faust“ der Proletarier gegen die linken intellektuellen Führer zu appellieren.

Diese Beschwichtigungen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die EKKI-Spitze zu sondieren suchte, ob innerhalb der linken Führung verschiedene Tendenzen vorhanden seien, die gegeneinander auszuspielen waren. Die spätere Entwicklung bewies, dass die Kominternspitze hierfür ein feines Gespür besaß. Einstweilen aber bestanden noch keine Risse innerhalb der Linken, die sich gerade anschickten, die Parteizentrale zu übernehmen. Sie bemerkten jedoch die Spaltungsversuche Sinowjews und reagierten gereizt darauf. Der Kominternführung stand in Deutschland eine geschlossene linke Front gegenüber.

Der IX. Parteitag der KPD als Einschnitt in den Beziehungen zur Komintern

Der IX. KPD-Parteitag fand vom 7. bis 10. April 1924 in Frankfurt am Main statt. Nach der Aufhebung des Verbots fühlte sich die Partei in einem Zustand der „Halblegalität“¹⁵³, denn weil gegen viele Parteifunktionäre noch Haftbefehle liefen, wurde der Parteitag illegal abgehalten. Da die Veranstaltung gut abgeschirmt war, hatte die Polizei zunächst keine Kenntnis davon, dass im Frankfurter christlichen Hospiz ein kommu-

das EKKI darüber nicht sonderlich entzückt war. Das EKKI hatte nun einmal keine andere Wahl.“ (Inprekorr (27.4.1926). Nr. 63. S. 923) In der Kommunistischen Internationale (Jg. 1926, S. 239) wurde geschrieben: „Das EKKI versuchte daher, die Kandidatur einer ‚mittleren‘ Gruppe im ZK zu unterstützen, doch hatte dieser Versuch keinen Erfolg.“ Auf der Januar-Tagung 1924 nannte Sinowjew Remmele und Thälmann „das Gold der Arbeiterklasse“ (Inprekorr (24.3.1924). Nr. 37. S. 428) und beide übernahmen den Vorsitz in der KPD. Im März erkannte Sinowjew, dass die Linken die Mehrheit erhalten würden und er begann, sich umzustellen.

¹⁵² Vgl. dazu in der Dokumentation Weber, Zu den Beziehungen, S. 190f.

¹⁵³ Der Kämpfer (4.3.1924), Chemnitz.

nistischer Parteitag stattfand.¹⁵⁴ Die Delegierten bildeten zwei Fraktionen, die linke Mehrheit von 92 und die Mittelgruppe mit 34 Delegierten¹⁵⁵, während die Rechte nur durch die 1923 gewählten Zentrale-Mitglieder vertreten war. Den „Politischen Bericht“ legte die Mittelgruppe vor, von der die Partei seit Dezember 1923 geleitet worden war. Die Komintern wurde von einer repräsentativen Abordnung unter Führung von Manuil'skij (Pseudonym: Ivanov)¹⁵⁶ und dem Chef der Roten Gewerkschaftsinternationale, Lozovskij (Pseudonym: Schwarz) vertreten.

Manuil'skij verlas den von Sinowjew unterschriebenen Brief des EKKI, was unter den Anwesenden Unruhe auslöste.¹⁵⁷ Nachdem er am Ende seiner Begrüßungsrede „ein enges Bündnis zwischen der deutschen und russischen Partei“ forderte, und zwar „nicht nur deshalb, weil sie [die KPR] die einzige Partei ist, die bisher die Macht erobert hat“, sondern auch, weil sie „nach Ablauf der großen Diskussion [gegen Trotzki] fester ist als bisher“, verzeichnete das Protokoll: „Starker, anhaltender Beifall.“¹⁵⁸ In diesem Dokument des EKKI hieß es, die KPD habe sich noch nicht von den sozialdemokratischen Traditionen gelöst. Ihre Hauptaufgabe solle sie darin sehen, dem Fraktionskampf „ein Ende zu bereiten.“¹⁵⁹ Widerspruch gab es, als ein zweites Schreiben Sinowjews verteilt wurde, obwohl Manuil'skij betonte, es handle sich nicht um einen Brief, sondern um einen internen Artikel nur für die Delegierten. „Dieser Artikel darf nicht hinausgegeben werden. Niemand soll es wagen, der kommenden Führung Schwierigkeiten zu machen auf Grund des Artikels und der freundschaftlichen Kritik an einzelnen Fehlern, die in dem Artikel enthalten ist.“¹⁶⁰

Im als „Artikel“ deklarierten Schreiben Sinowjews ging er weit ausführlicher auf die innerparteiliche Situation ein, es war viel schärfer gegen einen Teil der Linken gerichtet, denen Sinowjew „ungeheure Fehler der Sieger“ vorwarf.¹⁶¹ Größten Unmut

154 Die gewöhnlich gut orientierte Abteilung IA der Berliner Polizei schrieb noch am 15. April, wo der Parteitag stattgefunden habe, sei nicht zu ermitteln (StA Bremen, II A 12 a, Bd. 9, Bl. 166 a). Erst im Mai konnte die Polizei den genauen Tagungsort usw. feststellen (StA Bremen, II A 12 a, Bd. 10, Bl. 9 b). Auch das beweist, wie wenig verlässlich Ruth Fischers Darstellung (Stalin und der deutsche Kommunismus) ist. Sie behauptete, die Polizei habe „natürlich“ gewusst, dass in Frankfurt/M. das kommunistische Parteitreffen stattfand (S. 480).

155 Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitags, S. 217.

156 Bibliographie zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Zusammengestellt v. Günter Herting. Berlin (Ost) 1960. S. 86; Vgl. auch Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 4. Berlin (Ost) 1966. S. 29.

157 Im Mai veröffentlichte die Parteipresse den Brief, Ende Mai gab das Polbüro eine „Erklärung“ zu Sinowjews Brief ab. Vgl. Die Rote Fahne (4.5.1924) u. Freiheit (28.5.1924).

158 Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitags, S. 207.

159 Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitags, S. 70.

160 Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitags, S. 206f.

161 Sinowjew führte u. a. folgende Fehler der Linken an: „b) In derselben Sitzung in Berlin erklärte ein anderer hervorragender Führer der Linken, Genosse Rosenberg: ‚Die Parteiorganisation muß jetzt mehr im Geiste der genialen Führerin des deutschen Proletariats, Rosa Luxemburg aufgebaut werden.‘ (...) Wie es mit den Ultralinken öfters vorkommt, hat Gen. Rosenberg vollständig daneben

löste dieser „Artikel“ aus, weil er „zwei Strömungen“ im linken Flügel der KPD unterschied. Den „ausgezeichnet revolutionär gesinnten und der Sache der Revolution tief ergebenen“ Arbeitern stellte er die Gruppe der „intellektuellen Führer“ gegenüber; zwar hätten einige ihre Entgleisungen eingesehen und könnten der Arbeiterbewegung die größten Dienste erweisen; „unter ihnen befinden sich aber auch äußerst unreife Elemente, ohne marxistische Bildung, ohne ernste revolutionäre Traditionen, mit einer Neigung zur leeren revolutionären Phraseologie.“¹⁶² Die beiden Schreiben Sinowjews und die mit ihnen übereinstimmende Haltung der EKKI-Vertreter überschatteten den Parteitag. So verbreitete sich rasch die Meinung, es gebe sehr starke Differenzen zwischen der linken Mehrheit und dem EKKI. Ruth Fischer versuchte zu verhindern, dass der EKKI-Brief in der „Inprekorr“, der kommunistischen „Internationalen Pressekorrespondenz“, veröffentlicht wird. Das misslang, sie erreichte jedoch, dass die KPD-Presse den Brief nicht abdruckte.¹⁶³

Die teilweise heftigen Auseinandersetzungen zwischen der bisherigen linken Opposition unter Ruth Fischer und den Kominternvertretern fanden in „geschlossenen Sitzungen“ intern statt, auf den öffentlichen Zusammenkünften des Parteitages wurden sie möglichst verschwiegen oder verklausuliert. Nur im Referat der Mittelgruppe warf Kleine-Gural'skij den Linken „Menschewismus“ und die offene oder verschleierte Absicht vor, gegen das EKKI zu kämpfen. Er war gegen Arthur Rosenberg, weil dieser Rosa Luxemburgs „antibolschewistische“ Auffassungen verteidigte. Kleine-Gural'skij griff auch das linke Leipziger Blatt „Roter Kurier“ an, das sich gegen „die Einheitsfronttaktik“ wendete, die „nur den engeren Interessen Sowjetrußlands diene.“ Diese Ansichten stellte er in die „Nachfolge von Levi“.¹⁶⁴

Der Dissens zwischen EKKI und linker KPD wurde erst bei den Vorschlägen für die entscheidende neue Zusammensetzung der Zentrale sowie der Kandidatenliste zur Reichstagswahl deutlich. Hierzu sagte Manuil'skij (von Kleine-Gural'skij übersetzt!) wir (also das EKKI) „halten es für richtig, wenn Ihr alle hervorragende Vertreter der Mittelgruppe heranzieht“ und er verwies nachdrücklich auf „Klara Zetkin“. Die Linke folgte der Komintern nicht, sondern wählte in die neue Zentrale alle prominenten Linken, auch die von Sinowjew angegriffenen, wie Rosenberg und Scholem (der dann als Organisationsleiter und Polbüro-Mitglied zu den wichtigsten KPD-Führern gehörte). Von der Mittelgruppe wurden nur Eberlein, Remmele und Pieck aufgenom-

gegriffen und verteidigt ‚zufällig‘ völlig nichtbolschewistische Auffassungen.“ Vgl. Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitags, S. 79.

162 Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitags, S. 78.

163 Protokoll der Erweiterten Exekutive (Februar/März 1926). Hamburg-Berlin 1926. S. 232. Sinowjew schilderte später die Differenzen noch schärfer, als sie waren (S. 501): „Wir entsandten damals nach Deutschland drei Genossen des russischen ZK zum Zwecke der Verhandlungen mit der ‚linken‘ Leitung. Anfangs gingen die Verhandlungen nur mit großen Schwierigkeiten vonstatten. Unserer Delegation wurde die ultimative Forderung gestellt, den Brief des EKKI, der eine scharfe Kritik der Fehler der Linken enthielt, zurückzunehmen.“

164 Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitags, S. 236.

men, nicht aber Kleine-Gural'skij (der danach Deutschland wieder verließ), Zetkin oder andere Vertreter und niemand von den Rechten.¹⁶⁵

Anschließend wechselte die neue linke Führung den Parteiapparat aus.¹⁶⁶ Die Beziehungen zwischen EKKI und KPD wurden durch den Parteitag heikel. Dieser war ein Einschnitt mit einer Niederlage der Komintern und Sinowjews, die Moskau nun schrittweise zu überwinden suchte.

„Bolschewisierung“ der KPD

Durch den Sieg bei den Reichstagswahlen konnte die linke Führung bereits wenige Wochen nach dem IX. Parteitag Erfolge aufweisen. Die Disziplinierung der Funktionäre und der Umbau des Apparats kamen rasch voran. Im Juli billigte der Zentral-Ausschuss einstimmig alle Resolutionen. Auch die Anhänger der Mittelgruppe ordneten sich nach und nach der linken Spitze unter. Doch im Juli kürzte Moskau drastisch die Finanzzuweisungen für die KPD (Dok. 113). Nun rief Ruth Fischer zur „Bolschewisierung und Aktivierung der Partei“ auf.¹⁶⁷

In ständigen Beratungen zwischen Moskau und Berlin konnten schon nach kurzer Zeit wesentliche Streitfragen zwischen EKKI- und KPD-Führung beseitigt werden. Beim Eintreffen einer starken deutschen Delegation Mitte Juni 1924 zum V. Weltkongress der Komintern in Moskau schienen die Differenzen zwischen der KPD unter Führung Ruth Fischers sowie Sinowjew und der EKKI-Spitze so gut wie überwunden. Auf dem Kongress vom 17. Juni bis 8. Juli spielte die deutsche Abordnung eine beachtliche Rolle.¹⁶⁸ Es wurde klar, dass sich die Mehrheit der linken KPD-Führung nicht mehr gegen das EKKI zu stellen gedachte, wie noch auf dem IX. Parteitag. Im Gegenteil, Ruth Fischer wandte sich gegen den Gründer der italienischen KP und Ultralinken Amadeo Bordiga, der die Niederlage beim deutschen Oktober dem Verhalten des EKKI anlastete. Ruth Fischer verteidigte Sinowjew und das EKKI und wurde von Thälmann unterstützt, der bestätigte, sie habe im Namen der gesamten deutschen Delegation gesprochen. Für die KPD wurden nur „bewährte“ Linke (darunter Rosenberg) ins EKKI gewählt.

Nach dem Weltkongress beteiligte sich die KPD besonders eifrig an der Kampagne für die „Bolschewisierung“ der Komintern-Sektionen.¹⁶⁹ Vorrangig wurden damit der

¹⁶⁵ Vgl. Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitags, S. 256ff., 340ff.

¹⁶⁶ Vgl. Weber, Wandlung, S. 74ff.

¹⁶⁷ Die Rote Fahne (22., 24. u. 25.7.1924) u. Freiheit (24.7.1924).

¹⁶⁸ Vgl. Protokoll. V. Kongress der Kommunistischen Internationale. Bd. I u. II. Hamburg o. J. (1925). Vgl. zu den Differenzen in der in der KPD-Führung auf dem Kongress auch Weber, Wandlung, S. 84f.

¹⁶⁹ Die „Bolschewisierung“ wurde ein Schlagwort, das für alles benutzt wurde. Sinowjew schrieb z. B. der „Grad“ der Bolschewisierung sei an der „Massenorganisation der Frauen“ zu beurteilen (Die Kommunistische Fraueninternationale (5.2.1925). Jg. 5. S. 1207). Vgl. auch die Broschüre Ueber die Bolschewisierung der Parteien der Komintern. Hrsg. v. Zentrale der KPD. (Berlin 1925).

„Kampf“ gegen Trotzismus und Luxemburgismus und die entsprechende Schulung der Funktionäre, möglichst auch der Mitglieder. Zunächst schien der Nimbus von Trotzki in der KPD ungebrochen. Beim Parteitag des linken Bezirks Mittelrhein war im Februar 1924 der Saal mit den Porträts von Liebknecht, Lenin, Luxemburg und Trotzki geschmückt.¹⁷⁰ Und am 23. September 1924 kündigte „Die Rote Fahne“ noch einen „Trotzki-Abend“ an. Doch rasch war für die KPD der „Kampf gegen Trotzismus (...) keine russische Frage“, ihre Parole lautete: „Die deutsche Partei wird dem Trotzismus und Brandlerismus in ihren Reihen keinen Platz gönnen.“¹⁷¹

Ganz im Sinne der Bolschewiki wurde 1924/1925 der Luxemburgismus, also die Tradition der KPD, angegriffen. Die von Lenin abweichenden Theorien der Begründerin der KPD, galten (unter dem Druck des EKKI) als eine politisch-ideologische Abweichung, die zu verurteilen und über die jede Diskussion verpönt war.

Mit ihrem ideologischen Kampf gegen Trotzismus und Luxemburgismus hatte die KPD eindeutig und endgültig die Position eines angeblichen Leninismus bezogen, der sich bald als Stalinismus erweisen sollte. Die innerparteiliche geistige Erstarrung der KPD, die schließlich zu einer „monolithischen Partei“ wurde, brachte ebenso wie ihr Funktionswandel eine immer straffere Anleitung durch Moskau. Mit der ideologischen Vereinheitlichung sowie mit der organisatorischen Disziplinierung und Zentralisierung war ein wichtiger Schritt zur Stalinisierung erfolgt.

In der Tagespolitik verlor die KPD 1924 und 1925 erheblich an Einfluss. Das hing mit der Konjunktur in Deutschland zusammen, denn mit der Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter ebnete deren Radikalisierung ab. Doch die ultralinke Politik und Propaganda isolierte die Partei noch mehr. Geradezu absurd, dass die Zentrale allen Kommunisten verbot, Sozialdemokraten zu grüßen oder ihnen die Hand zu geben. Bei der Vereidigung als Gemeinderäte mussten sie rote Handschuhe anziehen und im Reichstag randalierten ihre Abgeordneten. All das mündete in der Selbstisolierung und nach der Wahlniederlage vom Dezember 1924 nahm die Bedeutung der KPD und damit auch der linken Ruth-Fischer-Maslow Zentrale noch mehr ab.

Auf der V. Erweiterten Tagung des EKKI im März/April 1925 hatte Ruth Fischer zwar über die Lage in Deutschland und die Bolschewisierung referiert, aber es ging ihr und Sinowjew um einen Wandel zur flexiblen Taktik, damit die KPD wieder Erfolge aufweisen könne. Nach der Wahl Hindenburgs (26.4.1925), der mit 14,6 Millionen Stimmen über den Demokraten Braun mit 13,7 Millionen knapp siegte, verurteilten gerade sozialdemokratische Arbeiter die 1,9 Millionen Stimmen für Thälmann als Unterstützung Hindenburgs und ein Sturm gegen die Kommunisten brach los. Danach nahm der Zentral-Ausschuss der KPD im Mai eine Änderung der Linie vor. Die Obstruktionspolitik sollte von einer Realpolitik abgelöst werden. Das war im Sinne des EKKI, insbesondere Sinowjews, dessen Stellung in der Komintern und der KPR durch die Niederlagen der KPD geschwächt wurde. Die Rechtswendung der Partei

¹⁷⁰ Sozialistische Republik (25.2.1924).

¹⁷¹ Die Rote Fahne (10.12.1924).

stieß allerdings bereits im Frühjahr 1925 auf die Kritik einiger maßgebender Linker und rasch kam es zur Spaltung der linken Führung.

Eine ultralinke Abspaltung 1925 entstand – so schien es – ohne die direkte Einwirkung des EKKI. Sie gab der Kominternführung aber die Möglichkeit, weiteren Einfluss auf die linke KPD-Zentrale zu bekommen. Die Ultralinken Scholem, Katz und Rosenberg wurden nach erbitterten Debatten mit Ruth Fischer und der Mehrheit der Zentrale ins Abseits gedrängt. Es war der Beginn fraktioneller Auseinandersetzungen, die 1926/1927 zur Bildung mehrerer Fraktionen sowie zum Ausschluss vieler Funktionäre führte. Dies ist bereits dargestellt worden; hier wird nicht näher darauf eingegangen.¹⁷²

1924/1925 wuchs in der Komintern auch der Einfluss Stalins. Stalin und seine Fraktion, im Wesentlichen der sowjetische Parteiapparat, nahmen 1925 bis 1927 eine „rechte“ Position ein. Primär ging es Stalin um die Macht in der KPdSU, er wollte seine gefährlichsten Gegner, die Linken, ausschalten (zunächst Trotzki, später Sinowjew und Kamenev). Der Kampf gegen die linke Opposition war aus der grundsätzlichen Haltung Stalins erklärbar: seine Theorie vom „Sozialismus in einem Land“ wurde von den Linken abgelehnt, während die „rechten“ Kommunisten (Bucharin, Rykov, Tomskij) sie befürworteten. Zugleich ging es um die Innen- und Außenpolitik des Sowjetstaates (vgl. auch Dok. 125). Mit Hilfe der „Rechten“ trat Stalin für eine gemäßigte Politik ein, die wirtschaftliche „Schere“ zwischen Industrie und Landwirtschaft sollte durch Zugeständnisse an die Mittelbauern geschlossen werden; außenpolitisch erwartete Stalin Erfolge von der Einheitsfront (in England mit den Gewerkschaften, in China mit der Kuomintang) und hoffte außerdem, eine „gemäßigte“ Politik könne ausländische Kapitalhilfe bringen.¹⁷³ Der X. Parteitag im Juli 1925 und die abermaligen Differenzen mit dem EKKI überschatteten dann in Deutschland das Auseinanderfallen der alten linken Führung.

172 Vgl. die Einzelheiten bei Weber, Wandlung, sowie die Darstellungen Rüdiger Zimmermann: *Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik*. Düsseldorf 1978; Otto Langels: *Die ultralinke Opposition der KPD in der Weimarer Republik*. Frankfurt/M. 1984; Marcel Bois: *Vergessene Kommunisten. Weddinger Opposition der KPD*. In: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* (2008). Berlin 2008. S. 58ff.

173 Zu den Einzelheiten der Politik Stalins vgl. Robert V. Daniels: *Das Gewissen der Revolution*. Köln 1962. S. 301ff.; Leonard Schapiro: *Die Geschichte der KPdSU*. Frankfurt/M. 1961. S. 346ff.; Leonid Luks: *Geschichte Russlands und der Sowjetunion*. Regensburg 2000; Manfred Hildermeier: *Die Sowjetunion 1917–1991* (Oldenbourg Grundriss der Geschichte. Bd. 31). München 2001.

Der X. Parteitag 1925 und erneute Zerwürfnisse mit dem EKKI

Der X. Parteitag der KPD trat am 12. Juli 1925 im Gebäude des Preußischen Landtags in Berlin zusammen.¹⁷⁴ Den Saal schmückte ein hell beleuchtetes Bild Lenins. Von 170 Delegierten zählten nur wenige zur Ultralinken, darunter die drei Zentrale-Mitglieder Katz, Rosenberg und Scholem (vgl. Dok. 127b). Doch 160 Delegierte standen fest zur Ruth Fischer-Führung.¹⁷⁵ Im Namen des EKKI sandte Sinowjew einen Brief, der den Anwesenden vorgelesen wurde und in dem er seiner Genugtuung Ausdruck gab, „daß die KPD in den 15 Monaten, die sie von Frankfurt trennen, eine große Arbeit an sich selbst vollbracht hat. (...) Die Partei ist konsolidiert.“ Der „Grundkern“ der Zentrale habe die „richtige Linie gefunden“ und die Komintern „unterstützt diesen Kern voll und ganz und wird Hand in Hand mit ihm arbeiten.“¹⁷⁶ Nach diesem Lob kritisierte Sinowjew die deutsche Führung, die KPD habe sich „eine Zeitlang in einem ultralinken Fieberzustand befunden.“ Der X. Parteitag müsse sie „endgültig aus diesem Fieberzustand“ befreien.¹⁷⁷

Anfangs schien es, als wollten die Delegierten diese Kritik der Komintern beherzigen. Gegen nur eine Stimme (die des Ultralinken Heinrich Giwan aus Berlin) sprach der Parteitag der Exekutive der Komintern „sein volles Vertrauen“ aus und verpflichtete die neue Zentrale, „allen Angriffen gegen die Politik der Exekutive und allen Abweichungen von der Linie der Komintern entschlossen entgegenzutreten.“ Auch die von der linken Führung vorgeschlagene Resolution lag ganz auf der Linie der Komintern.¹⁷⁸ Unter dem Pseudonym Samuely hielt Manuil'skij – mit lebhaftem Beifall empfangen – das Referat über die weltpolitische Lage und die Aufgaben der Komintern. Er setzte sich nochmals für die neue flexible Taktik ein¹⁷⁹ und bestritt, dass hinter der Wendung der KPD außenpolitische Interessen Sowjetrusslands stünden. Gegen die Ultralinken richtete er scharfe Angriffe. Nach seiner Ansicht bewiese die Zusammensetzung der Delegierten, dass die KPD „die linke Krankheit zu überwinden beginnt“, da die Ultralinke, die „gestern noch die Partei beherrschte, auf diesem Parteitag nur ein Grüppchen bildet.“

174 Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Berlin vom 12. bis 17. Juli 1925. Berlin 1926. Allerdings soll die Zentrale einen Teil der gewählten Delegierten nicht zugelassen haben (StA Bremen, IV I3h. Bd. I).

175 Die dominierende Stellung der Linken zeigt die Zusammensetzung der wichtigsten Politischen Kommission des Parteitages. Vorsitzende war Ruth Fischer, Sekretär Lenz (Winternitz).

176 Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages, S. 169ff.

177 Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages, S. 176.

178 Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages, S. 180, 415; Die Rote Fahne (17.7.1925); Westfälischer Kämpfer (11.7.1925).

179 Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages, S. 318; Die Rote Fahne (15.7.1925); Westfälischer Kämpfer (15.7.1925).

Ein neues Statut wurde angenommen. An die Stelle der Zentrale und des Zentral-Ausschusses trat nunmehr das Zentralkomitee als die einheitliche oberste Führungsspitze.¹⁸⁰ Die öffentlichen Sitzungen des Parteitags verliefen ohne Höhepunkte, scheinbar gab es keine Differenzen zwischen KPD und EKKI.¹⁸¹ In Wirklichkeit kam es auf einer geheimen „geschlossenen“ Sitzung, über die zunächst Stillschweigen gewahrt wurde, zu erregten und schwerwiegenden Auseinandersetzungen, vor allem über das neu zu wählende Zentralkomitee. Linke Delegierte befürchteten, Manuil'skij als Vertreter der Komintern wolle die Partei nach rechts ziehen und sie zwingen, einige Rechte in die Führung hineinzunehmen. Denn in Moskau hatten zuvor die russischen Kommunisten von einer deutschen Abordnung gefordert, die Zentrale in Berlin zu vergrößern und einige Mittelgruppenfunktionäre aufzunehmen. Gegen dieses Verlangen wandte sich die Zentrale einmütig. Ein Telegrammwechsel mit der Komintern brachte keine Einigung.¹⁸²

Auf der geschlossenen Sitzung des Parteitags wiederholte nun Manuil'skij die Vorschläge der Komintern und verlangte, Clara Zetkin, Georg Schumann und Walter Ulbricht in das Zentralkomitee aufzunehmen, was die Delegierten einheitlich (einschließlich Thälmann, Geschke und Florin) ablehnten. Als Manuil'skij sich außerhalb der Reihenfolge zu Worte meldete, wies ihn der Parteitagsvorsitzende Geschke zurück: er solle warten, bis er an der Reihe sei. Und als sich der Jugendvertreter Blenkle für die Kominternforderungen aussprach, „brüllte Geschke in den Saal, diese Rotznase solle sich erst die Nase wischen lernen, ehe er alten Leuten was erzählen wolle.“¹⁸³ In der erhitzten Atmosphäre riefen einige Delegierte Manuil'skij zu: „Hau ab! Geh nach Moskau!“¹⁸⁴ Gegen nur 4 Stimmen bei 8 Enthaltungen lehnten die Teilnehmer der Geheimsitzung die EKKI-Forderung ab.¹⁸⁵

Der einzige Kompromiss, den Ruth Fischer einging, war die Erweiterung des Zentralkomitees auf 19 Vollmitglieder und zusätzliche sieben Kandidaten (anstelle der zuerst vorgesehenen 11 Mitglieder).¹⁸⁶ Damit war Ruth Fischers Vorhaben gescheitert,

180 Die Rote Fahne (24.7.1925). Die wesentlichen Teile des Statuts sind abgedruckt in Weber, Dokumente, S. 254ff.

181 Der Parteitag sei eine Tagung der Langeweile gewesen, berichtete der sozialdemokratische „Vorwärts“ vom 13. Juli 1925. Die Delegierten seien „hübsch brav geworden, keine Russenkittel und Schillerkragen mehr zu sehen gewesen.“

182 Der neue Kurs, Reden der Genossen Bucharin und Sinowjew. Brief des EKKI. Hrsg. v. ZK der KPD (25.9.1925). Berlin 1925. S. 10.

183 StA Bremen, IIA 12 b, I d. Vorwärts (9.9.1925). In der Bremer kommunistischen „Arbeiterzeitung“ schrieb Remmele später, „das EKKI habe gewollt, daß 2 Rechte und 2 Ultralinke ins ZK aufgenommen werden“ (Arbeiterzeitung, 8.10.1925, Bremen); Zu Einzelheiten vgl. Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 117ff.

184 Bucharin geht mehrmals darauf ein (Der neue Kurs, S. 6f.); Westfälischer Kämpfer (6.10.1925).

185 StA Bremen, II A, 12 b, I d.

186 Sinowjew sagte im August 1925 dazu (Der neue Kurs, S. 37): „Nehmen Sie eine so kleine Frage: Die Zahl der Mitglieder der Zentrale, ob 19 oder elf, wie die Frage bei der ersten Unterredung mit Schneller stand (...) Diese Frage, die eine welthistorische Frage ist, hat eine neue Lage geschaffen.“

nur ihre eigenen linken Anhänger in das ZK zu bringen.¹⁸⁷ Obwohl Manuil'skij nochmals mit aller Vehemenz im Namen des EKKI darauf bestand, in das ZK sollten nicht nur Anhänger der Fischer-Gruppe, sondern auch zwei Ultralinke und mindestens zwei Rechte gewählt werden, wurde dem nicht entsprochen.¹⁸⁸ Vielmehr bewirkten die Angriffe des Komintern-Vertreters, dass der den Parteitag bestimmende Gegensatz zwischen Linken und Ultralinken auf der Geheimsitzung praktisch aufgehoben war. Als die Ultralinken Scholem und Rosenberg Ruth Fischer ihre Unterstützung gegen die Komintern anboten, akzeptierte sie das stillschweigend. Beide wurden dann gemeinsam mit dem Ultralinken Hans Weber in das ZK aufgenommen, Scholem sogar ins Polbüro. Einstimmig billigte der Parteitag die politische Resolution über die Aufgaben in den Gewerkschaften; doch ebenso einstimmig wurde das in der „geschlossenen“ Geheimsitzung ausgehandelte, von Manuil'skij abgelehnte ZK gewählt.¹⁸⁹ Das war für das EKKI, insbesondere für Sinowjew und Bucharin, ein Alarmzeichen. Moskau befürchtete sogar Anfänge eines „westeuropäischen Kommunismus“.

„Palastrevolution“? – Die Komintern diktiert

Die Niederlage bei der KPD traf das EKKI schwer, die deutsche Partei war neben der KPdSU die stärkste Sektion der Komintern. Es sollte nun massiv gegen die KPD-Spitze unter Ruth Fischer – die gerade erst vom Parteitag einstimmig gewählt worden war – vorgegangen werden (vgl. Dok. 127b, 129–133). Moskau sah im Polbüro neben ihr und Maslow (der von Mai 1924 bis 1926 im Gefängnis saß) auch Scholem und Schlecht als „Hauptfeinde“ an. Sinowjew wollte – in der KPdSU selbst in der Opposition – seine Stellung halten und Bucharin, der kommende Komintern-Vorsitzende, seine neue Rolle stärken. Daher intrigierten beide gemeinsam mit Stalins Vertreter Manuil'skij gegen die KPD-Führung. Ihnen war klar, dass nur eine Spaltung der Parteispitze und die Schaffung einer neuen, kominterntreuen Führung deren völlige Unterordnung bringen würde.

Sofort nach dem Parteitag reiste eine KPD-Delegation unter Leitung von Schlecht nach Moskau, sie wies zunächst alle gegen die Ergebnisse des Parteitags gerichteten Angriffe zurück. Doch im Polbüro saß ja auch Thälmann. Der war inzwischen als Kandidat bei den Reichstagspräsidentenwahlen und dann als Chef der neugeschaffenen Wehrorganisation „Roter Frontkämpferbund“ (RFB) weithin bekannt. Er und die

Hätte Ruth das damals durchgesetzt, so hätten wir im Moment ein Zentralkomitee, das gegen die Komintern wäre.“ Vgl. auch Westfälischer Kämpfer (2. u. 3.10.1925); Die Rote Fahne (26. u. 27.9.1925).

187 Schon auf der offenen Sitzung des Parteitags hatte sich Manuil'skij gegen eine Abkapselung der Linken ausgesprochen. Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages, S. 319; Die Rote Fahne (15.7.1925; Westfälischer Kämpfer (15.7.1925).

188 Arbeiterzeitung (8.10.1925), Bremen.

189 Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages, S. 658; Die Rote Fahne (18.7.1925); Neue Zeitung (6.8.1925), München.

insgeheim gegen Ruth Fischer eingestellten Dengel und Remmele waren mit dem Versprechen, die Parteiführung allein zu übernehmen, rasch zu gewinnen. Hierbei spielten informelle und konspirative EKKI-Netzwerke eine Rolle, die von der Forschung im Wesentlichen bereits beschrieben sind¹⁹⁰ (vgl. auch Dok. 134).

In zahlreichen Sitzungen der Kominternspitze mit den in Moskau anwesenden KPD-Vertretern hatten Sinowjew und Bucharin ihr Ziel bald erreicht: die deutschen Abgesandten stimmten zu, an die Mitglieder ihrer Partei einen „Offenen Brief“ zu schreiben und den engeren Fischer-Zirkel abzusetzen. Nachdem sich Thälmann, Dengel und Schneller mit der Komintern-Kritik einverstanden erklärt hatten, sind auch zahlreiche weitere ZK-Mitglieder „umgefallen“. Die KPD-Delegation in Moskau, selbst Ruth Fischer, bejahte dann den Brief „einstimmig“. Am 20. August stimmte dann auch das ZK der KPD „gegen nur eine Stimme, bei einer Enthaltung“ der Kritik im „Offenen Brief“ zu. Durch eine „Palastrevolution“ war die bisherige Führung praktisch abgesetzt, was nur die Spaltung dieser KPD-Spitze durch das EKKI bewirkt hatte.

Der „Offene Brief“ erschien am 1. September 1925 als „Brief der Exekutive der Kommunistischen Internationale an alle Organisationen und Mitglieder der KPD“. Mit der sehr großen Überschrift in der „Roten Fahne“ schlug das Dokument bei mittleren Funktionären und Mitgliedern, die von den Auseinandersetzungen kaum etwas gewusst hatten, wie eine Bombe ein, ebenso in der überraschten Öffentlichkeit.¹⁹¹ Unterscriben war der Brief außer von Sinowjew, Bucharin, Manuil'skij, Pjatnickij und Lozovskij aus der Sowjetunion auch von zahlreichen Vertretern der Komintern-Parteien sowie für die „Delegation der KPD“ von Thälmann, Ruth Fischer, Dengel, Schwan, Schneller, Schehr, Kühne, Strötzel und Heinz Neumann samt „dem ZK der KPD“. ¹⁹² Der „Offene Brief“ aus Moskau konstatierte, die Fischer-Maslow-Führung habe die KPD in die Isolierung getrieben und die innerparteiliche Demokratie zerstört. In erster Linie wurde jedoch das „unrichtige, unbolschewistische Verhältnis der Gruppe des Genossen Maslow zur Komintern“ gerügt. Die langen Ausführungen des „Offenen Briefs“ ließen aber seinen wahren Zweck nicht erkennen: nämlich eine solche personelle Führung zu bilden, die uneingeschränkt als „Sektion“ der Komintern die russische Politik praktiziert.

Auf der ersten Seite brachte „Die Rote Fahne“ auch noch einen Aufruf des ZK „An die Partei“. Es hieß, die Komintern kritisiere „mit bolschewistischer Offenheit die Fehler der bisher leitenden Gruppe [!] unserer Parteiführung.“ Appelliert wurde zugleich, die Partei müsse „einheitlich und geschlossen“ sein, aber ihre „Linie“ ändern. Doch so einfach, wie das kurz nach der Veröffentlichung des „Offenen Briefs“ schien (eine Konferenz der Polleiter und Redakteure stimmte ihm am 1. September

190 Die Schritte zur Spaltung der KPD-Führer bei den Verhandlungen in Moskau im Juli und August sind in den Gründzügen anhand des damals zugänglichen Materials näher beschrieben bei Weber, *Wandlung*, Bd. 1, S. 120ff.

191 Der umfangreiche „Offene Brief“ ist ungekürzt wieder abgedruckt in Weber, *Dokumente*, S. 218ff.

192 Weber, *Dokumente*, S. 242.

mit 44 gegen 6 Stimmen zu), ging die Disziplinierung der Gesamtpartei nicht vor sich. Zuerst zeigte sich in Berlin, dass nicht etwa nur die Ultralinken den „Offenen Brief“ und die Absetzung Ruth Fischers sowie ihrer Anhänger ablehnten, sondern auch die kominternkritische Linke. Schon am 2. September wandte sich die Bezirksleitung (BL) gegen dieses Schreiben und zog ihre Konsequenzen mit 13 zu 4 Stimmen. Der Berliner Zentralvorstand verwarf ihn mit 63 zu 24 Stimmen. Doch innerhalb weniger Wochen setzte sich die Komintern-Taktik durch. Mit ihrer Hilfe konnte die Thälmann-Dengel-Gruppe eine neue Mehrheit schaffen, in der auch Funktionäre der früheren Mittelgruppe vertreten waren.

Auf der 1. Reichsparteikonferenz am 31. Oktober und 1. November 1925 gehörten von 249 Delegierten nur noch 33 der Opposition an. Die Konferenz sollte der Abschluss der Veränderungen in der Führung sein. Heinz Neumann hatte zuvor die „wichtigste Aufgabe“ der Partei beim „Neuen Kurs“ benannt, nämlich „restlos und für immer zu brechen“ mit Selbstständigkeitsbestrebungen gegenüber der Komintern. „Unserer jetziger Kampf gilt der Zerstörung dieser langjährigen Tradition. Es handelt sich um nicht weniger als um die endgültige Eingliederung der KPD in die Kommunistische Weltpartei. Die KPD, die sich bei der Gründung der Komintern der Stimme enthielt, vollzieht erst [jetzt] die letzte, endgültige, tatsächliche Abstimmung für die Komintern“ (vgl. Dok. 140).¹⁹³ In diesem Sinne war die Entfernung der linken Opposition ein entscheidender Schritt zur Durchsetzung der Macht des EKKI und zur Stalinisierung der KPD. Es dauerte allerdings bis 1927, die mehr und mehr in Fraktionen zerfallende linke Opposition auszuschalten.¹⁹⁴ Die Eskalation der Auseinandersetzungen hatte 1926 schließlich dazu geführt, dass sich innerhalb und außerhalb der KPD fast ein Dutzend Fraktionen gegenüberstanden¹⁹⁵ und die Partei zu zersplittern drohte. Die kritischen Führer wurden ausgeschlossen, mit einer „Säuberung“ die Einheitlichkeit im Sinne des EKKI durchgesetzt.

Obwohl der Konflikt in der KPR laut EKKI-Beschluss in den Sektionen nicht diskutiert werden durfte, griff die linke Opposition der KPD das Thema auf. In einem „Brief der 700“ oppositionellen deutschen Funktionäre und Mandatsträger (vgl. Dok. 159) solidarisierte sich die Opposition im September 1926 mit der russischen linken Min-

193 Die Internationale (9.9.1925). Jg. 8. Heft 9. S. 523ff. Im Artikel von Heinz Neumann wurde ausdrücklich festgestellt, die „wichtigste Aufgabe“ sei der Bruch mit der Vergangenheit: „Es ist das Unglück unserer Partei, daß sie bis heute kein bolschewistisches Verhältnis zur Komintern gefunden hat (...) Es handelt sich um nichts weniger als um die endgültige Eingliederung der KPD in die Kommunistische Weltpartei.“ (S. 531).

194 Vgl. die genauere Beschreibung bei Weber, Wandlung, S. 137ff.; Zimmermann, Leninbund; Wolfgang Alles: Zur Politik und Geschichte der deutschen Trotzkisten ab 1933. Frankfurt/M. 1987; Klaus J. Becker: Die KPD in Rheinland-Pfalz 1946–1956. Mainz 2001; Bois, Vergessene Kommunisten.

195 Das „Mitteilungsblatt“ der linken Opposition zählte für Anfang 1927 zehn Fraktionsgruppen innerhalb und außerhalb der KPD auf. Mitteilungsblatt. Linke Opposition der KPD (15.3.1927). Nr. 7; Vgl. Weber, Wandlung, S. 16ff.; Weber, Stalinisierung. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2007).

derheit, was insbesondere Stalins Aufmerksamkeit erregte (vgl. Dok. 158). Die KPD-Opposition übersetzte und verbreitete Aufrufe der russischen Linken, wie etwa 1927 die „Plattform der linken Opposition in der bolschewistischen Partei“, „herausgegeben von den aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossenen Oktoberkämpfern.“¹⁹⁶ Im Spätherbst 1927 erschien der „Entwurf einer Plattform der leninistischen Bolschewiki (Opposition)“.¹⁹⁷ Die Linken innerhalb der KPD und die meist schon ausgeschlossenen außerhalb der Partei organisierten einen beachtlichen Widerstand gegen das ZK. Hilfe suchte die Thälmann-Führung bei der Mittelgruppe.

Selbst Ernst Meyer wurde nun erneut herangezogen und leitete mit Thälmann die KPD. Wie schwer das für aufrechte und gestandene Kommunisten war, beweist die bemerkenswerte Tatsache, dass die Zusammenarbeit Meyers mit Thälmann erst nach vier „Erklärungen“ mit unterschiedlichen Kompromissen erreicht wurde.¹⁹⁸ Nach dem „Offenen Brief“ der Komintern vom Herbst 1925 bildete, wie erwähnt, die kominterntreue Linke unter Thälmann gemeinsam mit den später „Versöhnler“ genannten Politikern unter Ewert und dann Ernst Meyer die Parteiführung. Die Kooperation dieser beiden Gruppen und die Hilfe der Komintern ermöglichten die Entfernung der linken und ultralinken Opposition, die bis zum XI. Parteitag im März 1927 weitgehend vollzogen war. Zugleich kam es unter dem neuen ZK ansatzweise zur gemäßigten Realpolitik (vgl. Dok. 161–176).

Erneuter ultralinker Kurs

Doch 1928 änderte Stalin seine Strategie. 1927/1928 wurde klar, dass die Außenpolitik Stalins und Bucharins gescheitert war, vor allem in China hatte die Zusammenarbeit mit der Kuomintang zu einem Debakel des Kommunismus geführt.¹⁹⁹ Da es Stalin gelungen war, die linke Opposition auszuschalten, konnte er 1928 den Kurs radikal ändern, d. h. eine ultralinke Linie steuern, um auch die letzten innerparteilichen Gegner, die rechten Kommunisten (Bucharin usw.) rasch zu bezwingen. Eine forcierte Industrialisierung sollte die innere Struktur der UdSSR ändern. Der Kampf um den sowjetischen Machtapparat und die sowjetische Innen- und Außenpolitik bestimmte zuerst den „rechten“ Kurs 1925 bis 1927 und nun den ultralinken Kurs ab 1928. Die schematische Übertragung der russischen Politik auf die Komintern zeigt, wie weit die sowjetische Realität für die Komintern maßgebend war.

¹⁹⁶ Vor dem Thermidor. Revolution und Konterrevolution in Sowjetrußland. Hamburg o. J.; Die Broschüre wurde von der Gruppe um Hugo Urbahns gedruckt; Vgl. auch Der Kampf um die Kommunistische Partei. Plattform der linken Opposition in der KPD. O. O. (1927).

¹⁹⁷ Die Broschüre von 13 Mitgliedern des ZK zum XV. Parteitag der KPdSU (Dezember 1927) erschien ohne nähere Angaben der deutschen Herausgeber.

¹⁹⁸ Vgl. die vier Fassungen in Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 420f.

¹⁹⁹ Vgl. KPdSU, Komintern und das national-revolutionäre China. Dokumente. Hrsg. v. Mechthild Leitner. Bd. 2. Teil 2. Münster 1998.

In der KPdSU wurden die rechten Kommunisten schon innerhalb weniger Monate, zwischen Januar und April 1929, entmachteter. Im November 1929 unterwarfen sich Bucharin, Rykov und Tomskij der Stalin-Führung. Während die Ausschaltung der linken Opposition Jahre dauerte, wurde das bei den Rechten in der KPdSU in kurzer Zeit erreicht. Ebenso gelang es nach der „Wittorf-Affäre“ im September 1928 die rechte Opposition in der KPD rasch zu zerschlagen. In der Dokumentation über die „Wittorf-Affäre“ sind die Ereignisse von 1928 genau belegt²⁰⁰ (vgl. auch Dok. 191–194, 196–202).

Eingeleitet wurde der ultralinken Kurs bereits im Februar 1928. Am Rande des 9. EKKI-Plenum hatte ein statutenwidriges Treffen der deutschen und russischen Vertreter stattgefunden. Die Führer der KPdSU und der KPD schlossen dort ein Geheimabkommen²⁰¹ (vgl. Dok. 178), nun wurden die rechten Kommunisten als „Hauptfeind“ in der KPD bezeichnet.²⁰² Das von Stalin formulierte Papier wurde nicht nur von Thälmann und seinen Anhängern unterschrieben, sondern auch von den Versöhnlern Ewert und Eisler, ebenso von Bucharin und Tomskij, also den eigentlich Angegriffenen. Die Einbeziehung potentieller Opfer blieb ein raffinierter Schachzug Stalins, auch jetzt am Beginn seiner ultralinken Politik.

Auf dem VI. Weltkongress der Komintern (17.7.–1.9.1928) wurden die wachsenden Spannungen zwischen Stalin und Bucharin, ebenso das Zurückdrängen der Versöhnler im KPD-Parteiparat, zunächst noch verschleiert.²⁰³ Die rechten deutschen Kommunisten waren bereits an den Rand gedrängt. Ihr einziger Kongress-Delegierter, Hans Tittel, wurde bei seiner kritischen Rede sogar häufig von Thälmann, Ulbricht u. a. unterbrochen²⁰⁴ (vgl. auch Dok. 189).

In der KPD trieb Thälmann mit der Mehrheit der Führung den ultralinken Kurs weiter voran. Als die Rechten und Versöhnler meinten, diesen mit der „Wittorf-Affäre“ noch stoppen zu können, wusste Stalin das zu verhindern. Bereits am 3. und 4. November 1928 tagte eine Parteikonferenz (vgl. Dok. 190), auf der die ZK-Anhänger fast alle Delegierten stellten. Wie inzwischen gewohnt, wurde die Opposition dort „geschlagen“. Thälmann berichtete Stalin, die Konferenz habe „den günstigsten [!] Eindruck“ hinterlassen.²⁰⁵ Nach dem Beispiel von 1925 schickte das EKKI wieder

200 Vgl. Weber, Bayerlein, Thälmann-Skandal, dort auch eine ausführlichere Bibliographie, S. 347–358.

201 Das Dokument fehlt in der offiziell vertriebenen Broschüre: Neuntes Plenum des EKKI. Resolutionen und Beschlüsse. Hamburg/Berlin 1928.

202 Inzwischen ist das Dokument mehrfach abgedruckt; Vgl. Weber, Bayerlein, Thälmann-Skandal, S. 111ff.

203 Protokoll des 6. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Juli-September 1928. Hamburg/Berlin 1928.

204 Protokoll des 6. Weltkongresses, Bd. 1, S. 465ff.

205 Vgl. Weber, Bayerlein, Thälmann-Skandal, S. 231.

einen „Offenen Brief“, diesmal über die „Rechte Gefahr in der KPD“, den das Polbüro selbstverständlich sofort „rückhaltlos“ begrüßte.²⁰⁶

Der XII. Parteitag der KPD

Der XII. Parteitag der KPD (der letzte in der Weimarer Republik) im Juni 1929²⁰⁷ bestätigte den ultralinken Kurs, den die deutsche Partei nun auch im Auftrag der Stalinischen Komintern bis 1933 steuerte. Nach den blutigen Auseinandersetzungen mit der von der SPD geführten Polizei am 1. Mai 1929 in Berlin rückte der Kampf gegen die SPD, als „Sozialfaschismus“ diffamiert, in den Mittelpunkt. Der Führer des gerade verbotenen Roten Frontkämpfer-Bundes (RFB), Willy Leow, sprach gar von „Polizeifaschisten“ (vgl. auch Dok. 217). Diesen Parteitag beherrschte das Bekenntnis zu Moskau, zu Stalin, den die Delegierten mit „Bravo und lang anhaltendem stürmischem Beifall“ ins „Ehrenpräsidium“ wählten.²⁰⁸ In seiner Begrüßung für das ZK bramarbasierte Fritz Heckert: „In der Sowjetunion sehen wir unser Vaterland, dem wir uns weihen in der Verteidigung bis zum letzten Atemzug, bis zu unserem letzten Blutstropfen.“²⁰⁹ Das Hauptreferat über die „Aufgaben der Partei“ hielt Ernst Thälmann, begrüßt mit „stürmischer Ovation“ und mit einem „dreifachen ‚Heil Moskau‘“. Ebenso geehrt wurde der „2. Mann“ der Partei, Hermann Remmele, bei seinem Referat über „die Verteidigung der Sowjetunion“.²¹⁰ Bekanntlich wurde er später ein Opfer der stalinschen Säuberungen.

Dieser XII. Parteitag Mitte 1929 und seine Symbolik zeigten die KPD als eine Kopie des Bolschewismus, ihre Stalinisierung war damit vollzogen. Durch Stalins Herrschaft in der Sowjetunion war 1929 das Ziel, die KPD zu einer „Sektion“ der Komintern zu degradieren, die deutsche Parteiführung zu unterwerfen, endgültig erreicht.²¹¹ Daraus ergaben sich totalitäre Strukturen innerhalb der Organisation, die Umwandlung einer Bewegung in eine Art strengen „Orden“. Für kommunistische „Kämpfer“ galt es im „Klassen-Weltkrieg“ militärische Disziplin einzuhalten. Der „demokratische Zentralismus“ erforderte, dass sie sich als treue Parteisoldaten bewusst und

206 Die Rote Fahne (23.12.1928); Der Beschluss ist abgedruckt bei Weber, Dokumente, S. 244ff.; Vgl. auch N. Lenzner, d. i. Naum Michajilovič Lencner: Über die rechte Gefahr in der Komintern. Hamburg/Berlin 1929.

207 Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Berlin-Wedding, 9.–16. Juni. Berlin o. J. (1929).

208 Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitages, S. 12.

209 Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitages, S. 7.

210 Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitages, S. 49, 300.

211 Diese Phase, auch die Schaffung der KPO durch die rechten Kommunisten, ist bereits öfter beschrieben; Vgl. Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 133ff.; K.-H. Tjaden: Struktur und Funktion der „KPD-Opposition“ (KPO). Meisenheim am Glan 1964; Theodor Bergmann: Gegen den Strom. Zur Geschichte der KPD (Opposition). Hamburg 2001; Kinner, Der deutsche Kommunismus; Elke Reuter, Wladislaw Hedeler Horst Helas, Klaus Kinner (Hrsg.): Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928. Berlin 2003.

„freiwillig“ unterordneten. Der Parteiideologe Lenz-Winternitz schrieb dazu bereits 1924: „Leninismus, das ist vor allem eiserne Disziplin seitens der Mitgliedschaft, das ist militärische Zentralisation.“²¹² Die Komintern forderte: „Die Kommunistischen Parteien müssen aufgebaut werden als geistig absolut monolithische Organisationen.“²¹³

Selbstverständlich ergaben sich auch in dieser Periode Probleme wegen der Doppelfunktion der Komintern. Deren sowjetische Führer wollten einerseits die staatlichen Beziehungen zur deutschen Regierung verbessern, andererseits sollte die Komintern über die KPD Aktionen zum Sturz dieser Regierung beitragen. Proteste aus Berlin zwangen Moskau zu lavieren, wie beispielsweise im Dezember 1924 der Briefwechsel zwischen Außenminister Stresemann und Sowjet-Botschafter Krestinskij (vgl. Dok. 117) zeigt.²¹⁴ Etliche Komintern-Kampagnen belasteten die Außenpolitik der UdSSR, wie umgekehrt die guten Kontakte zwischen Berlin und Moskau der KPD bei ihrer Klientel Schwierigkeiten bereiteten. Die Dokumente lassen damalige Probleme erkennen, nur auf einige sei verwiesen.

„Tscheka“-Prozess

Wegen des Aufstandsversuchs der KPD war gegen die Zentrale aus dem Jahre 1923 von 1924 an ein Prozess vorgesehen, der dann doch nicht stattfand. Allerdings gab es einen Prozess gegen die Hamburger Kämpfer unter Hugo Urbahns. Die Linie für solche Verfahren wurde vom EKKI vorgegeben (vgl. Dok. 109, 110, 120, 136). Der spektakulärste politische Strafprozess war der sog. „Tscheka“-Prozess von Februar bis April 1925 vor dem Reichsgericht in Leipzig, der auch die deutsch-russischen Beziehungen beeinflusste. Unter der Leitung des Sowjet-Emmisärs Petr Skoblevskij war beim Aufstandsversuch 1923 für die KPD von Felix Neumann (der später zu den Nazis überlief) ein geheimer Terror-Apparat (T-Apparat, daher später fälschlich „Tscheka“) aufgebaut worden, der Anschläge plante und durchführte (vgl. auch Dok. 110). Das Reichsgericht verhängte am 22. April 1925 nach dem umstrittenen Prozessverfahren²¹⁵ harte Strafen, Skoblevskij (und auch Neumann) wurden zum Tode verurteilt.

Die KPD reagierte sofort mit Protesten. Noch am 22. April erschien eine Sondernummer der „Roten Fahne“ mit der riesigen Überschrift: „Drei Todesurteile im Leip-

²¹² Der Funke (28.8.1924). Nr. 15; Auch 1928 sprach er von „militärischer Disziplin“ in der Partei (Die Rote Fahne, 30.12.1928).

²¹³ Die Komintern vor dem 6. Weltkongreß. Hamburg 1928. S. 13.

²¹⁴ Die Behauptung von Krestinskij, die Sowjetregierung sei „in keinem Fall für die Tätigkeit dieser Organisation (der Komintern) verantwortlich“, wurde von Stresemann zurückgewiesen, der verlangte, die „Einmischung“ zu verhindern. Vgl. Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 343f.; Vgl. auch die Dokumente Čičerins unten (z. B. 128, 212, 222, 228, 229 usw.).

²¹⁵ Vgl. Arthur Brandt: Tscheka-Prozess. Denkschrift der Verteidigung. Berlin 1925. Neuaufl. Hamburg 1979. Mit entgegengesetzter Tendenz: Die Tscheka. Die Organisation der kommunistischen Partei für den politischen Meuchelmord. Berlin 1925.

ziger Spitzelprozeß! Neumann – Poege – Skoblevskij .“ Am 24. April rief das Blatt („Heraus zum Massenprotest“) zu einer Kundgebung im Berliner Sportpalast auf, „Redner Ruth Fischer – Ernst Thälmann“. In einem Schreiben der Zentrale an die „teuren Kampfgenossen“ wurde „das heroische Auftreten der Genossen Margies und Mayer“ hervorgehoben, der Russe und Komintern-Emissär Skoblevskij jedoch nicht genannt.²¹⁶ Doch Moskau plante, Skoblevskij durch einen Austausch freizubekommen. Daher verhaftete die GPU drei deutsche Studenten (darunter den „Israeliten“ Karl Kindermann) als angebliche Rechtsradikale. Sie wurden in Moskau zum Tode verurteilt.²¹⁷ Wie die Komintern eingeschaltet wurde, zeigen nun die Dokumente (z. B. 122, 124, 126).

Nach Verhandlungen zwischen beiden Regierungen erfolgte im September 1926 der Austausch der Studenten sowie dann die Überstellung Skoblevskijs nach Moskau, wo er später 1939 in den Stalinschen Säuberungen erschossen wurde. Sowohl der „Tscheka“-Prozess als auch der gegen Kindermann hatten in der deutschen Öffentlichkeit großes Aufsehen erregt, was der KPD ungelegen kam.

Reichswehr, Rote Armee und der „Militärapparat“

Weit belastender wurde für die Partei die Aufdeckung der engen Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee.²¹⁸ Denn nach Enthüllungen der britischen Presse veröffentlichten im März 1927 sowohl der Vorstand der SPD als auch die KAPD-Führung Broschüren gegen die KPD.²¹⁹ Darin wurde „Sowjetrußland als Munitionslieferant für die Reichswehr“ entlarvt oder „Rußland bewaffnet die Reichswehr“ getitelt. Die aufgedeckten Fakten erregten in der Arbeiterschaft Abneigung gegen die heuchlerische Kominternpolitik, erst recht, als das Thema auch im Reichstag behandelt

²¹⁶ Vgl. Die Rote Fahne (22., 24. u. 25. April 1925). Margies wurde zu 15 Jahren Zuchthaus, Mayer zu sechs Jahren verurteilt. 1927 hieß eine KPD-Broschüre „Heraus mit Margies“. Er kam 1930 durch eine Amnestie frei, übersiedelte in die Sowjetunion. Am 31. Mai 1937 wurde er zum Tode verurteilt und erschossen – allerdings als Opfer der Stalinschen Säuberungen. Seine Frau und sein Sohn kamen im Gulag um.

²¹⁷ Vgl. Karl Kindermann: Zwei Jahre in Moskaus Totenhäusern. Der Moskauer Studentenprozeß und die Arbeitsmethoden der OGPU. Berlin 1931. Das dort abgedruckte Urteil vom 3. Juli 1925 warf den drei Studenten sogar „Attentatsversuche“ gegen Stalin und Trotzki [!] vor (S. 229).

²¹⁸ Vgl. Friedrich P. Kahlenberg (Bundesarchiv), Rudolf G. Pichoj (Russ. Archivdienst), Ludmilla V. Dvojnych (Russ. Militärarchiv) (Hrsg.): Reichswehr und Rote Armee. Dokumente aus den Militärarchiven Deutschlands und Rußlands 1925–1931. Berlin/Moskau 1995; Welche Bedeutung der Zusammenarbeit in linken Kreisen beigemessen wurde, zeigt eine Satire von Kurt Tucholsky über die Ausbildung der Reichswehr in der UdSSR. Vgl. Kurt Tucholsky: Deutschland, Deutschland über alles. Berlin 1929. S. 64ff.

²¹⁹ Sowjetgranaten. Hrsg. v. Vorstand der SPD. Berlin 1927; Von der Revolution zur Konterrevolution. Hrsg. v. KAPD. März 1927.

wurde. Das inzwischen aus der KPD ausgeschlossene Mitglied des Reichstags (MdR) Ernst Schwarz kritisierte das dort als „Einheitsfront von Thälmann bis Hindenburg“.

Im Reichstag war die KPD bereits 1926 in die Bredouille geraten, als sie dem deutsch-russischen Vertrag zustimmte und ihr Abgeordneter Ernst Schneller das Vertragswerk ausdrücklich lobte. Als einzige votierten im Parlament die ultralinken Abgeordneten Korsch, Schwarz und Schlagewerth dagegen; Korsch wandte sich scharf gegen das „Bündnis“.²²⁰ Gerade in den Jahren 1926 und 1927 konnten die linken Kommunisten bis zur KAPD (und auch die Sozialdemokraten) die deutsch-russische Politik ausnutzen, um die Doppelzüngigkeit von KPD und Komintern anzuprangern.

Ein weiteres Beispiel der Moskauer Doppelstrategie, das die Komintern und erst recht die KPD in heikle Situationen brachte, lieferte deren geheimer Militärapparat. Auch nach 1923 blieb die Vorbereitung „der Revolution“ weiterhin ihr Ziel, ein irgendwann geplanter Aufstand sollte vom illegalen Militärapparat initiiert werden. Dafür kamen ständig Anweisungen aus Moskau (vgl. Dok. 114, 118, 121, 188, 230, 250, 306 u. a.). Die KPD musste viel Energie und Mittel für ihre geheime Militärarbeit aufwenden. Neben dem bis 1929 legalen RFB war der illegale Apparat besonders aktiv. Maßgeblich waren die engsten Kontakte zur Komintern, zum sowjetischen Staat und zur Roten Armee, die entsprechende Hilfe leisteten.²²¹ Illegale Schriften zum bewaffneten Aufstand druckte und verbreitete die KPD.²²²

Obwohl diese „Kriegsspielerei“ genau genommen wenig Effizienz hatte, führte sie zur weiteren Militarisierung der Partei und schürte die Angst vor einem kommunistischen Umsturz. Der geheime Militärapparat blieb in Bereitschaft, unregelmäßig erschien eine illegale Zeitschrift mit Beiträgen zum Aufstand und zum Bürgerkrieg. Ab Herbst 1923 kam „Vom Bürgerkrieg“ heraus. Vom Militärapparat herausgegeben, wurden zeitweise KPD-Mitglieder einseitig zur technischen Umsturzvorbereitung „angeleitet“. In den Einführungen des EKKI-Briefes an den IX. Parteitag 1924 hieß es beispielsweise: „Das Gebot der Stunde lautet für uns: An die Arbeit! Der Zweck der KPD läßt sich auf die ganze einfache Formel: Organisation des bewaffneten Aufstandes plus Machtergreifung bringen“.²²³

Von August 1926 bis 1931 erschien dann „Oktober“ als Militärpolitische Zeitschrift, ab 1929 als Militärpolitisches Mitteilungsblatt. Dieses geheime KPD-Organ

²²⁰ Vgl. Weber, *Wandlung*, S. 338.

²²¹ Beispielhaft dafür die illegale Broschüre, die unter dem Pseudonym A. Neuberg 1928 erschien: *Der bewaffnete Aufstand*. Vgl. dazu die Einleitung von Erich Wollenberg in A. Neuberg: *Der bewaffnete Aufstand*. Frankfurt/M. 1971.

²²² Neuberg, *Der bewaffnete Aufstand*, sowie Alfred Langner (Pseud.): *Der Weg zum Sieg. Die Kunst des bewaffneten Aufstands*. O. O. 1931.

²²³ *Vom Bürgerkrieg*. Heft 10. O. O. u. o. J. (1924). S. 3. Die frühere DDR-Geschichtsschreibung hat sich kaum mit den Zeitschriften „Vom Bürgerkrieg“ und „Oktober“ befasst, deren Aussagen aber kritisch betrachtet. Vgl. *Geschichte der Militärpolitik der KPD (1918–1945)*. Autorenkollektiv. Leitung Paul Heider. Berlin (Ost) 1987. S. 144ff. Danach war die Auflage höchstens 3.000. Es erschienen 27 Hefte (nach meiner Sammlung 24 Hefte), das letzte Mitte Juni 1925, 3. Jg, Heft 4/5.

druckte Artikel unter Pseudonymen oder anonym. Nur Ernst Schneller, vor Kippenberger für den Militärapparat verantwortlich, zeichnete öfter mit seinem Namen. In der ersten Nummer (Jg. 1, Nr. 1, August 1926) wurde sogar um Zuschriften an „den verantwortlichen Redakteur Ernst Schneller“ am Sitz der KPD in Berlin gebeten. In Nr. 1 des 5. Jg. 1930 war der Leitartikel, der „Militärische Verteidigung der Sowjetunion“ forderte, von Ernst Schneller unterschrieben.²²⁴ Selbst die „Militärpolitik“ der KPD war nun stärker an den Interessen der Sowjetunion ausgerichtet. Mit dem Abschluss der Stalinisierung der KPD nach der „Wittorf-Affäre“ und dem XII. Parteitag 1929 galt die UdSSR Stalins nicht nur als unumstrittenes Vorbild, sondern war Befehlsgeber der KPD-Führung.

Stalinisierung

Die Stalinisierung, die Wandlung des Kommunismus, bedeutete für die KPD die Veränderung von einer Partei mit innerer Demokratie in eine straff disziplinierte Organisation mit strikt zentralisierter Befehlsgewalt. Stalinisierung hieß Umgestaltung des inneren Aufbaus, Entstehung einer monolithischen, hierarchischen Partei. In ihr beherrschte die Spitze mit Hilfe des Funktionärs-Apparates (insbesondere der hauptamtlichen, von der Führung abhängigen Funktionäre) die Mitgliederschaft. Vor allem: Die Politik wurde im Sinne und entsprechend den Weisungen der Stalinschen KPdSU praktiziert. Damit änderten sich Charakter und Funktion der KPD. Die von Rosa Luxemburg begründete radikal-marxistische Partei entwickelte sich zur stalinistischen Apparatspartei, zur Hilfstuppe der UdSSR Stalins.

Augenfälligste und wichtigste Voraussetzung der Stalinisierung der KPD war ihre Abhängigkeit von der Komintern und damit von der KPdSU. Dadurch wurden „bolschewistische“ Organisationsstrukturen geschaffen, was eine Abkehr von Prinzipien der Arbeiterbewegung brachte, da die Autonomie der unteren Organe durch den „demokratischen Zentralismus“ aufgehoben und ein Apparat aus „Berufsrevolutionären“ gebildet wurde.²²⁵ Damit war im Weimarer Parteiensystem auch ein neuer Organisationstyp entstanden. Geht man von der Typologie Sigmund Neumanns aus, so war neben die demokratische Integrationspartei SPD nun mit der (umgeformten) KPD eine „absolutistische Integrationspartei“ getreten.²²⁶ Die Strukturen, die Ideologie und die Politik der Stalinschen KPdSU wurden auf die Komintern und auf die KPD übertragen.

²²⁴ Das Thema wurde in den folgenden Nummern fortgeführt. Einige Artikel aus „Vom Bürgerkrieg“ und „Oktober“ sind in Weber, Dokumente, abgedruckt, vgl. dort S. 79ff., 105f., 131f., 133f., 266f.

²²⁵ Vgl. Annie Kriegel, Die Dritte Internationale. In: Geschichte des Sozialismus. Hrsg. v. Jacques Droz. Bd. X. Frankfurt/M.-Berlin (West) 1977. S. 105.

²²⁶ Sigmund Neumann, Die deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Kriege Berlin 1932, S. 110.

Die politische Linie der KPD während der Stalinisierung war widerspruchsvoll; sie steuerte 1924/1925 unter Ruth Fischer, Arkadij Maslow, Werner Scholem und Ernst Thälmann einen ultralinken Kurs, betrieb 1926/1927 unter Thälmann und Ernst Meyer eine gemäßigte Realpolitik und schwenkte 1928 unter Thälmann, Hermann Remmele und Heinz Neumann erneut um auf ultralinke Positionen. Bei jedem Kurswechsel kam es zu heftigen internen Kämpfen, bei denen permanent ein Austausch der Kader erfolgte.

Zwar blieb die Zahl der hauptamtlichen Funktionäre in der Partei relativ klein, doch eine beachtliche Anzahl ehrenamtlicher Kader arbeitete in Parteibetrieben oder hatte die Arbeitsstelle durch Parteibeziehungen erhalten. Sie waren dadurch in materielle Abhängigkeit von der KPD geraten. Die Reichskontrolle 1927 ergab,²²⁷ dass 2.348 Personen direkt bei der KPD beschäftigt waren. Weitere 3.736 Kommunisten arbeiteten bei Konsumgenossenschaften oder Sowjetinstitutionen in Deutschland. Die meisten dieser über 5.000 KPD-Mitglieder, die ihren Arbeitsplatz direkt oder indirekt der Partei verdankten, d. h. etwa 20 % aller Funktionäre (also der etwa 20.000 bis 30.000 aktiven Kommunisten)²²⁸ waren unmittelbar angewiesen auf das Wohlwollen der KPD-Führung und der Komintern.²²⁹ Sie beherrschten das Parteileben und konnten mit deren Hilfe die Spitze dirigieren.

Auf die UdSSR waren die führenden deutschen Kommunisten immer fixiert und für ihre Kader wurde das Bekenntnis zu „Rußland“ und die Ergebenheit zur jeweiligen Leitung der KPdSU schließlich ein Axiom. „Die Rote Fahne“ unterstrich am 28. Januar 1927 unmissverständlich, die UdSSR „zu unterstützen“, sei die „Hauptaufgabe der Komintern“. Für Thälmann war 1929 klar, die KPD benötige eine „feste, militärische“ Disziplin zur „Verteidigung der Sowjetunion“.²³⁰ Mit der Behauptung, die UdSSR sei von einem Krieg bedroht, wurden die Anhänger ständig mobilisiert und diszipliniert, zugleich „Abweichungen“ kriminalisiert. Zur Herstellung „militärischer Disziplin“ diene „ideologischer Terror“, d. h. jede Kritik an der UdSSR, der KPdSU, vor allem an Stalin, galt als „Abweichung“, als konterrevolutionär, klassenfeindlich, als Unterstützung der „imperialistischen Kriegstreiber“.

²²⁷ Wienand Kaasch in Die Kommunistische Internationale (1928). Heft 19. S. 1052.

²²⁸ Vgl. Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 280ff., hier: S. 288.

²²⁹ In Berlin war dieser Anteil höher. Nach offiziellen Angaben waren 1927 572 Mitglieder Angestellte der Partei und 438 bei Gewerkschaften, Genossenschaften usw. beschäftigt, also 1.010 Personen oder 7,2 % aller Mitglieder. Eine Oppositionszeitung schätzte sogar 1.300 Kommunisten, die in Parteibetrieben usw. arbeiten, also fast 10 % der Mitglieder oder etwa ein Drittel der Funktionäre. Die „Kommunistische Politik“ hatte 1925 ähnliche Zahlen errechnet. In der Berliner BL waren 1926 nach offiziellen Angaben von 77 Mitgliedern 24 Parteiangestellte, 1928 von 104 Mitgliedern 47 Parteiangestellte und 1929 31 Parteiangestellte. (Bericht BL Berlin-Brandenburg 1927, Berlin, o. J. S. 106; Schacht und Hütte (2.12.1927). Nr. 7; StA Oldenburg, 86–132).

²³⁰ Protokoll. 10. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Juli 1929. Hamburg/Berlin o. J. (1929). S. 560.

Aus dem unkritischen Verhältnis zur Sowjetunion entwickelte sich die Unterordnung und Glorifizierung Stalins, die KPD wurde als stalinistische Organisation auf seine Person eingeschworen. Im Vorwort zu seiner Lobesbroschüre für Stalin verlangte Heinz Neumann 1930, „alle Kommunisten“ müssten „von Stalin lernen, fest zu sein wie Feuer, hart wie Stahl, kühn und siegessicher wie der Bolschewismus.“²³¹ Über die Komintern finanzierte die KPR und damit der Staat UdSSR die Sektionen. Auf den ersten Blick schien die Hilfe des Sowjetstaates nur die Unterstützung durch eine Bruderpartei, die größte Sektion der Komintern, zu sein.²³² Der riesige Umfang der Finanzierung der Sektionen geht allerdings erst jetzt aus hier abgedruckten Dokumenten hervor.

Parallel zum Wandel der inneren Struktur und der Funktion der KPD vollzog sich eine Veränderung des Personalbestandes, zum einen durch große Fluktuation der Mitglieder und Funktionäre, zum anderen durch Auswechselung der Parteiführungen.²³³ Dieser Teil der Stalinisierung betraf alle Sektionen und hatte mit den inneren Auseinandersetzungen der KPdSU zu tun. Bereits 1924/1925 hatte der Komintern-Vorsitzende Sinowjew (damals noch im Bündnis mit Stalin) die Anhänger Trotzki aus den Spitzenpositionen der Komintern-Sektionen verdrängt, so auch in der KP Polens Warski und Walecki, in der KP der Tschechoslowakei Šmeral und Kreibich, in Frankreich Souvarine. Nach der Niederlage Sinowjews im Kampf mit Stalin begann die Entfernung der „linken“ Führungen in der Komintern. In den Jahren 1926 und 1927 wurde nicht nur die linke Opposition der KPD ausgeschlossen, sondern ebenso die Führungen der linken Opposition in Polen (Domski, Ossinska), in der Tschechoslowakei (Michalec, Pollack), in Belgien (Van Overstraeten), Holland (Sneevliet) und selbst in Japan. Die „sinowjewistische“ Parteiführung der KP Frankreichs (Treint, Girault) wurde abgesetzt und 1928 ausgeschlossen und in Italien (Bordiga) die Ultra-linken entmachtet.²³⁴

Nachdem Stalin die „Rechten“ in der KPdSU ausgeschaltet hatte, wurden die rechten Kommunisten auch aus der Komintern entfernt. Im Juli 1929 hatte die X. Tagung des EKKI Bucharin und seine Anhänger aus dem EKKI eliminiert. Dem Ausschluss der deutschen Rechten folgte der um Hais und der Ausschluss der „Versöhner“ um Neurath und Jilek in der KP der ČSR.²³⁵ Die KP Schwedens spaltete sich und mit ihrem rechten Führer Kilbom verließ die große Mehrheit der Mitglieder die Kom-

231 J. W. Stalin. Vorwort v. Heinz Neumann. Hamburg/Berlin 1930. S. 8f.

232 Vgl. Weber, Wandlung, S. 298ff.; Jahrbuch für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung 1923/24. Hamburg o. J. (1924). S. 51; Dass. 1925/26. Hamburg 1926. S. 57.

233 Vgl. Weber, Herbst, Deutsche Kommunisten.

234 Vgl. Tätigkeitsbericht des EKKI 1925–1926. Hamburg/Berlin 1926. S. 155; Kommunistische Politik (Ende Juni 1926). Nr. 7/8; Dass. (15.7.1926). Nr. 9/10; Inprekorr (24.1.1928). Nr. 8.

235 Vgl. Die Rote Fahne (5.10.1928); Vgl. auch Inprekorr (23.11.1928). Nr. 131; Die Rote Fahne (28.4.1929); Fahne des Kommunismus (21.6.1929).

intern.²³⁶ In der KP der USA wurde der Generalsekretär Lovestone ausgeschlossen, in England der frühere Führer Murphy, in Italien die Spitzenfunktionäre um Serra (d. i. Angelo Tasca) usw.²³⁷ Solch schematisches Vorgehen zunächst gegen „linke“ und dann „rechte“ Abweichungen lag weniger in der politischen Realität der einzelnen Länder begründet, vielmehr war es primär eine Übertragung des sowjetischen Fraktionskampfes auf die Komintern und ihre Sektionen. Die KPD als die (neben der sowjetischen) stärkste Sektion der Komintern war von der rigorosen Umwandlung der „Weltpartei“ besonders hart betroffen, dies war Teil der Stalinisierung (vgl. z. B. Dok. 202, 213, 214, 222, 224, 228, 230 usw.). Bei der Berücksichtigung anderer Bedingungen dieser Stalinisierung, der Situation in Deutschland selbst, der strukturellen Probleme in der Partei oder der Apparatherrschaft als Zeiterscheinung, blieb die weitreichende Abhängigkeit von der KPdSU und zunehmend vom Diktator Stalin das ausschlaggebende Kriterium der Stalinisierung des deutschen Kommunismus.²³⁸

1929–1933: Erfolge der KPD, doch Sieg der NSDAP

Die Weltwirtschaftskrise traf Deutschland ab 1929 mit am härtesten. Aus Elend und Verzweiflung entstand politische Radikalisierung, insbesondere bei den sechs Millionen Arbeitslosen (1932), aber auch Mittelschichten stürzten in die Armut. Politisch profitierten davon am meisten die Rechtsradikalen. Die NSDAP, deren 12 Abgeordnete im Reichstag von 1928 noch vergessenswert schienen, stieg bis Juli 1932 zur weitaus stärksten deutschen Wählerpartei auf (14 Millionen Stimmen, d.h. 37 % und 230 Abgeordnete). Doch auch die Zahl der kommunistischen Wähler verdoppelte sich von 1928 bis November 1932 von 3,2 auf fast sechs Millionen.

236 Die KP Schwedens hatte sich 1924 schon einmal gespalten, als die Mehrheit dem Parteigründer Zeth Höglund folgte und sich von der Komintern trennte. Höglund hatte erklärt, die skandinavische Arbeiterbewegung sei zu hoch entwickelt, daher lasse sie sich „mit den primitiven Methoden, wie sie die Internationale anzuwenden beliebt, nicht regieren“. (Rote Fahne v. 20.9.1924) Auch Karl Kilbom, Höglunds Nachfolger in der Parteiführung, trennte sich im Herbst 1929 mit der Mehrheit der schwedischen KP von der Komintern. Von 15.000 Mitgliedern blieben weniger als 6.000 bei der Stalin-Richtung. Noch bei den Wahlen 1932 erhielt die Kilbom-Richtung 130.000 Stimmen gegen nur 73.000 der Moskau-Anhänger. (Die Kommunistische Internationale vor dem VII. Weltkongreß. Moskau/Leningrad 1935. S. 310ff.; Arbeiter-Tribüne (24.9.1932, Stuttgart [Organ der KPO]).

237 Vgl. Die Komintern vor dem 6. Weltkongreß. Tätigkeitsbericht der Exekutive der Kommunistischen Internationale für die Zeit vom 5. bis zum 6. Weltkongreß. Hamburg 1928. S. 164, 200, 207, 241, 314. Die Kommunistische Internationale vor dem VII. Weltkongreß. Materialien. Moskau/Leningrad 1935. S. 188, 203, 280f., 499, 626.

238 Vgl. Weber, Stalinisierung. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2007), S. 221ff. Zur Diskussion über den Stalinismus vgl. Alter Litvin, John Keep: Stalinism. London 2005; Sowie La-Porte [u. a.], Bolshevism.

Der Zulauf zur KPD widerspiegelte die dramatische Situation in Deutschland und vor allem die Hoffnung der erwerbslosen Arbeiter in den radikalen „sowjetischen“ Weg aus der Depression. Die Zahl derjenigen, die in der Sowjetunion ihr „Vaterland“ sahen, wuchs in der Krise. Die Etablierung des Stalinismus führte ohnehin im deutschen Parteiensystem zu Auseinandersetzungen.²³⁹

Der Personenkult um Stalin zu seinem 50. Geburtstag im Dezember 1929 signalisierte die Macht des Diktators, der seine Herrschaft nicht nur in der Sowjetunion ausbaute, sondern ebenso in der Komintern (wie z. B. der XII. KPD-Parteitag im Juni 1929 bewies). Mit dem XVI. Parteitag der KPdSU im Juni/Juli 1930 fand die politische Konsolidierung ihren Abschluss. Bereits 1930 kommentierte der deutsche Osteuropa-Forscher Otto Hoetzsch, der den Begriff Stalinismus (nach Trotzki) auch in Deutschland eingeführt hatte, Stalin habe sich die „Generallinie des Stalinismus bestätigen lassen.“ Noch mehr als bisher sei er „Diktator geworden“. Hoetzsch notierte aber auch zu Stalins „zehnstündiger Rede“ auf dem Parteitag: „Das Wort Komintern oder Weltrevolution kam in ihr nicht vor.“²⁴⁰ Zu dieser Zeit hatte Stalin das nicht mehr nötig, da er über die Führungskader wie über die Politik der Komintern bestimmte.

Die Komintern und speziell die KPD erfuhren durch die Krise einen Aufschwung, doch die KPD-Führung, völlig auf Stalin eingeschworen, war Instrument der UdSSR.²⁴¹ Vor allem hieß dies, dass die Parteizentrale in Berlin in der Phase 1929 bis 1933 der ultralinken Moskauer Strategie nacheiferte.²⁴² Die Umsetzung der Politik, mittels Anweisungen des ZK an die KPD-Parteibezirke, ist inzwischen genau belegt, darauf kann hier verwiesen werden (vgl. auch die im vorliegenden Band neu abgedruckten Dokumente).²⁴³

239 Inzwischen hat die Geschichtswissenschaft diese Phase der UdSSR breit dokumentiert. Vgl. die Bibliographie in Manfred Hildermeier: *Die Sowjetunion 1917–1991*. München 2001. S. 115ff., 163ff.

240 Osteuropa. Zeitschrift für die gesamten Fragen des europäischen Ostens (1929/30). 5. Jg. S. 770ff. Die KPD hingegen zog aus dem XVI. Parteitag den Schluss: „Die KPdSU hält die Fahne Lenins hoch, die Fahne der proletarischen Weltrevolution (Die Internationale (August 1930). Heft 15/16. S. 463.). Vgl. zur breiten Literatur von Stalins Rolle in der Komintern u. a. F. I. Firsow: *Stalin und die Komintern*. In: *Die Komintern und Stalin*. Berlin 1990; Sowie die Forschungsergebnisse zur Entwicklung der 3. Internationale.

241 Vgl. das bereits 1970 erschienene Standardwerk von Thomas Weingartner: *Stalin und der Aufstieg Hitlers. Die Deutschland-Politik der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale 1929–1934*. Berlin (West) 1970.

242 Vgl. z. B. Siegfried Bahne: *Die KPD und das Ende von Weimar. Das Scheitern einer Politik 1932–1935*. Frankfurt/M. 1976; Vgl. nach Öffnung der Archive diese Politik im wichtigen Bezirk Sachsen bei Norman LaPorte: *The German Communist Party in Saxony, 1924–1933*. Oxford/Bern 2003. S. 237ff. bzw. Helmut Schwindt: *Die Kommunistische Bewegung im Stadt- und Landkreis Kreuznach (1918/20 bis 1933)*. Bad Kreuznach 2004.

243 Vgl. Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929–1933. Eingeleitet v. Hermann Weber, bearb. v. Hermann Weber unter Mitwirkung von Johann Wachtler (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. 3. Reihe. Bd. 1). Düsseldorf 1981.

Strategie und Taktik

Im Folgenden sollen die Beziehungen, die Vorgaben der Komintern an die KPD-Führung und die Schwierigkeiten bei der Realisierung des ultralinken Stalin-Kurses im Mittelpunkt stehen. Die von Stalin bestimmte längerfristige Strategie der Komintern und damit die Generallinie blieb konstant. Allerdings gab es im Rahmen der Generallinie kurzfristige taktische Wendungen. Die Partei verfolgte durchgängig „unter dem Schlagwort ‚Klasse‘ gegen ‚Klasse‘ eine ‚ultralinke‘ Isolierungspolitik“,²⁴⁴ d. h. die radikale Bekämpfung des bestehenden Staates und der Gesellschaft, aller übrigen Parteien, der Gewerkschaften usw. Im Gegensatz zur Realpolitik 1926/1927 betrieb die KPD nunmehr Obstruktion, bekämpfte alle politischen Kräfte als „faschistische“ Feinde.

Im Rahmen dieser Gesamtkonzeption gab es jedoch Nuancen und Schwankungen. So griff die KPD z. B. zeitweise nicht nur die SPD als Partei, sondern auch deren Funktionäre und Mitglieder an. Dann wiederum versuchte sie bei gleichzeitiger Anfeindung der Sozialdemokratischen Partei, deren untere Funktionäre und Mitglieder für die „Einheitsfront von unten“ zu gewinnen. Der Kampf gegen die Gewerkschaften wurde einmal mit dem Appell zum „Austritt“ aus dem Verband der „sozialfaschistischen Verräter“ gekoppelt,²⁴⁵ dann rief die Führung wieder zu Aktivitäten innerhalb der Gewerkschaft auf.

Generell kam die Komintern zu folgender Lagebeurteilung: Die kapitalistische Gesellschaft ist in eine neue, die „dritte Periode“ eingetreten, nach der revolutionären Krise bis 1923 und der relativen Stabilisierung ab 1924. Diese „dritte Periode“ war gekennzeichnet durch wirtschaftliche und politische Erschütterungen der kapitalistischen Länder Europas²⁴⁶ und der Kolonien sowie eine wachsende Kriegsgefahr, vor allem der Gefahr eines Überfalls kapitalistischer Länder auf die UdSSR. Ausgehend von dieser „objektiven“ Lage erwartete die Komintern eine Radikalisierung der Arbeiterschaft und damit eine revolutionäre Situation. Strategisches Hauptziel war daher die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiter für die Kommunisten. Das bedeutete Kampf gegen die „faschisierte“ Sozialdemokratie („Sozialfaschismus“), da diese die Arbeiter davon abhielt, zum Kommunismus überzugehen. Insbesondere die linken Sozialisten galten als Hauptfeind. Ein prinzipieller Unterschied zwischen SPD und NSDAP wurde ebenso gelegnet („Zwillingsbrüder“)²⁴⁷ wie ein genereller Gegensatz zwischen Wei-

²⁴⁴ Bahne, Die KPD, S. 12.

²⁴⁵ Vgl. Rote Wacht. Organ der kommunistischen Seeleute und Hafenarbeiter (1931). 2. Jg. Nr. 8.

²⁴⁶ Mit Recht weist Bahne darauf hin, dass diese Politik „in keinem ursächlichen Zusammenhang mit der erst später einsetzenden Wirtschaftskrise“ stand. Bahne, Die KPD, S. 12.

²⁴⁷ Die KPD berief sich dabei auf Stalins These von 1924, Faschismus und Sozialdemokratie seien „keine Antipoden, sondern Zwillingsbrüder“ (Stalin: Werke. Bd. 6. Berlin (Ost) 1952. S. 252f.). Stalin hatte die These von Sinowjew übernommen. Zur Entwicklung des Begriffs „Sozialfaschismus“ vgl. Siegfried Bahne: „Sozialfaschismus“ in Deutschland. Zur Geschichte eines politischen Begriffs. In: International Review of Social History (1965). 10. Jg. Part 2. S. 211ff.

marer Republik und Faschismus. Für die Komintern und die KPD ergaben sich ab 1929 und noch bis Mitte 1934 folgende Konstanten für die Politik, die kaum modifiziert werden konnten:²⁴⁸

Die KPD hatte ihre ganze Kraft einzusetzen, um ihr Vorbild Sowjetunion vor einem angeblich drohenden Überfall der „kapitalistischen Staaten“ zu schützen.

1. Da die KPD in Deutschland das „Heranreifen“ der Revolution unmittelbar erwartete, rückte der Kampf gegen den Staat in den Mittelpunkt, wobei die Partei grundsätzliche Unterschiede zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus bestritt: beides waren gleichermaßen Staatsformen einer „Diktatur der Bourgeoisie“.
2. Entsprechend hieß es für die KPD, alle übrigen Parteien als „faschistisch“ zu bekämpfen. Die NSDAP („Nationalfaschismus“) war aus dieser Sicht eine „feindliche“ Partei unter anderen, und da auch sie lediglich als „Agentur“ des Kapitals galt, sprachen die Kommunisten ihr jede Eigenständigkeit ab.
3. Die KPD bekämpfte die Sozialdemokratie („Sozialfaschismus“) als Hauptfeind innerhalb der Arbeiterklasse. Jedes Zusammengehen mit der SPD („Einheitsfront von oben“) lehnten die Kommunisten strikt ab, sie wollten aber mit der sog. „Einheitsfront von unten“ die SPD zersetzen und deren Anhänger für die KPD gewinnen.
4. Auch die freien Gewerkschaften wurden von der KPD als „faschistisch“ und mit dem bürgerlichen Staat verfilzt diffamiert. Mit der Gründung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, der RGO, ging die KPD sogar bis zur Gewerkschaftsspaltung.
5. Die im Parteienspektrum der Weimarer Republik auf der äußersten Linken angesiedelte KPD isolierte sich mit dieser ultralinken Politik ab 1929 völlig von den demokratischen Organisationen und war daher auch nicht fähig, mit anderen gegen den Hitler-Faschismus zu kooperieren. Und dies, obwohl die KPD – trotz genereller Unterschätzung der NSDAP – hin und wieder deutlicher als manche andere politische Strömung die große Gefahr sah, die mit der Hitler-Bewegung heraufzog.

An der Strategie der KPD änderte sich bis 1934 nichts. Denn die radikale Stimmung der verelendeten Arbeitslosen, die zunehmend die Anhängerschaft der KPD bildeten, wirkte auf die Partei zurück und verhärtete ihre ablehnende Haltung gegenüber der Republik und der Sozialdemokratie. Ebenso wirkte sich aus, dass die Staatsorgane, insbesondere die Polizei, die Linksradiakalen schärfer verfolgten als die Rechtsextremen. Die kommunistische Presse wurde häufig verboten, z. B. das Zentralorgan „Die

248 Vgl. Hermann Weber: Hauptfeind Sozialdemokratie. Strategie und Taktik 1929–1933. Düsseldorf 1982. S. 18ff.

Rote Fahne“ im Jahr 1932 an 124 von 307 Erscheinungstagen.²⁴⁹ Bei Zusammenstößen mit der Polizei sollen in den letzten drei Jahren der Republik 170 Kommunisten ums Leben gekommen sein.²⁵⁰ Daher ist es kaum erstaunlich, dass die Gleichsetzung von Weimarer Republik und Faschismus bei KPD-Mitgliedern Glauben fand. Doch das waren nicht die eigentlichen Gründe für die verheerende Generallinie. Diese hatte das EKKI angeordnet, doch wurden durch die deutsche Situation Anhänger dafür gewonnen. Taktische Wendungen dieser stalinistischen Strategie sind andernorts genau belegt.²⁵¹

Sämtliche Sozialdemokraten „Hauptfeinde“

Nach ihrem XII. Parteitag verschärfte die KPD bis zum Frühjahr 1930 die Angriffe gegen die SPD. In Übereinstimmung mit Moskau wurde der Terminus „Sozialfaschismus“ exzessiv ausgelegt, auch die unteren Funktionäre der SPD diffamiert. Die Komintern (X. Plenum des EKKI im Juli 1929) nannte damals den „Sozialfaschismus“ eine „besondere Form des Faschismus“. Die „tausende sozialdemokratischer Beamten“ (auch „in Krankenkassen, Gemeindeverwaltungen“), das sei „der faschistische Staatsapparat“.²⁵² Schließlich warnten Kominternführer davor, einen „Unterschied zwischen dem Sozialfaschismus und dem Faschismus“ zu suchen, da dies nur „zu opportunistischen Schlußfolgerungen“ führen könne.²⁵³

Trotz aller Verworrenheit der Faschismus-Definitionen der KPD war der Kampfbegriff in dieser Phase eher gegen die SPD als gegen die NSDAP gerichtet. Die Folge war das Abgehen von der „Einheitsfront von unten“. Ende 1929 und Anfang 1930 richteten sich die Aktionen der KPD gegen die gesamte Sozialdemokratische Partei und ihre Mitglieder. So lautete eine Schlagzeile der „Roten Fahne“ am Sonntag, 9. Februar 1930: „Kommunist sein, heißt Todfeind des Sozialfaschismus sein.“²⁵⁴ Am 22. Februar wurde erläutert: „Unser Trommelfeuer auf die großen Zörgiebels hat darum nur dann Erfolg, wenn es gleichzeitig mit einem Sturmangriff auf die verbürgerlichten unteren Funktionäre verbunden ist. Wer noch zur SPD gehört, ist verfault und muß [aus Betrieb und Gewerkschaft] fliegen – auch wenn er noch so radikal tut.“²⁵⁵ Selbstkritisch tadelte Thälmann etwas später ein Zitat der KPD-Presse von Anfang

²⁴⁹ Kurt Koszyk: Deutsche Presse 1914–1945. Geschichte der deutschen Presse. Teil III. Berlin (West) 1973. S. 328.

²⁵⁰ Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4. S. 370.

²⁵¹ Vgl. Die Generallinie, S. XVIff.

²⁵² Protokoll. 10. Plenum des Exekutivkomitees, S. 586, 891.

²⁵³ Lozovskij in A. Losowsky, Paul Merker: Lehren und Aussichten der Wirtschaftskämpfe. Berlin 1930. S. 60.

²⁵⁴ Die Rote Fahne (9.2.1930). Nr. 34. Die Unterzeile dieser „Erklärung des ZK“ [!] hieß: „Verjagt die Sozialfaschisten aus den Funktionen im Betrieb.“

²⁵⁵ Die Rote Fahne (22.2.1930). Nr. 45.

1930: „Es ist klar, daß unsere Auseinandersetzung mit dem Sozialfaschismus (...) nicht an irgendeinem Verhandlungstische, sondern nur auf den Schlachtfeldern der Entscheidungskämpfe und vor den Revolutionstribunalen der deutschen Räterepublik enden kann. Und das gilt natürlich vom kleinen sozialfaschistischen Betriebsrat (...) ganz genau so wie für seine großen Brüder Severing, Zörgiebel usw.“²⁵⁶ In KPD-Zeitungen wurden die „sozialfaschistischen Betriebsräte“ als „ebensolche Bluthunde wie Noske, Severing und Zörgiebel“ bezeichnet.²⁵⁷

In der Praxis führte diese Politik zur Isolierung der KPD und damit zum Misserfolg ihrer strategischen Linie. Es gelang der Partei trotz der verschärften Wirtschaftskrise (Januar 1930: 3,2 Mill. Arbeitslose) nicht, ihren Einfluss zu vergrößern. Die Mitgliedschaft stagnierte; so zählte die KPD Ende 1928 130.000 Mitglieder, Ende 1929 135.000, in den folgenden Monaten ging die Zahl auf 120.000 (April 1930) zurück. Auch bei den Landtagswahlen in Baden und den Kommunalwahlen in Preußen, Hessen usw. Ende 1929 konnte die KPD kaum Stimmen hinzugewinnen, gegenüber den Reichstagswahlen von 1928 musste sie überall Einbußen hinnehmen. Von ihrer Zielsetzung, die „Mehrheit der Arbeiterklasse“ zu erobern, war die KPD im Frühjahr 1930 weiter entfernt als zuvor.²⁵⁸

Diese Misserfolge sowie eine Reihe weiterer Faktoren im Februar und März 1930 veranlassten eine taktische Wende. Bereits die Tagung des Erweiterten Präsidiums des EKKI (18.–28.2.1930) gab das Signal zu einer Schwenkung und verwies auf die „Einheitsfront von unten“, die nur möglich sein würde, wenn die Beschimpfung und frontale Bekämpfung der Mitglieder und unteren Funktionäre der SPD aufgegeben werde. Daraufhin begann das am 20. und 21. März 1930 tagende ZK der KPD diese Berichtigung der bisherigen Linie ideologisch vorzubereiten. Denn nach dem Sturz der Regierung Hermann Müller (27. März) und der Ausschaltung der Sozialdemokraten von der Staatsmacht durch die Bildung der Regierung Brüning (30. März) änderte sich die Situation in Deutschland erheblich.

Eine neue Taktik, in der Resolution des Polbüros vom 5. April 1930 ausführlich dargelegt, betraf in erster Linie das Verhältnis zu den Sozialdemokraten und damit die „Einheitsfront von unten“. Die Sozialdemokratie wurde in der mit allen Stimmen (gegen die Paul Merkers) angenommenen Resolution nun als „Lakai“ der „bürgerlichen Staatsgewalt“ und nicht mehr als deren „Herrscher“ bezeichnet.²⁵⁹ In den Bezie-

²⁵⁶ Zit. in Ernst Thälmann: Die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse (Rede vor dem ZK am 20.3.1930). Berlin 1930. S. 30. Thälmann erklärte dazu, „so einfach ist die Frage für uns doch nicht, wie sich das mancher Genosse in seinem Hirn ausmalt.“

²⁵⁷ Thälmann, Die Eroberung, zitiert und kritisiert, S. 31f.; Abgedruckt in Weber, Dokumente, S. 188ff.

²⁵⁸ Das Polbüro stellte sich, wie Thälmann berichtet, die Frage, warum die KPD 1929 „trotz objektiver günstiger Situation“ und „richtiger Politik“ nicht die Erfolge von 1928 hatte. Kommunistische Internationale (12.3.1930). Heft 9/10. S. 536.

²⁵⁹ Inprekorr (11.4.1930). Nr. 33. S. 763.

hungen zur sozialdemokratischen Basis wurden „linke“ Abweichungen konstatiert und eine Wende in dieser Frage verlangt.

Absetzung Paul Merkers

Paul Merker stimmte nicht nur gegen diese Resolution, sondern schrieb auch einen Brief an das EKKI. Darin beschuldigte er die KPD-Führung, sie verhülle „die sozialfaschistische Rolle der SPD und der Gewerkschaftsbürokratie“ und schaffe Voraussetzungen für eine „Einheitsfronttaktik zwischen dem ZK der Partei und dem Parteivorstand der SPD“.²⁶⁰ Noch am gleichen Tag wurde er durch das Polbüro abgesetzt und seine Beschuldigung als „parteifeindliche Verleumdung“ charakterisiert. Im theoretischen Organ der KPD, „Die Internationale“, hatte Merker noch behauptet, das Finanzkapital und die „sozialfaschistische Bewegung“ seien die „Grundpfeiler der faschistischen Diktatur in Deutschland“.²⁶¹ In der gleichen Zeitschrift hatte Hermann Remmele, in mehreren Fortsetzungen, die neue Taktik verteidigt und anfangs anonyme „Genossen“ angegriffen, die „überhaupt nichts mehr sehen als Sozialfaschismus“, später jedoch Merker direkt attackiert.²⁶² Über die Differenzen waren die Parteimitglieder wie die Öffentlichkeit dadurch also informiert.

Nachdem kominternkritische Linke, Ultralinke und rechte Opposition bereits bis 1929 aus der Partei entfernt waren, ist der „Fall Merker“ im Frühjahr 1930 eine Besonderheit und zeigt, dass es in der stalinistischen Partei immer noch „Abweichungen“ gab. Diese hatten allerdings keinerlei Chancen; auch Merkers Versuch, eine Fraktion zu bilden, schlug fehl. Lediglich im Berliner Unterbezirk Zentrum und für kurze Zeit im Bezirk Ostpreußen fand er Unterstützung. Rasch verloren er und seine engsten Freunde ihre Funktionen.

Die Haltung der KPD-Führung gegen Merker billigte das EKKI – wenn auch nur bedingt – in einem geschlossenen Brief an das ZK (vgl. Dok. 242, auch 240). Remmeles Artikel sei „im allgemeinen richtig“, habe aber den Bogen gegen „Linksabweichungen“ überspannt. Vor allem wurde kritisiert, dass die KPD-Zentrale sich nicht rechtzeitig „mit der Komintern besprochen“ habe. Ein Ereignis wie die „Merker-Sache“ hätte vielmehr „im Voraus mit der Komintern“ abgestimmt werden müssen (Dok. 242, zur Gusev-Rede).

Damit wird erst jetzt aus den Akten klar, dass die KPD-Führung in dieser „Sache“ eigenständig handelte, was in Zukunft nicht mehr vorkommen durfte. Selbstverständlich wollte sich Stalin (speziell durch seine engsten Mitarbeiter Manuil'skij, Pjatnickij,

²⁶⁰ Die Rote Fahne (6.4.1930).

²⁶¹ Die Internationale (1.2.1930). Jg. 13. S. 66.

²⁶² Die Internationale (März 1930), Heft 5/6; Fortsetzungen in Heft 7 (1. April) u. Heft 8/9 (Mai 1930).

Knorin und Gusev und über die „russische Delegation“ in der Komintern)²⁶³ gerade die Personalentscheidungen in den Leitungsgremien allein vorbehalten.

Gruppe der 60 – letzte organisierte Opposition

Kaum Differenzen existierten zwischen KPD- und EKKI-Führung gegenüber einer fast gleichzeitig auftretenden kleineren Abweichlergruppe innerhalb der Berliner KPD. 60 Parteifunktionäre, die vorher keiner Oppositionsgruppe angehört hatten (darunter Erich Raddatz, Mitglied des preußischen Landtags (MdL), und mehrere Stadtverordnete), protestierten am 28. Februar 1930 in einem „Offenen Brief“ gegen die Linie des ZK und die These des „Sozialfaschismus“. Sie wurden sofort aus der KPD ausgeschlossen, gaben dann aber sogar ein eigenes Mitteilungsblatt heraus.²⁶⁴

Diese Gruppe konnte sich zwischen KPD und SPD nicht lange halten. Am 26. Februar 1931 meldete das Zentralorgan der SPD, „Vorwärts“: „30 ehemalige Kommunisten treten der sozialdemokratischen Partei bei.“ Raddatz wandte sich mit seinen Mitstreitern nun insbesondere gegen die Gewerkschaftsspaltung durch die KPD. Sie erklärten: „Die KPD, die jede Mitbestimmung ihrer Mitglieder bei der Festsetzung der politischen Marschroute bewußt ausschaltet (...), die die geringste Abweichung von der gerade gültigen Parteilinie mit dem Ausschluß aus der Partei ahndet, könne die notwendige Geschlossenheit der Arbeiterbewegung nicht bringen.“ Damit umrissen sie ein Kernproblem der stalinistischen Partei. Die Gruppe der 60 war die letzte organisierte Opposition in der KPD. Danach blieb es bei Querelen innerhalb der Führung, die stets durch Personalentscheidungen Stalins erledigt wurden.

Neuerdings werden solche kritischen Einschätzungen über die KPD verzerrt interpretiert. Angeblich „galten [in Forschung und Öffentlichkeit] die deutschen Kommunisten“ bisher nur als „gehorsame Befehlsempfänger Moskaus“.²⁶⁵ Doch „die“ deutschen Kommunisten, also Funktionäre und Mitglieder, sind in der straff organisierten KPD stets von ihrer Berliner Zentrale geführt worden. Dass dies nicht reibungslos vor sich ging, ist eine Binsenwahrheit und wurde von der Forschung öfter konstatiert. Die ständigen Fluktuationen in der Mitgliederschaft und im Funktionärskorps ermöglichten dem ZK, die Organisation zentralistisch anzuleiten. Von der Gesamtpartei ist die Politik so diszipliniert vertreten worden, wie sie die KPD als Sektion der Komintern jeweils zu befolgen hatte.

²⁶³ Vgl. zu dieser Gruppe der KP Russlands Alexander Watlin: Die russische Delegation in der Komintern. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (1993). S. 82ff. sowie Ders., Die Komintern, S. 132ff.

²⁶⁴ Mitteilungsblatt Gruppe Unabhängiger Kommunisten Deutschlands (60 Ausgeschlossene) (Juni 1930). Nr. 3; Vgl. auch Vorwärts (28.2.1930) u. Gegen den Strom (KPO) (September 1930).

²⁶⁵ Vgl. z. B. Bert Hoppe: In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928–1933. München 2007 („Klappentext“).

Das kleine Einmaleins kommunistischer Parteistruktur bleibt die Realität ihres hierarchischen Zentralismus, d. h. die Anleitung durch die höheren Instanzen von oben nach unten. So wie das ZK den Bezirken Anweisungen gab,²⁶⁶ so bestimmte das EKKI und damit die KPdSU Stalins über die Politik der KPD-Führung, also über deren Polbüro und Sekretariat sowie ZK und dessen Apparat. Daher waren nicht etwa „die“ deutschen Kommunisten, sondern deren Spitzenführer die „Befehlsempfänger“ Moskaus.²⁶⁷

„Nationales“ Programm

Im Frühjahr 1930 konnte sich die KPD etwas stabilisieren, doch bereits im Sommer vollzog sie eine neue taktische Wende. Diese ging insbesondere von einer Initiative Stalins aus und sollte der von Sieg zu Sieg eilenden NSDAP das Wasser abgraben. Ungeachtet Thälmanns „Skrupel, auf der nationalistischen Klaviatur zu spielen“,²⁶⁸ beschloss die Berliner Führung rasch eine von Stalin „angeregte“, also angeordnete, „Programmerklärung“ gegen die NSDAP.

In der „Roten Fahne“ veröffentlichte das ZK der KPD am 24. August 1930 seine „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“.²⁶⁹ Damit hatte Stalin seine Absicht, den Nationalismus als ein Instrument der deutschen Sektion KPD zu nutzen, erreicht (vgl. auch Dok. 244, 245). In der Erklärung wollte die KPD die Politik der NSDAP zwar entlarven, verfiel aber in deren nationalistischen Jargon. Da die NSDAP mit ihrer nationalen Demagogie Zulauf hatte, kopierte die KPD deren Methoden. Die Kommunisten nahmen in der „Programmerklärung“ für sich in Anspruch, nur sie allein kämpften „wirksam sowohl gegen den Youngplan als auch gegen den Versailler Raubfrieden“ und nur sie seien gegen „jede Leistung von Reparationszahlungen, gegen jede Bezahlung internationaler Schulden“. Gleichzeitig griff die KPD im Stile der Nazis die „korrupte Sozialdemokratie“ an und warf dieser „fortgesetzten Hoch- und Landesverrat an den Lebensinteressen der arbeitenden Massen Deutschlands“ vor.²⁷⁰

Obwohl es die KPD zu ihrer Aufgabe erklärte, den Nationalsozialisten die „Maske“ der Kämpfer für nationale Unabhängigkeit und für soziale Befreiung „vom Gesicht zu reißen“, gelangte die Partei zu keiner klaren Konzeption. Sie beurteilte nicht nur die NSDAP falsch – so hielt sie die Strasser-Gruppe für die „gefährlichste Gruppe“²⁷¹ –

²⁶⁶ Vgl. Die Generallinie; Weber, Wandlung.

²⁶⁷ Dies geht übrigens auch aus zahlreichen Einzelheiten der durch Archivalien gut belegten Arbeit Hoppes, In Stalins Gefolgschaft, hervor.

²⁶⁸ Hoppe, In Stalins Gefolgschaft, S. 187; Dort werden die Entstehung der „Programmerklärung“ und Stalins Anweisungen beschrieben.

²⁶⁹ Abgedruckt in Weber, Dokumente, S. 58ff.

²⁷⁰ Die Rote Fahne (24.8.1930); Weber, Dokumente, S. 58f.

²⁷¹ Kommunistische Internationale (13.8.1930). Heft 29/30. S. 1595.

„sondern geriet mit ihren eigenen nationalistischen Parolen²⁷² rasch wieder in Frontstellung zur SPD. Diese blieb für die KPD-Führung nach wie vor der Hauptfeind.

Die Faschismus-Definitionen der KPD wurden auch nach der „Programmerklärung“ keineswegs schlüssiger. Ihre verwirrenden Faschismus-Thesen wurden ergänzt durch eine Verkenntung der realen Situation, wie die Einschätzung der Reichstagswahlen von 1930 verdeutlicht. Den Wahlsieg Hitlers am 14. September 1930 bewertete die KPD bereits als „Keim kommender Zersetzung“, was nachher komme, könne „nur Niedergang und Abstieg sein“.²⁷³ Gegenüber den eigenen Funktionären erklärte die KPD-Spitze aber den Wahlsieg der NSDAP als „zweitrangig“ und warnte vor „Panikmacherei“.²⁷⁴

Im Wahlergebnis sahen KPD und Komintern sogar „den Kommunismus im Vormarsch“²⁷⁵ (vgl. Dok. 246, auch 249). Für Thälmann waren Hitlers Erfolge „nur eine Art Umgruppierung innerhalb des bürgerlichen Lagers“.²⁷⁶ Der Vulgärmarxismus der KPD, ihre schematischen Ansichten von Politik und Klassenkräften, geht aus ihren Thesen hervor, nach der „die“ Bourgeoisie „umgruppierte“ und es „geschickt verstand“, jene NSDAP in den „Vordergrund zu schieben“, die radikale Phrasen von sich gab.²⁷⁷ Dieser Einschätzung der Hitler-Partei als bloße Agentur des Kapitals folgte der Versuch, auch gegenüber den Nazis eine Zersetzungspolitik zu betreiben, um ihnen Anhänger abspenstig zu machen – das wurde allerdings nicht „Einheitsfront von unten“ genannt.

Der Faschismus ist da

„Wir haben eine faschistische Republik“ verkündete das Zentralorgan der KPD, „Die Rote Fahne“, am 2. Dezember 1930. Das geschah also nicht etwa Ende Januar 1933, sondern bereits zwei Jahre zuvor. Gemeint waren die Notverordnungen der Regierung Brüning am 1. Dezember 1930, die diese blamable Fehleinschätzung am 2. Dezember auslösten. Die KPD konstatierte den „größten Wendepunkt seit 1918“ und verkündete: „Der Hauptfeind ist jetzt die faschistische Diktatur“,²⁷⁸ gegen die eine „Volksrevolution“ stattfinden sollte. Entsprechend erklärten Parteiführer, die Brüning-Regierung

²⁷² Die kommunistische Opposition verwarf diese Taktik besonders scharf. Vgl. dazu insbes. die Arbeiten Trotzki, wiederabgedruckt in Leo Trotzki: Schriften über Deutschland. Hrsg. v. Helmut Dahmer. Bd. 1. Frankfurt/M. 1971.

²⁷³ Die Rote Fahne (16.9.1930). Nr. 216.

²⁷⁴ Anweisungen an die Bezirksleitungen, Generallinie, Dok. 27, S. 203ff.

²⁷⁵ Inprekorr (16.9.1930). Nr. 78. S. 1929.

²⁷⁶ Kommunistische Internationale (24.9.1930). Heft 36. S. 1945.

²⁷⁷ Der Parteiarbeiter (Oktober 1930). 8. Jg. Nr. 10. S. 289.

²⁷⁸ Die Rote Fahne (2.12.1930).

sei seit dem 1. Dezember „zur 1. Regierung der faschistischen Diktatur geworden“.²⁷⁹ In einem Rundtelefonat des ZK-Sekretariats an die Bezirke am 3. Dezember wurden Losungen wie „Nieder mit der faschistischen Diktatur“ ausgegeben.²⁸⁰ Diese völlige Verkenning der deutschen Situation durch die KPD-Führer veranlasste die Komintern, die von dieser angeblichen „Strategischen Wende“ überrascht wurde, zur Kritik (vgl. Dok. 253, 261, 262). Die KPD-Spitze hatte ausnahmsweise selbstständig eine Politikwendung vollzogen. Ab Mitte Dezember wurde dann – offensichtlich nach der Missbilligung des EKKI – etwas vorsichtiger formuliert, die Brüning-Regierung nun als (wenn auch noch keineswegs vollkommene) „Regierung der faschistischen Diktatur in Deutschland“ bezeichnet.²⁸¹

Doch noch in seiner Dezemberausgabe schrieb das KPD-Organ „Die Internationale“, die „Errichtung der faschistischen Diktatur durch die Brüning-Regierung“ stelle „einen Wendepunkt in der gesamten bisherigen Entwicklung“ dar.²⁸² In einer Agitationsbroschüre schwafelte die Partei sogar: „Brüning hat eine absolute Diktatur eingerichtet, wie sie die Nationalsozialisten nicht absoluter schaffen können.“²⁸³

Die KPD-Führung musste ihre These von der „faschistischen Diktatur“ Brünings rasch wieder relativieren: Die Losung der „Volksrevolution“ sollte nicht als konkrete Aufstandsvorbereitung verstanden werden, sondern lediglich als Synonym der bisherigen Zielsetzung „proletarische Revolution“.²⁸⁴ Anfang Dezember 1930 hatte nämlich das EKKI gegen die Lagebeurteilung interveniert und erklärt, die „Einschätzung, die faschistische Diktatur bestehe bereits, ist politisch falsch“.²⁸⁵ Die Notverordnungen seien nur ein Schritt „zur Errichtung der faschistischen Diktatur“. Neumann und Thälmann fuhren nach Moskau, wo vor allem Neumann die KPD-Position zu halten versuchte.²⁸⁶ Schließlich beugte sich die Berliner Spitze wie üblich den EKKI-Vorgaben.

279 Inprekorr (12.12.1930); Vgl. auch Volksrevolution gegen Faschismus. Rede des Genossen Walter Ulbricht vor Funktionären der KPD. Hrsg. v. ZK der KPD (1931). Dort nannte er NSDAP und SPD „Hauptfraktionen des Faschismus“ und die SPD „Instrument der faschistischen Diktatur“ (S. 16, 22).

280 Generallinie, Dok. 33, S. 262f.

281 Generallinie, Dok. 34, S. 265.

282 Die Internationale (Dezember 1930). Heft 23/24. S. 705.

283 Hungerdiktatur in Brüning-Deutschland. Zur IV. Notverordnung. Hrsg. v. ZK der KPD. O. O. u. o. J. (Berlin 1931). S. 14.

284 Dies bestätigte Manuil'skij auf dem XI. EKKI-Plenum; Vgl. D. S. Manuil'ski: Die Kommunistischen Parteien und die Krise des Kapitalismus. Bericht vor dem XI. Plenum des EKKI. Hamburg 1931. S. 128; Auch „Der Propagandist“ (Jg. 2. Heft 2. S. 15) schrieb im Februar 1931: „Proletarische Revolution ist kein Widerspruch und kein Gegensatz zur Volksrevolution, sie ist ihr Synonym.“

285 Dies bestätigte Pjatnickij auf dem XII. EKKI-Plenum; Vgl. O. Pjatnicki: Die Arbeit der Kommunistischen Parteien Frankreichs und Deutschlands und die Aufgaben der Kommunisten in der Gewerkschaftsbewegung. Moskau 1932. S. 18.

286 Pjatnicki, Die Arbeit, S. 18; Vgl. auch die Version der SED, nach der Thälmann die These der „faschistischen Diktatur“ für falsch gehalten habe, aber krank gewesen sei. Autorenkollektiv unter

Die Komintern verwarf das Votum der KPD, das ja eine Vorbereitung des Aufstandes beinhaltet hätte, sowohl aus Gründen der sowjetischen Außenpolitik (der solche Abenteuer schaden mussten) wie auch aus einer realistischeren Beurteilung der Situation in Deutschland.²⁸⁷

Die ZK-Tagung vom 15. bis 17. Januar 1931 schwächte ihre grobe Fehleinschätzung ab und erklärte die Regierung Brüning „zur Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur“.²⁸⁸ Thälmann sagte dort: „Wir haben in Deutschland den Zustand einer ausreifenden, wenn auch noch nicht ausgereiften faschistischen Diktatur.“²⁸⁹ Um deren „Ausreifen“ zu verhindern, wurde die „Volksrevolution“ zur „strategischen Hauptlosung“ erhoben, aber vorsichtig empfohlen, „nicht mechanisch“ die Parole „Sturz der faschistischen Regierung“ zu übernehmen.²⁹⁰ Die Wortklaubereien gingen weiter. Immerhin schrieb Thälmann noch am 29. November 1931 in der „Roten Fahne“: „Wir sagen den Arbeitern: der Faschismus beginnt nicht, wenn Hitler kommt, er hat längst begonnen.“

Befehlsgewalt des EKKI

Das XI. Plenum des EKKI im März/April 1931 verlangte eine Verschärfung der Politik gegenüber der SPD. Zur bekanntesten Aktion wurde der öfter beschriebene Volksentscheid von Stahlhelm, NSDAP und KPD gegen die SPD-Regierung in Preußen im August 1931. Hier hatten die Moskauer Führung und Stalin selbst wieder unmittelbar eingegriffen. Mit dem Brief von Knorin, Manuil'skij und Pjatnickij an Stalin und Molotov vom 28. Oktober 1931 (vgl. Dok. 272) ist jetzt exemplarisch belegt, wie oft und wann allein im Jahr 1931 das EKKI, d. h. die „Delegation der VKP (b)“ eine „Einmischung“ in die Politik der KPD für „erforderlich“ hielt:

Zum Nationalsozialismus wurde „auf Vorschlag des Gen. Stalin“ das „Projekt der Programmerkklärung erstellt“.

1. Bei der „Feststellung des ZK der KPD, dass der Faschismus in Deutschland bereits gesiegt habe“.
2. Bei der „Beziehung zur linken Sozialdemokratie“ (Polbüro-Beschluss im Juni).
3. „In der Frage der Teilnahme am Referendum gegen die preußische Regierung“.
4. Außerdem erfolgten drei weitere „Einmischungen“, darunter zur Revolutionären Gewerkschaftsopposition. Schließlich sollten bei den vorgesehenen Gesprächen mit Ernst Thälmann und Heinz Neumann in Moskau drei weitere Punkte behan-

Leitung von Günter Hortschansky: Ernst Thälmann. Eine Biographie. Berlin (Ost) 1979. S. 492ff.; Vgl. jetzt die kritische Sicht in Kinner, Der deutsche Kommunismus, S. 187ff.

287 Vgl. die ausführliche Darstellung bei Weingartner, Stalin, S. 53ff.

288 Die Rote Fahne (21.1.1931); Vgl. auch Inprekorr (20.1.1931). Nr. 5. S. 144.

289 Ernst Thälmann: Volksrevolution über Deutschland. Rede auf dem Plenum des ZK der KPD, 15.–17. Januar 1931. Berlin 1931. S. 30.

290 Der Parteiarbeiter (Februar 1931). 9. Jg. Nr. 2. S. 3.

delt werden. In diesen „Fragen [sei] eine Korrektur seitens der Parteiführung“ notwendig. Sie betrafen die 1930 aufgestellte „strategische Hauptlosung, die Losung der Volksrevolution“, „Über den Kampf gegen die Sozialdemokraten“, „Über den Kampf gegen den Faschismus“ sowie „Über die Arbeit in den Betrieben“ (vgl. Dok. 272).

5. Selten finden sich Dokumente, die so klar und eindeutig die Befehlsgewalt des EKKI, und d. h. hier seiner russischen Vertreter Knorin, Manuil'skij, Pjatnickij und Gusev unter der Leitung von Stalin und Molotov, beweisen. Sie bestätigten die These der völligen Abhängigkeit der KPD-Spitze von Stalin und seinen „Getreuen“ (Knorin und Pjatnickij wurden allerdings später Opfer der Säuberungen).

Beim Volksentscheid vom August 1931 war das bisher nur mit teils indirekten Belegen nachzuweisen.²⁹¹ Aus den jetzt zugänglichen Archivalien ist dieses dunkle Kapitel genauer zu analysieren (Dok. 263–270).²⁹² Hierzu einige allgemeine Hinweise. Ursprünglich hatte die KPD jede Beteiligung am Volksbegehren des Stahlhelms gegen die sozialdemokratisch geführte preußische Regierung abgelehnt. In einem Aufruf des ZK vom Februar 1931 wurde das Volksbegehren noch als „demagogische“ Tat von Goebbels und Frick charakterisiert und als „Volksbegehren der Reaktion“ bezeichnet.²⁹³ Am 10. April 1931 schrieb „Die Rote Fahne“: „Kein Werktätiger darf sich verleiten lassen, gemeinsam mit den Mord- und Streikbrecherbanden der Nazis und des Stahlhelms, gemeinsam mit den Börsenfürsten, Junkern und Inflationsgewinnlern für deren Volksbegehren aufzumarschieren.“

Nachdem das von der NSDAP und der DNVP eingebrachte Volksbegehren Ende April erfolgreich war, blieb die KPD zunächst auch gegenüber dem kommenden Volksentscheid, der am 9. August 1931 stattfand, ablehnend. Freilich kritisierte das ZK in einem Rundschreiben,²⁹⁴ dass die Rolle der Preußenregierung als „Hauptstütze“ Brünnings von der Partei zu wenig herausgestellt wurde, und forderte eine „äußerste Steigerung“ des Kampfes gegen die Braun-Severing-Regierung in Preußen. Die neue Taktik zeigte zwar erste Wirkung, dennoch blieb die KPD-Führung bis Mitte Juli bei ihrer ablehnenden Haltung.

²⁹¹ Vgl. dazu z. B. Weingartner, Stalin, S. 85ff.; Generallinie, S. XXXIVff.; Heinrich August Winkler: Der Weg in die Katastrophe. Berlin/Bonn 1987. S. 385ff.

²⁹² Hoppe, In Stalins Gefolgschaft, S. 203ff., der die Fakten vorträgt, kritisiert zwar die seinerzeitige Sicht der SED, doch seine Bewertung der KPD-Beteiligung am Volksentscheid ist oft irritierend, verwirrend. Da er sich auf Archivalien oder Literatur stützt, kaum auf zeitgenössische Publikationen, Zeitschriften usw., übersieht er manche Details.

²⁹³ Die Rote Fahne (17.2.1931). Nr. 40.

²⁹⁴ Vgl. Generallinie, S. 349 (Rundschreiben 44 v. 30.5.1931).

Volksentscheid mit Nazis gegen die SPD und die Folgen

Nachdem das XI. Plenum des EKKI schon im April die Verschärfung des Kampfes gegen die SPD und insbesondere gegen die „linken Sozialdemokraten“ befohlen hatte, bestanden in der KPD-Führung im Juli Vorbehalte gegenüber der ablehnenden Haltung zum Volksentscheid. Am 15. Juli schrieb Heinz Neumann einen „Sekretariatsbrief“ an Pieck in Moskau, dass es „zweckmäßig sein könnte“ sich am Volksentscheid zu beteiligen (vgl. Dok. 264). Noch am 17. Juli (oder möglicherweise doch erst am 21. Juli?) nahm das Polbüro einstimmig einen Beschluss an, in dem zwar abermals die „linke SPD“ als Hauptfeind genannt (vgl. Dok. 265), aber die Teilnahme am Nazi-Volksentscheid erneut strikt abgelehnt wurde. Aber am 20. Juli teilte Pieck der KPD-Zentrale aus Moskau mit: „hier [ist] unter den führenden Genossen nicht nur der Komintern, sondern auch der Partei [mit anderen Worten: Stalin] die einmütige Auffassung vorhanden, daß die Partei [KPD] sich unbedingt an der Abstimmung beteiligen muß.“²⁹⁵

Das genügte, denn daraufhin schwenkte die KPD-Führung am 22. Juli radikal um: Sekretariat, Polbüro und auch das ZK traten nacheinander zusammen und jeweils „einstimmig“ votierten sie für die Teilnahme am Nazi-Volksbegehren.²⁹⁶ Auch der bislang skeptische Thälmann forderte in seinem Referat nun Zustimmung vom ZK. Der plötzliche Politikwechsel der KPD verwirrte nicht nur die Öffentlichkeit, sondern ebenso eigene Parteifunktionäre. Denn noch am 22. Juli, am Tag des jähen Umschwungs, hatte z. B. das KPD-Organ in Ostpreußen geschrieben: „Keiner beteiligt sich an der Abstimmung, denn auch jede ‚Nein-Stimme‘ zählt für die Volksbetrüger.“ Und das „Ruhr-Echo“, KP-Organ in Essen, hatte an diesem 22. Juli im Leitartikel erklärt, warum es „falsch“ sei, am Volksentscheid teilzunehmen. Das Zentralorgan „Die Rote Fahne“ war seit dem 8. Juli (Nr. 145) verboten, erschien erst wieder am 23. Juli (Nr. 146). So konnte die Zeitung vom „Beschluss“ des ZK, den Volksentscheid „durchzuführen“ [!] berichten. An diesem 23. Juli lautete ihre Hauptschlagzeile: „Heraus zum Volksentscheid.“²⁹⁷ Mit der Losung vom „roten“ Volksentscheid rechtfertigte die KPD ihre Teilnahme an der Abstimmung der Rechtsradikalen gegen die SPD-geführte Regierung. Doch der Volksentscheid brachte keinen Erfolg.²⁹⁸

²⁹⁵ Hermann Weber: „Hauptfeind Sozialdemokratie“. In: Halbherziger Revisionismus. Hrsg. v. Rainer Eckert u. Bernd Faulenbach. München 1996. S. 30f.; Dort auch ein genauer Bericht vom 29. Juli an Moskau.

²⁹⁶ Lediglich Lenz (Winternitz), der Leiter der ZK-Abteilung Agitprop, wandte sich scharf gegen diesen „Umfall“ der Führung, vgl. Dok. 267.

²⁹⁷ Vgl. Die Rote Fahne (8. u. 23.7.1931); Feind im Rücken. Bilder aus der Geschichte der Kommunistischen Internationale. Wien 1932. S. 81; Hoppe, In Stalins Gefolgschaft, S. 213.

²⁹⁸ Vgl. Reinhard Schiffers: Elemente direkter Demokratie im Weimarer Regierungssystem. Düsseldorf 1971. S. 236. Der einzige erfolgreiche Volksentscheid in der Weimarer Republik war der von der NSDAP und KPD Anfang 1932 in Oldenburg, zur Auflösung des Landtags. Folge der Neuwahlen war dann eine Alleinregierung der NSDAP. Vgl. Hoppe, In Stalins Gefolgschaft, S. 218.

Die Abhängigkeit der KPD als Sektion der Komintern von der Moskauer Führung und von Stalin war inzwischen so eindeutig, dass sie sich ihren Anordnungen ohne nennenswerten Widerstand unterwarf. Viele KPD-Wähler versagten allerdings ihre Zustimmung, so dass beim Volksentscheid am 9. August 1931 in KPD-Hochburgen weniger Stimmen für den Volksentscheid abgegeben wurden, als die ihn tragenden Parteien 1930 erhalten hatten, in Berlin-Wedding sogar 41 % weniger. In der KPD-Mitgliederschaft selbst stieß die radikale Schwenkung kaum auf Kritik. Die Partei war inzwischen so zentralisiert und diszipliniert, dass jede Wendung akzeptiert wurde.

Diese Beteiligung der KPD war ein Höhepunkt im Kampf der Kommunisten gegen die Sozialdemokraten und entsprach der Komintern-Forderung: „Alle Kräfte der Partei müssen in den Kampf gegen die Sozialdemokratie geworfen werden.“²⁹⁹ Thälmann wollte „um jeden Preis die Krise in der SPD zur höchsten Entfaltung“ bringen und im offiziellen Referentenmaterial des ZK zum Volksentscheid hieß es: „Wir machen keine Einheitsfront mit den Todfeinden der Arbeiterklasse, so wenig wie mit Hugenberg oder Hitler, mit Seldte oder Duesterberg, ebenso wenig mit Severing und Braun, mit Leipart und Tarnow. Die einen wie die anderen sind Todfeinde der Arbeiterklasse.“ Entsprechend wurde der „Rote Volksentscheid“ als „die radikalste Kampf-ansage und Kriegserklärung gegen die SPD“ charakterisiert.³⁰⁰ Zwar wurde weiterhin von „Einheitsfront von unten“ gesprochen, aber mit dieser Gleichsetzung der DNVP und NSDAP-Verantwortlichen mit den Führern der SPD und der Gewerkschaften war ein Weg eingeschlagen worden, der in der faktischen „Einheitsfront“ mit Hugenberg und Hitler gegen Braun und Severing beim Volksentscheid endete.

Freilich musste solche übersteigerte Konsequenz, dieses „Abenteurertum“ (Trotzki)³⁰¹, nicht nur Verwirrung innerhalb der eigenen Partei hervorrufen, sondern auch in der Arbeiterschaft den Graben zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten bzw. Gewerkschaftern weiter vertiefen, die KPD musste eine „Mauer“ zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten konstatieren.³⁰² „Die Beteiligung der Kommunisten am Volksentscheid wurde von den sozialdemokratischen Massen als ein Zusammengehen der Kommunisten mit den Nazis aufgefaßt“, musste selbst Pieck

299 Die Kommunistische Internationale (7.7.1931). Heft 25/26. S. 1155.

300 Der Parteiarbeiter (September 1931). Nr. 9. S. 257; Ernst Thälmann: Über den roten Volksentscheid am 9. August 1931. In: Kampffreden und Aufsätze. Hrsg. v. Ernst Thälmann. Berlin o. J. (1932). S. 53ff.; Abgedruckt in Weber, Dokumente, S. 155ff.; Referentenmaterial zum Roten Volksentscheid am. 9. August. Rotes Preußen für ein freies sozialistisches Deutschland. Hrsg. v. Zentralkomitee der KPD. Als Manuskript abgedruckt in HStA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf, 30 649f.

301 „Auf die Straße gehen mit der Losung: ‚Nieder mit der Brüning-Braun-Regierung!‘, wenn – auf Grund des Kräfteverhältnisses – diese Regierung nur durch eine Regierung Hitler/Hugenberg ersetzt werden kann, ist reines Abenteurertum.“ Trotzki: Gegen den Nationalkommunismus (1931). In: Trotzki, Schriften über Deutschland, S. 117.

302 Die Rote Fahne (24.11.1931).

später bestätigen.³⁰³ Durch die Teilnahme am Volksentscheid entfernte sich die KPD gerade von ihrem Hauptziel, die sozialdemokratischen Arbeiter zu gewinnen.

Allerdings verhinderten auch Straßenschlachten, die die KPD in jenen Monaten praktizierte, solche Erfolge. Der „Vorwärts“ hatte beispielsweise besonders scharf reagiert, als ein sozialdemokratischer Polizeibeamter von Kommunisten erschossen wurde.³⁰⁴ Während des Volksentscheides wurden in Berlin nicht nur die beiden Polizeihauptleute Lenck und Anlauf von Kommunisten erschossen, sondern in Leipzig auch der sozialdemokratische Jugendliche Warkus von zwei Kommunisten erstochen.³⁰⁵ Dennoch blieb die KPD nach dem Volksentscheid bei ihrer Taktik. Thälmann verkündete im September 1931 als „Generallinie unserer Politik“, gegen die Sozialdemokratie, die „soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, das Haupthindernis der proletarischen Revolution in Deutschland“, sei der „Hauptstoß“ zu führen.³⁰⁶

Das bewies auch ein Artikel Thälmanns über „Einige Fehler in unserer theoretischen und praktischen Arbeit und der Weg zu ihrer Überwindung“, der im theoretischen Organ der KPD, „Die Internationale“, erschien³⁰⁷ und in dieser Phase Grundlage der Parteischulung wurde.³⁰⁸ Thälmann schrieb „noch schlimmer ist die Tatsache, daß sich Tendenzen einer liberalen Gegenüberstellung von Faschismus und bürgerlicher Demokratie, von Hitler-Partei und Sozialfaschismus, in unseren Reihen gezeigt haben.“³⁰⁹ „Einheitsfrontangebote von oben an bezirkliche [!] ADGB-Führungen“, wie im Ruhrgebiet, erregten seinen Zorn. Selbst die These: „Ohne im Kampf gegen die Sozialdemokratie zu siegen, können wir nicht den Faschismus schlagen“, kam bei ihm wieder vor.³¹⁰ Er übernahm die Vorstellungen des EKKI ohne Einschränkung.

Der Artikel, den in den folgenden Monaten die Parteifunktionäre diskutierten, lässt so den ganzen Zwiespalt der KPD-Generallinie erkennen. Es gab innerparteiliche Auseinandersetzungen. Diese wiederum wurden überschattet von Stalins Artikel über „Fragen der Geschichte des Bolschewismus“, der sich gegen Rosa Luxemburg

303 Wilhelm Pieck: Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands. 30 Jahre Kampf. Berlin (Ost) 1949, S. 27.

304 Vgl. Vorwärts (1. u. 2. Juli) Nr. 302–304 sowie (4.7.1931) Nr. 307. Die KPD lehnte freilich die Verantwortung für den Mord ab und behauptete, die Polizei habe geschossen.

305 Vgl. auch Vorwärts (19.8.1931). Nr. 385. Daraufhin wurde der Sitz des ZK, das Karl-Liebknecht-Haus, von Polizei besetzt; Vgl. dazu die Erklärung des ZK in Inprekorr (11.8.1931). Nr. 79. S. 779. Den Mord an den Polizeihauptleuten Anlauf und Lenck führte der illegale KP-Apparat unter Kippenberger durch.

306 Thälmann in der Hamburger Volkszeitung (30.9.1931), abgedruckt in Thälmann, Kampfreden, S. 60.

307 Thälmann in Die Internationale (November-Dezember 1931). 14. Jg. Heft 11/12. S. 481ff.; Der Artikel wurde auch abgedruckt in Inprekorr (1.12.1931). Nr. 113. S. 2561ff. sowie in Kommunistische Internationale (10.12.1931). Heft 41. S. 1897ff.

308 Das Thema wurde im „Politischen Schulungstag“ der KPD abgehandelt; Vgl. Der Propagandist (Dezember 1931). 2. Jg. Heft 12. S. 26f.

309 Internationale (November-Dezember 1931). 14. Jg. Heft 11/12. S. 487.

310 Internationale (November-Dezember 1931). 14. Jg. Heft 11/12. S. 492.

und den „Luxemburgismus“ richtete, vor allem politische Ziele hatte (vgl. Dok. 279) und die sektiererische Haltung der KPD stärkte.³¹¹

Der rasche Aufschwung der NSDAP zwischen Herbst 1931 und Frühjahr 1932 war für die KPD kein Anlass, ihre Angriffe auf die SPD abzuschwächen. Schließlich galt noch immer die These der Komintern, die Knorin 1931 verkündet hatte: „Man kann gegen den Faschismus nur kämpfen, indem man einen Vernichtungskampf gegen die Sozialdemokratie führt.“³¹²

Vorbild Sowjetunion

In der Endphase der Weimarer Republik bemühte sich die KPD in Übereinstimmung mit der Komintern darum, ihr Vorbild Sowjetunion als die einzige Perspektive aus der Krise zu propagieren und deren Weg zu beschreiten. Dazu mussten ihre Medien das „sozialistische“ Land in blühenden Farben schildern. Zuständig dafür war die Agitprop-Abteilung der ZK, die deswegen direkt mit der Agitprop-Abteilung des EKKI korrespondierte, während die Verbindungen sonst über das Sekretariat der Parteiführung, den deutschen Vertreter beim EKKI usw. liefen.³¹³

Aus zwei Hauptgründen konnte die KPD seinerzeit fast sechs Millionen Wähler rekrutieren. In erster Linie gelang es der KPD Wähler, Sympathisanten und auch Mitglieder der Partei und ihrer zahlreichen Nebenorganisationen zu gewinnen, weil die Krise in Deutschland die Massen radikalisiert hatte. Zum anderen fand sie durch die Propagierung des „erfolgreichen“ Modells der UdSSR Anhänger. Der Großteil der Wähler ging zur NSDAP, doch diejenigen – vor allem Erwerbslose –, die der Arbeiterbewegung verbunden waren, kamen zur KPD. Im Gegensatz zur NSDAP, die mit ihrer nebulösen Parole vom „Dritten Reich“ ihre Pläne für eine rechtsradikale Diktatur anpries, hatte die KPD in der unsicheren deutschen Situation ein konkretes Ziel anzubieten: die Nachahmung der Sowjetunion. Als Alternative zur deutschen Misere wurde für die Arbeitslosen die rasche Industrialisierung der staatlichen Planwirtschaft in der UdSSR, dem „Land ohne Arbeitslose“ ab 1929 herausgestellt. KPD und Komintern wollten so den Gegensatz von „Sozialismus“ und „Kapitalismus“ propagandistisch zugunsten „Sowjetrusslands“ ausnutzen, um Einfluss und neue Anhänger in Deutschland zu gewinnen.

Die KPD hatte mit Legenden und Verherrlichungen des „Arbeiterstaates“, der Lobhudelei z. B. über den Fünfjahresplan, ihre eigene Position stärken wollen. Da umgekehrt die deutschen Medien, nicht zuletzt die der SPD, die brutale Diktatur des Stalinismus mit ihren riesigen Opfern als Argument gegen die Kommunisten enthüll-

³¹¹ Der Stalin-Brief war abgedruckt in Inprekorr (20.11.1931), Nr. 110, S. 2485ff. sowie Kommunistische Internationale (10.11.1931), Heft 39, S. 1780.

³¹² Die Rote Fahne (26.11.1931).

³¹³ Vgl. Generallinie, Dok. 95–98, S. 690ff.

ten (etwa die gewaltsame Kollektivierung der Landwirtschaft), schien diese Agitation besonders wichtig.

Damals verfügte die KPD über ein umfangreiches Netz von Medien, zeitgemäß also Zeitungen, Zeitschriften und Broschüren. „Die Rote Fahne“ und die Bezirksorgane der KPD verbreiteten die Version des Vorbilds UdSSR. Durch illustrierte Reportagen und Berichte sollte die Glorifizierung anschaulich gemacht werden, etwa im „Roten Stern“ der Sonntagsbeilage der „Roten Fahne“. Dort erschien z. B. im November 1931 eine Bildreportage „Die Sowjet-Union: 160 Millionen Einwohner – keinen einzigen Arbeitslosen.“ Auf der Titelseite prangte ein großes Porträt von Stalin mit der Zeile: „Unser Führer: Stalin“. Am 1. Oktober 1932 war auf der Titelseite Stalin, der „Schöpfer und Organisator des Fünfjahresplanes“, abgebildet. Noch in der vorletzten Nummer vor dem Verbot der Zeitung vom Februar 1933 zeigte das Titelbild einen sowjetischen „Stoßarbeiter“ und die Losung: „Für die Erfüllung des zweiten Fünfjahresplans!“³¹⁴

Die Funktionärszeitschriften „Der Parteiarbeiter“ (erschien seit 1923), „Der Propagandist“ (seit 1930) und „Der Agitator“ (seit 1931) beschworen ständig das sowjetische Beispiel. Eingespannt in die Agitationskampagne waren Nebenorganisationen (Rote Hilfe, RGO, KJVD, die sozialpolitischen Organisationen – ARSO usw.) und die vielen anderen Publikationen, darunter die „Linkskurve“. Der von Willi Münzenberg seit 1928 herausgegebene „Rote Aufbau“ war (selbst mit Sonderheften) der Thematik Vorbild UdSSR verpflichtet. Auch die Zeitschrift „Das neue Rußland“, Organ der „Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland in Deutschland“, wurde zunehmend in die Kampagne zur Glorifizierung der UdSSR eingespannt. Und die in Moskau gedruckte Monatsschrift „Sowjetkultur im Aufbau“ trieb noch unverhohlener Propaganda für die Sowjetunion. 1931/1932 gehörten Stalin-Porträts, des „Führers der Arbeiterklasse“ (Nr. 7–9, 1932, S. 7), zur Gepflogenheit des Agitationsblattes.

Besonders betrieben wurde die Propagierung und Verherrlichung des „sowjetischen Weges“ von der (schon seit 1922 ebenfalls von Münzenberg publizierten) „Arbeiter Illustrierte Zeitung“ (AIZ) einer schon damals modernen Illustrierten mit einer 500.000 Auflage (1931). Die AIZ brachte neben Rätsel, Humor, Romanen, Sport usw. politische Bildreportagen und aktuelle Fotos. In vielen Heften waren Bildberichte über den „Aufbau“ in der UdSSR Schwerpunkt. Auch hier gab es (Nr. 44 vom 30.10.1932) als Titelbild ein ganzseitiges Stalin-Porträt. Der Kult um den Diktator war in der KPD und ihren Nebenorganisationen ebenso ausgeübt wie in der Sowjetunion. Ansonsten war die Agitation der AIZ weniger plump als diejenige der offenen KPD-Zeitschriften. Nach 1933, als die AIZ in der Emigration herauskam (Prag und Zürich), ging die Glorifizierung der UdSSR vorsichtiger weiter, etwa in einer Sonder-

³¹⁴ Vgl. auch die Hefte Nr. 8 (Juli 1931); Nr. 13 (September 1931); Nr. 18 (November 1931): „Die Sowjetunion. Der erste Arbeiterstaat der Welt ist auch Euer Vaterland!“; Nr. 6 (Februar 1931): „Die Rote Armee – unser Stolz“; Nr. 16 (April 1932): „Wo Kommunisten regieren ist Arbeit und Brot für alle!“; Nr. 18 (Mai 1932); Nr. 39 (Oktober 1932), 15 Jahre Sowjetunion, „Stalin Schöpfer und Organisator des Fünfjahresplanes“ mit Bild; Nr. 3 (Februar 1933) usw.

nummer zum 17. Jahrestag der Oktoberrevolution (1. November 1934), in der Stalin als „Lehrer und Leiter der Millionen, die die neue Welt erbauen“, herausgehoben wurde. Vor den großen „Säuberungen“ wurde allerdings am 14. März 1935 noch der Militärfeldmarschall Tuchačevskij, der dann 1937 vom NKWD erschossen wurde, mit Bild vorgestellt. Doch Stalin, dem „großen Erzieher“, war ein ganzseitiges Foto gewidmet.

Außer vielfältiger Propagierung der „Erfolge“ der Sowjetunion Stalins in den Zeitungen und Zeitschriften druckte die KPD zahlreiche und massenhaft verbreitete Broschüren. Deren Parolen klangen manchmal töricht, wie z. B. in „Mobilmachung gegen Mobilmachung“ (1929) die Losung „Für den Sieg der Roten Armee“. Die Behauptung, ein Krieg gegen die Sowjetunion stehe unmittelbar bevor, hatten Partei und Komintern bereits seit 1927 ausgegeben. Diese Kriegsgefahr wurde zum Instrument, um die Funktionäre und Mitglieder zu Aktivitäten aufzurütteln und sie zu disziplinieren.³¹⁵ In den Broschüren rückte das sowjetische Beispiel in den Vordergrund, dabei war die Verbreitung von Legenden selbstverständlich. Vor allem Hermann Remmele veröffentlichte Lobesdarstellungen.³¹⁶ Er schrieb auch das KPD-„Standardwerk“, „Die Sowjetunion“, das mit großem Reklamerummel verbreitet wurde.³¹⁷ Schließlich wurde der sowjetische Fünfjahresplan popularisiert.³¹⁸

Das Jahr 1932 bot der KPD zudem Anlass, den 15. Jahrestag der Revolution und deren angeblich geradlinige Fortsetzung in Stalins UdSSR zu glorifizieren.³¹⁹ Bekannte linke Schriftsteller schrieben einseitige Berichte; besonders verbreitet wurde „Der Staat ohne Arbeitslose“ von Ernst Glaeser und F. C. Weiskopf, 1931 herausgegeben (Copyright lag beim bürgerlichen Gustav Kiepenheuer Verlag). Ausgewählte Fotos mit knappen, parteilichen Unterschriften in drei Sprachen sollten positive Reaktionen auf Stalins Sowjetunion auslösen. Dabei gab es Hinweise, die eigentlich erst bei den Säuberungen typisch wurden, wie etwa: „In bestimmten Abständen werden alle Organisationen und Institutionen von unwürdigen und schädlichen Mitgliedern gereinigt. In der Staatsbank wird die ‚Reinigung‘ (...) angekündigt.“ So unter einem Foto (S. 68), in dem auf dem riesigen Plakat der Beginn der „Reinigung“ am 14. Juli verkündet wurde. Alle wurden aufgerufen, der Kommission zu helfen. Fünf Jahre

315 Vgl. Krieg und Kriegsgefahr. Kursunterricht von Ernst Schneller. Hrsg. v. ZK der KPD. O. J. (1927); Die Komintern und der Krieg. Dokumente. Hamburg/Berlin 1928.

316 Vgl. z. B. Hermann Remmele: Sowjetstern oder Hakenkreuz? (1930); Ders.: Kapitalistischer Zusammenbruch in Deutschland, Sozialistischer Aufbau in der Sowjetunion (1931).

317 Hermann Remmele: Die Sowjetunion. Bd. 1 u. 2. Berlin 1932. Selbst die „Schulungszeitschrift“ der Marxistischen Arbeiter-Schule „Der Marxist“ (Februar 1932) stellte das „grundlegende Werk“ des „2. Mannes“ der KPD, des „Metallarbeiters [!] Hermann Remmele“ heraus, das auf der „unerschütterlichen Grundlage des unverfälschten Marxismus-Leninismus“ beruhte (S. 29).

318 Vgl. z. B. W. M. Molotow: Was ist der Fünfjahresplan? (1929). Der Fünfjahresplan siegt. Kus Bas, das neue Zentrum der sozialistischen Schwerindustrie (1931). Millionen Frauen finden Arbeit und Brot (1931). Der Arbeiter in der Sowjetunion (1930).

319 15 Jahre Sowjetunion. 15 Jahre sowjetischer Aufbau (1932). 15 Jahre Oktoberrevolution (1932). 15 Jahre Gewerkschaftsaufbau (1932). Der Arbeiter in der Sowjetunion und der Fünfjahresplan (1930).

später bei den blutigen „Säuberungen“ wurde diese Methode der „Wachsamkeit“, der Denunziation, alltäglich.

Auf der letzten Parteikonferenz der KPD Mitte Oktober 1932 hielt neben Thälmann auch Wilhelm Florin ein Hauptreferat: „Ergebnisse und Aussichten des sozialistischen Aufstiegs in der Sowjetunion“, das als Broschüre noch Ende 1932 vorlag. Darin hatte Florin von der UdSSR behauptet: „Der Eintritt in die Periode des Sozialismus ist vollzogen“ und den „Genossen Stalin“ den „unumstrittenen Führer des Weltproletariats“ genannt. Aufgabe der KPD sei es „dem deutschen Proletariat diese Erkenntnis einzuhammern und dafür zu sorgen, daß die deutsche Arbeiterklasse den Weg geht, den das russische Proletariat im Jahre 1917 gegangen ist (Großer Beifall)“.³²⁰

Kurz vor ihrer Zerschlagung hatte die KPD-Führung nochmals ihre absolute Ergebenheit gegenüber Stalin und dem Stalinismus betont. Das ZK beschloss am 15. Oktober 1932 einstimmig eine zustimmende Stellungnahme zum „Ausschluß der parteifeindlichen Gruppe Rjutin“, der (illegalen) antistalinistischen Abweichung in der KPdSU (vgl. Dok. 299). In der vermutlich letzten legalen Massenbroschüre der KPD Anfang 1933 wurde gefordert, „dem großen Beispiel der Oktoberrevolution zu folgen und nach dem Vorbild der Sowjetunion ihre deutsche Arbeiter- und Bauernrepublik zu errichten“.³²¹

Die Verherrlichung, die Verklärung der Zustände in der UdSSR und die Parole ein „Sowjetdeutschland“ nach diesem Modell zu errichten, rief vor allem die SPD mit zahlreichen Gegen-Broschüren auf den Plan, darunter z. B. „Sowjetdeutschland?“ („Weder ‚Sowjetdeutschland‘ noch das ‚Dritte Reich‘“) oder „Kommunistische Katastrophenpolitik“. Es gab konkrete Anklagen in Heften wie: „Die politischen Gefangenen in der Sowjetunion“ oder „Der rote Militarismus“ bzw. „Das kapitalistische Sowjetrussland“.³²² Dies forderte wiederum die KPD-Propaganda heraus. Der Vorwurf, die Stalinschen Arbeitsgesetze bedeuteten Zwangsarbeit („Zuchthausdisziplin“ in den Fabriken) weckte offenbar in der Arbeiterklasse Bedenken gegen die Glorifizierung. Deshalb musste die KPD 1931 eine Broschüre eigens mit dem Thema „Zwangsarbeit in der Sowjetunion?“ herausgeben.

320 Wilhelm Florin: Die Wahrheit über die Sowjetunion. Berlin o. J. (1932). S. 11.

321 Arbeiter- und Bauernrepublik. O. J., 1933. S. 24; Für deutsche Arbeitslose nicht gerade anziehend war eine Überschrift mit der Losung „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen und nicht mitentscheiden“ – gemeint war natürlich die Sowjetunion.

322 Bereits 1925 war im Auftrag der Sozialistischen Internationale erschienen: Der Terror gegen die sozialistischen Parteien in Rußland und Georgien. Die Analyse des Ökonomen Michael Farbmann: Piatiletcki: Der Fünfjahresplan. Die neue Offensive des Bolschewismus. Berlin 1931, war vom prominenten SPD-Politiker und Theoretiker Rudolf Hilferding ins Deutsche übersetzt worden.

„Antifaschistische Aktion“

Die Popularisierung der „sozialistischen Erfolge“ der Sowjetunion sollte als wichtiges Mittel zur Propagierung des „Modells“ der Kommunisten den Einfluss der Partei insbesondere unter Erwerbslosen stärken. In der Arbeiterschaft insgesamt war die KPD bemüht, Anhänger und auch Mitglieder von der Konkurrenzpartei SPD für sich zu gewinnen. An ihrer Generallinie, die SPD als „Hauptfeind“ zu bekämpfen, wollte und konnte die Führung nichts ändern. In der Taktik blieb die KPD bei ihrer widersprüchlichen Haltung; wie beschrieben wechselte die „Einheitsfront von unten“ ab mit der Verdammung aller Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“.

Dies hing auch damit zusammen, dass der Aufstieg der KPD zwischen 1928 und 1932 (bei gleichzeitiger Schwächung der SPD) keineswegs geradlinig verlief. So gab es etwa 1932 bei einigen Landtagswahlen Rückschläge und auch die Fluktuation in der Mitgliedschaft brachte Einbußen. Das KPD-Organ „Parteiarbeiter“ stellte kritisch fest: „Die deutsche Partei hatte im Januar 1930 133.000 abgerechnete Mitglieder. Nun traten der Partei im Jahr 1930 143.000 Mitglieder bei und sie hätte im Dezember 1930 276.000 Mitglieder haben müssen. Wie viele Mitglieder wurden aber abgerechnet? Nur 180.675! Es sind also im Jahr 1930 95.300 Mitglieder aus der Partei gegangen.“³²³ 1931 wurden 210.000 Mitglieder neu geworben, doch wieder traten fast 100.000 aus.³²⁴ Und 1932 sah es noch schlimmer aus: über 50 % „Fluktuation“ wurden registriert. Die linksstehende SAP schrieb von „Entartungssymptomen der kommunistischen Organisation“ und verwies auf den „überbürokratischen Zentralismus“, die soziale Zusammensetzung („vorwiegend Arbeitslose“) und bezeichnete den „Charakter der Organisation“ als eine „Durchgangsparteiorganisation“ (Fluktuation).³²⁵ Damit war ein organisatorisches Kernproblem der KPD getroffen. Das EKKI konstatierte eine Lücke zwischen „revolutionären Möglichkeiten“ und realer Entwicklung der KPD.

Der rasche und erschreckende Siegeszug der NSDAP, die Zunahme gewaltsamer Auseinandersetzungen der Parteibasis nicht nur mit der Polizei, sondern vermehrt mit SA-Horden der Hitler-Partei, hatte die KPD im Mai 1932 zu einer neuen Taktik der „Antifaschistischen Aktion“ veranlasst. Erst neuerdings ist bekannt geworden, dass diese Wendung von Stalin selbst bestimmt wurde.³²⁶ Nach einem Bericht von Pjatnickij vom 10. Mai an Stalin (vgl. Dok 290, 294–296) über die kritische Lage der KPD ließ er das EKKI einschreiten.

Die Fakten waren bekannt: Bereits einen Tag nach den preußischen Landtagswahlen am 25. April 1932 (die NSDAP erhielt 8 Millionen Stimmen, die KPD 2,8 gegenüber 3,1 Millionen Stimmen in Preußen bei den Reichstagswahlen 1930) hatte sich das ZK der KPD und das Reichskomitee der RGO an alle sozialdemokratisch und gewerk-

³²³ Der Parteiarbeiter (November 1931). 9. Jg. Heft 11. S. 311.

³²⁴ Die Kommunistische Internationale (25.5.1932). Heft 10. S. 769.

³²⁵ Der Klassenkampf (Februar 1932). 6. Jg. 2. Heft. S. 43ff.

³²⁶ Vgl. dazu Einzelheiten in Hoppe, In Stalins Gefolgschaft, S. 303ff.

schaftlich organisierten Arbeiter gewandt und sie zur Einheitsfront aufgefordert. Entgegen ihrer bisherigen Taktik erklärte die KPD: „Wir sind bereit, mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind, und die wirklich den Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau führen will, gemeinsam zu kämpfen.“³²⁷

Mit solchen Äußerungen ging die Parteiführung bis an die Grenze der Generallinie, die ja jede „Einheitsfront von oben“ ausschloss. Um diese Grenze nicht zu überschreiten, hatte das ZK den Aufruf nicht an die Führung der SPD oder der Gewerkschaften gerichtet, sondern an deren Mitglieder. Einen Monat später, nach einem Überfall der Nazis auf die Kommunisten im preußischen Landtag, proklamierte das ZK am 25. Mai den mit dem EKKI ausgearbeiteten Aufruf zur „Antifaschistischen Aktion“, den „Die Rote Fahne“ am 26. Mai veröffentlichte. In einem „Rundtelefonat“ und in „Anweisungen“ wurden die Bezirksleitungen vom ZK genauer instruiert.³²⁸ NSDAP und SPD wurden differenzierter betrachtet. Zwar sollte die „Antifaschistische Aktion“ „unter Führung der KPD“ stehen, doch Ziel sollte sein, „dem Hitlerfaschismus den Weg zur Macht zu verlegen“. Die KPD wollte „die aufsteigende Welle des Hitlerfaschismus zum Stehen bringen und zurückschlagen“.³²⁹ Damit ließ die KPD-Führung erstmals eine realistischere Einschätzung der Stärke der NSDAP erkennen und sie unternahm Anstrengungen, nun den „Hauptstoß“ gegen diese Gefahr zu richten.

Die veränderte Taktik kam bei den KPD-Funktionären gut an, so dass die Aktivitäten der Partei gesteigert werden konnten und innerhalb der Arbeiterschaft die KPD ihre Isolierung wenigstens in Ansätzen zu durchbrechen vermochte. Doch bereits Mitte Juli wurde die neue Parteilinie teilweise abgebremst. Schon im Juni 1932 hatte Knorin vom EKKI ein Telegramm an die KPD geschickt, in dem gegen „opportunistische Auswüchse“ in der Einheitsfronttaktik protestiert wurde.³³⁰ Entsprechend einem Rundschreiben vom 14. Juli an die Bezirke³³¹ wurden dann alle (offenbar recht zahlreichen) Einheitsfrontverhandlungen mit unteren Organen von ADGB und SPD unter der Parole „keine Spitzenverhandlungen“³³² verboten. Die Schlagzeilen lauteten: „Massenkampf gegen Hitlerpartei, Sozialdemokratie und Zentrum.“³³³ Der Partei wurde ins Gedächtnis gerufen, dass „trotz Anwachsens der Nazis, die SPD soziale Hauptstütze der Bourgeoisie“ bleibe und entsprechend bekämpft werden müsse.³³⁴

³²⁷ Die Rote Fahne (26.4.1932).

³²⁸ Vgl. Generallinie, Dok. 64 u. 65, S. 489ff.

³²⁹ Generallinie, Dok. 64 u. 65, S. 498.

³³⁰ Herbert Wehner: Notizen. o. O. 1946 (Manuskript). S.17. Mündliche Mitteilung von Herbert Wehner an den Herausgeber am 16. Januar 1979; Vgl. auch die Auslegung bei Hoppe, In Stalins Gefolgschaft, S. 307.

³³¹ Vgl. Generallinie, Dok. 68, S. 526ff. Das Rundschreiben wurde fast wörtlich abgedruckt im Berliner Funktionärorgan *Der Funke* (1932). Nr. 4.

³³² Roter Nordwest. Mitteilungsblatt der KPD (Juli 1932). Bezirk Nordwest (Bremen).

³³³ So in *Lenins Weg. Informations- und Diskussionsblatt der Mitgliedschaft der KPD im Bezirk Niedersachsen* (Juli 1932). Hrsg. v. der BL.

³³⁴ Vgl. auch *Der Organisator der Revolution. Mitteilungs- und Diskussionsblatt der KPD* (August-September 1932). Bezirk Ostpreußen. Nr. 8/9; *Die Schmiede. Mitteilungsblatt der KPD* (Juni 1932). Be-

Die Verhärtung der Politik ist aus der Angst der KPD-Führung zu erklären, eine zu flexible Auslegung der Einheitsfront gegen die NSDAP könne Abweichungen von der Generallinie bringen. Diese Befürchtung war aber bei der Komintern noch größer, und es war daher in erster Linie der Einfluss des EKKI, der die KPD auf die Position zurückdrängte, die SPD sei „Hauptstütze der Bourgeoisie“ und daher nicht bündnisfähig. Die Wende vom April/Mai 1932 bedeutete die größte Veränderung der KPD-Politik seit 1929. Die Haltung gegenüber der NSDAP wurde kurzfristig härter, gegenüber SPD und Gewerkschaften flexibler.

Auf Druck der Komintern, die mit Stalins „Ratschlag“ vorher die „Aktion“ befördert hatte, musste seit Juli 1932 die Bereitschaft zur Einheitsfront mit Organisationen oder zur flexibleren Parlamentsarbeit wieder revidiert werden. Dennoch brachte in dieser Phase die „Antifaschistische Aktion“ eine etwas wendigere Taktik, die auch Erfolge zeigte. War diese Politik vor allem in der Wahlniederlage vom April 1932 und dem Anschwellen der NSDAP begründet, so ging die KPD nach ihren Wahlerfolgen im Juli 1932 wieder auf stärkere Distanz zur Konkurrenzpartei SPD. Eine neue Wende und damit wieder eine völlige Gleichsetzung von NSDAP und Sozialdemokratie erfolgte allerdings erst durch Druck der Komintern, die auf ihrem XII. Plenum (August/September 1932) die verschärfte ultralinke Linie vorschrieb.

Vorbereitung auf die Illegalität

Bereits das erste Statut der Komintern von 1920 hatte die Sektionen zur „Schaffung illegaler kommunistischer Organisationen neben der legalen Organisation“ aufgefordert. Auch das spätere Statut bestimmte, die „kommunistischen Parteien müssten mehr darauf vorbereitet sein, ihre Tätigkeit illegal fortzusetzen. Das EKKI ist verpflichtet, die Parteien bei der Vorbereitung der illegalen Tätigkeit zu unterstützen“.³³⁵

Als in Deutschland nach dem 1. Mai 1929 der RFB verboten wurde und auch der KPD ein Verbot drohte, forcierte sie Vorbereitungen für die Illegalität.³³⁶ Entsprechend wurden sie streng geheim durchgeführt, z. B. erklärte Hugo Eberlein auf dem XII. Parteitag 1929: „Über die illegalen Vorbereitungen können wir in der Öffentlichkeit nicht sprechen, aber wir können feststellen, daß die illegalen Vorbereitungen viel zu gering sind.“³³⁷ Nach außen wurde Konspiration gewahrt, doch war die Polizei weitgehend informiert.³³⁸ Die Vorkehrungen erfolgten von oben durch Änderungen der Organisationsstruktur, etwa Zusammenlegung von Leitungen, die Schaffung von „Oberbezir-

zirk Schlesien. 3. Jg. Nr. 2; Ähnlich im Arbeitsplan des Bezirks Wasserkante (Hamburg).

³³⁵ Vgl. Weber, *Kommunistische Internationale*, S. 53 sowie Programm der Kommunistischen Internationale. Anhang: Statut. Hamburg 1928. S. 99.

³³⁶ Vgl. die Einzelheiten und die damalige Quellenlage bei Johann Wachtler: *Zwischen Revolutionserwartung und Untergang. Die Vorbereitung auf die Illegalität 1929–1933*. Frankfurt/M. 1983.

³³⁷ Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitages, S. 399.

³³⁸ Beispiele für Hinweise in den Rundschreiben des ZK an die Bezirke, vgl. Generallinie.

ken“, die Einrichtung illegaler Quartiere und Druckmöglichkeiten, die Beschaffung von Räumen für geheime Sitzungen, Materialablagen, Bildung von Ersatzleitungen usw. Außerdem hatte das XII. EKKI-Plenum im Herbst 1932 noch geradezu absurde Anweisungen veröffentlicht, z. B. über die „Massenarbeit in den Betrieben“: „Die „Massenarbeit der [KPD]-Betriebszellen konspirativ zu gestalten“ wurde als „Hauptsache“ bezeichnet.³³⁹

Immer wieder wurden jedoch Fehler und Versäumnisse registriert. Wenn sich die „Vorbereitungen auf die Illegalität“ Anfang 1933 als fast gänzlich wirkungslos erwiesen, lag das indes weniger an mangelhaften technischen Vorkehrungen, als vielmehr an politischen Fehleinschätzungen. Da die KPD bereits die Brüning-, Papen und Schleicher-Regierung als „faschistische Diktatur“ deklariert hatte, wurden die Vorbereitungen zur Illegalität an den Polizeimaßnahmen dieser Regierungen gegen Kommunisten gemessen oder aber am kurzen Verbot von 1924.

Schließlich war die völlige Verharmlosung einer drohenden Hitler-Diktatur noch Anfang Januar 1933 überdeutlich: „Das 12. Plenum [des EKKI] hat (...) aufgezeigt, daß es einen sog. ‚klassischen‘ Faschismus nicht gibt und geben kann (...) und daß alle (...) Theorien von der Notwendigkeit der vorherigen Niederschlagung der Arbeiterklasse blutleere Abstraktionen sind.“³⁴⁰ Diese Erklärung richtete sich vor allem gegen Trotzki, der weitsichtig das Gegenteil prognostiziert hatte: „Der Faschismus ist nicht einfach ein System von Repressionen, Gewalttaten, Polizeiterror. Der Faschismus ist ein besonderes Staatssystem, begründet auf die Ausrottung aller Elemente proletarischer Demokratie in der bürgerlichen Gesellschaft. Hierzu ist die physische Vertilgung der revolutionärsten Arbeiterschicht ungenügend. Es heißt, alle selbstständigen und freiwilligen Organisationen zu zertrümmern, alle Stützpunkte des Proletariats zu vernichten und die Ergebnisse von dreiviertel Jahrhundert Arbeit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften auszurotten. Denn auf diese Arbeit stützt sich in letzter Instanz auch die Kommunistische Partei.“³⁴¹

Doch für die KPD-Führer war Trotzki 1932 ein „konterrevolutionärer Faschist“, wie es im „Roten Aufbau“ vom Februar 1932 hieß. Seine Analysen waren in der KPD verfehmt, sie beharrte auf ihrem verhängnisvollen Irrweg. Daher konnten die Bemühungen, die „vorbereitete“ Illegalität nach Hitlers Machtantritt am 30. Januar 1933 rasch umzusetzen, keinen Erfolg haben.

³³⁹ Die Kommunistische Internationale (31.12.1932). Heft 19. S. 1389; Vgl. Wachtler, Zwischen Revolutionserwartung, S. 239.

³⁴⁰ Die Kommunistische Internationale (10.1.1933). Nr. 1. S. 19.

³⁴¹ Leo Trotzki: Was nun? Berlin 1932. S. 5.

Ultralinks in den Untergang

Aus der „Antifaschistischen Aktion“ wurde 1932 keine Massenbewegung, sie verkam zum Wahlkampf-Instrument der KPD. Aus Angst vor der eigenen Courage, genauer vor der Kritik des EKKI, hatte die KPD-Führung bereits früh ihre Politik gegen die Nazis abgeschwächt, aber Verhandlungen unterster Organe mit der SPD als „Spitzenverhandlungen“ gerügt und scharf verworfen. Das XII. Plenum des EKKI gab dann der KPD den verschärften ultralinken Kurs vor. Das bedeutete das Ende der „Antifaschistischen Aktion“, der scharfen Bekämpfung der Nazis. Nun kam aus Moskau die Anweisung der erneuerten Hetze gegen die SPD. Nach wenigen Monaten neuer Taktik gegen die NSDAP und Versuchen der Zusammenarbeit mit der SPD (auf die allerdings die SPD-Führung nicht eingegangen war), konstatierte die KPD-Spitze vor allem „opportunistische Fehler“ und blies zum Rückzug. Bis August 1932 konnte die KPD allerdings noch vor allem gegen die NSDAP agitieren. Ein Angebot zum „Generalstreik“ an SPD und Gewerkschaften nach dem Papen-Staatsstreich vom 20. Juli gehörte ebenso dazu wie die Rede Clara Zetkins als Alterspräsidentin bei der Eröffnung des Reichstags am 30. August 1932.

Die KPD-Politik änderte sich mit dem XII. Plenum des EKKI, das vom 27. August bis 12. September 1932 in Moskau tagte. Dort wurde das Ende der relativen Stabilisierung und der Übergang „zu einem neuen Turnus der Revolutionen und Kriege“ proklamiert. Daraus leitete das EKKI die „Grundaufgabe“ der Kommunisten ab: die „Vorbereitung der Arbeiterklasse zum Kampf um die Macht“.³⁴² Für die KPD galt nun als Ziel die „Arbeiter- und Bauern-Republik, d. h. die Losung des sozialistischen Sowjetdeutschland“.³⁴³ Da Deutschland sich angeblich „schnell der revolutionären Krise nähert“, seien die „Fristen bis zur Ausreifung der revolutionären Krise (...) kurz bemessen.“ Nunmehr sei der „Kampf um die Macht“ akut und das Plenum verwarf jede Abschwächung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie: „Nur wenn der Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie, diese soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, gerichtet wird, kann man den Hauptklassenfeind des Proletariats, die Bourgeoisie, mit Erfolg schlagen und zerschlagen.“³⁴⁴

Die KPD übernahm sofort die befohlene Taktik, die vor allem wieder schärfer gegen die SPD gerichtet war, die NSDAP unterschätzte und wenige Monate vor Hitlers Machtantritt die Linke noch weiter zersplitterte. Auf der 3. Parteikonferenz der KPD (15.–18.10.1932) konstatierte die Führung, in Deutschland sei mit der Papen-Regierung

³⁴² Die Beschlüsse des XII. EKKI-Plenums, die Reichsparteikonferenz und unsere Winterschulungsarbeit 1932/33. Hrsg. v. Agitprop des ZK der KPD. November 1932; Vgl. auch Die Internationale (September/Oktober 1932). Heft 9/10. S. 373ff.

³⁴³ Die Beschlüsse des XII. EKKI-Plenums, S. 28; Die Kommunistische Internationale (November 1932). Heft 15/16. S. 1077–1088.

³⁴⁴ Zitiert in Ernst Thälmann: Im Kampf gegen die faschistische Diktatur. Rede und Schlußwort des Gen. E. Thälmann auf der Parteikonferenz der KPD. Berlin o. J. (1932). S. 17.

„eine der Formen der faschistischen Diktatur“ bereits errichtet worden.³⁴⁵ Die NSDAP Hitlers wurde als nur „eine“ der „Formen“ des „Faschismus“ weiter verharmlost. Thälmann unterstrich ausdrücklich die „Richtigkeit der Stalinschen These“, wonach „Faschismus und Sozialfaschismus nicht Widersacher, sondern Zwillinge“ seien. Auf der Parteikonferenz unterstrich Thälmann zunächst „die Führerrolle des Generalstabs der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung, der Exekutive der Komintern“ und forderte „die Durchführung der Aufgaben, die uns das 12. Plenum stellt“. Die offizielle Änderung der Linie zur erneuten ultralinken Taktik wurde also mit Recht dem EKKI zugeschrieben.³⁴⁶ Das ZK der KPD erwies sich abermals als treuer Gehilfe Stalins.

Der Grund für das Scheitern der Konzeption einer „Antifaschistischen Aktion“ lag in der Politik der Komintern, die ihre Sektion KPD übernehmen musste. Schon die Abschwächung der neuen Taktik im Juli 1932 ging im Wesentlichen auf den Druck Moskaus zurück, deren Ende wurde schließlich durch das XII. Plenum des EKKI veranlasst. Die politischen Folgen der Einbindung und Unterordnung der KPD als Sektion der Komintern sind auch an diesem Beispiel deutlich ablesbar.

Bei den letzten innerparteilichen Auseinandersetzungen wurde vom EKKI und von Stalin Ernst Thälmann gestützt. Nun wurden vom Führungstriumvirat Heinz Neumann und Hermann Remmele als „Abweichler“ für alle Fehler verantwortlich gemacht. Neumann und Remmele, die zusammen mit Thälmann von 1929 bis 1932 die Partei leiteten und dann abgesetzt wurden, hatten jedoch wie Thälmann 1929 bis 1932 die Linie der Komintern vertreten.

Für die Einschätzung der Differenzen und ihrer Austragung an der Spitze der Partei sind vor allem zwei Momente wichtig. Einmal zeigt es den Grad der Hierarchisierung der KPD an, dass die Parteimitgliedschaft und der Großteil der Funktionäre bis zuletzt vom Zwist in der Führung keine Ahnung hatten. Obwohl es zwischen Neumann und Thälmann bereits seit Sommer 1931 Differenzen gab und Neumann schon im Mai 1932 abgesetzt und nach Moskau abgeschoben worden war, wurden die Mitglieder erst auf der 3. Parteikonferenz im Oktober 1932 davon unterrichtet, als die Kämpfe längst abgeschlossen waren. Und es ist typisch für die fortgeschrittene Stalinisierung der KPD, dass diese Praxis auf keinen Widerstand stieß. Für die Funktionäre war es bereits selbstverständlich, dass sie einer „Führerpartei“ angehörten. Die nun zugänglichen Quellen, z. B. Remmeles „Memorandum“ vom Dezember 1932 (Dok. 301) erklären die Hintergründe dieser Politik. Nach der Parteikonferenz im Oktober 1932, die Neumann und Remmele auch offiziell entmachtete, verschärfte die KPD unter dem Druck des EKKI den Kampf gegen Sozialdemokraten erneut. Das lässt die Behauptung der angeblichen Verantwortung von Neumann für den „sektierischen“ Kurs klar als Legende erkennen (vgl. Dok. 303).

³⁴⁵ Die wichtigsten Beschlüsse der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Deutschlands nach dem VI. Weltkongress im Zitat. Hrsg. v. KPD, Berlin o. J. (1932). S. 17.

³⁴⁶ Thälmann, Im Kampf, S. 3ff., 16.

Der Reichstagsbrand lieferte der NSDAP den Vorwand zum Vernichtungsschlag gegen die KPD. Die Diskussionen um die Brandstiftung³⁴⁷ sind für die Beurteilung der Position der KPD weniger von Bedeutung. Nach dem Brand wurde die KPD-Organisation zerschlagen und Zehntausende ihrer Mitglieder und Funktionäre eingekerkert, in die Illegalität gedrängt oder ins Exil. Ein Abschnitt der KPD-Geschichte war zu Ende.

Die KPD-Politik gerade von 1929 bis 1933 war in ihrer möglichen und notwendigen Bandbreite eingeengt. Die Einbindung und Unterordnung unter die Stalinsche Komintern-Spitze ließen der KPD-Führung keine Alternative, sie musste an der Strategie des „Hauptstoßes“ gegen die Sozialdemokratie ebenso festhalten wie an der Unterschätzung der NSDAP. Als Komintern-Sektion konnte die KPD diese Strategie nicht einmal entsprechend der Situation in Deutschland modifizieren, wie die erwähnten Beispiele zeigen. Die finanzielle Abhängigkeit der KPD wurde in der Phase 1929 bis 1933 nicht geringer. Vor allem die Nebenorganisationen hingen „am Tropf“ Moskaus. Der Kommunistische Jugendverband z. B. erhielt 1930 bis 1932 jährlich 20.000 Dollar (84.000 Mark), als „verschiedene Zuschüsse“ verdeckt. Das waren 1930 58 % des Gesamtbudgets und 1931 bzw. 1932 rund 40 %.³⁴⁸ Die ideologische, politische und personelle Befehlsgewalt von Komintern und KPdSU, von Stalin, wurde durch die finanzielle Unterstützung verstärkt. Es war nicht zuletzt ein strukturelles Problem der KPD als Sektion der Komintern, das den Kampf der Linken in Deutschland untereinander verschärfte und die Widerstandskraft gegen Hitler schwächte. Ausschlaggebend für das absolut feindselige Verhältnis in der deutschen Arbeiterbewegung zwischen 1929 und 1933 waren also vor allem strukturelle Probleme der KPD als Sektion der Komintern.

1933–1939: Zerschlagung der KPD und zwiespältige Haltung von Komintern und UdSSR

Am 30. Januar 1933 ernannte Reichspräsident Hindenburg Hitler zum Reichskanzler, damit begann der Weg in eine mörderische Diktatur. Am gleichen Tag hieß es im Aufruf der KPD gegen die „offene faschistische Diktatur“: „Das blutige, barbarische Terrorregime wird über Deutschland aufgerichtet.“³⁴⁹ Doch den Generalstreik, den die KPD propagierte, gab es nicht. Die Einsicht der KPD zeigte keine Wirkung, weil die

³⁴⁷ Vgl. Fritz Tobias: Der Reichstagsbrand. Legende und Wirklichkeit. Rastatt/Baden 1962; Hans Mommsen: Der Reichstagsbrand und seine politischen Folgen. In: VfZ (1964). 12. Jg. 4. Heft. S. 351ff.; Petr Stojanoff: Der Reichstagsbrand. Die Prozesse in London und Leipzig. Wien 1966; Vgl. auch D. N. Pritt: Der Reichstagsbrand: Die Arbeit des Londoner Untersuchungsausschusses. Berlin (Ost) 1960; Karl-Heinz Biernat: Der Reichstag brennt. Berlin (Ost) 1960. Zum Streit um die Brandstifter vgl. Alexander Bahar, Wilfried Kugel: Der Reichstagsbrand. Wie Geschichte gemacht wird (mit Bibliographie). Berlin 2001.

³⁴⁸ Vgl. SAPMO, SgY 0503 (Kortner). Ich danke Andreas Herbst für den Hinweis auf die Erinnerungen des KJVD-Kassierers Emil Kortmann.

³⁴⁹ Vgl. Weber, Dokumente, S. 339.

Partei den Begriff „Faschismus“ in ihrem Jargon längst inflationär zerschossen hatte. Die KPD nannte bereits am 1. Dezember 1930 das Brüning-Kabinett „1. Regierung der faschistischen Diktatur“. Nach Papens Staatsstreich am 20. Juli 1932 gegen die preußische SPD-Regierung (die KPD hatte diese ein Jahr zuvor gemeinsam mit der NSDAP stürzen wollen!) wurde dessen Regierung von der KPD als „faschistische Militärdiktatur“ und die Schleicher-Regierung Ende 1932 als die „Entfaltung des Faschismus“ bezeichnet (vgl. Teil 4). Wenn das alles „Faschismus“ war, warum sollte ein Hitler-Regime schlimmer sein? Die KPD hatte ihr eigenes Grab mitgeschaufelt.

Maßgeblich für die Politik der KPD, die 1933 einen generellen Unterschied zwischen Faschismus und Demokratie ebenso leugnete wie zwischen NSDAP und SPD, war die inzwischen ganz von der Sowjetunion abhängige Komintern. Und Moskau sah offensichtlich 1933 keinen Anlass für eine neue Analyse. Das NS-Regime wurde wie andere Regierungen eingeschätzt. Beispielsweise beschloss das Politbüro der KPdSU am 8. März Waffentechnik aus NS-Deutschland zu beziehen. Dieser Beschluss und andere Dokumente, die im vorliegenden Band erstmals veröffentlicht werden, belegen extreme Fehleinschätzungen. Noch im „Rechenschaftsbericht“ Stalins an den XVII. Parteitag der KPdSU(B) im Januar 1934 machte er Hitler indirekt ein Angebot zur Wiederaufnahme der „Rapallo-Politik“. Zwar „weit davon entfernt, von dem faschistischen Regime in Deutschland entzückt zu sein“, verwies Stalin darauf, dass der Faschismus in Italien „die Sowjetunion nicht daran gehindert hat die besten Beziehungen zu diesem Land herzustellen“.³⁵⁰ Dagegen wirkte Stalins oft zitierte Drohung in der gleichen Rede eher geprahlt: Wer die UdSSR überfallen wolle, erhalte eine vernichtende Abfuhr damit „ihnen die Lust vergeht, ihre Schweineschnauze in unseren Sowjetgarten zu stecken“.

Zerschlagung der KPD

Im Februar 1933 arbeitete die KPD halblegal und bereitete sich auf ein Verbot vor, beteiligte sich aber am Wahlkampf. Sofort nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar wurde die KPD zerschlagen, ihre Presse unterdrückt und die Organisation in die Illegalität gezwungen.³⁵¹ Im Rundschreiben der KPD vom 2. Februar 1933³⁵² war zwar von

³⁵⁰ Der Sozialismus siegt. Berichte und Reden auf dem 17. Parteitag der KPdSU(B), Januar/Februar 1934. Zürich o. J. (1934). S. 28f.; Auch in J. Stalin: Werke. Bd. 13. Berlin (Ost) 1955. S. 269.

³⁵¹ Vgl. zum Widerstand der KPD u. a. Horst Duhnke: Die KPD von 1933 bis 1945. Köln 1971; Jürgen Schmädke, Peter Steinbach (Hrsg.): Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. München 1985; Richard Löwenthal, Patrick von zur Mühlen: Widerstand und Verweigerung in Deutschland. Neuausg. Bonn 1997; Zum Widerstand siehe auch Klaus Kinner, Elke Reuter: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Vol. II: Gegen Faschismus und Krieg (1933–1939). Berlin 2005 (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. 5); Ders. Vol. III: Selbstverständnis und Realität. Berlin 2009. Siehe auch den Einleitungstext von Bernhard H. Bayerlein.

³⁵² Vgl. das Rundschreiben. Hrsg. v. Arne Andersen. In: IWK (September 1986). Heft 3. S. 357ff.

einem bald drohenden Verbot die Rede, dagegen sollte aber der politische Massenstreik vorbereitet werden. Neben den üblichen Tiraden, etwa gegen die Sozialdemokratie, stand die utopische Forderung an die KPD: „die konkrete Heranführung der Massen an den politischen Massenstreik zum Sturz der Regierung Hitler-Papen“. Nur kurz wurde erklärt, alle „Parteieinheiten“ müssten mit „brutalsten Verbotsmaßnahmen, mit langfristigen Zeitungsverböten, mit Einkerkierung der führenden Funktionäre, mit der Besetzung von Parteihäusern“ rechnen. Genaue Verhaltensmaßregeln gab es allerdings nicht.

Nach einer Zusammenkunft führender Funktionäre am 7. Februar 1933 im Ziegenhals (Dok. 305), auf der Thälmann referiert,³⁵³ wurden Instrukteure in die Parteibezirke geschickt, um den Parteiapparat auf illegale Arbeitsmethoden umzustellen. Doch es erfolgte kein formales Verbot der KPD, sondern deren terroristische Zerschlagung. Die Nationalsozialisten vernichteten nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 die Kommunistische Partei samt Nebenorganisationen. Noch in der Brandnacht wurden Tausende Kommunisten (allein in Berlin 1.500) verhaftet, darunter hohe Funktionäre und Reichstagsabgeordnete. Am 3. März geriet auch der Parteivorsitzende Thälmann in die Hände der Polizei, der dann 1944 im KZ Buchenwald ermordet wurde. Bis April 1933 nahmen Polizei und SA im Rhein-Ruhr-Gebiet 8.000 mittlere und untere Funktionäre fest, in Bayern über 3.000, im Bezirk Halle über 1.400, in Baden 900 usw. Die Verhaftungen rissen in den folgenden Monaten nicht ab; so stieg die Zahl der Festgenommenen z.B. im Regierungsbezirk Potsdam bis Juni 1933 auf 5.000.³⁵⁴ Auf diese Weise wurde die kommunistische Organisation zerschlagen und sie musste sich in der Illegalität neu formieren.

Heute ist in der Forschung kaum umstritten, dass sich der rasch ausbreitende Nazi-Terror ab Februar 1933 in erster Linie gegen die KPD richtete. Die Kommunisten als Teil der Arbeiterbewegung wurden sofort mit aller Brutalität verfolgt, also schon zu einer Zeit, als sich die braune Diktatur gegenüber den konservativen und kirchlichen Kreisen noch weitgehend zurückhielt, die antisemitische Hetze allerdings bereits begonnen hatte.

³⁵³ Vgl. Kinner, Reuter, *Der deutsche Kommunismus*, S. 21ff. sowie Dok. 305.

³⁵⁴ Staatsarchiv Münster, Reg. Minden, I P 601; Hartmut Mehringer: *Die KPD in Bayern 1919–1945*. In: *Bayern in der NS-Zeit*. Hrsg. v. Martin Broszat u. Hartmut Mehringer. Bd. 5. München 1983. S. 76; Erich Matthias, Hermann Weber unter Mitwirkung von Günter Braun u. Manfred Koch (Hrsg.): *Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim*. Mannheim 1984. S. 259; Karl-Heinz Leidigkeit [u. a.]: *Gegen Faschismus und Krieg. Die KPD im Bezirk Halle 1933 bis 1945*. Halle 1983. S. 94; Karl-Heinz Jahnke [u. a.]: *Der antifaschistische Widerstand unter Führung der KPD in Mecklenburg 1933 bis 1945*. Berlin (Ost) 1985. S. 74; Kurt Finker (Einleitung): *Ausgewählte Dokumente und Materialien zum antifaschistischen Widerstandskampf unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands in der Provinz Brandenburg 1933–1939*. Potsdam 1978. S. 13, 118.

Verfolgung und Widerstand der KPD 1933

Die Polizeiaktionen wirkten sich schlimm aus, weil die KPD mit ihrem zentralistischen Organisationsaufbau besonders verwundbar war. Die rasche Verhaftung von Führungskadern lähmte zunächst die unteren Parteigruppen. Aber noch besaß die KPD viele Anhänger, die nicht vor der NSDAP kapitulieren wollten. Nach dem Schock, den die kampflose Niederlage ausgelöst hatte, bildeten sich in zahlreichen Orten schnell illegale Widerstandsgruppen und es gelang den Kommunisten, relativ bald wieder eine zentrale Leitung mit konspirativen Verbindungen zu den Bezirken herzustellen. Auch ein Großteil ihrer Wählerschaft blieb der KPD noch treu. Bei der Reichstagswahl vom 5. März 1933 erhielt die KPD mit 4,8 Millionen Stimmen zwar weniger als 1932, aber immer noch 300.000 Stimmen mehr als bei der Reichstagswahl von 1930. Trotz des Terrors der SA konnten die Kommunisten über 12 % der Wähler für sich gewinnen. Aus diesem Wahlergebnis zog die KPD-Führung jedoch den falschen Schluss, sie könne einen „Massenwiderstand“ gegen die Hitler-Regierung organisieren. Dabei erwies sie sich als wenig lernfähig, denn sie blieb 1933 bei ihrer irrealen Zielsetzung eines „Kampfes für die Sowjetmacht“, dem „Sturz der herrschenden Klasse durch den bewaffneten Kampf“.³⁵⁵

Eine Entschließung des ZK der KPD vom Mai 1933 konstatierte eine „absolut richtige politische Linie des ZK der KPD vor und während des Staatsstreiches Hitlers“. Vor allem wurde die Sozialdemokratie weiter bekämpft: „Die völlige Ausschaltung der Sozialfaschisten aus dem Staatsapparat, die brutale Unterdrückung auch der sozialdemokratischen Organisationen und ihrer Presse ändert nichts an der Tatsache, daß sie nach wie vor die soziale Hauptstütze der Kapitaldiktatur darstellen. (...) Die ‚linken‘ Sozialfaschisten halten – befruchtet von reumütig heimgekehrten SAP-Führern und Brandleristen – eine Scheinopposition gegen den Faschismus in Worten aufrecht, sabotieren nach wie vor jeden Schritt zur proletarischen Einheitsfront.“³⁵⁶

Trotz ihrer verheerenden Niederlage hielt die KPD-Führung weiter am „Hauptstoß“ gegen die SPD – insbesondere gegen die linken Sozialisten – fest und glaubte, die Macht erringen zu können. Gemessen daran war die Wirklichkeit des Widerstandskampfes der KPD 1933 profan: Es war der Kampf ums Überleben, der Neuaufbau der Parteiorganisation und die Fortsetzung eigener Aktivitäten (Dok. 318, 319, 331, 337). Wie die Anleitung der KPD durch die Komintern ab 1933 aussah, ist aus den hier abgedruckten Dokumenten abzulesen. Das erste Dokument, ein Brief Thälmanns vom 25. Februar 1933 (vgl. Dok. 308) an das EKKI war unbekannt. Die Erstveröffentlichung zeigt (wenige Tage vor seiner Verhaftung am 3. März) den Versuch, die Lage der KPD seit dem 30. Januar einzuschätzen und beweist die Schwierigkeiten des Kontakts zwischen KPD-Führung und EKKI in der Anfangsphase der Hitler-Diktatur. Die folgenden

³⁵⁵ Faschismus in Deutschland. Moskau-Leningrad 1934. S. 49.

³⁵⁶ Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung (2.6.1933). Nr. 17. Basel. S. 541ff., wiederabgedruckt in Weber, Dokumente, S. 342ff.

Dokumente von 1933 (vgl. Dok. 310–344) ermöglichen neue Einsichten zum Verhältnis zwischen Komintern und illegaler KPD.

Die politischen Fehleinschätzungen der Komintern und der KPD wurden 1933 kaum modifiziert. Die KPD konnte ihren Kurs trotz manch richtiger Einsichten, die sie im Widerstand gegen das Hitler-Regime gewann, nicht ändern, bevor sich die Komintern-Linie wandelte. Doch die Komintern blieb im Dezember 1933, auf dem XIII. Plenum des EKKI, bei der ultralinken Generallinie und „bestätigte“ die KPD-Politik. Bereits im Mai 1933 hatte das Präsidium des EKKI „konstatiert“, „daß die politische Linie und die organisatorische Politik, die das ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands mit dem Genossen Thälmann an der Spitze bis zum Hitlerischen Umsturz und im Augenblick dieses Umsturzes befolgte, vollständig richtig war“.³⁵⁷ Das XIII. Plenum des EKKI billigte dies ausdrücklich. Der Referent der Komintern, Knorin, behauptete, „wir haben nichts revidieren müssen“ und bramarbasierte trotz der Niederlage und der Zerschlagung der KPD: „Unsere Analyse der Lage ist richtig, unsere Taktik ist richtig.“³⁵⁸

Selbst die absurde These, die KPD habe keine Niederlage erlitten, wurde auf diesem XIII. EKKI-Plenum von Wilhelm Pieck wiederholt: „Die faschistische Diktatur in Deutschland wurde aufgerichtet gegen eine unbesiegte Arbeiterklasse, die zwar vorübergehend zurückwich, aber sich wieder zum Angriff sammelt.“³⁵⁹ Und überheblich sagte er, „es ist in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung einzig dastehend, daß es einer Partei [seiner KPD] von 300.000 Mitgliedern und 6 Millionen Wählern mit 35 Tageszeitungen gelungen ist, die Organisation als Massenorganisation in die Illegalität zu überführen.“³⁶⁰ Doch fast wie um diese kommunistische Selbsttäuschung zu widerlegen, erwähnte Pieck die „schweren Verluste“: „Mehr als 60.000 Funktionäre und Mitglieder sind verhaftet, hunderte wurden durch grausame Mißhandlungen zu Tode gequält, fast 2.000 revolutionäre Arbeiter sind seit dieser Zeit von den faschistischen Banden ermordet worden. An die 100.000 Arbeiter befinden sich in den Konzentrationslagern.“³⁶¹ Bei der Einschätzung der SPD wurden die alten verhängnisvollen Interpretationen noch übertroffen: „Die Sozialdemokratie bleibt auch nach dem Verbot ihrer Organisation die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie.“³⁶²

³⁵⁷ Vgl. die Erklärung in Weber, *Kommunistische Internationale*, S. 272ff.

³⁵⁸ Die *Kommunistische Internationale* (20.1.1934). Heft 2. S. 168f.

³⁵⁹ Wilhelm Pieck: *Wir kämpfen für ein Räte-Deutschland. Der revolutionäre Kampf der deutschen Arbeiterklasse unter Führung der kommunistischen Partei Deutschlands gegen die faschistische Diktatur. Bericht über die Tätigkeit der Kommunistischen Partei Deutschlands*. Moskau/Leningrad: Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR 1934 (XIII. Plenum des EKKI/Dezember 1933). S. 24 (diese Schrift fehlte in der Ost-Berliner Ausg. v. Piecks Werken).

³⁶⁰ Ebda., S. 51.

³⁶¹ Ebda., S. 51.

³⁶² Ebda., S. 45. An anderer Stelle schrieb Pieck gar über die „Machthaber Deutschlands von heute, die Hitler und Co. und ihre sozialfaschistischen Trabanten“ (*Die Kommunistische Internationale* (20.1.1934). Heft 2. S. 126).

Die KPD-Führung konnte ganz im Sinne Moskaus ihren ultralinken Kurs Anfang 1934 fortsetzen.

Verfehlte KPD-Politik

Die KPD-Politik und die Komintern-Vorgaben dazu sind in diesem Band durch neu zugängliche interne Dokumente differenzierter zu erkennen und zusammengefasst ist die weitere Entwicklung folgendermassen zu skizzieren:

Erstens behauptete das ZK wie die Komintern in Moskau, der Sieg Hitlers bedeute keine Niederlage der Arbeiterbewegung. Obwohl die KPD schwer getroffen und zahlreicher Führer und Funktionäre beraubt war, redete sie von einem „geordneten Rückzug“.

Zweitens verkündete die KPD, das Hitler-System in Deutschland sei keineswegs stabil, womit sie den Nationalsozialismus unterschätzte. Auch im Frühjahr 1934, in den Thesen zum 15. Jahrestag der Komintern-Gründung, sprach Moskau von der „beginnenden Krise des deutschen Faschismus“.³⁶³ Wie andere Widerstandsgruppen ging auch die KPD fälschlich davon aus, die Hitler-Diktatur werde nur kurzlebig sein.

Drittens folgerte die KPD-Spitze daraus, sie brauche ihre Linie nicht zu korrigieren. Sie propagierte weiterhin die Revolution, den „Kampf für die Sowjetmacht“ und ein „Sowjet-Deutschland“. Der „Sturz der herrschenden Klasse durch den bewaffneten Aufstand“ galt, als „Perspektive in Deutschland“, auch noch 1934 als aktuelles Ziel.³⁶⁴

Viertens beharrte sie bei der Einstellung gegenüber der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften auf einer unverändert feindseligen Haltung. Ende 1933 erklärte der KPD-Führer Fritz Heckert, der Kampf gegen die „faschistische Bourgeoisie“ müsse „nicht gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei, sondern gegen sie“ geführt werden.³⁶⁵ Andere kommunistische Ideologen nannten die harte Selbstkritik der SPD bloße „Sophistik“ des „Sozialfaschismus“, die SPD blieb für sie eine „Agentur der Bourgeoisie“.³⁶⁶ „Einheitsfrontangebote“ an die SPD reduzierten sich noch 1934 auf Appelle an „sozialdemokratische Gruppen“, sich „mit der KPD zu vereinigen“, und

³⁶³ Leitfaden der Geschichte der Kommunistischen Internationale. Moskau/Leningrad 1934. S. 49.

³⁶⁴ Faschismus in Deutschland. Moskau/Leningrad 1934. S. 49; W. Pieck, Wir kämpfen, S. 67; Leitfaden der Geschichte, S. 52; Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung (1934). Nr. 9. S. 229.

³⁶⁵ Fritz Heckert: Ist die Sozialdemokratie noch die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie? Basel 1933. S. 15ff.

³⁶⁶ Kurt Sauerland: Neu beginnen? In: Unsere Zeit (früher: Der Rote Aufbau) (Dezember 1933). Hrsg. v. Willi Münzenberg. Paris. H. 16. S. 54.

zwar auf der Grundlage der Forderung: „für die Diktatur des Proletariats und das Sowjetsystem“.³⁶⁷

Fünftens war die Annahme der KPD, sie könne die alten Kampfformen beibehalten, völlig verfehlt. Der kommunistische Widerstand geriet in ein Dilemma, weil er zwei im Kern unvereinbare Ziele verfolgte: Einerseits sollte der Widerstand Massenwirksamkeit zeigen, sich also nach außen richten, andererseits musste er aufgrund der Verfolgung illegal praktiziert werden. Die Exil-KPD-Leitung wollte noch den „Massenwiderstand“, als die Widerstandsgruppen im Reich durch Verhaftungswellen längst gezwungen waren, sich konspirativ abzuschirmen.³⁶⁸ Dennoch verlangte Wilhelm Pieck im Dezember 1933, die „Aktionen auf eine höhere Stufe zu heben“, sie müssten „durch die ökonomischen Kämpfe zu politischen Streiks gesteigert werden“.³⁶⁹

Neben solchen aberwitzigen Lösungen stand allmählich die Erkenntnis, dass Hitlers Herrschaft in Deutschland „Herd der europäischen Kriegsvorbereitungen“ war und deshalb effektive Formen des illegalen Kampfes gefunden werden mussten.

Im Untergrund und Exil

Ungeachtet der hohen Verluste der regionalen und lokalen Parteiorganisationen setzten diese ihre Aktivitäten 1933 und 1934 fort. Dabei wurde die Gefahr für die Illegalen immer größer, die zu erwartenden Strafen immer härter. Schließlich hatte Göring als Preußischer Innenminister der Polizei am 4. Oktober 1933 befohlen, selbst gegen Verteiler kommunistischer Flugblätter, die auf Anruf nicht sofort stehenblieben, „rücksichtslos von der Schußwaffe Gebrauch zu machen“. Er versprach, Beamte zu decken, die „in Ausübung dieses Befehls handeln“ und drohte bei „zaghaftem“ Vorgehen „Bestrafung“ an.³⁷⁰ Kommunisten wurden wie Freiwild behandelt und mussten schon bei geringer illegaler Tätigkeit mit dem Tod rechnen. Umso höher ist ihr Einsatz zu bewerten. Es gelang dem illegalen Apparat der KPD 1933 und 1934 immer wieder „Die Rote Fahne“ zu verbreiten, Flugblätter und selbst Tarnbroschüren herzustellen und zu verteilen.³⁷¹ Noch 1935 und 1936 wurden Tarnschriften im Ausland gedruckt und illegal für kommunistische Aktivisten nach Deutschland geschleust, z. B. Piecks

367 Kurt Heinrich: Wels und Trotzki. Eine Abrechnung. Basel 1934. S. 18; Vgl. auch A. Fogarasi: Der Bankrott der Theorien des Sozialfaschismus am Ende der kapitalistischen Stabilisierung. Moskau/Leningrad 1934. S. 122.

368 Vgl. zum Verhältnis Exil – Widerstand Beatrix Herlemann: Die Emigration als Kampfposten. Die Anleitung des kommunistischen Widerstandes in Deutschland aus Frankreich, Belgien und den Niederlanden. Königstein/Ts. 1982. S. 8ff.

369 Pieck, Wir kämpfen, S. 12.

370 Faksimile abgedruckt bei Margot Pikarski, Günter Uebel: Die KPD lebt. Flugblätter aus dem antifaschistischen Widerstandskampf der KPD 1933–1945. Berlin (Ost) 1980. S. 47.

371 Pikarski, Uebel, Die KPD lebt, S. 47; Zum Widerstand siehe auch Kinner, Reuter, Der deutsche Kommunismus.

Rede auf der „Brüsseler Konferenz“ der KPD 1935 (getarnt als A. Kosch: Pilze, Beeren, Wildgemüse). Ebenso Dimitrovs Rede vor dem VII. Weltkongress der Komintern (Mappes: Ratgeber für den Haus-, Schreber- und Siedlergarten).³⁷²

Die KPD konnte 1933 und 1934 illegal nur bestehen dank der Einsatzbereitschaft ihrer Funktionäre, die der Partei die Treue hielten und für sie kämpften. Selbst die Gestapo musste zugeben: „Trotz schärfster Überwachung der KPD-Bewegung, verhältnismäßig schneller Zerschlagung der einzelnen Organisationszellen und abschreckender Strafen für die zahlreich festgenommenen Funktionäre finden sich immer wieder Personen, die sich der illegalen KPD-Arbeit zur Verfügung stellen und versuchen, den Organisationsapparat neu aufzuziehen.“³⁷³

Zunehmend verlagerte sich die Anleitung des Widerstandes ins Exil. Bereits im Mai 1933 emigrierte ein Teil des Polbüros nämlich Wilhelm Pieck, Franz Dahlem und Wilhelm Florin nach Paris und bildete dort die Auslandsleitung. John Schehr, Hermann Schubert, Fritz Schulte und Walter Ulbricht blieben noch in Berlin. Wegen der immer größer werdenden Gefahr siedelten dann im Herbst auch Schubert, Schulte und Ulbricht nach Paris über. John Schehr, der die Partei vom Inland aus leiten sollte, wurde im November 1933 verhaftet und im Februar 1934 ermordet. Zu dieser Zeit waren von den übrigen Mitgliedern und Kandidaten des Polbüros von 1932 Ernst Thälmann, Wilhelm Kasper und Helene Overlach in Deutschland inhaftiert, Leo Flieg, Hermann Remmele und Heinz Neumann bereits degradiert, war Wilhelm Hein als Überläufer zur NSDAP aus der KPD ausgeschlossen und lebte Fritz Heckert in der UdSSR. Schon bei der Vorbereitung des VII. Weltkongresses der Komintern zeigten die Diskussionen im EKKI, wie schwierig sich selbst dort die Umstellung der Generallinie erwies (vgl. Dok. 347, 350, 353). Bei der Dichte der im Folgenden abgedruckten Dokumente und damit neuer Quellenbelege braucht die Anleitung der KPD durch die Moskauer Führung hier nicht näher thematisiert zu werden.

Innerhalb der KPD-Spitze, die sich der politischen Änderung anpassen musste, kam es im Herbst 1934 zu Differenzen. Eine Mehrheit im Politbüro (Schubert, Schulte, Florin, Dahlem und Heckert) wollte die ultralinke Politik fortsetzen, während Pieck und Ulbricht nach der vorsichtigen Kursänderung der Komintern sofort umschwenkten. Sie erhielten dafür die Unterstützung von Georgi Dimitrov, der sich durch sein mutiges Auftreten im Reichstagsbrand-Prozess hohes Ansehen erworben hatte und inzwischen die Komintern leitete. Im Oktober 1934 wurden die KPD-Führer gerügt, weil ihre Politik nicht elastisch genug sei. Daraufhin gaben Dahlem, Florin und Heckert ihre starren Positionen auf, Schubert und Schulte waren isoliert. Die Exil-KPD-Führung korrigierte ihre Linie. Im Januar 1935 sprach sich das ZK für die „proletarische Einheitsfront und antifaschistische Volksfront zum Sturz der faschistischen

³⁷² Vgl. Tarnschriften der KPD aus dem antifaschistischen Widerstandskampf. Berlin (Ost) 1986 (mit 12 originalgetreuen Tarnschriften).

³⁷³ Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Aachen 1026; Probleme der Geschichte des Zweiten Weltkrieges. Bd. 2. Berlin (Ost) 1958. S. 344.

Diktatur“ aus. Doch Änderungen waren nur schrittweise zu bemerken, noch wurde zu einer „Volksrevolution für ein freies sozialistisches Deutschland der Rätemacht“ aufgerufen.³⁷⁴

VII. Weltkongress der Komintern

1935 bestätigte der VII. Weltkongress der Komintern den neuen Kurs der „Einheits- und Volksfront“. Dimitrov griff die seit Dezember 1933 geltende Definition des Faschismus abermals auf. Er bezeichnete ihn als „offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ und nannte den „Faschismus deutschen Schlages“ die „reaktionärste Abart des Faschismus“.³⁷⁵ Die Komintern trat nun zur Abwehr dieses Faschismus „bedingungslos“ für die Aktionseinheit mit den Sozialdemokraten und die Volksfront mit allen Antifaschisten ein.

Der VII. Weltkongress der Komintern tagte drei Wochen lang (25.7.–20.8.1935) in Moskau. Das Protokoll gestattet einen teilweisen Überblick, daraus wird hier zitiert.³⁷⁶ Auf drei Probleme ist dabei hinzuweisen.

Erstens die Vergötterung Stalins war unübersehbar. Er gehörte nicht zu den Rednern, wurde aber als der „große Führer“ gefeiert. Das zeigte sich gleich am Beginn des Kongresses, als er ins Präsidium „gewählt“ wurde und das Protokoll „stürmischen, nicht endenwollenden Beifall, Ovationen, Hurrarufe“ verzeichnete. Und sofort wurde auf Antrag Togliattis eine „Begrüßung“ an „den Genossen Stalin, den Führer, Lehrer, und Freund der Proletarier und Unterdrückten der ganzen Welt“, „unter ungeheurem Beifall und Hurra-Rufen der Delegierten“ angenommen. Im „Namen von 65 kommunistischen Parteien“ wurde ihm „versichert“, „daß die Kommunisten immer und überall bis zum Ende dem großen unbesiegbaren Banner Marx' und Engels', Lenins und Stalins die Treue bewahren werden. Unter diesem Banner wird der Kommunismus in der ganzen Welt triumphieren“ (S. 26).

Alle Redner priesen Stalin in irgendeiner Weise. Ob ein „Jungpionier“ im Namen der „Sowjetjugend“, der „glücklichsten Jugend der Welt“, ausrief: „Es lebe unser geliebter Stalin“, oder ob der Vertreter des ZK der KP Chinas von „Stalinscher Sachlichkeit, Stalinscher Weisheit, Stalinschem Glauben an die Richtigkeit unserer Sache

³⁷⁴ Vgl. Die Kommunistische Internationale (1935). Heft 8. Abgedruckt in Weber, Dokumente, S. 348ff.

³⁷⁵ G. Dimitroff: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus. Protokoll des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (Ungekürzte Ausg.). Bd. 1. Stuttgart 1976. S. 322f.

³⁷⁶ Auch das angeblich „ungekürzte“ Protokoll von einer maoistischen Gruppe herausgegeben (vgl. ebda.) konnte nicht alle Beiträge veröffentlichen; Vgl. z. B. den Beitrag von Vasil'ev (unten, Dok. 365), die Rede Ulbrichts (Dok. 363) ist nicht gleichlautend mit den Ausführungen „Walters“ im Protokoll. Bd. 2. S. 511ff.

und vom Stalinschen Willen zum Sieg“ sprach und am Schluss sagte: „Es lebe unser Führer und Lehrer, der Genosse Stalin“ (S. 14). Der Kongress stand im Zeichen Stalins, der 1935 uneingeschränkt die KPdSU, die Sowjetunion und somit auch die Komintern diktierte. Stalin saß nicht nur im Präsidium des Kongresses, sein Konterfei prangte auch riesig (neben Bildern von Marx, Engels und Lenin) auf einem Transparent hinter diesem Präsidium.³⁷⁷ Stalin selbst hielt keine Rede auf dem Kongress, und musste das auch nicht, denn er war der bestimmende Mann.

Allerdings hatte sich die Bedeutung der Weltkongresse verringert, was schon die Zeitabstände anzeigten: von 1919 bis 1922 tagten die Weltkongresse jährlich, dann wieder 1924 und danach erst 1928, 1935 lagen sogar sieben Jahre dazwischen. Das EKKI und seine Organe bestimmten die Politik, die bereits lange vor 1935 von Stalin dirigiert wurden. Insofern war der VII. Weltkongress 1935 lediglich die plakative Bestätigung der Rolle Stalins. Höhepunkt nach außen war die neue Linie der Einheitsfront und Volksfront. Sie trat nun offiziell an die Stelle der ultralinken Politik seit 1928. Doch die Kritik an der alten Strategie blieb mehr als halbherzig. Von den einzelnen Sektionen wurde Selbstkritik verlangt, obwohl ihnen doch das EKKI und Stalin die verheerende Strategie ab 1929 aufgezwungen hatten.

Zweitens gab es keine wirkliche Selbstkritik. Sie fehlte auch im Rechenschaftsbericht des EKKI von Wilhelm Pieck, der aber endlich sagte, das „deutsche Proletariat hat eine Niederlage erlitten“, denn anderthalb Jahre zuvor hatte er noch das Gegenteil behauptet. Und als wären anonyme Kräfte am Werk gewesen, verwies er auf „Fehler“, die sich aus der „absolut falschen Vorstellung“ ergeben hätten, „daß sämtliche bürgerlichen Parteien faschistisch seien“. Pieck griff zur Lüge, als er die „sektiererischen Einstellungen“ kritisierte, die aber „weder mit den Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin [!] noch mit den Beschlüssen des VI. Kongresses der Komintern etwas gemeinsam hatten“.

Die neue Politik der Einheitsfront stützte sich auf Legenden über die Geschichte des Kommunismus. Umso erstaunlicher ist, dass einer der ersten Diskussionsredner zum Rechenschaftsbericht, der Brite John Campbell (vorher noch ins Präsidium gewählt und „mit Beifall begrüßt“) fragte, warum nur Sektionen für die „sektiererische Politik“ verantwortlich gemacht würden. Denn: „Kann das Exekutivkomitee sagen, daß die Schuld in dieser Beziehung ausschließlich bei den einzelnen Parteien liegt?“ Das EKKI solle sich „nicht darauf beschränken“ die Sektionen zu kritisieren, sondern auch wie es selbst „reagiert hat“. Auch meinte er „die Lage in Deutschland“ erfordere „eine gründlichere Prüfung“ als „sie Genosse Pieck in seiner Rede vornehmen konnte“.

Die verklausulierte Kritik Campbells läutete jedoch keine Debatte über die Linie des EKKI ein; sie blieb ein Einzelfall. Alle Redner gingen nur auf ihre jeweilige Sektion ein. Pieck wischte in seinem Schlusswort Campbells Einwände weg. Und dieser – wie

³⁷⁷ Vgl. Die Kommunistische Internationale 1919–1943. Bilder und Dokumente. Berlin (Ost) 1984. S. 234.

sämtliche Delegierten – fügte sich der Regie. Dadurch blieb das EKKI ebenso unangestastet wie der Glorienschein Stalins, der ja „immer recht hatte“.

Eine *dritte* Auffälligkeit des VII. Kongresses ist die fast völlige Negierung der Anfänge einer blutigen „Säuberung“ durch Stalin, die sich von 1936 bis 1938 zur größten Kommunistenverfolgung entwickelte. In der Zeitschrift „Kommunistische Internationale“ war der Beginn von Repressalien auch gegen Kommunisten bereits Anfang 1935 thematisiert worden. Der Leiter der Komintern-Kaderabteilung hatte schon im Oktober 1934 eine Säuberung der deutschen Emigration in der UdSSR angekündigt. Doch in der Resolution des Kongresses zum Referat von Manuil'skij Mitte August hieß es nur, Fortschritte seien „erzielt“ worden im Kampf „gegen den Rechts- und Linksoportunismus“ (S. 1008). Im Referat selbst hatte er das Problem lediglich am Rande gestreift, bei der Ehrung des 1934 ermordeten Kirov. Fast beiläufig sagte Manuil'skij, dieser „Liebling der ganzen Partei“ sei von „gemeinen, abscheulichen und niederträchtigen Degeneraten vom Sinowjew-trotzkistischen Block“ ermordet worden (S. 934). Warum Stalin die „Säuberungen“ auf dem Kongress nicht öffentlich ausschaltete, bleibt unklar.

Die Angebote der Kommunisten zur Bildung einer Volksfront aus allen Gegnern des Faschismus standen im Mittelpunkt. Schließlich hatten sich die Auseinandersetzungen zwischen der UdSSR und Deutschland, zwischen Stalin und Hitler, im Ton und Inhalt radikal verschärft. Wohl auch mit Rücksicht auf die sowjetische Außenpolitik sollten die Säuberungen noch nicht zum zentralen Thema gemacht werden.

Drohender Terror

Doch die Säuberungen waren zur Zeit des Kongresses, im Sommer 1935, bereits im Gange. Am 1. Dezember 1934 war Kirov ermordet worden. Zwei Wochen später, am 16. Dezember, wurden Sinowjew, Kamenev u. a. verhaftet.³⁷⁸ Am 29. Dezember wurden 14 „Sinowjewisten“ (darunter der Attentäter Nikolaev) zum Tode verurteilt und sofort erschossen. Sinowjew, Kamenev, Jevdokimov u. a. wurden am 13. Januar angeklagt, am 15. und 16. Januar 1935 fand der Prozess gegen sie und insgesamt 19 Angeklagte statt, die angeblich eine „illegale konterrevolutionäre Gruppe“, das „Moskauer Zentrum“, gebildet hatten. Sinowjew wurde zu zehn und Kamenev zu fünf Jahren Haft verurteilt (Kamenev in einem zweiten Prozess ebenfalls zu zehn Jahren).³⁷⁹

Nicht nur die sowjetischen Zeitungen, allen voran die „Pravda“, begrüßten das Urteil gegen die „schurkische Arbeit der Sinowjewleute“ (18. Januar 1935), auch die „Kommunistische Internationale“ hatte in Heft 2 vom 20. Januar 1935 als „Aufmacher“

³⁷⁸ Zu den Einzelheiten vgl. Wadim S. Rogowin: Vor dem großen Terror. Stalins Neo-Nöps. Essen 2000. S. 107ff.

³⁷⁹ Es erschien dazu nur eine Broschüre mit der Anklage und dem Urteil; Vgl. „Anklage und Urteil gegen die illegal konterrevolutionäre Sinowjewgruppe“. Moskau/Leningrad 1935 (62 Seiten).

gemeldet: „Vom Verrat an der Partei – zum faschistisch-weißgardistischen Attentat“ und brachte als zweiten Artikel einen von B. Ponomarev: „Über die Sinowjew-Opposition und ihren konterrevolutionären Abschaum“ (S. 123ff.). Dessen Schluss lautete: „Kein Erbarmen mit diesen Feinden! Mehr Wachsamkeit“ (S. 142). Aber in den folgenden Nummern dieser zentralen Zeitschrift des EKKI von Februar bis August 1935 wurde das Thema nicht mehr erwähnt. Erst Heft 17/18 vom 20. September 1935 veröffentlichte das Referat Manuil'skijs und gab damit Hinweise auf den Prozess gegen die „Sinowjewisten“ Anfang 1935. Inzwischen gingen die Vorbereitungen zu den blutigen Säuberungen in der KPdSU jedoch weiter. Der Stalinist Jaroslavskij bezeichnete 1935 im Moskauer „Parteiverlag“ (1936 in deutsch erschienen)³⁸⁰ Sinowjew, Kamenev u. a. als „Faschisten“ und forderte von „Kommunisten“ eine „immer größere Wachsamkeit“ „zur Entlarvung des Klassenfeindes, hinter welcher Maske immer er sich verstecken mag“.³⁸¹ Die Weichen zur Verfolgung von Kommunisten waren gestellt.

Erst die letzte Jahrgangsnummer der „Kommunistischen Internationale“ (Nr. 21 vom 20. Dezember 1935) ließ etwas ahnen von der heraufziehenden Katastrophe, selbst in den Reihen der Kommunisten. In diesem Heft des Zentralorgans der Komintern ritt Klement Gottwald, der dank Stalin zum „Führer“ der KP der ČSR aufgestiegen war, unter dem harmlosen Titel „Zwischen zwei Stühlen kann man nicht sitzen“, eine Attacke gegen den Sozialisten Otto Bauer. Tatsächlich war das für Eingeweihte aber eine Warnung vor „Trotzkisten“, zu denen hier alle „Abweichler“ zählten. „Wer in der Arbeiterklasse ehrlich ist, scheut den Trotzkismus wie die Pest. Denn der Trotzkismus ist im wahren Sinne des Wortes eine Agentur der internationalen Konterrevolution. Er ist ein gemeiner, heimtückischer und bössartiger Feind der Arbeiterbewegung. Er ist eine konterrevolutionäre Kloake, aus der der Mörder des Genossen Kirow hervorging“ (S. 1869f.). Damit wurde also klar, dass „Trotzkisten“ zu „vernichten“ seien. Das gleiche Heft meldete auch den Ausschluss Torglers aus der KPD. Außerdem wurden die bulgarischen Mitangeklagten im Reichstagsbrandprozess, Popov und Tanev gerügt und ihnen der „heroischen Kampf“ Dimitrovs gegenübergestellt.

Ab 1936 erreichte dann der blutige Stalinsche Terror einen Höhepunkt. Dies wurde inzwischen in der wissenschaftlichen Literatur genau untersucht und die Dokumente dieses Bandes belegen weitere Einzelheiten (vgl. z. B. Dok. 374, 384ff., 399–405, 413–426, 428, 431, 439 usw.). Mit den Säuberungen begann eine neue Phase der Beziehungen zwischen Stalin, der Komintern und der KPD. Nach der längst bestehenden völligen Abhängigkeit der KPD-Führung folgte nun die „Vernichtung“ eines Großteils der in die Sowjetunion geflüchteten „Kader“ der deutschen Kommunisten – und die Angst und Unterwürfigkeit der Überlebenden wuchs. Schließlich hatte Stalin (vgl. Dok. 430) zur „Auslöschung aller Staatsfeinde“ und selbst ihrer Familien aufgerufen.

³⁸⁰ E. Jaroslavski: Was fordert die Partei von Kommunisten. Moskau/Leningrad 1936. Vgl. jetzt zu Jaroslavskij Sandra Dahlke: Eml'jan Jaroslavskij. Individuum und Herrschaft im Stalinismus. München 2009.

³⁸¹ Ebda., S. 91.

Die neue Generallinie

Kurz nach dem VII. Weltkongress fand vom 3. bis 15. Oktober 1935 in Moskau auch eine Tagung der KPD statt, zunächst als „IV. Parteikonferenz“, dann aus Tarnungsgründen als „Brüsseler Konferenz“ bezeichnet. Einige Delegierte kamen aus der Untergrundarbeit in Deutschland, die meisten waren aus der Emigration angereist. Das Hauptreferat hielt Wilhelm Pieck, den diese Konferenz zum Vorsitzenden der Partei wählte. Einerseits betonte er die bisherige „richtige Generallinie“ der KPD, bekannte andererseits, in der Strategie und Taktik habe es „ernste Verfehlungen“ gegeben. „Da wir selbst die faschistische Gefahr unterschätzten und sie der Arbeiterschaft nicht genügend signalisierten, im Gegenteil nach wie vor unseren Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie und gegen die bürgerliche Demokratie richteten, so konnte es nicht ausbleiben, daß wir nicht vermochten, die Arbeiterklasse für den Kampf gegen den Faschismus zu mobilisieren.“³⁸²

An ihrem bedingungslosen Bekenntnis zur Sowjetunion und Stalin änderte die Exil-KPD nichts. Dadurch blieb die Selbstkritik heuchlerisch und das wirkliche Ausmaß der eigenen Fehler wurde vertuscht. Doch bejahte die KPD nun die demokratischen Freiheiten, ja sie stellte „den Kampf für die demokratischen Rechte und Freiheiten an die Spitze des antifaschistischen Kampfes“ (vgl. Dok. 370). Schubert, Schulte u. a. Parteiführer wurden aus der Parteispitze entfernt und später während der Säuberungen ermordet. Die folgenden KPD-Versuche zur Bildung einer „Volksfront“ entsprechend der Komintern-Generallinie blieben ergebnislos. Hier braucht darauf nicht genauer eingegangen zu werden.³⁸³

Die geänderte Generallinie war für die kommunistische Emigration bedeutsam, blieb aber offenbar bei Mitgliedern in Deutschland vielfach unbekannt, denn der kommunistische Widerstand gegen die NS-Diktatur konnte, durch Verhaftungswellen der Gestapo stark dezimiert, nur noch sporadisch operieren. Die katastrophalen Verluste an Führungskadern und Funktionären zwangen die KPD-Spitze 1935 zur Umstellung ihrer Leitungsmethoden. Der Versuch, eine Massenpartei in die Illegalität zu überführen, war ebenso gescheitert wie ihre traditionellen Organisationsformen. Nun bemühte sich die Parteiführung, den Widerstand, statt in hierarchischen Territorialorganisationen, in kleinsten Gruppen zu praktizieren. Diese sollten vom Ausland aus von Abschnittsleitungen mit ihren „Instrukteuren“ gesteuert werden.

382 Erwin Lewin, Elke Reuter, Stefan Weber (Hrsg.): Protokoll der „Brüsseler Konferenz“ der KPD 1935. 2 Bde. München 1997. Mittlerweile liegt das vollständige Protokoll der „Brüsseler Konferenz“ vor, vgl. Günther Fuchs [u. a.] (Hrsg.): Die Brüsseler Konferenz von 1935 auf CD-Rom. Berlin 2000; Vgl. auch Kinner, Reuter, Der deutsche Kommunismus, S. 127ff., sowie Reinhard Müller: Heinz Neumanns Bußrituale – auch ein Nachtrag zum Protokoll der „Brüsseler Konferenz“ der KPD. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2008). S. 319ff.

383 Vgl. die umfangreiche Arbeit von Ursula Langkau-Alex: Deutsche Volksfront 1932–1939. 3 Bde. Berlin 2004, sowie die Dokumente im vorliegenden Band.

Für den kommunistischen Widerstand waren indes die neuen Organisationsstrukturen zunehmend marginal, da die Kontakte zu den illegalen Gruppen immer öfter abrisen. Der Überwachungsstaat zwang die Illegalen, sich auf kleine Zirkel zu beschränken, die nach außen kaum in Erscheinung traten. Mehr und mehr gelang es der Gestapo (auch durch Spitzel), Neuansätze des kommunistischen Untergrundes rasch zu zerschlagen. Der kommunistische Widerstand ging von Jahr zu Jahr zurück, was auch die sinkende Zahl von verhafteten Kommunisten anzeigt: 1935 15.000, 1936 11.000, 1937 8.000, 1938 3.500. Doch zugleich belegen diese Zahlen, dass es weiterhin kommunistische Aktivisten gab, allerdings handelte es sich oftmals um isolierte Einzelkämpfer. Die „heroische Phase“ des kommunistischen Massenwiderstands war zu Ende. „Die Mehrzahl der Parteimitglieder beschränkte sich fortan auf die Wahrung des Zusammenhalts im kleinen Kreis, auf das Abhören ausländischer Sender und die Bestärkung der Gesinnung durch Diskussionen unter Vertrauten. Das war unspektakulär, aber genau das, was bei nüchterner Lagebeurteilung möglich war.“³⁸⁴

Das Hauptproblem der deutschen Sektion der Komintern bestand nach 1933 in ihrer völligen Abhängigkeit von der Sowjetunion Stalins. Dies brachte die Widerstandskämpfer in eine schwierige Situation: Sie wollten die brutale Hitler-Diktatur in Deutschland stürzen, aber zugleich verteidigten und verherrlichten sie die brutale Stalin-Diktatur in der Sowjetunion. Die UdSSR blieb ihr Vorbild und „Vaterland“. Zu den Opfern der KPD gehörten damals nicht nur die in Hitler-Deutschland Ermordeten, sondern auch die in die UdSSR Geflüchteten, die dort vom Stalin-Terror umgebracht wurden.

Allein von den 1.675 Spitzenführern der KPD kam zwischen 1919 und 1945 fast jeder Dritte gewaltsam ums Leben, davon 256 unter Hitler, aber sogar 208 unter Stalin. Und von der obersten KPD-Führung, dem Polbüro, wurden mehr unter Stalin ermordet (nämlich Hugo Eberlein, Leo Flieg, Heinz Neumann, Hermann Remmele, Hermann Schubert, Fritz Schulte und Heinrich Süsskind) als unter Hitler (Karl Becker, John Schehr, Ernst Schneller, Werner Scholem, Walter Stoecker und Ernst Thälmann).³⁸⁵

Die Schauprozesse und ihre Auswirkungen auf die KPD

Die Komintern war Stalin zunehmend suspekt, in den Säuberungen gab er seinem Geheimdienst, dem NKWD freie Hand bei Repressalien gegen das EKKI und andere Emigranten. Bereits am 3. Januar 1936 schrieb Stalins Vertrauensmann in der Komintern, Manuil'skij, an den NKWD-Säuberer Ežov (vgl. Dok. 374), die „gesamte Polite-

³⁸⁴ Detlev J. K. Peukert: Volksfront und Volksbewegungskonzept im kommunistischen Widerstand. In: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler. Hrsg. v. Jürgen Schmädeke u. Peter Steinbach. München 1985. S. 882.

³⁸⁵ Vgl. Weber, Herbst, Deutsche Kommunisten, 2. Aufl., S. 10.

migration“ müsse überprüft werden.³⁸⁶ Am schlimmsten traf es die polnischen Kommunisten. Von ca. 4.000 KP-Funktionären überlebten fast nur solche, die damals in polnischen Gefängnissen inhaftiert waren.³⁸⁷

Zahlreiche EKKI-Führer wurden Opfer der Stalinschen Säuberungen. Die beiden ehemaligen Komintern-Vorsitzenden Sinowjew und Bucharin wurden nach Schauprozessen hingerichtet. Zugleich wurde der Apparat der Komintern dezimiert, wichtige Kader liquidiert. Dem Terror fielen zum Opfer: Osip Pjatnickij, der Leiter des Organisationsbüros und „graue Eminenz“ der Komintern, ebenso Iakov Mirov-Abramov, der Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen (OMS), oder Leiter der Kaderabteilung wie G. Alichano und Anton Kraevskij. Ermordet wurden Béla Kun, der Führer der ungarischen Räterepublik von 1919 und Chef des Balkanreferats sowie Wilhelm Knorin, verantwortlich für das Mitteleuropäische Sekretariat. Mit diesen international bekannten Kominternfunktionären verhaftete und ermordete das NKWD deren engste Mitarbeiter, wodurch während der Säuberungen ganze Abteilungen des EKKI-Apparates verschwanden. „Infolge der Repressalien war der EKKI-Apparat im Grunde lahmgelegt.“³⁸⁸ Eine Liste der Komintern-Mitarbeiter, die in Moskau verhaftet und erschossen wurden, umfasst weit über 200 Personen.³⁸⁹

Der Massenterror kostete Millionen Sowjetbürgern das Leben, auch eine Million Kommunisten erlitten Repressalien. In den Stalinschen Säuberungen sind fast alle Führer der Zeit der Oktoberrevolution „liquidiert“ worden, viele von ihnen nach den berüchtigten drei Moskauer Schauprozessen. Inzwischen ist bekannt, dass ein vierter Prozess „gegen ehemalige führende Funktionäre der Komintern, den Apparat der Komintern und Funktionäre von einzelnen KPs“, darunter der KPD, vorbereitet worden war,³⁹⁰ der dann jedoch nicht stattfand. Über den Stalinschen Terror, die

386 Das Dokument ist auch abgedruckt in Herman Weber, Ulrich Mähler: Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953. 2. Aufl. Paderborn 2001. S. 601ff.

387 Vgl. u. a. Feliks Tych: Versuch eines Kollektivporträts polnischer Kommunisten. In: Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Hrsg. v. Michael Buckmiller u. Klaus Meschkat. Berlin 2007. S. 93ff. Zur Problematik auch der Hinweis in Neues Deutschland (8.12.2008). S. 8.

388 F. I. Firsow: „Säuberungen“ im Apparat der Komintern. In: Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und „Säuberungen“ in den Kommunistischen Parteien Europas seit den Dreißiger Jahren. Hrsg. v. Hermann Weber u. Dietrich Staritz. Berlin 1993. S. 37; Vgl. auch Bernhard H. Bayerlein: Vom Geflecht des Terrors zum Kartell des Todes. In: Kommunisten verfolgen Kommunisten, S. 103ff.

389 Vgl. Buckmiller, Meschkat, Biographisches Handbuch, S. 408ff. Zur Struktur der Komintern vgl. Bernhard H. Bayerlein: Das neue Babylon. Strukturen und Netzwerke der Kommunistischen Internationale und ihre Klassifizierung. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2004). S. 181–270; Vgl. auch Gabor Székely: Béla Kun, György Lucás, Imre Nagy und die Säuberungen in Moskau. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2008). S. 329ff. sowie Peter Huber: Überlebenschancen in den Chefetagen der Komintern. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2010). S. 163ff.

390 Vgl. Reinhard Müller: Der Fall des „Antikomintern-Blocks“ – vierter Moskauer Schauprozess? In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (1996). S. 187ff.; Vgl. auch Alexander Vatlin:

„Säuberungen“, gibt es inzwischen eine riesige Anzahl von Veröffentlichung, auf die verwiesen werden kann.³⁹¹ Auch im vorliegenden Band geben früher geheime Dokumente neue Einsichten (vgl. z. B. Dok. 384–393, 399–405). Hier nur einige Angaben über das Verhältnis der KPD zu den Prozessen.

Der erste der drei großen spektakulären Moskauer Schauprozesse gegen Sinowjew, Kamenev, I. N. Smirnov u. a. fand vom 19. bis 24. August 1936 statt. Neben berühmten Führern des Sowjetkommunismus standen in der Öffentlichkeit kaum bekannte Angeklagte vor Gericht. Der offizielle Bericht³⁹² gibt darüber Auskunft. In der darin abgedruckten Anklageschrift werden unter den 16 Angeklagten auch genannt: „Olberg, V. P., Berman-Jurin, K. B., Fritz David (Krugljanski, I. I.), M. Lurie und N. Lurie.“ Im Urteil (S. 180) werden fünf Personen beschrieben: „12. Fritz David, alias Krugljanski, Ilja-David Israilewitsch, geboren 1897, Angestellter. 13. Olberg, Valentin Pawlowitsch, geboren 1907, Angestellter; 14. Berman-Jurin, Konon Borissowitsch, alias Alexander Fomitsch, geboren 1901, Angestellter; 15. Lurie, Moisej Iljitsch, alias Emel, Alexander, geboren 1897, Angestellter; 16. Lurie, Natan Lasarewitsch, geboren 1901, Angestellter“

KPD-Funktionäre im 1. Schauprozess

Damit bestätigte dieser „Prozessbericht“, dass zwei führende Funktionäre der KPD bereits im Schauprozess 1936 (zum Tode) verurteilt wurden: Fritz David war Mitarbeiter des ZK, Parteiideologe, dessen Buch „Der Bankrott des Reformismus“, die KPD 1932 verbreitet hatte. In der sowjetischen Emigration, als engster Mitarbeiter Wilhelm Piecks, erarbeitete David 1935 wesentliche Teile des Entwurfs der Resolution der „Brüsseler Konferenz“ der KPD. Im Urteil wurde zudem die Identität M. Luries als zweiter führender KPD-Funktionär enthüllt: er war unter dem Namen Alexander Emel von 1929 bis 1931 stellvertretender Leiter der Abteilung Agitprop des ZK der KPD. In ihrer Schriftenreihe „Lehrbücher für den proletarischen Klassenkampf“ gab die KPD 1930 als Band 1 Emels „Leitfaden zur Geschichte der Arbeiterbewegung bis 1914“ heraus. Wegen „antibolschewistischer“ Auffassungen 1931 abgesetzt, arbeitete

Kaderpolitik und Säuberung in der Komintern. In: Weber, Mähler, Terror, S. 33ff. oder Fritz N. Platten: Vom Zürcher Regen in die Moskauer Traufe. In: Weber, Mähler, Terror, S. 167ff.

³⁹¹ Vgl. z. B. die zahlreichen Beiträge im Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung. Zum Forschungsstand u. a. Wladislaw Hedeler (Hrsg.): Stalinscher Terror 1934–1941. Berlin 2002, mit großen Literaturverzeichnis und kommentierten Personenregister; Hermann Weber, Ulrich Mähler (Hrsg.): Verbrechen im Namen der Idee. Terror im Kommunismus 1936–1938. Berlin 2007; Helmut Dahmer: Die Moskauer Prozesse 1936–1938 und Stalins Massenterror. Berlin 2008.

³⁹² Prozessbericht über die Strafsache des trotzkistisch-sinowjewistischen terroristischen Zentrums: Verhandelt vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes der UdSSR, 19.–24. August 1936. Moskau 1936.

er aber Ende 1932 wieder in der Agitprop-Abteilung. David und Emel waren also am Ende der Weimarer Republik wichtige Ideologen der KPD.

Der dritte angeklagte KPD-Funktionär, Berman-Jurin, war in Deutschland als „Hans Stauer“ tätig, was aber 1936 unerwähnt blieb. Er arbeitete von 1929 bis 1933 als Agitpropsekretär in der Berliner KPD. Ein vierter Angeklagter, Valentin Olberg, wirkte bis 1933 ebenfalls in Deutschland, aber nicht in der KPD, sondern – offensichtlich im Auftrag des sowjetischen Geheimdienstes, – in linkskommunistischen Gruppen.³⁹³ Der fünfte Angeklagte, der Arzt N. Lurie, besaß in den 1920er Jahren keine so hohe Funktion in der KPD wie sein Namensvetter, war aber in der Partei aktiv, bis er 1932 in die UdSSR übersiedelte. Das wurde im Prozess nicht erwähnt, sondern erst bei der Rehabilitierung aller 16 Angeklagten im Juni 1988 vom Obersten Gerichte der UdSSR.³⁹⁴ Diese Angeklagten sollten „beweisen“, dass Trotzki vom Ausland aus „Terrorakte in der Sowjetunion“ plante, und zwar in Zusammenarbeit mit den „deutschen Faschisten“. Die Anklageschrift behauptete: „Fritz David (Krugljanski, I. I.) hat ausgesagt: „Trotzki, der mir den Vorschlag machte, nach der UdSSR zu fahren, um Stalin zu ermorden, empfahl mir (...) äußerlich auf der Linie des ZK der KPD zu bleiben.“ Fritz David „gestand“, dass er Stalin auf dem VII. Weltkongress der Komintern (an dem er noch an der Seite von Wilhelm Pieck teilnahm) ermorden wollte, es sei ihm aber nicht gelungen, an Stalin „heranzukommen“. In Vyšinskijs Plädoyer hieß es: „Fritz David und Berman-Jurin führten mit Trotzki Gespräche über die Ermordung Stalins: Sie empfangen von Trotzki den Auftrag dazu und unternahmen eine Reihe praktischer Schritte, um diesen Auftrag durchzuführen. Genügt dies etwa nicht, um die schwerste Strafe zu verhängen, die unser Gesetz vorsieht – die Erschießung?“

Die Inszenierung des Schauprozesses von 1936 (wie auch der folgenden Tribunale) wurde von Staatsanwalt Vyšinskij unter Anleitung des Politbüros der KPdSU und der NKWD-Führung vorbereitet, wobei Stalin direkt bestimmte.³⁹⁵ „Mit Wissen und Erlaubnis Stalins wandten die Organe des NKWD den Verhafteten gegenüber weitgehend physische Gewalt, Erpressung, Provokation und Betrug an und im Ergebnis dessen kamen falsche Aussagen (...) zustande“, stellte schon 1957 bei den ersten Rehabilitierungen das Oberste Gericht der UdSSR fest.³⁹⁶ Diese Praktiken galten für

³⁹³ Vgl. dazu Leo Sedow: Rotbuch über den Moskauer Prozeß 1936. Trotzki's Sohn klagt an. 4. Aufl. Frankfurt/M. 1988. S. 34f.; Vgl. zum Prozess auch Fred Schrader: Der Moskauer Prozess 1936. Frankfurt/M. 1995; Anatolij Iwanow: Logik des Alptraums. Berlin 1995.

³⁹⁴ Vgl. Schauprozesse unter Stalin 1932–1952. Zustandekommen, Hintergründe, Opfer. Aus dem Russischen. Mit einem Vorwort von Horst Schützler. Berlin 1990. In diesem Band sind Einzelheiten aus den Schauprozessen und Rehabilitierungen enthalten.

³⁹⁵ Vgl. Wladislaw Hedeler: Szenarien des Großen Terrors. In: Moskau 1938. Szenarien des Großen Terrors. Die Vorbereitung der Moskauer Prozesse durch das Politbüro der KPdSU (B) und die Führung des NKWD. Hrsg. v. Klaus Kinner. Leipzig 1999; Ders.: Chronik der Moskauer Schauprozesse 1936, 1937 und 1938. Planung, Inszenierung und Wirkung. Berlin 2003.

³⁹⁶ Schauprozesse unter Stalin, S. 283.

alle Verfahren und damit 1936 auch gegen die Angeklagten aus der KPD (vgl. auch Dok. 386, 387, 391).

Auch frühere KPD-Führer und Opponenten Stalins wurden daher im Prozess angegriffen und „belastet“. So hatte angeblich M. Lurie (Emel) seine „Aufträge“ von Ruth Fischer und Arkadij Maslow (vgl. auch Dok. 382), den Parteiführern von 1924, erhalten, ebenso wurden der ehemalige Preußische MdL Anton Grylewicz und Alfred Kuhnt vom AM-Apparat der KPD beschuldigt.³⁹⁷ In allen Plädoyers geiferte Vyšinskij: „Nicht Politiker, sondern eine Bande von Mördern und kriminellen Verbrechern, Diebe, die versuchten, Staatsgut zu stehlen – das stellt diese Kumpanei dar. (...) Ich fordere, daß diese tollgewordenen Hunde allesamt erschossen werden.“³⁹⁸ Nach solchen entwürdigenden Schmähungen wurden alle Angeklagten zum Tode verurteilt und erschossen.

Aufgrund seiner Kenntnisse und logischer Schlussfolgerungen hatte Leon Sedov im „Rotbuch“ über den Moskauer Prozess bereits 1936 die Konstruktionen der Anklage als haltloses stalinistisches Lügengebilde enthüllt, was auch das Oberste Sowjetische Gericht mit den Rehabilitierungen 1988 bestätigte.³⁹⁹ In der Weltöffentlichkeit aber gab es damals viele, die ihre Augen vor Tatsachen verschlossen und Stalins Lügen vertrauten, etwa der deutsche Schriftsteller Lion Feuchtwanger (Dok. 397, 403) oder der britische Kronanwalt D. N. Pritt, der 1936 schrieb: „Gericht, Staatsanwalt und Wache behandelten sie [die Angeklagten] mit Höflichkeit und Geduld.“ Pritt lobte sogar die „starke Schlußrede“ des Staatsanwalts Vyšinskij.⁴⁰⁰

Solche Personen wie David, Emel und Stauer hatten den stalinistischen deutschen Kommunismus mitgeprägt, doch die absurden Anschuldigungen gegen sie im Prozess waren verlogen. Die KPD-Führer, die wussten, dass ein Drittel der Angeklagten einst in ihrer Partei tätig gewesen war, distanzierten sich von den Angeklagten. Sie befürchteten, die „Entlarvung“ dieser „Agenten“ in Moskau könne als Beispiel von „Nicht-Wachsamkeit“ auf sie zurückfallen. Vor allem Pieck war durch den „Fall David“ aufs „schwerste betroffen“, war dieser doch seine „rechte Hand“ gewesen.⁴⁰¹ So reihte sich die KPD-Spitze in den Chor der Schimpfkanonaden gegen die verurteilten bisherigen Genossen ein. Die KPD-Führung erklärte: „Das vom Sowjetgericht gefällte Todesurteil und seine Vollstreckung ist die verdiente Strafe für die unerhörten Verbrechen dieser Banditen. Es gilt, alle noch vorhandenen Überreste des Gesindels unschädlich zu machen.“

Da als einzige Ausländer im Prozess fünf KPD-Funktionäre angeklagt waren, folgte die Selbstkritik: „Unter den im Moskauer Gerichtsprozeß entlarvten Mord-

³⁹⁷ Prozessbericht über die Strafsache 1936, S. 93ff. Zu den Personen wieder Weber, Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 249, 329, 513, 579.

³⁹⁸ Prozessbericht über die Strafsache 1936, S. 167.

³⁹⁹ Schauprozesse unter Stalin.

⁴⁰⁰ Der Sinowjew-Prozeß. Von Kronanwalt D. N. Pritt, Mitglied des Englischen Unterhauses. Reichenberg o. J. (1936). S. 17.

⁴⁰¹ Vgl. den Brief Piecks an Florin in: In den Fängen des NKWD. Berlin 1991. S. 275ff.

banditen befinden sich auch Leute, denen es infolge unserer absolut ungenügenden Wachsamkeit gelungen ist, sich in die Reihen der Kommunistischen Partei Deutschlands einzuschleichen und die es verstanden die Partei über ihre konterrevolutionäre Tätigkeit zu täuschen. Einer davon, der abgefeimte trotzkistische Schurke Fritz David, der nach seinem ins einzelne gehende Geständnis im persönlichen Auftrag Trotzki die Ermordung des uns teuersten Menschen, unseres großen Lehrers und Führers, des Genossen Stalin, während seiner Anwesenheit auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale durchführen wollte, gelang es sogar, sich das Vertrauen führender Genossen der KPD zu erschleichen, um unter dieser Deckung seine Mordtat ausführen zu können.“ Und auf die Selbstkritik folgte erneut die Lobpreisung Stalins, dem sich die KPD-Führer nun noch mehr unterwarfen: „Schließt enger die Reihen um die Sowjetunion, das Land des Sozialismus und des Friedens, um seinen genialen Lenker, den Freund und Führer der um Freiheit und Glück kämpfenden Werktätigen der ganzen Welt, um unseren großen Stalin! 25. August 1936“.⁴⁰²

Verfolgungen 1937

Nur fünf Monate nach dem ersten Schauprozess fand der zweite in Moskau statt (Dok. 400). Als „sowjetfeindliches trotzkistisches Zentrum“ standen vom 23. bis 30. Januar 1937 Pjatakow, Radek, Sokol'nikov, Muralov, insgesamt 17 Altbolschewiki, ehemalige Führer und Funktionäre der KP Russlands, vor Gericht.⁴⁰³ Unter diesen Angeklagten befand sich kein Funktionär der KPD. „Zuständig“ für die deutsche Partei war aber einst jahrelang Karl Radek gewesen.

Welche Verbindungen Radek zur KPD nach 1924 und seinem Ausschluss aus dem ZK der KPdSU wegen seines Bekenntnis zu Trotzki hatte, ist nicht bekannt. Als er 1929 vor Stalin kapitulierte, bestanden keine Kontakte mehr zu Trotzki. Radek war dann von 1932 bis zu seiner Verhaftung 1936 Leiter des Büros für Internationale Informationen des ZK und Agitator des Stalinismus. Ihm hielt der Staatsanwalt Vyšinskij im Prozess 1937 geradezu genüsslich vor, dass er 1935 vor dem Sinowjew-Prozess im ZK-Organ „Bolschewik“ von der „trotzkistisch-sinowjewistischen faschistischen Bande“ geschrieben hatte. Radek forderte 1935: „Vernichtet dieses Geschmeiß“.⁴⁰⁴ Nun stand er selbst vor Gericht. Alle Anklagepunkte gegen ihn waren ebenso aus der Luft gegriffen wie die gegen die anderen Altbolschewiken. Immerhin ertrug er zweieinhalb Monate Haft, ehe er „gestand“, der bekannte Trotzkist Muralov gab erst nach sieben-

⁴⁰² Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung (1936). Basel. Heft 42. S.1782ff.

⁴⁰³ Vgl. Prozessbericht über die Strafsache des sowjetfeindlichen trotzkistischen Zentrums. Verhandelt vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes der UdSSR, vom 23.–30. Januar 1937. Moskau 1937; Vgl. auch Wadim S. Rogonow: 1937. Jahr des Terrors. Essen 1998; Sowie Why did they „Confess“? A Study of the Radek-Pjatakow Trial. New York o. J. (1937).

⁴⁰⁴ Prozessbericht 1937, S. 529.

einhalb Monaten Folter auf.⁴⁰⁵ Der Schauprozess von 1937 folgte der üblichen Regie: wieder dienten erpresste, absurde Geständnisse als einziger Beweis für die angebliche Spionage und die „Vorbereitung terroristischer Akte“, d. h. Mordanschläge gegen Stalin und seine „Mitstreiter“.

Unter den emigrierten deutschen Kommunisten in der Sowjetunion brachte das Jahr 1937 den schlimmsten Aderlass. Es war ohnehin der fürchterliche „Gipfel“ der Säuberungen. Darüber gibt es umfangreiche Untersuchungen, auf die verwiesen werden kann.⁴⁰⁶ Ebenso sind in diesem Band Dokumente zu finden (vgl. Dok. 399–405, 413, 414, 418–430). Inzwischen ist belegt, dass auch Familienangehörige der Opfer Verfolgungen ausgesetzt waren.⁴⁰⁷

Die Angst, die im „Großen Terror“ in der Sowjetunion herrschte, gab es natürlich ebenso in den Kreisen der deutschen kommunistischen Emigranten. Das sich überschlagende Bekenntnis der Exil-KPD zu Stalin und seine Glorifizierung hatte vielfältige Gründe, etwa die Unterordnung unter die Komintern, und entsprang zugleich Angst. Wie schon 1936 machte die KPD-Führung sofort nach dem Schauprozess vom Januar 1937 ihren Kotau vor Stalin: „Im Namen des antifaschistischen Deutschlands sprechen wir unsere volle Übereinstimmung mit dem Urteil des Militärkollegiums des Obersten Gerichtshofes der Sowjetunion gegen die trotzkistische Verbrecherbande von Arbeitermördern und Vaterlandsverrättern aus. Wir bringen unsere engste, brüderlichste Verbundenheit mit dem großen Sowjetvolk und seiner bolschewistischen Führung der Partei Lenins und Stalins, mit dem Rufe zum Ausdruck: Es lebe der große Führer, Lehrer und Freund des gesamten werktätigen Volkes! Es lebe unser Stalin! 1. Februar 1937“.⁴⁰⁸

405 Schauprozesse unter Stalin, S. 190.

406 Vgl. z. B. Wadim Rogowin: 1937 Jahr des Terrors. Essen 1998; Hermann Weber: „Weiße Flecken“ in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung. Frankfurt/M. 1989. 3. Aufl. Berlin 1990; In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinschen Terrors in der UdSSR. Berlin 1991; Wilhelm Mensing: Von der Ruhr in den Gulag. Opfer des Stalinschen Massenterrors aus dem Ruhrgebiet. Essen 2001; Reinhard Müller (Mitwirkung Natalija Mussijemko): „Wir kommen alle dran“. Säuberungen unter den deutschen Politemigranten in der Sowjetunion. In: Weber, Mählert, Terror, S. 121ff.; Ders.: Menschenfalle Moskau. Exil und stalinistische Verfolgung. Hamburg 2001; Nikita Ochotin, Arsenie Roginski: Zur Geschichte der „deutschen Operation“ des NKWD 1937–1938. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2000/2001). S. 89ff.; Carola Tischler: Flucht in die Verfolgung. Deutsche Emigranten im sowjetischen Exil. Münster 1996; Ulla Plener, Natalia Mussienko: Verurteilt zur Höchststrafe: Tod durch Erschießen. Todesopfer aus Deutschland im Großen Terror in der Sowjetunion 1937/38. Berlin 2006; David Pike: Deutsche Schriftsteller im sowjetischen Exil 1933–1945. Frankfurt/M. 1981. S. 217ff.; Siegfried Bahne: Die Verfolgung deutscher Kommunisten im sowjetischen Exil. In: Hermann Weber, Dietrich Staritz: Kommunisten verfolgen Kommunisten. Berlin 1993. S. 236ff.

407 Vgl. Wladislaw Hedeler: Sippenhaft im „Großen Terror“ 1937/38. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2005). S. 81ff.; Meinhard Stark: „Ich muß sagen, wie es war“. Deutsche Frauen des Gulag. Berlin 1999; Vgl. auch Anna Larina Bucharina: Nun bin schon weit über zwanzig. Erinnerungen. Göttingen 1989. S. 13f.

408 Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung (1937). Heft 6. S. 254.

Der letzte große Moskauer Schauprozess 1938

Im März 1938 standen weitere 21 führende sowjetische Kommunisten als Mitglieder eines angeblichen „Blocks der Rechten und Trotzkisten“ vor dem Obersten Gericht, an ihrer Spitze Lenins bekannte Mitkämpfer Bucharin und Rykov (Tomskij hatte vorher Selbstmord verübt). Angeklagt war aber diesmal auch der frühere NKWD-Chef Jagoda, der die Säuberungen vor Ežov organisiert hatte. Die Anschuldigungen waren noch absurder als in den beiden vorherigen Prozessen. Den Angeklagten wurde neben Landesverrat, Spionage sowie Mordplänen an Stalin und seinen Komplizen, auch die Ermordung von Maxim Gorkij zugeschrieben. Bucharin u. a. hatten angeblich sogar Lenin umbringen wollen. Da die „Rechten“ bereits in den ersten Prozessen „belastet“ worden waren, bedurfte dieses Tribunal einer längeren Vorbereitung (Bucharin und Rykov befanden sich seit Februar 1937 in Haft). Stalin schaltete sich noch intensiver ein; er erteilte Anweisungen gegen seine früheren Mitstreiter Bucharin und Rykov.⁴⁰⁹

Schon am 27. Februar 1937 hatte eine spezielle Kommission zum „Fall Bucharin-Rykov“ getagt, in der über das Vorgehen abgestimmt wurde. Ežov forderte „Übergabe an das Militärgericht unter Anwendung der Höchststrafe – Tod durch Erschießen“. Ihm schlossen sich Budennyj, und Svernik an, aber auch Jakir, der selbst noch am 12. Juni 1937 zusammen mit den Militärs erschossen werden sollte. Etliche waren gegen die Todesstrafe, u. a. Chrusčev, Litvinov sowie Postyšev und Kossior, die später ebenfalls den Säuberungen zum Opfer fielen. Stalin wollte statt einer „Übergabe des Falls an das Gericht“, die „Übergabe des Falls an das NKWD“. Ihm stimmten Vorošilov und Molotov zu – und natürlich wurde so „beschlossen“.⁴¹⁰ Daraufhin wurden die Verhafteten ein Jahr lang für den Mammut-Prozess „präpariert“.

Die Prozessinszenierung nahm den bekannten Verlauf mit Selbstbezüglichungen und Beschimpfungen durch Vyšinskij. Doch am Anfang geschah scheinbar eine „Panne“ – ob eingeplant oder nicht. Krestinskij, einst Vorgänger Stalins als Generalsekretär der Partei, später einige Jahre Vertreter der UdSSR in Deutschland, der längst (1927) dem „Trotzkismus“ abgeschworen hatte und seit Mai 1937 inhaftiert war, verweigerte das „Geständnis“.⁴¹¹ Bereits am nächsten Tag „gestand“ Krestinskij jedoch ebenso wie alle seine 20 Mitangeklagten.⁴¹² Krestinskij war es dann auch, der fast beiläufig auf die KPD einging. Im Zusammenhang mit seinem Deutschland-Aufenthalt griff er den KPD-Führer Arkadi Maslow an, der angeblich von Trotzki finanziert worden sei; und auch über Reichswehr-General Seeckt berichtete Krestinskij.

⁴⁰⁹ Vgl. die genauen Angaben in Schauprozesse unter Stalin, S. 305ff.

⁴¹⁰ Schauprozesse unter Stalin, S. 346ff.

⁴¹¹ Prozessbericht über die Strafsache des Antisowjetischen Blocks der Rechten und Trotzkisten“, 2.–13. März 1938. Moskau 1938. S. 38ff.

⁴¹² Prozessbericht 1938, S. 173ff.

Ob die deutsch-russischen Beziehungen in einer „geschlossenen Sitzung“ behandelt wurden, geht aus dem gedruckten Prozess-Protokoll nicht hervor.⁴¹³ Selbst über Bucharins Arbeit als Komintern-Vorsitzender wurde nicht gesprochen. Die Komintern kam in allen drei Tribunalen nicht vor. Was auch von diesem letzten großen Schauprozess zu halten ist, wurde 50 Jahre später bei der Rehabilitierung Bucharins offiziell konstatiert: „Wie jetzt zweifelsfrei festgestellt werden konnte, war der Fall des ‚Antisowjetischen rechtstrotzkistischen Blocks‘ vollständig gefälscht und der Prozeß selbst von Stalin und seiner Umgebung inszeniert worden“.⁴¹⁴ Das gilt für alle Schauprozesse.

Die Angeklagten wurden zum Tode verurteilt und erschossen, nur der Alt-Trotzkist Rakovskij und der ehemalige Botschaftsrat Bessonov erhielten 20 bzw. 15 Jahre Haft, sie wurden aber später ebenfalls ermordet. Einige der 1938 Verurteilten, wie der Parteichef von Usbekistan, Ikramov, der von Belorussland, Šarangovič, und der Regierungschef von Usbekistan, Chodšaeve, sind bereits 1957 bzw. 1965 rehabilitiert worden, Bucharin und die übrigen (außer Jagoda) 1988. Verbindungen zur KPD spielten nur am Rande eine Rolle, doch wieder stimmte die KPD-Führung dem Urteil voll zu. „Die Kommunistische Internationale“ druckte das Urteil im April 1938 im Wortlaut ab. Die Legende: die „Zerschlagung der Verschwörung“ sei „ein Schlag gegen die faschistischen Kriegsbrandstifter“.⁴¹⁵

Außer den großen Schauprozessen gab es zahlreiche nicht-öffentliche, auch Geheimprozesse gegen kommunistische Funktionäre. Das spektakulärste Tribunal war das gegen bekannte führende Spitzen-Militärs. Auch deren „Geständnisse“ waren erpresst, ein hoher Offizier und ZK-Mitglied Gamarnik beging Selbstmord. Marschall Tuchačevskij und sieben weitere hohe und angesehene Offiziere, einige gehörten sogar dem ZK der KPdSU an, wurden in einer „geschlossenen“ Sitzung verurteilt. Alle acht Militärs wurden am 11. Juni 1937 zum Tode verurteilt und am 12. Juni hingerichtet. Dieser aufsehererregende Prozess, bei dem wiederum Stalin die Fäden zog,⁴¹⁶ ist in der Folgezeit in der ganzen Welt thematisiert worden. Das NKWD hat seinerzeit 40.000 Kommandeure und Offiziere umgebracht, die Rote Armee war „enthaupet“⁴¹⁷ (vgl. auch Dok. 418). Die ermordeten Angeklagten dieser sog. antisowjetischen trotzkistischen Militärorganisation wurden im Januar 1957 vom Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR rehabilitiert.

Für Komintern und KPD hatte dieser Prozess nur indirekte Bedeutung, denn als ein Hauptvorwurf gegen die Militärs galt deren enge Zusammenarbeit mit der deutschen Reichswehr, was angeblich Spionage für Deutschland war. Damit wurden

⁴¹³ Prozessbericht 1938, S. 675.

⁴¹⁴ Schauprozesse unter Stalin, S. 350.

⁴¹⁵ Die Kommunistische Internationale (1938). Heft 3/4. S. 233ff.

⁴¹⁶ Vgl. die genauen Angaben in Schauprozesse unter Stalin, S. 253ff.

⁴¹⁷ Vgl. z. B. Rudolf Ströbinger: Stalin enthaupet die Rote Armee. Der Fall Tuchatschewskij. Stuttgart 1990.

die Beziehungen zwischen beiden Armeen geradezu auf den Kopf gestellt. Schon während seiner Berliner Haft hatte Radek im Februar 1919 im Gefängnis nicht nur deutsche Industrielle „empfangen“, sondern auch Reichswehroffiziere. Aus diesen Anfängen entstand dann das „Bündnis“, das die gesamte Moskauer Führung verantwortete und das die stalinisierte KPD in der Weimarer Republik begrüßte. Doch nun gab das ZK der KPD (unterschrieben von Wilhelm Pieck) auch zu diesem Prozess eine „Erklärung“ ab: „Die Aufdeckung dieses abscheulichen Verrats und die Hinrichtung der trotzkistisch-faschistischen Verräter zeigt mit aller Eindringlichkeit von neuem die Notwendigkeit größter Wachsamkeit aller Antifaschisten gegen die faschistischen Spione und die trotzkistischen Gestapoagenten“. Der Text endete wie gewohnt mit: „heißen Grüßen“ an den „Genossen Stalin“.⁴¹⁸ Im Schauprozess vom März 1938 war erneut von geplanten Anschlägen auf das Leben Ežovs die Rede,⁴¹⁹ doch schon im April 1938 wurde der „Obersäuberer“ abgelöst und im Februar 1940 erschossen. Gegen Ende dieses Jahres ebten die Parteisäuberungen unter den Kommunisten ab, doch der Terror war keineswegs beendet.

Die deutschen kommunistischen Emigranten in der Sowjetunion waren von den NKWD-Repressalien schwer betroffen. Viele wurden dort verhaftet, ermordet oder gar an das faschistische Deutschland ausgeliefert. In einem Bericht von Ende April 1938 hieß es über die deutschen Kommunisten in der UdSSR: „Man kann sagen, daß über 70 % der Mitglieder der KPD verhaftet sind.“ Wenn es so weitergehe, „so bleibt in drei Monaten kein einziges deutsches Parteimitglied mehr übrig“ (vgl. Dok. 439).⁴²⁰

Eindeutig ist die Verantwortung Stalins und seiner engsten Umgebung, insbesondere der jeweiligen NKWD-Führung unter Ežov. Wie weit reichte der Einfluss der KPD-Exilleiter in Moskau? Die „Begrüßung“ der Prozesse und der Säuberungen durch die Parteispitze um Pieck war ein Zeichen der absoluten Unterordnung der KPD unter Stalin. Ob und wie sie aber auf die Verfolgung deutscher Kommunisten je einwirken konnte, bleibt in der Literatur umstritten. Auch die hier abgedruckten Dokumente (vgl. für 1937/1938 Dok. 401, 404, 413, 419, 432, 438) bringen keine völlige Klarheit. Eine Feststellung scheint einleuchtend: „Die Einflussmöglichkeiten der KPD-Führung waren ziemlich gering.“⁴²¹ Allerdings: KPD-Leiter haben nicht nur die Ermordung ihrer Genossen bejubelt, wo Aussagen verlangt wurden, haben die KPD-Kader „Parteidisziplin“ gewahrt und sich auch gegenseitig beschuldigt. Abgrundtiefes Misstrauen prägte die Beschlüsse und Anordnungen der Komintern und der KPD, Angst und Argwohn die Haltung der Funktionäre. Alle wussten jetzt, was den „Abweichlern“, ja sogar immer „parteitreuen“ Genossen, in „Säuberungen“ blühen konnte, selbst gegen Ulbricht wurde ja „Material“ gesammelt (vgl. Dok. 452, 453). Und Moskaus Arme reichten weit, wie die Ermordung von „Trotzkisten“ in der westlichen

⁴¹⁸ Abgedruckt in In den Fängen des NKWD, S. 307f.

⁴¹⁹ Vgl. Prozessbericht 1938, S. 30, 73f.

⁴²⁰ Der Bericht Paul Jäkels wird öfter genannt, vgl. Tischler, Flucht, S. 100f.

⁴²¹ Tischler, Flucht, S. 108.

Welt bewies, bis hin zum Attentat auf Trotzki selbst 1940 in Mexiko oder auf Maslow 1941 in Kuba.⁴²² Die KPD-Führung verhielt sich meist still. Erst im April 1938 kümmerte sich Pieck um einige wenige Verfolgte (vgl. Dok. 437).

„Berner Konferenz“ der KPD 1939

Vom 30. Januar bis 1. Februar 1939 führte die KPD eine zweite Parteikonferenz in der Emigration durch. In der Nähe von Paris trafen sich 22 Parteiführer, darunter 10 ZK-Mitglieder unter Leitung von Wilhelm Pieck zur sog. „Berner“ Konferenz. Während auf der „Brüsseler“ Konferenz 1935 in Moskau auch Vertreter der Untergrundorganisationen aus Deutschland anwesend waren, kamen zur „Berner“ Konferenz in Frankreich nur noch Emigranten. Auch das zeigte, dass der organisierte Widerstand der KPD im Land zusammengebrochen war und erst 1941 nach dem Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion von einigen größeren Widerstandsgruppen neu belebt wurde. Die Partei war in Deutschland durch die Hitler-Diktatur zerschlagen und hunderte ihrer wichtigen Funktionäre in den Stalinschen Säuberungen ermordet worden.

Bei Konferenzbeginn teilte Pieck mit,⁴²³ drei Mitglieder des ZK von 1935 seien ausgeschlossen worden: Werner Kowalski und Willi Münzenberg, einer der wichtigsten Parteiführer der Weimarer Republik sowie Leo Flieg, die frühere „graue Eminenz“ der KPD, der während der Stalinschen Säuberungen verhaftet worden war und dann im März 1939 in der UdSSR ermordet wurde. Im Referat von Pieck, von den Diskussionsrednern und in der Resolution der Konferenz wurde abermals die Bildung der Einheits- und Volksfront gefordert. Außerdem verabschiedete die „Berner“ Konferenz ein Programm für eine „neue, demokratische Republik“. Darin verlangte die KPD: „Persönliche und politische Freiheit für alle Bürger ohne Unterschied der Herkunft, des Standes, der Rasse und der Religion; volle Glaubens- und Gewissensfreiheit; Freiheit der Organisationen, der Presse und Versammlung (...) Wiederherstellung des freien, gleichen und direkten Wahlrechts.“

Obwohl die verheerenden Parteisäuberungen allmählich abebbten, blieb der „Trotzkismus“ ein „Hauptfeind“. Die Delegierten „beschlossen“: „Jedes Mitglied der Partei muß die größte Wachsamkeit gegen das Eindringen der Gestapo, der Trotzkisten und aller anderen Parteifeinde in die Parteiorganisationen entfalten. Die Berner Konferenz ruft die gesamte Partei auf, alles zu tun, um die trotzkistischen Agenten des Faschismus vor dem werktätigen Volk zu entlarven und dort, wo sie sich in die Reihen der Antifaschisten eingeschlichen haben, zu vertreiben und unschädlich zu

⁴²² Vgl. Pierre Broué: Trotzki. Eine politische Biographie. Bd. 1 u. 2. Köln 2003; Ruth Fischer, Arkadij Maslow: Abtrünnig wider Willen. Hrsg. v. Peter Lübke. München 1990.

⁴²³ Die Berner Konferenz der KPD (30.1.–1.2.1939). Hrsg. u. eingeleitet v. Klaus Mammach. Berlin (Ost) 1974. S. 57. Die Resolution ist abgedruckt in Weber, Dokumente, S. 331ff.

machen.“ Die Delegierten forderten außerdem die „Verbesserung der Schulungsarbeit im Geiste von Marx-Engels-Lenin-Stalin“. ⁴²⁴

Die Berner Konferenz entsprach völlig der Kominternlinie, gerade was den „Trotzkismus“ betraf. Noch im August 1939 hieß es beispielsweise in einem Bericht über China: „Die Trotzlisten haben sich auch in China schon längst in gemeine, käufliche Agenten der faschistischen Spionagedienste, in Mörder und Volksfeinde verwandelt.“ ⁴²⁵ Allerdings hatte die „Berner“ Konferenz keine politische Bedeutung mehr. In Deutschland war der kommunistische Widerstand zusammengebrochen. In der Emigration hatten die blutigen Stalinschen Säuberungen große Verluste an Funktionären gekostet. Während des Spanischen Bürgerkriegs spielte die KPD in den „Internationalen Brigaden“ zwar eine Rolle, sie erlitt jedoch große Opfer. Wie die Komintern war auch ihre deutsche Sektion, die KPD, durch die Säuberungen als politische Kraft ausgeschaltet und konnte 1939 nur noch als Sprachrohr Stalins agieren.

Was blieb, war der abstoßende Personenkult um Stalin durch Komintern und KPD. Das EKKI erließ z. B. 1937, zum 20. Jahrestag der Oktoberrevolution, nicht etwa nur einen politischen „Aufruf“, sondern auch eine „Begrüßung“ an Stalin: „unser erster Gedanke, unser erstes Wort“ gelten ihm als „großen Führer, Organisator und Inspirator der Siege“, als „teurer, grenzenlos geliebter Führer, Freund und Lehrer“. ⁴²⁶ Und im März 1939 beim XVIII. Parteitag der KPdSU hatte Manuil'skij, als er den „Bericht der Delegation der KPdSU“ beim EKKI erstattete, sich unter stürmischem Beifall gläubig, fast bis zur „Heiligsprechung“ verstiegen: Die „Weltbourgeoisie“ werde geschlagen durch den „Genius der werktätigen Menschheit, Genosse Stalin“. ⁴²⁷ Die KPD-Führung faselte dies wenige Wochen nach ihrer „Berner Konferenz“ ebenso devot nach und war willens, jede Politik, die Stalin anordnete, bedingungslos mitzumachen. Die Exilkommunisten in Paris und erst recht in Moskau waren auf Stalin fixiert.

Die von Stalin inspirierte „Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang“, eine reine Lügenschrift, wurde 1938/1939 zur „Bibel“ der Stalinisten erklärt. Im August 1939 verlangte Philipp Dengel, einer der KPD-Führer in Moskau, sie zur Pflichtlektüre zu machen. Denn der „Kurze Lehrgang“ könne den Kommunisten, „die für die Einheits- und Volksfront gegen den Faschismus“ kämpften, beim „Sieg über den Faschismus“ helfen. ⁴²⁸ Auch Dengel, der auf der „Berner Konferenz“ wieder ins ZK gewählt worden war, musste wie seine Genossen schon wenige Wochen nach diesem Artikel radikal umschwenken. Mit dem Stalin-Hitler-Pakt, dann dem deutsch-sowjetischen Freundschaftspakt, lautete Stalins Befehl, nicht mehr gegen den Faschismus als Hauptfeind

⁴²⁴ In „Berner Konferenz“, ebda., umgefälscht in „Marx-Engels-Lenin (S. 145); Vgl. dazu Weber, Dokumente, S. 337.

⁴²⁵ Vgl. Die Kommunistische Internationale (10.8.1939). Heft 8. S. 931.

⁴²⁶ Die Kommunistische Internationale (1937). Heft 11/12. S. 24.

⁴²⁷ Die Kommunistische Internationale (25.5.1939). Sonderheft. S. 3, 83.

⁴²⁸ Die Kommunistische Internationale (10.8.1939). Heft 8. S. 957. Die nächste deutsche Nummer erschien erst wieder im Oktober, nach dem Stalin-Hitler-Pakt.

der Kommunisten zu kämpfen, sondern den Antifaschismus preiszugeben, ihn dem Pakt zu opfern.

1939–1943: Stalin-Hitler-Pakt, Deutscher Überfall und Auflösung der Komintern

Während des stalinistischen Terrors in der Sowjetunion, insbesondere von 1936 bis 1938, trafen die „Säuberungen“ die Komintern und einige Sektionen hart. Von diesem Aderlass konnten sie sich nicht mehr erholen.

Doch eine völlig verheerende Rolle spielte der deutsch-sowjetische Pakt vom August 1939. Die von Moskau geleitete „Weltpartei der Revolution“ war längst zum Instrument der Stalinschen Innen- und Außenpolitik geworden. Dieser musste sich die Komintern auch vom Pakt-Abschluss im August 1939 an bis zum deutschen Überfall auf die UdSSR im Juni 1941 unterordnen. In diesen „dunklen Jahren“ der Komintern, zur Zeit des Nichtangriffs- und Freundschaftsvertrages der Diktatoren einschließlich des geheimen Zusatzabkommens, hatten Kommunisten den Stalin-Hitler-Pakt zu verteidigen. Sie mussten ihre Politik den geänderten, fast freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und dem barbarischen Nationalsozialismus anpassen.

Stalin verfolgte seine außenpolitischen Ziele nicht zuletzt über die Komintern und die kommunistischen Parteien sowie sympathisierende Strömungen und Persönlichkeiten. Unter diesem Aspekt ist das Verhalten der Komintern in der Zeit zwischen dem Stalin-Hitler-Pakt 1939, dem Beginn des Zweiten Weltkriegs und dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion 1941 von Interesse. Dies ist jetzt detaillierter erforscht im Band „Der Verräter, Stalin, bist Du!“⁴²⁹. Darauf ist ebenso zu verweisen wie auf die zahlreichen hier abgedruckten Dokumente (vgl. z. B. 457, 462, 464, 480, 485, 489a). Die Einleitung kann sich daher auf einige Gesichtspunkte der Beziehungen zwischen Moskau und der KPD beschränken.

Nicht nur für die sowjetische Außenpolitik, sondern auch für die Komintern bedeutete der Pakt die Beendigung der Ära des Antifaschismus der Kommunisten. Die seit 1935 gültige These, der Hauptfeind Hitler müsse von einer „Volksfront“ gemeinsam mit den demokratischen Staaten, den bürgerlichen Kräften und den Sozialdemokraten bekämpft werden, wurde verworfen. Diese Politik war – so etwa Molotov am 31. Oktober 1939 – überholt: „Einige alte Formeln [d. h. der Antifaschismus, Hitler als Hauptfeind] von denen wir unlängst Gebrauch gemacht haben und an die sich viele so sehr gewöhnt haben“, seien „veraltet und heute unanwendbar“.⁴³⁰ Solche zynischen Aussagen entsprachen ganz den Hinweisen Stalins gegenüber Dimitrov

⁴²⁹ Bayerlein, Verräter.

⁴³⁰ Vgl. Bayerlein, Verräter, S. 176f.; Weber, Kommunistische Internationale, S. 315ff. Auch abgedruckt in Die Kommunistische Internationale (November 1939). XX. Jg. Heft 11. (Stockholm). S. 1126f.

zu seinen Kriegszielen.⁴³¹ Sie signalisierten den Bruch mit dem Antifaschismus. Nun wurden England, Frankreich und dann die USA, aber in erster Linie (wie von 1929 bis 1934) die Sozialdemokratie als „Hauptfeind“ angegriffen. Das NS-Regime galt als ein „Feind zweiter Klasse“, entsprechend dem Freundschaftsvertrag vom September 1939 war Hitler wohlwollend zu behandeln.

Im Gefolge des Stalin-Hitler-Paktes vom August 1939 wurde die Generallinie der Komintern radikal geändert. Wie weit die Verbiegungen der Komintern-Strategie und –Taktik sowie die Anpassung ihrer Sektionen reichten, das ist in vollem Ausmaß erstmals in der erwähnten Quellenedition nachgewiesen. Dabei zeigt sich, dass es um viel mehr ging als nur um Propaganda gegen England und die Sozialdemokratie: Das Verbot aktiver militärischer oder politischer antifaschistischer Betätigung und Mobilisierung diente der Verunglimpfung aller Kräfte, die einen Krieg der Antifaschisten gegen Hitler für gerechtfertigt hielten. Die Dokumente im Band „Der Verräter, Stalin, bist Du!“ sowie im vorliegenden Band bestätigen das noch deutlicher.

England als Hauptgegner

Der Pakt schuf Verwirrung und Desorientierung in den kommunistischen Reihen und führte zur Isolierung der Kommunisten innerhalb der Arbeiterbewegung. Die gegen den Faschismus kämpfenden illegalen Kommunistischen Parteien gerieten in existenzielle Schwierigkeiten. In Deutschland ging die Widerstandsfähigkeit wegen des Paktes zurück, was sowohl die niedrigeren Zahlen der verbreiteten Druckschriften als auch das Ausmaß der Verhaftungen 1939/1940 belegen. Besonders spürbar war die Verstörung unter deutschen Emigranten wie bei illegalen Widerstandskämpfern. Die KPD, die als erste vom Hitler-Regime unterdrückt und zerschlagen wurde, hatte die größten Opfer im „antifaschistischen Widerstandskampf“ gebracht. Und nun sollte sie Stalins Pakt mit Hitler verteidigen. Ihre Exil-Führung sollte Stalins Politik durchsetzen.

Der Freundschaftspakt zwischen den Diktatoren Stalin und Hitler von 1939 bis 1941 brachte die deutschen Kommunisten und ihren Widerstand in eine verzweifelte Lage. Denn als die Komintern verkündete, England und Frankreich seien schlimmer als Nazi-Deutschland, musste auch die KPD ihren bisherigen Kurs aufgeben. Dadurch gerieten die Überreste ihres illegalen Widerstands in eine ebenso tragische Situation wie die Emigranten: jeder, der die Stalin-Hitler-Freundschaft kritisierte, flog aus der Partei und geriet damit in eine gefährvolle Isolation. Die Schwierigkeiten der KPD-Exilleitung und die Haltung der Kominternführung dazu gehen aus einigen Dokumenten hervor (vgl. z. B. 461, 462, 464, 471).

⁴³¹ Bayerlein, Verräter, S. 124ff.; Vgl. auch Krisztián Ungváry: Die Weisungen der Komintern nach dem Molotov-Ribbentrop-Pakt an die kommunistischen Parteien am 30. Dezember 1939. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2010). S. 267ff.

Den Nichtangriffspakt, das geheime Zusatzabkommen sowie den Freundschaftsvertrag als Teil der sowjetischen bzw. deutschen Außenpolitik haben Historiker umfassend erörtert. Zuletzt hat Lev Besymenskij die Politik der beiden Diktatoren, ihr „Pokerspiel“, anhand bisher verschlossener Quellen im ersten Band dieser Reihe ausführlich behandelt.⁴³² Das geheime Zusatzprotokoll sowie seine Entstehungs- und Wirkungsgeschichte sind ebenfalls genauer untersucht.⁴³³ Daher war es wichtig, auch die Komintern in die Betrachtung einzubeziehen, wie es nun hier geschieht. Nach außen, z. B. im Organ „Die Kommunistische Internationale“, erklärten die Stalinisten bei Kriegsausbruch zunächst noch alle Seiten zu „Kriegsverbrechern“: „Die imperialistischen Kriegsbrandstifter in Deutschland und England, in Frankreich und Polen“ haben den „imperialistischen Krieg entfesselt“. Und noch wurde, etwa von Florin, gefordert: „Kampf den Kriegsverbrechern in Berlin wie in London und Paris.“⁴³⁴

In ihren Veröffentlichungen versuchte die Komintern bis Ende 1939, das Thema „Friedensmacht Sowjetunion“ in den Vordergrund zu rücken. Das EKKI lobte z. B. im November den „Abschluss des Nichtangriffspaktes mit Deutschland“ als „Friedenstat“. Weiterhin wurde die Sowjetunion, als „das Vaterland der Werktätigen aller Länder“ gefeiert⁴³⁵ (vgl. auch Dok. 457, 460).

Zugleich nahmen die Stalinisten im Dezember 1939 den 60. Geburtstag Stalins zum Anlass, ihn als „großen Führer“, „weisen Lehrer“ und „grenzenlos geliebten Freund der Werktätigen der ganzen Welt“, wie nun üblich, überschwänglich zu preisen. Dimitrov, Manuil'skij, Dolores Ibarruri und Ernst Fischer überboten sich im Personenkult⁴³⁶ und natürlich reihte sich dabei auch die KPD-Führung ein (Dok. 468). Wie die Anpassung der Komintern an die Linie, nicht mehr Deutschland, sondern England sei „Hauptfeind“ der Kommunisten, bereits 1939 intern stilisiert wurde, geht aus den Dokumenten im Band „Vom Ende der linken Solidarität“ zur Periode des Stalin-Hitler-Pakts ebenso hervor wie aus den hier abgedruckten Quellen. Damals wurde die KPD auch von der Komintern kritisiert (Dok. 467). Hilferufe von KPD-Funktionären (Sobottka) fanden kein Gehör (Dok. 469, 470).

Im Jahr 1940 wurde dann Hitler offen als kleineres Übel gegenüber den „Kriegsbrandstiftern“ in England dargestellt. Welche Auswirkungen das auf die KPD hatte, belegen die geheimen Dokumente (insbesondere 475, 477). Allerdings hatte die KPD-Erklärung vom 25. August 1939 (deren vollständiger Text erst seit 1989 vorliegt)⁴³⁷ nur

⁴³² Lew Besymenski: Stalin und Hitler. Das Pokerspiel der Diktatoren (Archive des Kommunismus. Pfade des XX. Jahrhunderts. 1). Berlin 2002 (Taschenbuchausg. 2004).

⁴³³ Jan Lipinsky: Das geheime Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtsanktionspakt vom 23. August 1939 und seine Entstehungs- und Rezeptionsgeschichte 1939 bis 1999. Frankfurt/Main 2004.

⁴³⁴ Die Kommunistische Internationale (Oktober 1939). XX. Jg. S. 1033, 1085.

⁴³⁵ Die Kommunistische Internationale (Oktober 1939). XX. Jg. S. 1107, 1111.

⁴³⁶ Die Kommunistische Internationale (Dezember 1939). XX. Jg. S. 1201ff., 1204ff.

⁴³⁷ Jan Foitzik: Die KPD und der Hitler-Stalin-Pakt. In: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte (1989). 37. Jg. 3. Heft. S. 499ff.

bedingt dem von Moskau vorgegebenen Kurs entsprochen. Zunächst waren alle Sektionen der Komintern durch den Pakt verunsichert. Viele Kommunisten⁴³⁸ und noch mehr ihrer Mitläufer waren anfangs entsetzt über den Stalin-Hitler-Pakt. Im September 1939 sprach es Willi Münzenberg deutlich aus: „Der Verräter, Stalin, bist Du!“ (Dok. 458).

Material über die Abwendung des EKKI und ihrer Sektionen vom Antifaschismus hin zu Angriffen gegen die „Kriegstreiber“ England, Frankreich und USA lieferten schon vor 1990 etliche Dokumentationen zur Komintern. Bereits in den sechziger Jahren ist sowohl von Theo Pirker als auch von mir⁴³⁹ die – bei aller Zustimmung zum Pakt – noch recht vorsichtig argumentierende Erklärung des ZK der KPD vom 25. August 1939 veröffentlicht worden, anderwärts der fast NS-freundliche Mai-Aufruf 1940.⁴⁴⁰

Das Abkommen wurde sogar in der krypto-kommunistischen „Neuen Weltbühne“ vom 31. August 1939 als „brutale Umkehrung“ der sowjetischen Politik verdammt. Die Zeitschrift forderte die Kommunisten auf, im kommenden Weltkrieg an der „Seite der Demokratie“ zu kämpfen. Dem musste die KPD-Führung widersprechen und stattdessen die Haltung Stalins propagieren: im „imperialistischen Weltkrieg“ sollten die Kommunisten ja gerade nicht die Demokraten gegen Hitler-Deutschland unterstützen, sondern in erster Linie die West-Alliierten bekämpfen. In der zentralisierten und disziplinierten Komintern schwenkten die meisten Funktionäre schon rasch um, denn wie seit der Stalinisierung üblich, galt der Kurs Moskaus und Stalins als Axiom. „Die Kommunistische Internationale“ verkündete im Januar 1940 offiziell, die „britischen Kriegsbrandstifter“ haben den „europäischen Krieg entfesselt“. England sei „unverhüllter Vorkämpfer der Weltreaktion“. „Damit aber ist der englische Imperialismus zum gefährlichen Kriegsbrandstifter und über die ganze Welt hin sichtbar zum Hauptfeind der internationalen Arbeiterklasse geworden.“⁴⁴¹

Im Maiaufruf des EKKI 1940 wurde die Tendenz beibehalten, zwar den Krieg als imperialistisch zu verdammen und, dabei mit England und Frankreich scharf ins Gericht zu gehen, Hitler-Deutschland aber zu schonen. Sorgsam wurde vermieden, den deutschen Imperialismus direkt zu nennen, um den Stalin-Hitler-Pakt nicht zu stören. Wieder verteidigte das EKKI als außenpolitisches Instrument der Sowjetregierung alle Schritte Stalins und die KPD-Führung hatte sich anzuschließen (vgl. Dok. 473, 480, 481). Selbstverständlich hatte die KPD wie die Komintern und ihre

⁴³⁸ Vgl. als Beispiel die früher unbekannte Reaktion von Hermann Duncker, Mitglied der ersten KPD-Zentrale: „Pfui Teufel! Ich habe eine solche Wendung für nie möglich gehalten. Dafür reicht mein Verstand nicht aus!“; Vgl. Heinz Deutschland: Aus Briefen Käte und Hermann Duncckers aus den Jahren 1939 bis 1947. In: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung (2005). S. 116.

⁴³⁹ Pirker, Utopie, S. 285ff.; Weber, Dokumente, S. 361ff.

⁴⁴⁰ Jane Degras: The Communist International. Documents. vol. III. London 1965. S. 462ff.; Weber, Kommunistische Internationale, S. 329ff.

⁴⁴¹ Vgl. Die Kommunistische Internationale (1940). XXI. Jg. Heft 1. S. 9ff.; Abgedruckt in Weber, Kommunistische Internationale, S. 323ff.

Sektionen im Sowjetisch-Finnischen Winterkrieg (November 1939 bis März 1940) die Position Moskaus voll unterstützt. Die Angriffe der Kommunisten gegen die Sozialdemokratie verschärften sich, weil diese den Überfall der Sowjetunion auf Finnland verurteilt hatte. Deshalb versuchten die Kommunisten wieder einmal, die sozialistische „verräterische Führerbande“ von den „ehrlichen sozialdemokratischen Arbeitern“ zu isolieren.⁴⁴²

Die hier abgedruckten Dokumente vom Juni 1940 (vgl. 476–478) belegen, dass die von der Komintern redigierten Beschlüsse der KPD nach dem Sieg der deutschen Truppen in Frankreich, der Besetzung Dänemarks, Norwegens, Belgiens und Hollands zwar gegen den Imperialismus argumentierten, aber Begriffe wie Faschismus oder Nazis nicht vorkamen. Indes ging die Hetzjagd gegen die Sozialdemokratie weiter. Allerdings erwies sich die „Anleitung“ des kommunistischen Widerstands in Deutschland durch EKKI und Führung der Exil-KPD in Moskau als immer weniger hilfreich. Der Personenkult um Stalin wurde ausschlaggebend und trieb seltsame Blüten. Beispiel einer geradezu absurden „Anleitung“ ist die Aufforderung Wilhelm Piecks an Wilhelm Knöchel vom 3. September 1940, Stalins Lebensbeschreibung (ein von Personenkult strotzendes Legendenmachwerk) abzuschreiben, den „Funktionären ins Land“ – Deutschland – zu geben und im Kleindruck herzustellen.⁴⁴³ Als ob die Kommunisten in Hitler-Deutschland keine anderen Sorgen gehabt hätten.

Phasen bis zum deutschen Überfall

In der ersten Phase 1939 wurde „der Antifaschismus“ verdrängt. Mit dem Kurswechsel in der zweiten Phase Anfang 1940 befahl Stalin der Komintern weitergehende Konzessionen an das Hitlerregime, also ganz im Sinne der neuen Linie, nicht Deutschland, sondern England als Hauptfeind der Sowjetunion anzusehen. Und nach dem deutschen Sieg über Frankreich 1940 gab es in einer dritten Phase einige Akzente gegen die „Vorherrschaft des deutschen Imperialismus“. Die Hinweise des EKKI (etwa an die KP Österreich oder die KP der ČSR), NS-Deutschland verfolge gar „kolonialistische Ziele“, scheinen in diesem Rahmen eher verwirrend, denn in der veröffentlichten und damit offiziellen Komintern-Politik wurde die Hitler-Diktatur weiterhin „geschont“.

Dies war Ausdruck der üblichen Doppeldeutigkeit, ja Doppelzüngigkeit des Stalinismus. Und das zeigt zugleich die oft übersehene, aber selbstverständliche Tatsache, dass Stalins Konzeptionen in der Praxis nicht immer „verwirklicht“ werden konnten, sie oftmals nicht Aktion, sondern nur Reaktion auf aktuelle Situationen waren. Im

⁴⁴² Die Kommunistische Internationale (1940). XXI. Jg. Heft 3–4. S. 195.

⁴⁴³ Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2001/2002). Berlin 2002. S. 348; Vgl. die Ausgabe des Machwerks, die sofort nach dem Krieg 1945 von der KPD verbreitet wurde. J. Stalin: Kurze Lebensbeschreibung. Berlin: Verlag Neuer Weg 1945. 79 Seiten; Dass. Berlin: Verlag der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland 1946. 72 S.

Jahr 1941 zeichnete sich eine neue Phase voller Zwiespältigkeit ab. Es änderte sich nichts an der Abhängigkeit der Kommunistischen Parteien, denn deren Wendungen erfolgten alle in Abstimmung mit Stalin, Molotov, Ždanov und Dimitrov. Und bis zum deutschen Überfall im Juni 1941 blieb die Generallinie nach außen konstant: Der Antifaschismus sei „überholt“.

Selbst kurz vor dem deutschen Angriff, als Stalin jeden konkreten Hinweis, der ihn erreichte, noch wegwischte, beharrte die Komintern auf der Parole, nicht NS-Deutschland, sondern England sei der Hauptfeind, oder aber dieses Problem wurde öffentlich gar nicht behandelt. Beispielsweise fand das offizielle Organ „Kommunistische Internationale“ den Ausweg, lediglich „sowjetische Erfolge“ zu melden. Das Mai-Heft 1941 (einen Monat vor dem deutschen Überfall ausgeliefert) brachte nur Artikel von Malenkov, Vosnessenskij und Žukov zu diesem Thema, außerdem zur „Unionskonferenz“ der KPdSU und über „Die Rote Armee – der treue Hüter der Errungenschaften des Sozialismus“. Dimitrov schrieb darin zum 70. Jahrestag der Pariser Kommune, also über ein historisches Ereignis. Nur ein Aufruf der Moskauer Exil-Leitung der KP Spaniens an die Arbeiter in Spanien, zu verhindern, „daß Spanien in den Krieg hineingerissen wird“, demonstrierte, dass die Komintern keine sowjetische, sondern eine internationale Bewegung sein sollte.⁴⁴⁴

Ein Blick in das Komintern-Organ in Schweden, „Die Welt“, vom 9. Mai 1941 vermittelt ein ähnliches Bild: England blieb weiterhin als Hauptfeind im Visier – im Leitartikel wurde Churchill angegriffen. Großen Platz nahmen Berichte über den 1. Mai „im Land des Sozialismus“ ein, die aktuelle Kriegslage wurde ebenfalls geschildert. Überraschend wirkte zunächst der längere Aufsatz „Solidarität mit den Opfern der Reaktion. Wir klagen an“. Darin wurde ein „Konzentrationslager“ beschrieben und die Forderung erhoben, „keine Minute zu vergessen, daß diese Helden befreit werden müssen“. Allerdings ging es hier nicht etwa um eines der Vernichtungs-KZs der Nazis, sondern um das französische Internierungslager Vernet. Zynismus? – Nein, Methode.

Ein Beitrag aus „Die Welt“ hatte sogar „gewagt“, den deutschen Einmarsch in Griechenland und Jugoslawien zu „rügen“. Dies geschah durch Abdruck eines kritischen Artikels gegen Deutschland, den angeblich (so der Vorspann der „Redaktion“) ein „Kenner politischer Meinungen und Bestrebungen im deutschen Volk“ verfasst hatte. Indes wurde der Text gebracht, „ohne sich im einzelnen“ mit den darin „entwickelten Gedankengängen identifizieren zu wollen“.⁴⁴⁵ Der deutsche Überfall auf Jugoslawien war für Stalins Politik ein schwerer Schlag. Am 31. März 1941 waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Jugoslawien abgebrochen worden, Moskau hingegen schloss am 5. April einen Freundschafts- und Nichtangriffsvertrag mit Jugoslawien. Doch als schon einen Tag später, am 6. April, die Wehrmacht in Jugoslawien einmarschierte, blieb Stalin nach außen wortlos. Auch das EKKI kniff öffentlich vor jeder Entlarvung des deutschen Imperialismus – bis zum 22. Juni 1941. Dagegen

⁴⁴⁴ Die Kommunistische Internationale (1941). XXII. Jg. Heft 4.

⁴⁴⁵ Die Welt (9.5.1941). Nr. 19. S. 588f.

wurde das faschistische Italien weniger sanft behandelt und dessen militärische Niederlagen genüsslich beschrieben.⁴⁴⁶ Über Deutschland wurde beispielsweise lediglich kritisch „Aus dem Leben der deutschen Frauen“ berichtet.⁴⁴⁷ Eine Ausnahme waren Beschuldigungen gegen „Fremdlinge“, die sich an den Arbeiter herandrängten und ihm erklärten, er sei gar kein Proletarier, sondern ein „Soldat der Arbeit“. Noch deutlicher: „Man kommt zu den Massen mit Rassenlehren.“ Doch dass damit nur das faschistische Deutschland gemeint sein konnte, wurde verschwiegen. Durch solche Ablenkung auf „anonyme“ Mächte sollte Hitler auch 1941 nicht gereizt werden. Im selben Artikel wurde freilich das „Häuflein Plutokraten“ verdammt, im Jargon der Nazis die britische Führung.⁴⁴⁸

Hauptfeind Sozialdemokratie

Da die Sozialdemokraten, wie die meisten Gegner Hitlers, seit Kriegsausbruch den Kampf der Demokratien gegen den Faschismus unterstützten und den Stalin-Hitler-Pakt heftig kritisierten, wurden sie wieder als „Hauptfeind“ der Kommunisten angegriffen. Die Sozialisten wurden als „Agenten“ der Bourgeoisie und „sozialdemokratische Lakaien“ der „englischen und französischen Kriegsbrandstifter“ diffamiert. Das EKKI rief zum „rücksichtslosen Kampfe gegen die Anführer der Sozialdemokratie, gegen verräterische Spitzen der II. Internationale“ auf.⁴⁴⁹ Im Gegensatz zu den Beschwörungen zur Einheits- und Volksfront, etwa auf der „Berner Konferenz“ der KPD im Januar 1939, attackierte die Spitze der KPD nun die Sozialdemokraten abermals rabiat.

Weithin Aufmerksamkeit erregte ein Artikel von Walter Ulbricht in der Kominternzeitung „Die Welt“ (Stockholm) im Februar 1940, der sich formal gegen einen Aufsatz des Sozialdemokraten Hilferding richtete. Ulbrichts entscheidender Satz lautete: „Wer gegen die Freundschaft des deutschen und des Sowjetvolkes [gemeint war der Hitler-Stalin-Pakt] intrigiert, ist ein Feind des deutschen Volkes und wird als Helfershelfer des englischen Imperialismus gebrandmarkt.“⁴⁵⁰ Die Sozialisten bewerteten diese erneuten Beschimpfungen durch einen bekannten KPD-Führer (der Artikel erschien unter seinem vollen Namen) als Ende der Solidarität bzw. als die Aufkündigung eines Grundkonsenses der deutschsprachigen politischen Emigration durch die Kommunisten.

⁴⁴⁶ Die Welt (7.2.1941). Nr. 6 oder Nr. 8 (21.2.1941). S. 236f.

⁴⁴⁷ Ebda., S. 252f.

⁴⁴⁸ Die Welt (7.2.1941). Nr. 6. S. 162.

⁴⁴⁹ Vgl. Die Kommunistische Internationale (Mai 1940). XXI. Jg. Heft 5. S. 2989ff.; Ungekürzt abgedruckt in Weber, Kommunistische Internationale, S. 329ff.

⁴⁵⁰ Die Welt (9.2.1940). Nr. 6. S. 135ff.; Abgedruckt in Weber, Dokumente, S. 364ff. und in Bayerlein, Der Verräter, S. 223f.

Im Jahr 1940 war das die allgemeine Linie der KPD. In der „Kommunistischen Internationale“ hatte Kurt Funk (d. i. Herbert Wehner) die Argumentation gegen Hilferding und die Sozialdemokraten schon im Januar vorgebracht und sogar von „im Solde des englischen Imperialismus Kriegshetze betreibenden ehemaligen Führern der deutschen Sozialdemokratie“ geschrieben.⁴⁵¹ Im Laufe des Jahres 1940 erfolgten die Angriffe der Komintern gegen die Sozialdemokratie noch hemmungsloser. So hieß es im August z. B. „Der Weg der gegenwärtigen Sozialdemokratie ist der Weg des schwärzesten Verrats und des niederträchtigsten Verbrechens an der Arbeiterklasse. (...) Die Sozialdemokratischen Führer spielen im Kampfe der Reaktion gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung eine führende Rolle. Sie haben freiwillig die Funktion des Gendarmen und Henkers übernommen.“⁴⁵² Das entsprach wieder der Stalinschen Sozialfaschismusthese der frühen dreißiger Jahre. Nur führten diesmal die Nazis einen Kampf um die Weltherrschaft. Da Moskau mit ihnen kooperierte, wandte sich auch die Komintern gegen die antifaschistischen Sozialdemokraten, die sich weiterhin für die Demokratie einsetzten. Die KPD-Emigration folgte also ganz der Linie Stalins und verteidigte den Stalin-Hitler-Pakt ohne jede Einschränkung.

Sowjetische Deutschlandpolitik 1940

Die großen Linien und etliche Einzelheiten der Komintern-Politik waren geläufig. Wie indes die politischen Stränge verliefen, wie die Anweisungen des EKKI für die Sektionen konkret aussahen oder wie sie die Politik der sowjetischen Freundschaft mit Hitler „umsetzten“, war nur bruchstückhaft bekannt. Ebenso unklar blieben viele Details der strategischen Ziele der Sowjetunion unter Stalin und deren Rückwirkung auf die internationale kommunistische Weltbewegung. Die hier publizierten Dokumente zeigen, wie sich die Komintern entsprechend der Außenpolitik Moskaus verhielt. Nachdem die deutsche Wehrmacht West- und Nordeuropa überrollt hatte, stand das EKKI vor dem Problem, die Sektionen gegen den deutschen Vormarsch zu formieren. Stalin wollte die offizielle Freundschaft zwischen Deutschland und der Sowjetunion von April bis September 1940 mit der „neuen Ausrichtung“ der Kommunistischen Parteien gegen den „deutschen Vormarsch in Europa“ verbinden. Das ist nun breit dokumentiert, es blieb gleichwohl ein „unmöglicher Spagat“⁴⁵³ (vgl. auch Dok. 475–479).

Im August 1940 sprach Molotov noch davon, der „Gang der Ereignisse“ habe die „Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland“ nicht gestört, der Pakt habe „Deutschland ruhige Gewissheit im Osten garantiert“. Und ausführlich beschrieb er den Zuwachs an Land und Bevölkerung der UdSSR durch die Einverleibung des

⁴⁵¹ Die Kommunistische Internationale (1940). XXI. Jg. Heft 1. S. 80ff.

⁴⁵² Die Welt (9.8.1940). Nr. 33. S. 947; Abgedruckt in Weber, Dokumente, S. 387.

⁴⁵³ Vgl. Bayerlein, Der Verräter, Teil IV, S. 264–400.

Baltikums und Bessarabiens.⁴⁵⁴ Da Molotovs Besuch in Berlin im November 1940 jedoch erfolglos verlief, deutete sich bereits eine schrittweise Verschlechterung der sowjetisch-deutschen Beziehungen an. Das zeigen einige Auszüge aus dem Geheimprotokoll über das Gespräch Hitlers mit Molotov am 15. November 1940 (deutsche Fassung): Hitler behauptete, während des russisch-finnischen Krieges habe Deutschland „peinlichst alle seine Verpflichtungen“ hinsichtlich einer absolut wohlwollenden Neutralität eingehalten. Molotov warf hier ein, „daß die russische Regierung an der Haltung Deutschlands in diesem Konflikt nichts auszusetzen gehabt hätte“. Molotov wies darauf hin, dass sich das Abkommen von 1939 auf eine bestimmte Etappe der Entwicklung bezogen habe, „die mit der Beendigung des Polenkrieges abgeschlossen wurde, während die zweite Etappe mit der Niederlage Frankreichs ihr Ende fand und man jetzt eigentlich in der dritten Etappe stehe. Er erinnerte daran, dass durch das ursprüngliche Abkommen mit dem Geheimprotokoll die gemeinsame deutsch-russische Grenze festgelegt und Fragen hinsichtlich der baltischen Anliegerstaaten, Rumäniens, Finnlands und Polens geregelt worden wären. Er stimme im Übrigen den Bemerkungen des Führers über die vorgenommenen Korrekturen zu. Wenn er jedoch eine Bilanz der sich nach der Niederlage Frankreichs ergebenden Situation zöge, so müsse er erklären, dass das deutsch-russische Abkommen nicht ohne Einfluß auf die großen deutschen Siege gewesen sei“. Russland habe weitere Forderungen zunächst auf die Nordbukowina beschränkt, „jedoch müsse Deutschland Verständnis für das russische Interesse an der Südbukowina haben. Auch hier hätte jedoch Rußland auf seine diesbezügliche Anfrage keine Antwort erhalten“. Deutschland habe das ganze Staatsgebiet Rumäniens garantiert, aber die russischen Wünsche bezüglich Südbukowina völlig übergangen.

„Der Führer erwiderte, daß es ein erhebliches Entgegenkommen von deutscher Seite bedeute, wenn überhaupt ein Teil der Bukowina von Rußland besetzt werden konnte. Nach einer mündlichen Abmachung sollten die ehemaligen österreichischen Gebiete in die deutsche Interessensphäre fallen. Im übrigen seien die zur russischen Zone gehörenden Gebiete namentlich erwähnt worden, wie z. B. Bessarabien. Von der Bukowina stehe jedoch kein Wort in den Abmachungen. Schließlich sei auch die genaue Bedeutung des Wortes ‚Einflusssphäre‘ nicht weiter definiert worden. Jedenfalls habe Deutschland hier nicht im geringsten gegen das Abkommen verstoßen. Auf den Einwand Molotovs, dass die Korrekturen bezüglich des litauischen Gebietszipfels und der Bukowina im Vergleich zu den Korrekturen, die Deutschland anderswo durch die Waffen vorgenommen habe, keine sehr große Bedeutung hätten, erwiderte der Führer, daß die sogenannten ‚Waffenkorrekturen‘ ja überhaupt nicht Gegenstand des Abkommens gewesen wären.“ Molotov beharrte jedoch darauf, dass die „beiden von Rußland gewünschten Korrekturen von verschwindender Bedeutung“ seien. Hitler erwiderte, „daß, wenn die deutsch-russische Zusammenarbeit in der Zukunft positive Ergebnisse zeitigen solle, die Sowjetregierung begreifen müsse, daß sich Deutschland

454 Die Kommunistische Internationale (1940). XXI. Jg. Heft 7–8. S. 458ff.

in einem Kampf auf Leben und Tod befinde, den es unter allen Umständen erfolgreich beenden wolle.“⁴⁵⁵

Dieses etwas ausführliche Gesprächszitat belegt ebenso wie die sich daran anschließenden Debatten über Bulgarien, Finnland und die türkischen Meerengen das wachsende Misstrauen Moskaus. Allerdings waren für Molotov die entscheidenden Fakten, nämlich die Vorbereitung des deutschen Überfalls auf die UdSSR (ab Juli 1940 „Plan Barbarossa“), ja noch verborgen. Wie das die geheimen Quellen der Komintern widerspiegeln, ist hier jetzt aus den Dokumenten zu ersehen (vgl. 480–487). Intern wie öffentlich blieb es jedoch dabei: Die Sozialdemokratie wurde von Moskau und dem EKKI als Hauptfeind angegriffen und zugleich behauptet, seit „Kriegsausbruch offenbarte sich der Sozialdemokratismus als imperialistische Kriegsideologie“.⁴⁵⁶

Pläne zur Komintern-Auflösung 1941

Die Auflösung der Komintern während des Zweiten Weltkriegs, die im Mai 1943 erfolgte, war vor allem eine Geste gegenüber den West-Alliierten. Sie wurde seinerzeit begründet mit der notwendigen Selbstständigkeit und Konsolidierung jeder einzelnen Sektion. Dass mit der gleichen Begründung schon 1941, also zwei Jahre zuvor, Pläne zur Auflösung der Komintern vorlagen und diese nur wegen des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion unterblieb, war kaum bekannt. Zwar erwähnt Luks, dass Stalin „mit dem Gedanken spielte“, die Komintern aufzulösen⁴⁵⁷, doch die Vorbereitungen dafür waren schon sehr konkret. Diese geheimen Maßnahmen sind den Tagebüchern Dimitrovs (von April bis Juni 1941) zu entnehmen.⁴⁵⁸ Dort heißt es am 20. April 1941:

„Es wurde auch auf meine Gesundheit getrunken. Aus diesem Anlaß sagte J[ossif] W[issarionowitsch] [Stalin]: Bei D[imitroff] in der Komintern treten Parteien aus (Anspielung auf die amerikanische Partei). Das ist nicht schlecht. Im Gegenteil, man sollte die Kommunistischen Parteien zu völlig eigenständigen Parteien machen anstatt zu Sektionen der KI. Sie müssen nationale kommunistische Parteien werden, mit verschiedenen Bezeichnungen – Arbeiterpartei, marxistische Partei usw. Der Name ist nicht wichtig. Wichtig ist, daß sie in ihrem Volk Fuß fassen und sich auf ihre eigenen spezifischen Aufgaben konzentrieren. Sie müssen ein kommunistisches Programm haben, müssen sich auf eine marxistische Analyse stützen, nicht immer

⁴⁵⁵ Andreas Hillgruber (Hrsg.): Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler. Vertrauliche Aufzeichnungen 1939–1941. München 1969. S. 178ff.

⁴⁵⁶ Die Kommunistische Internationale (1940). XXI. Jg. Heft 10. S. 680.

⁴⁵⁷ Leonid Luks: Geschichte Russlands und der Sowjetunion. Von Lenin bis Jelzin. Regensburg 2000. S. 387. Da Luks in seinem Buch leider keine genauen Quellenangaben macht, ist der Hinweis fast untergegangen.

⁴⁵⁸ Georgi Dimitroff: Tagebücher 1933–1945. 2 Bde. Hrsg. v. Bernhard H. Bayerlein. Berlin 2000; Bd. 1: S. 374ff.; Bd. 2 (Hrsg. v. Bernhard H. Bayerlein u. Wladislaw Hedeler): S. 194f.; Vgl. auch Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2000/2001). Berlin 2001. S. 339ff.

nach Moskau blicken, sondern die im jeweiligen Land anstehenden konkreten Aufgaben selbständig lösen... Vom Standpunkt des Behördeninteresses (der KI) mag das unangenehm sein, aber nicht diese Interessen sind ausschlagend! Unter den jetzigen Bedingungen erleichtert die Zugehörigkeit der kommunistischen Parteien zur Komintern es der Bourgeoisie, sie zu verfolgen, und begünstigt ihren Plan, sie von den Massen des eigenen Landes zu isolieren“. Und Dimitrov vermerkte zu dieser Stalin-Weisung vom April 1941: „Die Frage nach der Weiterexistenz der KI in nächster Zeit und nach neuen Formen der internationalen Verbindungen und der internationalen Arbeit unter den Bedingungen des Weltkrieges ist klar und deutlich gestellt worden“ (vgl. auch Dok. 489a).

Bereits einen Tag später, am 21. April, notierte er: „Habe Ercoli [Togliatti] und Maurice [Thorez] mit der Frage konfrontiert, ob das EKKI seine Tätigkeit als führende Instanz für die kommunistischen Parteien in der nächsten Zeit einstellen und den einzelnen kommunistischen Parteien völlige Selbständigkeit gewährt werden solle; ob man sie in wirkliche nationale Parteien der Kommunisten der einzelnen Länder umwandeln solle, die sich zwar von einem kommunistischen Programm leiten lassen, ihre konkreten Aufgaben aber auf ihre Weise lösen, den Verhältnissen in ihren Ländern entsprechend, und die selber Verantwortung für ihre Entscheidungen und ihr Handeln tragen. Anstelle des EKKI – ein Organ zur Information und zur ideologischen und politischen Unterstützung der kommunistischen Parteien. Beide meinten, diese Fragestellung sei im Grunde richtig und entspreche völlig der gegenwärtigen Situation der internationalen Arbeiterbewegung.“

Und im Mai 1941 ging es gezielt weiter. Dimitrovs Tagebuchaufzeichnungen registrieren,⁴⁵⁹ dass er am 12. Mai mit Manuil'skij darüber diskutiert hatte, wie der Beschluss zur Einstellung der Tätigkeit des EKKI begründet werden solle. Danach sprach er im ZK der KPdSU mit Ždanov über die Auflösung der Komintern: „Der Beschluß muß prinzipiell begründet sein, da man dem Ausland wie auch unseren sowjetischen Kommunisten gegenüber eine stichhaltige Erklärung für einen solchen Schritt liefern muß. Die Komintern hat eine große Geschichte, und plötzlich hört sie auf, als einheitliches internationales Zentrum zu existieren und zu handeln. In dem Beschluß müßte man im Voraus alle möglichen Schläge des Gegners in Betracht ziehen, z. B. daß es sich hierbei angeblich um ein Manöver handle oder die Kommunisten dem Internationalismus und der internationalen proletarischen Revolution abgeschworen hätten.“ „Die Sache“ sei indes „nicht eilig; man sollte sie nicht übereilen, sondern ernsthaft diskutieren und vorbereiten.“ Es gehe dabei um drei Fragen: „a) Wie soll man es prinzipiell begründen; b) auf wessen Initiative ist der Beschluß zu fassen; c) das Erbe der KI, wie geht es weiter?“

Die geplante Auflösung sollte mit Rücksicht auf außenpolitische Partner der Sowjetunion (wie üblich verschleiert) vorgenommen werden, d. h. 1941 zunächst noch Hitler-Deutschland. Bei Dimitrov liest sich das am 12. Mai 1941 so: „Auf jeden Fall

459 Dimitroff, Tagebücher 1933–1945, S. 386ff.

kann die kommunistische Bewegung mit diesem Schritt große Vorteile erreichen: a) alle Antikominternpakte verlieren ihre Grundlage; b) der größte Trumpf der Bourgeoisie wird hinfällig: daß nämlich die Kommunisten einem ausländischen Zentrum unterstünden und damit ‚Verräter‘ seien“ (vgl. Dok. 489a). Dass die Arbeit des EKKI dennoch wie gewohnt weitergehen sollte, belegen Dimitrovs Notizen, etwa vom 19. Juni 1941. „Protokoll Nr. 96 – Sekretariat des ZK [der KPdSU] – 18.6.1941. ‚Der Kostenvoranschlag der Ausgaben für 1941 wird angenommen: für die Geschäftsleitung des EKKI in der Höhe von 1.111.800 Rubel“⁴⁶⁰ (vgl. Dok. 484).

Drei Tage danach überfiel die deutsche Wehrmacht die Sowjetunion. Der „Kostenvoranschlag“, vor allem aber die Pläne zur Auflösung der Komintern waren obsolet. Erst zwei Jahre später, im Mai 1943, wurde die Tätigkeit der Komintern offiziell eingestellt. Und zwar mit der fast gleichen Begründung, wie sie schon den Geheimpapieren Dimitrovs von 1941 zu entnehmen ist,⁴⁶¹ doch galt das Signal diesmal nicht mehr Hitler-Deutschland, sondern den West-Alliierten.

Vom deutschen Überfall im Juni 1941 bis zur Kominternauflösung im Mai 1943

Im vorliegenden Band werden nicht allein die „dunklen Jahre“ des internationalen Kommunismus in der Zeit des Stalin-Hitler-Pakts dokumentiert, sondern auch Ereignisse nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion 1941. Bekanntlich vollzog die Komintern abermals eine absolute Wendung. Nun wurde der Weltkrieg vom „imperialistischen Krieg“ insbesondere Englands in einen Befreiungskrieg der Sowjetunion umgedeutet, aber jetzt zusammen mit den westlichen Demokratien gegen den deutschen Faschismus. Dies entsprach der Realität und damit wurde der „Antifaschismus“ als zentrales Vokabular wieder in die Strategie der Komintern aufgenommen, allerdings gezielt im Rahmen der Konzeption eines „Vaterländischen Krieges“ der UdSSR.

Dieser erneute Umschwung verdeutlicht, dass die Komintern einzig die Interessen der Sowjetunion Stalins vertreten wollte und sollte. Zumindest ab Ende der 1920er Jahre waren allein Moskaus Ziele ausschlaggebend und durch die Stalinisierung der eingeebte straffe Zentralismus des Kommunismus weltweit erreicht. Richtig bleibt zudem, dass die Kommunisten erst nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in die Sowjetunion im Juni 1941 zum international gewaltsamen Widerstand gegen das NS-Regime übergingen.

Für die deutschen Kommunisten gab es wieder „klare Fronten“. Bereits am 1. Juli 1941 befahl Dimitrov für die Komintern und Pieck namens der KPD deutschen Funktionären in Westeuropa, nach Deutschland zurückzukehren. Sie sollten dort den ille-

⁴⁶⁰ Dimitroff, Tagebücher 1933–1945, S. 391.

⁴⁶¹ Vgl. Weber, Kommunistische Internationale, S. 344.

galen kommunistischen Widerstand organisieren, darunter auch „Gruppen für spezielle Tätigkeit und Zersetzungsarbeit“, also Sabotageaktionen (vgl. auch Dok. 492, 493, 517). Dem ZK-Mitglied Wilhelm Knöchel gelang es, eine Widerstandsgruppe im Ruhrgebiet zu schaffen. Sein Versuch, in Berlin eine Inlandsleitung der KPD aufzubauen, scheiterte jedoch. Er wurde im Januar 1942 in Berlin verhaftet und die Gruppe rasch zerschlagen. Sie hatte als einziger Widerstandskreis Verbindung zum EKKI und verbreitete die sowjetische Linie in illegalen Zeitungen.⁴⁶²

Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion bildeten sich größere eigenständige kommunistische Widerstandsgruppen z. B. in Sachsen, Thüringen, Berlin, Hamburg und Mannheim. Die Arbeit dieser Illegalen in Deutschland entsprach nur teilweise der Politik Stalins (vor allem die Schumann-Gruppe in Leipzig vertrat andere Konzeptionen. Sie schrieb z. B. noch 1944 vom „imperialistischen“ Weltkrieg).⁴⁶³ Diese Kommunisten kämpften unabhängig vom Rumpf-ZK der Exil-KPD in Moskau, das sich wie immer den sowjetischen Anweisungen unterordnete. Dagegen knüpften die illegalen Widerständler vielfach an die Tradition der KPD vor 1933 an. Da es der Gestapo gelang, alle Gruppen in Deutschland zu zerschlagen, wurden die meisten Aktivisten aber noch vor Kriegsende ermordet.⁴⁶⁴

Der Überfall der deutschen Wehrmacht im Juni 1941 löste bald eine neue Unterdrückungswelle gegen Deutsche in der Sowjetunion aus. Die wolgadeutsche Sowjetrepublik wurde aufgelöst und deren Bevölkerung einschließlich der Kommunisten verbannt. Selbst führende deutsche Kommunisten wurden aus Moskau evakuiert, Exilanten mussten in „Arbeitsarmeen“ schuften. Etliche sollten 1942 wieder zum Partei-Einsatz zurückkehren (Dok. 508). Nachdem die Sowjetunion zu Beginn des deutschen Einmarsches durch Stalins Mitschuld fast besiegt worden war, bemühte sich die Führung der KPdSU mit dem Aufruf zum „Großen Vaterländischen Krieg“ umzusteuern und alle Reserven zu mobilisieren. Deutsche Exilanten wurden beauftragt, mit Frontpropaganda und späteren Einsätzen hinter den Linien der Wehrmacht die Truppen zu zersetzen. Früh wurde versucht, gefangene deutsche Offiziere gegen Hitler zu gewinnen. Die KPD wurde auch bei der „antifaschistischen Umschulung“ von Kriegsgefangenen herangezogen (Dok. 495, 498, 515). Nach der Auflösung der Komintern gründeten dann im Juli 1943 deutsche Kommunisten, Wehrmachtssoldaten und -offiziere das „Nationalkomitee Freies Deutschland“, das sogar die reaktionären Farben schwarz-weiß-rot zum Symbol gegen das NS-Regime machte.

Durch die Wandlung der Komintern-Politik vom Antifaschismus zunächst zur deklamatorischen Unterstützung Hitlers gegen England 1939 und dann 1941 die

⁴⁶² Vgl. Bayerlein, Verräter; Beatrix Herlemann: Auf verlorenem Posten. Kommunistischer Widerstand im Zweiten Weltkrieg. Die Knöchel-Organisation. Bonn 1986.

⁴⁶³ Vgl. Weber, Dokumente, S. 418ff.

⁴⁶⁴ Zur Literatur der KPD-Widerstandsgruppen im Krieg vgl. Weber, Kommunismus in Deutschland, S. 140ff.; Hans-Rainer Sandvoß: Die „andere“ Reichshauptstadt. Widerstand aus der Arbeiterbewegung in Berlin von 1933 bis 1945. Berlin 2007.

„Rückkehr“ zur Strategie des „Antifaschismus“ änderte sich das Verhältnis der Komintern und Stalins zur KPD. Da die ehemals stärkste Sektion der Komintern die NS-Diktatur nicht stürzen und sogar den Überfall und totalen Krieg gegen die UdSSR nicht hatte verhindern können, wurden die Mitglieder und Führer der Partei einerseits verachtet, andererseits sollten sie die Sowjetunion im Krieg nun voll unterstützen.

Innerhalb der Komintern stand die KPD-Führung nur noch am Rande. Beispielsweise konnte das „ZK der KPD“ einen (von Stalin persönlich redigierten) Aufruf an das deutsche Volk und die deutsche Armee erst am 6. Oktober 1941 herausgeben. Die Parteiführung forderte darin den „Kampf für ein Volksdeutschland, für ein Deutschland des Friedens und der Freiheit“. Ein „Deutscher Volkssender“ hatte ab 1. Oktober 1941 mit seinen Sendungen in Moskau begonnen.⁴⁶⁵ Die Exil-KPD sowie die gesamte Komintern, die inzwischen fast bedeutungslos war, wurden 1941 und 1942 ganz in den Überlebenskampf der Sowjetunion, den „Großen Vaterländischen Krieg“, einbezogen.

Das Ende der Komintern

Dimitrov hatte Stalin schon am 1. Oktober 1941 vorgeschlagen, die Komintern nicht mehr öffentlich in Erscheinung treten zu lassen (Dok. 500). Doch 1941 und 1942 erlitt die Rote Armee verheerende Niederlagen (im Juli 1942 waren deutsche Einheiten bis zum Kaukasus vorgestoßen). Daher galt es, die Verbreitung von Siegeszuversicht ebenso wie die Zersetzung der Truppen Deutschlands und seiner Verbündeten durch die Komintern-Sektionen zu forcieren. Somit fungierte die Komintern nun als eine Art Unterabteilung zur Unterstützung der Roten Armee.

Ab Ende 1941 wurden vermehrt bombastische Phrasen des Stalin-Kults als Propagandamittel eingesetzt. „Die Kommunistische Internationale“ verkündete nach Stalins Rede auf der Revolutionsfeier am 6. November 1941 übereilt „militärische Erfolge“ (die erst mit der sowjetischen Gegenoffensive im Winter erfolgten) und schrieb schwülstig: „Die Ereignisse haben bereits die unvergleichliche Überlegenheit der genialen Stalinschen Strategie über die deutsch-faschistische Strategie gezeigt. Die weitere unbeirrte Realisierung der von Stalin, dem geliebten Führer des Volkes und Oberbefehlshaber der Roten Armee, gestellten Aufgaben wird der Sowjetunion den Endsieg und die völlige Zerschmetterung des zwar übel zugerichteten, aber immer noch gefährlichen Feindes sichern.“⁴⁶⁶ Bis zur „Zerschmetterung“ dauerte es noch lange, der „Endsieg“ kostete viele Millionen Opfer und hinterließ ein zerstörtes Land. Die Bevölkerung der UdSSR hatte unendlich viel Leid zu ertragen. Erst mit der Schlacht um Stalingrad von November 1942 bis Februar 1943 änderte sich die Kriegs-

⁴⁶⁵ Vgl. Bayerlein, Verräter, S. 442ff.

⁴⁶⁶ Zitiert in Die Welt (20.2.1942). Nr. 21, nach Kommunistische Internationale (1941). Heft 12; Vgl. Weber, Kommunistische Internationale, S. 341.

lage. Die Vernichtung der 6. deutschen Armee und der Sieg der Roten Armee (Dok. 520) brachte die Kriegswende.

Die Verbindung zu den westlichen Kriegssalliierten USA und Großbritannien ließ Stalin nun den Schritt tun, den er schon 1941 vor hatte: die Komintern aufzulösen. Damit wollte er seinen westlichen „Partnern“ die Furcht vor einem straff organisierten internationalen Kommunismus nehmen. Die dazu beauftragten Dimitrov und Manuil'skij redigierten am 11. Mai 1943 einen Entwurf des Präsidiums des EKKI zur Auflösung der Komintern. Dazu fanden am 13., 16. und 17. Mai Arbeitssitzungen des EKKI-Präsidiums statt, Stalin begründete das Ende der Komintern am 21. Mai (Dok. 522, vgl. auch Dok. 522a, 523). Die offizielle Erklärung, das EKKI habe am 15. Mai die Auflösung der Komintern beschlossen, wurde erst am 22. Mai verbreitet. Und am 28. Mai 1943 veröffentlichte „Die Welt“, das Komintern-Organ in Stockholm, den Text des Beschlusses⁴⁶⁷ (die Moskauer „Pravda“ erst am 9. Juni!). Formal wurde die Auflösung mit der notwendigen Konsolidierung jeder einzelnen Partei begründet und der Eindruck erweckt, als sei der Kommunismus „national“ geworden. Mit der Auflösung der Komintern hörte der Weltkommunismus aber nicht auf zu bestehen. Stalin ließ die Kommunistischen Parteien nun direkt vom ZK der KPdSU anleiten, so dass die Fäden der kommunistischen Politik weiterhin in seiner Hand zusammenliefen. Die Auflösung geschah mit der gleichen Begründung wie intern schon 1941 vorgesehen. Die KPD-Führung in Moskau hatte dies am 24. Mai 1943 wie üblich begrüßt (Dok. 523). Am 10. Juni 1943 erklärte das EKKI-Präsidium das Ende seiner Tätigkeit sowie der des Sekretariats und der Internationalen Kontrollkommission der Komintern.

Nach fast 25 Jahren beendete Stalin die Geschichte der Komintern. Durch die militärischen Erfolge (zwei Jahre später eroberte die Rote Armee Berlin), stand sein Nimbus als „Sieger“ fest. Für die Leitung des Weltkommunismus benötigte der Diktator kein internationales kollektives Gremium mehr. Das Ende der KPD als Sektion der Komintern bedeutete nun ihre direkte Unterordnung unter Moskau. Es blieb bei der völligen Abhängigkeit von Stalin. Nach Kriegsende fanden mit dem Sieg der Roten Armee die Beziehungen zu den deutschen Kommunisten eine andere Basis. Im von der UdSSR besetzten Teil Deutschlands hatten sie ab 1945 unter der Befehlsgewalt der sowjetischen Militäradministration die ihnen oktroyierte stalinistische politische Linie zu praktizieren. Die von Stalin beargwöhnte und verachtete Kommunistische Internationale war organisatorisch überflüssig geworden, denn über den Weltkommunismus bestimmte nun der Diktator im Kreml.

467 Abgedruckt in Weber, Kommunistische Internationale, S. 344ff.